

DAS ARGUMENT 148

Kuno Füssel: Die Inquisition probt ihre Wiederkehr	827
Ernesto Cardenal: Verdammte Reise	828
Günther Anders: Dialectics of Today	830

Fragen eines neuen linken Projekts

P.Anderson, F.Fröbel, J.Heinrichs, O.Kreye Politik des radikalen Realismus	831
Wieland Elfferding Ist ein Parteienbündnis ohne Unterordnung möglich?	849
Detlev Albers Sozialismusverständnis im SPD-Programm	864

* * *

G. Girardi: Marxismus und revolutionäre religiöse Bewegungen	871
W.F. Haug: Ein Konversationslexikon des westlichen Marxismus?	881
Th. Laugstien: Bourdieus Theorie ideologischer Diskurse	887
E. Göbel: Zur sozialen Lage der Studenten	894
H. Mattfeldt: Linker Antikeynesianismus (Replik auf E.-Pörksen)	898
J. Hülsdünker: Zum 20. Todestag von Viktor Agartz	903

<u>Interventionen:</u> Ripalda, Schleifstein und W.F. Haug zum KWM; Nationalrevolutionäre (M. Wildt)	904
---	-----

<u>Kongreßberichte:</u> Volksuni Berlin und Hamburg; Subject and Ideology; Otto Bauer; Konservatismus; Frauen in den USA; Frauen und Schule; Erziehung und Bildungsforschung in der Dritten Welt; Luigi Nono	913
--	-----

<u>Besprechungen:</u> Marx-Diskurse; Weiss/Enzensberger; Maschinen, Menschen, Medien; neue Technik und Lebensweise; Antipsychiatrie; Sowjetsozialismus; Arbeiterleben; Frauenarbeit	927
---	-----

DAS ARGUMENT

Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

Herausgegeben von Frigga Haug und Wolfgang Fritz Haug

Ständige Mitarbeiter: Wolfgang Abendroth (Frankfurt/M.), Heinz-Harald Abholz (Berlin/W), Detlev Albers (Bremen), Günther Anders (Wien), Hans-Ulrich Deppe (Frankfurt/M.), Bruno Frei (Wien), Klaus Fritzsche (Gießen), Werner Goldschmidt (Hamburg), Helmut Gollwitzer (Berlin/W), Heiko Haumann (Freiburg), Dieter Hermis (Bremen), Klaus Holzkamp (Berlin/W), Urs Jaeggi (Berlin/W), Baber Johansen (Berlin/W), Arno Klönne (Paderborn), Thomas Metscher (Bremen), Reinhard Opitz (Köln), Wolfgang Pfaffenberger (Oldenburg), Helmut Ridder (Gießen), Dorothee Sölle (Hamburg), Karl Hermann Tjaden (Kassel), Erich Wulff (Hannover)

Redaktion: Dr. Dieter Borgers, Wieland Elfferding, Claudia Gdaniec, Dr. Karl-Heinz Götze, Sibylle Haberditzl, Dr. Frigga Haug, Prof. Dr. W.F. Haug, Thomas Laugstien, Rolf Nemitz, Jo Rodejohann, Dr. Werner van Treeck

Autonome Frauenredaktion: Sünne Andresen, Prof. Dr. Jutta Brückner, Anke Bünz-Elfferding, Dr. Dagmar Burgdorf, Ursula Czock, Claudia Gdaniec, Dr. Frigga Haug, Kornelia Hauser, Gisela Heinrich, Birgit Jansen, Marlies Koschinek, Hannelore May, Dr. Barbara Nemitz, Dr. Sigrid Pohl, Nora Rätzzel, Dr. Brita Rang, Petra Sauerwald

Geschäftsführung: Helga Karl

Verlag und Redaktion: Argument-Verlag GmbH, Altensteinstraße 48a, D-1000 Berlin 33, Tel. 030/8314079 (montags bis freitags 10 bis 14 Uhr)

Anzeigen (o. Tausch): Runze/Casper, Jungfernstieg 20, 1 Berlin 45, Tel. 030/7722443

Argument-Vertrieb: Tegeler Str. 6, 1 Berlin 65, Tel. 030/4619061

Besprechungen

Philosophie

<i>Bottomore, Tom: A Dictionary of Marxist Thought (W.F. Haug)</i>	887
<i>Schweppenhäuser, Gerhard, u.a.: Krise und Kritik. Zur Aktualität der Marxistischen Theorie (M. Haupt)</i>	927
<i>Holz, Hans Heinz: Dialektik und Widerspiegelung (P. Körte)</i>	929
<i>Simmel, Georg: Philosophische Kultur (G. Schrader)</i>	930

(Fortsetzung auf S. IX)

ISSN 0004-1157

Das Argument erscheint 1984 in 6 Hefen (alle 2 Monate). Jahresumfang 924 Seiten. — Einzelheft 12,80 DM; Stud., Schüler, Erwerblos 9,80 DM. Jahresabo inkl. Versand 69,60 DM; Stud. etc. 55,80 DM. — Kündigung des Abos nur zum Jahresende bei Einhaltung einer Dreimonatsfrist. — Die Redaktion bittet um Mitarbeit, haftet aber nicht für unverlangt eingesandte Texte und Rezensionsexemplare. Aufsätze sollen höchstens 20, Rezensionen 2 MS-Seiten (1 1/2zeilig m. Rand) haben. Zitierweise wie in den Naturwissenschaften. Das Argument wird regelmäßig von den folgenden sozialwissenschaftlichen Dokumentationsdiensten und Informationsbanken ausgewertet: Bulletin Signalétique 521, Literaturdokumentation zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Politische Dokumentation, Social Science Citation Index, Sozialwissenschaftliches Literaturinformationssystem. — Copyright © Argument-Verlag GmbH. Alle Rechte — auch das der Übersetzung — vorbehalten. — Konten: Postscheck Berlin West 5745-108. BfG 11 14 40 13 00, BLZ 100 101 11. — Satz: Barbara Steinhardt. Druck: Fuldaer Verlagsanstalt. — 1.-7. Tausend November/Dezember 1984. — Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 2.

Beilagenhinweis: Dieses Heft enthält in Teilaufgabe Prospekte der Verlage Argument, Röderberg und spw.

Zum vorliegenden Heft

Wenn dieses Heft erscheint, ist Reagan wiedergewählt und die demokratische Welt hält den Atem an: Wird er wahrnehmen, was die großen Zeitungen der USA schon seit Monaten voraussagen — wird er Nicaragua überfallen, wie einst Kuba, um dem sozialistischen Experiment der sandinistischen Bewegung ein gewaltsames Ende zu bereiten? Die Solidarität mit Nicaragua darf jetzt nicht nachlassen — mit Worten und auch mit Taten, mit Spenden und Gesundheitsbrigaden, zu denen der Berliner Gesundheitsladen in diesem Heft aufruft.

Die neokonservativen Regierungen in mehreren westlichen Ländern haben sich, entgegen mancher Voraussage, gehalten. Zugleich ist der Widerstand von Gewerkschaften, Friedens- und Umweltbewegungen gewachsen. Oppositionelle Bewegungen und Parteien versuchen, aus der Defensive heraus zu einer strategischen Neuorientierung und zu neuen Bündnissen gegen die lebensbedrohende Politik von Kapital und Staat zu kommen. *Perry Anderson*, langjähriger Herausgeber von »New Left Review«, und *Folker Fröbel, Jürgen Heinrichs, Otto Kreye*, Erforscher der neuen internationalen Arbeitsteilung (vgl. *Argument* 145), untersuchen in diesem Heft die Bedingungen einer erneuerten linken Politik. Ihr Ausgangspunkt ist der tiefe Bruch in der kapitalistischen Entwicklung Mitte der 70er Jahre. Ende des Nachkriegsbooms, Macht der Gewerkschaften, Krise der US-Hegemonie, Erstarken der Dritten Welt und weltweite Rezession führten erneut zu einer »Politik der Stärke« von seiten der USA. Die Autoren analysieren, warum das sozialistische Projekt in Frankreich scheiterte und in eine Anpassung an den kapitalistischen Weltmarkt umkippte. Sie bestimmen vier strategische Bereiche, in denen politische Alternativen entwickelt werden müssen: das Verhältnis von Kapital und Arbeit, die innerkapitalistischen Kämpfe um Hegemonie, das Ost-West-Verhältnis und die Nord-Süd-Beziehungen. Ökologie, Geschlechter- und Rassenverhältnisse behandeln sie als Fragen, die sich in allen diesen Bereichen stellen. Ihr Entwurf einer »radikalen Realpolitik« zielt auf die strukturelle Neuverteilung von Arbeit und Lebenschancen nach Maßstäben der Friedfertigkeit, der Naturerhaltung und der internationalen Gerechtigkeit. Erste Schritte einer solchen Politik seien heute möglich. Sie bedürften eines Bündnisses von Arbeiterbewegung und neuen sozialen Bewegungen: nur beide gemeinsam hätten die nötige Macht *und* den Willen zu radikalen Veränderungen.

Der Beitrag legt es nahe, eine alte Frage neu zu überdenken: Was ist heute links? Im Lichte des von ihnen geforderten Bündnisses ist die Gleichung: links = sozialistische Arbeiterbewegung ebenso problematisch wie ein Ausschluß der Sozialisten und der Arbeiterbewegung aus der Linken. *Die Linke* existiert jedenfalls nicht als eine Einheit, auf die man sich einfach berufen könnte, sondern eher als Projekt divergierender Bewegungen und Strömungen. Vielleicht ist es nützlich, sich daran zu erinnern, daß der Begriff »links« schon immer diese Unklarheit oder, wenn man will, Offenheit mit sich führte — und daß gerade darin die historische Produktivität »der Linken« bestand. Die Bürgerlichen, die Anfang des letzten Jahrhunderts in der französischen Deputiertenkammer auch bei einem Regierungswechsel links sitzen blieben, ahnten noch nicht, daß wenige Jahrzehnte später die Vertreter der sozialistischen Arbeiterbewegung links von ihnen Platz nehmen würden und daß die »Unklarheit«, wer denn nun »links« sei, das neue Bündnis von radikaldemokratischen Bürgerlichen und Sozialisten ausdrücken würde.

Durch die Erfolge der Grün-Alternativen und die Experimente mit »neuen Mehrhei-

ten« machen SPD und Grüne eine Zerreißprobe durch. Den Diskussionen über das Ob und Wie liegen Ängste vor politischem Substanzverlust und vor Einschränkung im parlamentarischen Bündnis zugrunde. *Wieland Elfferding* stellt sich die Frage, ob Parteienbündnisse möglich sind, die ohne Vorherrschaft und ohne Beschneidung der Basisbewegungen auskommen. Er bringt dabei im *Argument* veröffentlichte Positionen zusammen (W.F. Haug, Raschke, Jäger, Projekt Sozialistischer Feminismus) und kommentiert das neue Buch von Peter Glotz.

Eine der strategischen Fragen eines neuen linken Projekts ist, ob die Wende der sozialdemokratischen Politik von Dauer sein wird und ob sich der innerparteiliche Wirkungsraum für marxistische und ökosozialistische Positionen erweitern läßt. Ein Gradmesser wird die Diskussion um ein neues Grundsatzprogramm der SPD sein. *Detlev Albers*, *spw*-Herausgeber, zeigt in einer Analyse der SPD-Programme seit dem »Kommunistischen Manifest«, daß erst das Godesberger Programm von 1959 endgültig mit der sozialistischen Zielbestimmung bricht. Thesenhaft formuliert er ein erneuertes Sozialismusverständnis, das den Herausforderungen durch die kapitalistische Krise, durch Naturzerstörung, Frauenunterdrückung und Abhängigkeit der Dritten Welt Rechnung trägt.

W.F. Haugs Rezensionensaufsatz zum *Dictionary of Marxist Thought* schließt seine Serie von Rezensionen ab, in der er in jedem Heft dieses Jahrgangs neue Bücher über den Marxismus kritisch unter die Lupe genommen hat. In dieser Serie sollten gleichzeitig Standards eines sich erneuernden Marxismus entwickelt und zur Diskussion gestellt werden. Ein wichtiger Knotenpunkt dieser Anstrengung ist die Arbeit am *Kritischen Wörterbuch des Marxismus*. Die Bemühung um kritische Standards wird im *Argument-Beiheft* '85 als kollektives Werk fortgeführt: Mitarbeiter des KWM aus mehreren Ländern werden dieses Rezensionensbeihft gestalten. Hundert Bücher zum Marxismus sollen kritisch vorgestellt werden, um einen Schub kollektiver Aneignung und Verarbeitung in Gang zu setzen. In den Kontext des KWM stellen sich auch die *Interventionen* von J. Schleifstein und J.M. Ripalda. Eine Reihe von Fragen, die Schleifstein und (in *Argument* 146) Th. Metscher an W.F. Haug gerichtet haben, vor allem die nach der Identität des Marxistischen, sind in AS 70 (»Die Camera obscura der Ideologie«) behandelt (vor allem in den Abschnitten 9.2 »Die Frage der Orthodoxie« und 9.3 »Die Frage der Spezifik des Marxismus«).

Verlagsmitteilungen

Abo-Rechnung und Prämienband

Diesem Heft liegt die Abo-Rechnung für das nächste Jahr bei. Abonnenten, die bis zum 15. Januar bezahlen, danken wir, wie jedes Jahr, mit einem verbilligten Prämienangebot. Diesmal haben wir den Band »Ideologische Mächte im deutschen Faschismus« vom Projekt Ideologie-Theorie ausgesucht (AS 80, erscheint Anfang 1985). Der Band enthält u.a. großangelegte Studien zur Kirche, zum Recht, zur Psychiatrie und zur Formierung des Männerkörpers bei Arno Breker (W.F. Haug, Karl-Heinz Ladeur, Jan Rehmann).

Neuerscheinungen

Gleichzeitig mit diesem Heft erscheint das *Argument-Beiheft* '84, in dem über 100 Neuerscheinungen aus allen Wissensgebieten besprochen sind. Die Frauenredaktion stellt etwa die Hälfte der Rezensionen. Neueste Titel zur Frauenpolitik findet man hier ebenso wie eine Sammelrezension zu Alltagskultur und Volkskunde, Besprechungen zu »Lebens-

philosophie und Marxismus«, zur Parsons-Rezeption, zu Frauen in Ehe und Familie, zu Geschichte und Theorie der Literatur. *Argument-* oder AS-Abonnenten bekommen das Beiheft zum AS-Abopreis.

Das *Argument-Beiheft '85*, das die Entwicklung des Marxismus in verschiedenen Wissenschaften und auf verschiedenen Kontinenten zum Schwerpunkt haben soll, kann bei der Begleichung der Abo-Rechnung mitbestellt werden.

Hans Henny Jahnn — Schriftsteller, Orgelbauer, Ökologe, Pazifist — wird von der Literaturkritik zu den großen Prosaisten dieses Jahrhunderts gerechnet. Aus Anlaß seines 25. Todestages erscheint in der Reihe »Literatur im historischen Prozeß« als Band 13 (AS 128) *Die Suche nach dem rechten Mann. Männerfreundschaft im literarischen Werk von Hans Henny Jahnn*, herausgegeben von Wolfgang Popp. Das Thema der männlichen Lebensbeziehungen prägt die großen Romane »Perrudja«, »Fluß ohne Ufer« und »Jeden ereilt es«. Neben W. Popp schreiben Maria Kalveram, Friedhelm Krey und Dietrich Molitor. Der Band enthält ein Vorwort von Gert Mattenklott und Textauszüge aus den Romanen Jahnn's.

Im neuen »Gulliver« (Band 16, AS 122) *Frieden, Paix, Peace* erfährt man, wie sich die Friedensbewegung in Großbritannien und in den USA entwickelt hat, warum sie in Frankreich so schwach ist; Lehrer, die Filme zum Thema »Frieden« im Unterricht verwenden wollen, erhalten Benutzerhinweise; und man kann nachlesen, wie das amerikanische Alternativtheater mit »Frieden« umgeht.

Die Diskussion um alternative Konzepte der Sozialpolitik bildeten einen Schwerpunkt des diesjährigen Gesundheitstages. Der neue Medizin-Band *Wie teuer ist uns Gesundheit?* (AS 113) bringt Analysen konservativer Sozialpolitik, Untersuchungen einzelner Politikfelder: Selbstbeteiligung an der Krankenversicherung, § 218, Sozialstationen — und stellt Versuche der Gegenwehr gegen die sozialpolitische Wende dar.

Im *Forum Kritische Psychologie* 14 (AS 106) schreibt Klaus Holzkamp, wie sich aus den Lernschritten und Wendungen der Kritischen Psychologie für ihn die Notwendigkeit ergab, die »Grundlegung der Psychologie« zu schreiben. Der Artikel ist zugleich eine Auseinandersetzung mit der phänomenologischen Psychologie und zeigt, was man von ihr lernen kann. Im selben Band stellt das Projekt Subjektentwicklung die theoretischen und methodischen Grundlagen seiner Arbeit vor.

Im Frühjahr 1985 macht die San Francisco Mime Troupe, eines der wichtigsten Alternativtheater aus den USA, eine Tournee durch die Bundesrepublik. Die Truppe feiert 1984 (wie das *Argument*) ihren 25. Geburtstag. Die Ähnlichkeit geht weiter: Anti-Atom-bewegung, Vietnamkrieg, Studentenbewegung waren für die Theatergruppe die Anstöße, sich zu engagieren und dabei die eigenen Arbeitsmethoden weiterzuentwickeln. *Gerd Burger* und *Dieter Herms* ergreifen die Gelegenheit, die bisherige Arbeit der Truppe zu dokumentieren: *Ein Vierteljahrhundert San Francisco Mime Troupe (1959-1984). Dokumente, Materialien, Analysen.* (*Argument-Studienheft* SH 62). W.E.

Argumente in Bewegung

Veranstaltungen im Hamburger *Argumente*-Laden, Dezember 1984. Jeden Donnerstag um 20 Uhr, Rappstr. 2, 2000 Hamburg 13 (Tel. 44 38 71): 6.12.: *Patriarchat GmbH u. Co KG*, Vom Mythos des starken Mannes und vom schwachen Geschlecht. Kabarettistischer Vortrag von Harriet Eder. — 13.12.: *Heftdiskussion* zu *Argument* 148. — 20.12.: *Feministische Literaturwissenschaft*. Zu AS 120, mit Sigrid Weigel und Inge Stephan.

Berliner Gesundheitsladen

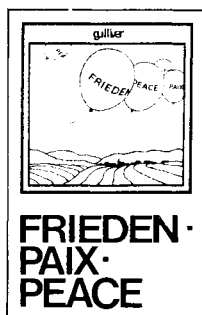
Hilfs- und Spendenaufruf für Nicaragua

Der Gesundheitsladen in Berlin hat sich am 22. August 1984 dem Gesundheitsministerium Nicaraguas gegenüber verpflichtet, über 1984 hinaus, mindestens bis Ende 1985, Gesundheitsbrigaden nach *Nicaragua* zu schicken. Das im Dezember 1983 begonnene Projekt, an die drei Orte Somoto, Matiguas und Nueva Guinea Ärztinnen/Ärzte und Krankenschwestern/Krankenpfleger zu entsenden, hat sich nach Aussage des Gesundheitsministeriums in Managua in vorbildlicher Weise bewährt. An den drei Orten arbeiten jeweils fünf bis acht Gesundheitsbrigadisten in kleinen Krankenhäusern. In der Mehrzahl sind es Fachärzte und Allgemeinärzte, die besonders zur chirurgischen Betreuung der Bevölkerung beitragen. Die Behandlung der Verletzungen, die vorwiegend auf die zunehmenden Aggressionen der Contras zurückzuführen sind, stehen dabei eindeutig im Vordergrund.

Der Gesundheitsladen ruft Ärzte und Krankenschwestern auf, sich in Berlin für Nicaragua zu melden. Gleichzeitig ist der Gesundheitsladen auf *Spenden* angewiesen, um die Nebenkosten (Flugkosten, medizinische Ausrüstung u.a.) zu finanzieren.

Spendenkonto: Medizinisches Informations- und Kommunikationszentrum,
Gesundheitsladen e.V., Sonderkonto »Nicaragua«,
Postscheckkonto Nr. 385 13-105, Postscheckamt Berlin-West

Anschrift: Gesundheitsladen, Gneisenaustr. 2, 1 000 Berlin 61, Tel. 030/693 2090



Hoerder/Mayer (Hrsg.)
Frieden, Paix, Peace

In diesem Band geht es um die anglo-amerikanischen Friedensbewegungen und das friedenspolitische Engagement in der bundesrepublikanischen Lehre und Forschung

Argument-Sonderband AS 122, 1984
17,60/f.Stud.14,60 DM (Abo: 14,60/12,60)

Kuno Füssel

Die Inquisition probt ihre Wiederkehr

Die Überlegungen von G. Girardi greifen in einen aktuellen Konflikt ein, ohne im Hinblick auf diesen niedergeschrieben zu sein: gemeint ist der durch die Anklage gegen den brasilianischen Franziskaner Leonardo Boff offenbar gewordene und dann in der »Instruktion über einige Aspekte der Theologie der Befreiung« vom 6. August 1984 noch einmal argumentativ eingekleidete Versuch der römischen Kurie, über die lateinamerikanische Befreiungstheologie das Verdammungsurteil zu sprechen. Im Zentrum der lehramtlichen Anschuldigungen steht der Vorwurf, die führenden Theologen der Befreiung verwendeten die marxistische Analyse als integrierten Bestandteil ihrer pastoralen Strategie und theologischer Theoriebildung. Daß dies ein nicht hinnehmbares Verhalten sei, leitet die Glaubensbehörde aus einer prinzipiellen Unvereinbarkeit von (zumindest katholischer) Theologie und Marxismus ab. Zur Herleitung verwendet man eine so grobschlüchtige Konzeption von Marxismus, daß diese sich nicht einmal in den stalinistischen Lehrbüchern der hintersten Reihe finden lassen dürfte. Der Marxismus ist demzufolge weltanschaulich gleich Atheismus und politisch eine Theorie der Gewalt, verdichtet in der Kategorie des Klassenkampfes, den man denen anlastet, die ihn analysieren. Beiden Momenten zugrunde liegt ein deterministisches Geschichtsverständnis, das die Freiheit des Individuums leugnet und es zum bloßen Agenten objektiver Gesetzmäßigkeiten degradiert und den Zwecken des Kollektivs opfert. Dagegen wird ein christliches Menschenbild beschworen, in dessen Mitte der Personbegriff steht, den man allerdings in der Bibel vergeblich sucht. Vergleicht man die Vorgehensweise Girardis mit diesem römischen Urteil, so fällt nicht nur auf, daß von ihm der Beweis erbracht wird, daß vom Boden christlichen Glaubens auch eine ungleich differenziertere Einschätzung der geschichtlichen Größe »Marxismus« und ihrer verschiedenen Strömungen möglich ist, als sie in dem beschränkten Horizont von Kurienkardinalen denkbar erscheint, sondern auch, daß die römische Lesart in sonderbarer Weise mit der von Girardi als monolithisch bezeichneten Auffassung von Religion im Marxismus, der er eine dialektische Tradition gegenüberstellt, korrespondiert. Die Ähnlichkeit der »Lehrämter« ist bedrückend: Die Existenz revolutionärer Christen ist bei beiden Seiten nicht vorgesehen. Man schreibt sich nicht nur Unfehlbarkeit in der Beurteilung der eigenen Glaubensangelegenheiten zu, sondern meint auch, die Gegenseite besser zu verstehen, als sie es selber vermag. Die Folge sind Verdrängungen im Stile der berühmten »Palmström-Logik«, daß nicht sein kann, was nicht sein darf. Aber auch in der Biographie von G. Girardi selber liegt ein unmittelbarer Bezug zum aktuellen Konflikt um die Theologie der Befreiung: Die auf L. Boff, G. Gutiérrez u. a. zielende römische Verurteilung traf Girardi schon viel früher. Er wurde nämlich unter Verwendung genau der gleichen Beschuldigung (der Übernahme marxistischer Theorien) nacheinander von seinen Lehrstühlen in Rom, Paris und Brüssel vertrieben. Vor allem aber konnte ihm das Lehramt nie verzeihen, daß er zu den Inspiratoren der »Christen für den Sozialismus« in Lateinamerika und Europa gehört, die ihrerseits wieder die besonders inkriminierte Strömung innerhalb der Theologie der Befreiung darstellen. So schließt sich der Kreis, sowohl was die sich immer gleichbleibende Tendenz der Aufhebung von Theologie in Anti-Marxismus seitens des Lehramtes, als auch was die weltweite Verbindung zwischen den Vertretern eines befreienden Christentums angeht.

Ernesto Cardenal: Verdammte Reise*

Jenes unerwartete Telefongespräch aus Managua
in den letzten Winkel der Antillen:

»Ernesto, Laureano ist gestorben«

Auf dem Flug Trinidad-Barbados-Jamaica-Havanna-Managua

Meer und Meer betrachtend, konnte ich an nichts anderes denken.

Wenn wir schon hoffnungslos geboren werden
ist es am besten als Held oder Märtyrer zu sterben
so, wie Du gestorben bist.

Klar, daß es besser wäre, wenn Du nie sterben würdest
vorausgesetzt, daß Deine Frau, Deine Kinder und Deine Freunde und
die ganze Welt nie sterben würden.

Als ich ihn mit 20 Jahren auf Solentiname taufte
weil er von seinem so verrückten Protestantismus
zu unserem revolutionären Christentum übertreten wollte
wollte er keinen Paten und keine Patin haben
alle aus dem Jugendclub der campesinos waren seine Paten und
seine Patinnen.

Vor allem seine leidenschaftliche Begeisterung für die Revolution
Fasziniert vom Marxismus aber ohne ihn jemals lesen zu wollen.

Sehr intelligent, aber ohne sich geistig bilden zu wollen.

Der Mensch mit der vulgärsten Sprache, den ich je kannte.

Aber einer, der die »groben Worte« mit größter Reinheit gebrauchte.

Einmal beim Erläutern des Evangeliums in der Messe:

»Diese Heiligen Drei Könige als sie bei Herodes ankamen

Oh, besudelten die Heilige Dreifaltigkeit« (seine Zusammenfassung):

»Die drei verdammten Kerle sind ein einziger.«

Die Nacht in der ich ihm die Beichte abnahm am Ufer des ruhigen Sees:

»Ich glaube jetzt nicht mehr an Gott, noch an irgendwelchen Scheiß.

Ich glaube an Gott, aber für mich ist Gott der Mensch.«

Aber er wollte immer mein Meßdiener sein.

Niemand konnte ihm diese Aufgabe nehmen.

Sein häufigster Ausdruck: SCHEISSEGAL.

Mein Sohn und Bruder Laureano, unbeugsamer und lieber Sohn
wie jeder Sohn gegenüber seinem Vater

und außerdem war ich ja gar nicht Dein richtiger Vater

Du warst vor allem mein Bruder, ein wesentlich jüngerer Bruder
aber vor allem Compañero

Das Wort gefällt Dir besser, stimmt's?

Dein Lieblingswort, gleich nach dem Wort Revolution.

Compañero Sub-Commandante Laureano, Chef des Grenzposten:

Ich sage zusammen mit Dir, daß uns der Tod scheißegal ist.

Ich wollte dieses Gedicht nicht schreiben.

Aber in Deiner so poetischen Sprache aus jenen Messen
die in so viele Sprachen übersetzt wurde, sogar ins Japanische

(es wird ihnen schwergefallen sein, Dich zu übersetzen)
würdest Du zu mir sagen:

»Dichter Du Scheißkerl sag es meinen Compañeros diesen verdammten Kerlen auf Solentiname daß mich die Konterrevolutionäre die Schweinehunde getötet haben aber daß es mir scheißegal ist.«

Wie jenes »soll sich doch Deine Mutter ergeben« von Leonel.
Du hast mir dort schon immer gesagt, daß Du endlich zur Guerilla wolltest.
Und ich: »Mit Deiner Disziplinlosigkeit werden sie Dich dort erschießen.«
Bis sich dann Dein Traum erfüllte mit dem Angriff auf San Carlos
»Hier werden wir sie zur Sau machen diese verdammten Kerle.«
Die Kugeln mit denen die Guardia auf Dich schoß.

Und Deine Schilderung danach:

»Peng! Peng! Peng! Scheißkerl! Da fühlte ich mich wie tot.«

Streit, Vergnügen, Frauen,

vor Leben strotzend, aber ohne Angst vor dem Tod.

Kurz vor seinem Tod hatte er mir in Managua ganz ruhig gesagt:

»Dort ist es beschissen. Jeden Tag kann ich in einem Hinterhalt sterben.«

Du hast nicht aufgehört zu existieren:

Du hast immer existiert

und wirst immer existieren

(nicht nur in diesem, in allen Universums).

Aber es stimmt,

ein einziges Mal hast Du gelebt,

gedacht,

geliebt.

Und jetzt bist Du tot.

Es ist als wärest Du sagen wir einmal die Erde oder wie Stein,
das ist dasselbe.

»der Stein währte immer denn er fühlt nicht mehr.«

Aber nein, von wegen immerwährender harter Stein,

Du fühlst, immer,

jenseits der Lichtgeschwindigkeit

jenseits des Raums, der Zeit,

ganz und gar bewußt,

innerhalb des Bewußtseins,

des lebendigsten Bewußtseins

von allem was existiert.

LAUREANO MAIRENA LEBT!

Das verdammte Flugzeug verspätet sich mit jeder Zwischenlandung.

Im Meer war es schon tiefste Nacht. Ich konnte nicht aufhören zu denken ...

Ich wünschte so zu sterben wie Du, Bruder Laureano

und von dort, wir nennen es Himmel, sagen zu lassen

»Oh, Ihr verdammten Brüder von Solentiname, der Tod war mir scheißegal.«

* Erstveröffentlichung mit freundlicher Genehmigung des Peter Hammer Verlags, der — beginnend im Frühjahr 1985 — *Das poetische Werk* von Ernesto Cardenal in neun Bänden herausbringt. — Laureano gehörte zu Ernesto Cardenals Kommune und fiel im Frühjahr 1983 im Kampf gegen die *Contra*. Die Übersetzung des Gedichts besorgte Lutz Kliche.

Das lustige Argument**Dialectics of Today**

(Speaker of the Arms Industry Lobby visits President Reagan)

Speaker: Mr. President, we are desperate. You're the only one who can help us.

Reagan: Desperate? Why? Our whole foreign policy is based on your needs and wishes.

Speaker: Yes, of course. I know that, and it's really very kind of you. I don't know quite how to say it, but, well, we are overproducing. We don't have enough consumers. We already have 30.000 warheads, but those damned Russians only have 218 cities with populations of more than 100.000¹ — the proportion is all wrong.

Reagan: What consumers are you talking about?

Speaker: Well, those people and places over there. After all, we built our rockets to wipe them out, and their cities, too. But there aren't enough of them. They can't consume the number of rockets we are producing for them. Even if they tried to, they couldn't.

Reagan: (frowning) Maybe you should produce less rockets?

Speaker: But then it wouldn't pay.

Reagan: So what do you want me to do?

Speaker: Well, we need more cities, more victims.

Reagan: You mean you want me to build up more cities and towns in that evil country?

Speaker: Exactly.

Reagan: And you're asking *me* ...

Speaker: nods.

Reagan: ... to take care of that?

Speaker: Who else?

Reagan: I?

Speaker: nods.

Reagan: I should build Russian towns so that you can get rid of them?

Speaker: nods.

Reagan: Are you MAD?²

Speaker: NO Madder THAN YOU.

Günther Anders

1 See »Mad Logic« by Grover E. Foley RMIT Journal ARTWAN.

2 Official American abbreviation for »Mutually Assured Destruction«.

Perry Anderson, Folker Fröbel, Jürgen Heinrichs, Otto Kreye

Politik des radikalen Realismus*

1. Die Krise des kapitalistischen Weltsystems

Nach zwanzig Jahren eines historisch einzigartigen Booms geriet die kapitalistische Welt Ende der sechziger Jahre in eine schwere Krise, die mittlerweile nun schon über zehn Jahre andauert. Anfang der siebziger Jahre begannen in den westlichen Industrieländern die gesamtwirtschaftlichen Wachstumsraten zu fallen und die Preise zu klettern, während Massenentlassungen sprunghaft zunahmen. Heute, gut zehn Jahre später, befindet sich die Weltwirtschaft inmitten des langen Abschwungs, der das letzte Drittel unseres Jahrhunderts auszufüllen droht. Immer noch dominieren verlangsamtes Wachstum, Inflation und Arbeitslosigkeit die Weltwirtschaft. Einzig in das Verhältnis von Inflation und Arbeitslosigkeit ist seit einigen Jahren Bewegung gekommen: Um den Preis weiter steigender Arbeitslosigkeit wurde die Inflation eingedämmt — freilich ohne daß Preisstabilität eingekehrt wäre.

Wo liegen die Ursachen für diesen tiefen historischen Einschnitt? Es sind vor allem zwei Entwicklungen, die in den westlichen Industrieländern die scheinbar immerwährende Prosperität der Nachkriegszeit unterminiert haben.

1. Der Boom der Nachkriegszeit führte in den westlichen Industrieländern zu einer entscheidenden Modifikation des Kräfteverhältnisses von Kapital und Arbeit. Ohne daß die Arbeiter die kapitalistischen Produktionsverhältnisse als solche subjektiv in Frage gestellt hätten, kam es während der fünfziger und sechziger Jahre zu einer folgenreichen objektiven Stärkung der Stellung der Arbeiterklasse im System der kapitalistischen Produktivkräfte. Zum Teil war dies schlicht eine Folge des hohen Beschäftigungsstandes, den der Boom mit sich brachte. Auf weitgehend leergefegten Arbeitsmärkten mußte sich notwendigerweise die Verhandlungsstärke der Gewerkschaften erhöhen, was auf die Löhne einen Druck nach oben und auf die Profite einen Druck nach unten ausübte, zumal erstmals kollektive Tarifverhandlungen in den westlichen Industrieländern zur Norm geworden waren. Zu den direkt sichtbaren Erfolgen der Gewerkschaften kamen noch die indirekten in Gestalt der Sozialleistungen und des Sozialstaats hinzu, sei es, daß sie von Parteien durchgesetzt wurden, die den Gewerkschaften nahestanden, sei es, weil die Lohnarbeiterschaft selbst in verschiedenen Formen auf einen weiteren Ausbau des Sozialstaats hinwirkte. Auch die indirekten Leistungen stellten für die Akkumulation des Kapitals eine Belastung dar, wurden sie doch teilweise durch Abgaben der Unterneh-

* In seiner Originalfassung »On Some Postulates of an Anti-systemic Policy« wurde dieser Beitrag erstmals auf dem VIth International Colloquium on the World-Economy, »National Policies and Global Movements of Restructuring« vorgetragen, das, gemeinsam organisiert vom Fernand Braudel Center for the Study of Economies, Historical Systems, and Civilizations (Binghamton), von der Maison des Sciences de l'Homme (Paris) und vom Starnberger Institut zur Erforschung globaler Strukturen, Entwicklungen und Krisen (Starnberg), am 4. und 5. Juni 1984 in Paris stattfand.

men finanziert und tendierten sie doch bei demographischen Verschiebungen mit einem gewissen Automatismus zu einer Ausweitung. Wahrscheinlich die wichtigste Modifikation bezog sich aber nicht auf die Lohnentwicklung und die Sozialleistungen, sondern auf den Arbeitsprozeß selbst. Die hochintegrierten Produktionskomplexe, die für das fordistische System der Nachkriegszeit in den westlichen Industrieländern charakteristisch sind, begünstigten nämlich nicht nur eine starke gewerkschaftliche Organisation auf Betriebsebene (die dem unternehmerischen Interesse an einem kalkulierbaren Betriebsklima in gewisser Weise sogar entgegenkam), sondern machten das Kapital von nun an auch gegenüber der Widerborstigkeit oder der Verweigerung von Seiten des »Gesamtarbeiters« anfälliger. Die Abnahme der Produktivitätszuwachsrate Ende der sechziger Jahre und die immer geringeren Erträge von Investitionen in neue Technologien waren die offenkundigsten Symptome für die wachsenden Schwierigkeiten, denen das Kapital nun sogar in seinem Allerheiligsten, im Unternehmen selbst begegnete.

2. Ihre Hegemonialstellung erlaubte es den Vereinigten Staaten nach Kriegsende, den Rahmen abzustecken, in dem sich der spätere Boom entwickeln sollte, und der internationalen kapitalistischen Ökonomie ein kräftiges Korsett einzuziehen (*Pax Americana*). Die Hegemonie beruhte auf dem überwältigenden wirtschaftlichen Übergewicht, das die Vereinigten Staaten bei Kriegsende auf Grund der Zerstörungen in Westeuropa und Japan besaßen. Institutionalisiert wurde diese Hegemonie im Weltwährungssystem von Bretton Woods: Wie einst in der Blütezeit britischer Hegemonie Mitte des letzten Jahrhunderts wurde der Welthandel weitgehend liberalisiert; sein Dreh- und Angelpunkt war dieses Mal aber der Gold-Dollar-Standard. Die internationale kapitalistische Ökonomie, die die konkurrierenden Nationalstaaten überwölbte, konnte in beiden Fällen nur deshalb einen allgemeinen Aufschwung nehmen, weil es eine weit überlegene Führungsmacht gab, deren Währung überall im internationalen kapitalistischen System als universelles Zahlungsmittel und als allgemeine Reservewährung dienen konnte. Dieses einigende Band konnte allerdings nur so lange halten, wie der formale monetäre Primat der Führungsmacht Reflex ihrer realen ökonomischen Suprematie war. Zu Beginn der Nachkriegsära jedenfalls waren die Vereinigten Staaten unter Truman allen anderen Staaten materiell weit überlegener, als es Großbritannien unter Gladstone seinerzeit jemals gewesen war. Ihre Hegemonie schlug sich in einer politischen und militärischen Vorrangstellung nieder, die in der viktorianischen Ära keine Parallele besitzt und deren Instrumente die NATO, die SEATO und der japanische Sicherheitspakt waren. Die US-amerikanische ökonomische Suprematie wurde aber schließlich ironischerweise dadurch unterminiert, daß sich die verbündeten Ökonomien mit Hilfe des Marshall-Plans rasch erholten, ganz besonders die ehemaligen faschistischen Exportökonomien (West-)Deutschlands und Japans. In den späten sechziger Jahren eskalierten dann auch noch die Kosten der militärisch-polizeilichen Sicherung des Gesamtsystems vor dem Ansturm der anti-kapitalistischen Kräfte in den ehemaligen Kolonien. Die aus den Defiziten im Handel mit Europa und Japan sowie aus den ebenso verlustreichen wie ergebnislosen Aufwendungen im Vietnam-Krieg resultierende Doppelbela-

stung der amerikanischen Zahlungsbilanz gab den Anstoß für die Aufkündigung des Systems von Bretton Woods durch Nixon. Seit dieser Zeit beeinflußt die weltweite monetäre Unsicherheit, beeinflussen die erratisch schwankenden Wechselkurse die Kalkulationen der Unternehmen in Richtung auf Investitionszurückhaltung und spekulative Transaktionen. Die Rigiditäten im Produktionsprozeß selbst haben sich vervielfacht, und allgemein herrscht ein Klima unternehmerischer Verunsicherung.

In diesen beiden langfristigen Entwicklungen, die das Verhältnis von Kapital und Arbeit und das Verhältnis von Kapital und Kapital modifizieren, ist die Krise des Systems seit Ende der sechziger Jahre begründet. Freilich kamen die folgenden beiden Entwicklungen hinzu, die für die spezifische Antwort der großen imperialistischen Länder auf die Krise von ausschlaggebender Bedeutung sind; ihre Verknüpfung mit den Widersprüchen in den Zentrumsländern kann allerdings aus Platzgründen hier nicht weiter thematisiert werden.

3. Der Beginn des Abschwungs fiel mit der heftigsten Aufwallung anti-kapitalistischer revolutionärer Kräfte in der Peripherie des Weltsystems seit Niederbringung des Faschismus zusammen. Die Siege der vietnamesischen Revolution über die gewaltige US-amerikanische Kriegsmaschine gaben nicht allein der Vorrangstellung des US-Dollars einen kräftigen Stoß, sondern versetzten vor allem auch dem Prestige und dem Selbstbewußtsein des amerikanischen Imperialismus auf Weltebene einen verheerenden politisch-ideologischen Schlag, der weit über die Grenzen Südostasiens hinaus die unterschiedlichsten sozialen Kräfte gegen das Kapital zusammenschweißte. Für die Vereinigten Staaten am bedenklichsten waren aber die Auswirkungen, die die Fortschritte der Sache Vietnams auf die Sowjetunion hatten. Nach einer langen, sogar noch über die sowjetische (und chinesische) Intervention beim Genfer Friedensschluß von 1954 zurückreichenden Periode des Zögerns, ja des ausdrücklichen Verzichts, sich voll für die Demokratische Republik Vietnam zu engagieren, gab schließlich von der Sowjetunion reichlich zur Verfügung gestelltes militärisches Gerät den Ausschlag für den Sturz des Thieu-Regimes — das erste Mal, daß in der Nachkriegszeit direkte sowjetische Unterstützung zum Sieg einer sozialistischen Revolution in der Peripherie beitrug. Ihre Bestätigung erfuhr diese Wende der sowjetischen Politik mit der Luftbrücke für die kubanischen Truppen, die die südafrikanische Invasion Angolas zum Stehen brachten. Für die Staaten Westeuropas waren die vietnamesischen Siege vor allem deshalb von Bedeutung, weil sie der unmittelbare Auslöser für die große Welle von Studentenunruhen waren, die in den metropolitanen Ländern nach der Tet-Offensive von 1968 ausbrachen. Die Studentenrevolte mündete schließlich in gesellschaftliche Turbulenzen von einer Intensität ein, wie es sie seit der Zeit zwischen den Weltkriegen nicht mehr gegeben hatte: Der Generalstreik von Mai/Juni in Frankreich, der italienische heiße Herbst in der Folge, die britischen Bergarbeiterstreiks von 1971 bis 1973. Ausgelöst durch die Krise seines afrikanischen Kolonialreichs, schien in Portugal die Revolution von 1974/75 den kapitalistischen Charakter der Gesellschaft des Heimatlandes selbst in Frage zu stellen.

4. Zur selben Zeit wurde das traditionelle Muster der Beziehungen zwischen

metropolitanen und peripheren kapitalistischen Staaten in Frage gestellt. Im Jahr 1973 dekretierte das Kartell der OPEC eine Verdreifachung der Ölpreise. Keinesfalls war der »Ölschock« die Hauptursache oder auch nur ein Hauptfaktor der weltweiten Rezession der siebziger Jahre; er trug lediglich das Seine zu der inflationären Spirale bei, die sich in den westlichen Industrieländern schon längst in Bewegung gesetzt hatte. Trotzdem hinterließ der »Ölschock« bei den herrschenden Klassen in den Zentrumsländern einen nachhaltigen Eindruck, hatten doch erstmals in der Geschichte unterentwickelte Länder von sich aus und in Gemeinschaft eine erfolgreiche ökonomische Initiative gegen die gesamte entwickelte Welt ergriffen. Wie rasch und vollständig die (ökonomischen) Auswirkungen des Schachzugs der OPEC auch immer verdaut sein mochten — der Präzedenzcharakter, den er für das langfristige Kräfteverhältnis zwischen dominierenden und dominierten Staaten im kapitalistischen Welt-system hat, konnte für die Zukunft nichts Gutes bedeuten, vor allem, wenn sich die Interessen von Primärproduzenten, die sich in einer günstigen Verhandlungsposition befinden, jemals mit den Interessen anti-kapitalistischer Kräfte überschneiden sollten. Einen ersten Vorgeschmack in dieser Richtung gab bereits die erste Aktion der OPEC: Die Preiserhöhung kam genau in dem Moment, als Ägypten und Syrien ihren Gegenangriff auf Israel führten, der nur durch massive sowjetische Waffenlieferungen möglich geworden war. In der Tat ein alptrauerregender Präzedenzfall für den Weltkapitalismus!

Somit sahen sich Mitte der siebziger Jahre die metropolitanen Staaten mit wachsenden Problemen konfrontiert, die alle vier Hauptdimensionen der politischen Ökonomie des heutigen Kapitalismus berühren: Das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit, das Kräfteverhältnis zwischen den konkurrierenden Kapitalien des Zentrums, das Verhältnis zwischen Zentrumskapitalismus und nicht-kapitalistischen Ländern und Kräften und das Kräfteverhältnis zwischen Zentrums- und Peripheriekapitalismus. Die Krisenstrategien, die sich in den späten siebziger Jahren herauskristallisierten, mußten notwendigerweise in jeder dieser vier Dimensionen eine Antwort formulieren.

2. Politik der Stärke: Die Vereinigten Staaten

Das Kapital in den Zentrumsländern reagierte mit einer ganzen Serie von Gegenmaßnahmen auf die ersten unverkennbaren Anzeichen einer Erosion der Fundamente, auf denen das Akkumulationsmodell der Nachkriegszeit ruhte. Die Produktion sollte durch Rationalisierung und Verlagerung derart reorganisiert werden, daß die Voraussetzungen für gute Profite wieder verbessert und dabei gleichzeitig die Arbeiterschaft und ihre Organisation geschwächt würden. Die technologisch-geographische Restrukturierung von Industrie, Landwirtschaft und Dienstleistungen ließ die inländische Beschäftigung in den metropolitanen Ländern absacken; die traditionellen Qualifikationen der bestorganierten Teile der Arbeiterschaft wurden vielfach gänzlich entwertet. Die Stärke der Gewerkschaftsbewegung, die einst auf einem Kern von Facharbeitern beruht hatte, die für den Produktionsprozeß unentbehrlich waren, geriet in dem Maße ins Wanken, in dem sich die Konkurrenz auf dem Weltarbeitsmarkt durch die Marginalisierten und die Reservearmee verschärfte und sich

Arbeitslosigkeit und »flexible« und Teilzeit-Arbeitsverhältnisse verallgemeinerten.

Von seiten des Staats fanden freilich diese ökonomischen Wandlungen bis in die späten siebziger Jahre hinein keine genuine Unterstützung. Erst nachdem die Sozialdemokratie, die in den meisten Ländern des Zentrums während der siebziger Jahre regierte, mit ihrer halbherzigen, international nicht koordinierten und, schlimmer noch, inhaltlich angesichts der eigentlichen Probleme ganz unangemessenen Politik einer Wiederbelebung des (kapitalistischen) Wachstums manifest gescheitert war und den Rückhalt der Wähler verloren hatte, zeichnete sich mit dem Wahlsieg Thatchers in Großbritannien 1978 erstmals eine kohärente und umfassende konservative Antwort auf die Krise ab, die vorwegnahm, was dann in den achtziger Jahren der herrschende Trend werden sollte. Denn eigentlich war immer klar gewesen, daß es Staat und *Big business* der Vereinigten Staaten sein würden, die mit ihrer Antwort auf die weltweite Krise des Kapitalismus den Ausschlag geben würden, nicht allein auf Grund des quantitativen Gewichts, das die US-amerikanischen ökonomischen und politischen Interessen besitzen, sondern auch wegen der qualitativen Hegemonie der Vereinigten Staaten in ideologischer Hinsicht. Schon die letzten Jahre der Regierung Carter waren von zunehmendem Chauvinismus geprägt. Und 1980 kamen mit Reagan Kräfte in Washington ans Ruder, die einen weiteren Rechtsruck verkörperten. Zentraler Programmpunkt der Regierung Reagan ist eine imperiale Erneuerung der Vereinigten Staaten, die wieder unbezweifelbar zur Nummer Eins in der Welt gemacht werden sollen.

1. Um den Widerstand der Arbeiterschaft in den Vereinigten Staaten zu schwächen und die disziplinierende Wirkung der Massenarbeitslosigkeit zu stärken, wurden scharfe monetäre Restriktionen und gezielte staatliche Repressionsmaßnahmen (Niederschlagung der PATCO-Streiks) verhängt. Diese Strategie hat sich bisher als erfolgreich erwiesen. Zum ersten Mal seit den dreißiger Jahren mußten die amerikanischen Gewerkschaften in den *give-back clauses* der Abkommen der letzten Zeit erhebliche Abschläge bei den realen und sogar bei den nominalen Löhnen zugestehen. Gleichzeitig wurden die staatlichen Sozialleistungen drastisch beschnitten. Wachstumsindustrien wie Elektronik und Biotechnologie wurden weiter in den Süden und Westen des Landes verlagert (oft mittels einer entsprechenden Kanalisierung von Rüstungsaufträgen), während man dem Niedergang der traditionellen Industrien des Nordens und Ostens tatenlos zusah. Schon zeichnet sich als Folge dieser Entwicklungen ein deutlicher Wandel in der Klassenstruktur der US-amerikanischen Gesellschaft ab. Auf der einen Seite kam es zu einem beträchtlichen Rückgang des ohnehin nicht sehr hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrades im privaten Sektor, auf der anderen Seite entsteht eine neue Mittelklasse aus Managern, Technikern, freien Berufen und anderen Selbständigen, eine Gruppe, die seit geraumer Zeit der Hauptnutznießer von Inflation und Staatsaufträgen ist. Die gesamtwirtschaftlich wachsende Kaufkraft dieser neuen Schichten für Quasi-Luxuskonsumgüter übernimmt allmählich wenigstens teilweise die Funktion des Massenkonsums im alten fordistischen Modell. Eine wachsende Zahl von Neureichen, deren steuerliche Belastung systematisch re-

duziert worden ist, steht somit einer wachsenden Zahl von alten und neuen Armen komplementär gegenüber.

2. Die hohe öffentliche Verschuldung der Vereinigten Staaten, die aus der Einkommensumverteilung an die Neureichen und aus den eskalierenden Rüstungsausgaben resultiert, wird über das Mittel atemberaubend hoher Zinssätze finanziert. Dies engt den ohnehin schon bescheidenen wirtschaftspolitischen Manövierraum der anderen kapitalistischen Industrieländer weiter ein und zwingt sie, ihre Wirtschaftspolitik an die der Vereinigten Staaten anzupassen und einen Gutteil der amerikanischen Haushaltsdefizite mitzufinanzieren.

3. Mit einem gigantischen Waffenbeschaffungsprogramm und einer umfassenden militärischen Umstrukturierung hat die Reagan-Administration eine massive Aufrüstung gegen die Sowjetunion in Gang gesetzt. Ihre Hauptabsicht ist, die seit dem Vietnam-Krieg angeschlagene strategische Überlegenheit unbezweifelbar wiederherzustellen. Das amerikanische Rüstungsprogramm soll daneben aber auch die wirtschaftliche Entwicklung der Sowjetunion lähmen und der sowjetischen Außenpolitik Fesseln anlegen, die die Sowjetunion in eine neue Isolation treiben würden. Gleichzeitig sollen die Verbündeten in Westeuropa und Japan möglichst nahtlos auf die Linie der neuen US-Strategie verpflichtet werden. Im eigenen Land erfüllt das Programm die Funktion einer partiellen Ankurbelung der Inlandsnachfrage. An die alten Zeiten des Kalten Kriegs erinnernd, verbindet sich diese umfassende Wiederbelebung des amerikanischen Militarismus unter dem Banner eines aggressiven Kreuzzugs gegen den Kommunismus mit einer ideologischen Mobilisierung gegen jede Spielart und gegen jede Andeutung von Sozialismus überall auf der Welt.

4. Unter Einsatz militärischer und ökonomischer Machtmittel soll die US-Hegemonie in der Dritten Welt neu befestigt werden. Die im Zuge der ökonomischen Restrukturierung des kapitalistischen Zentrums beschleunigte labile Weltmarktintegration der Entwicklungsländer während der siebziger Jahre hatte für diese Länder erhöhte Importe von Technologie, Maschinen und Nahrungsmitteln zur Folge. Diese Importe und dazu auch noch die Gewinntransfers verlagerter Produktionen mußten durch hohe private und vor allem öffentliche Verschuldung finanziert werden. Die Schuldenkrise, die dann prompt Anfang der achtziger Jahre eskalierte, ermöglichte den konservativen Industrieländern weitreichende politische Interventionen — unter Anführung der Vereinigten Staaten und mit dem Instrument des Internationalen Währungsfonds, der eine Austeritätspolitik mit verheerenden Auswirkungen auf die Masse der Bevölkerung der Entwicklungsländer erzwang. Gleichzeitig wurden immer häufiger militärische Aktionen angedroht oder ausgeführt, um mögliche oder auch nur eingebildete Gefahren für die Interessen der Länder des kapitalistischen Zentrums zu eliminieren. Nachdem der Rückfall Großbritanniens in die Kanonenboot-Politik das Signal gegeben hatte, zogen die Vereinigten Staaten alsbald nach: Das winzige sozialistische Grenada wurde unter dem Vorwand einer Bedrohung der Vereinigten Staaten überfallen, im Libanon wurden Truppen gelandet, im Persisch-Arabischen Golf wurde mit einer Intervention gedroht, und außerdem fuhren die Vereinigten Staaten unter Reagan fort, die regionalen Polizeiaktionen Israels und Südafrikas zu ermutigen. Dik-

taturen und korrupte Regime erhalten heute in Mittelamerika brutale Rücken-deckung, und gegen Nicaragua wird ein unerklärter Krieg geführt.

Vor dem Hintergrund der Halbherzigkeiten der siebziger Jahre fällt die Spannweite und innere Kohärenz dieser US-amerikanischen Antwort auf die Krise besonders ins Auge. Die weltweite Rezession ist damit aber noch nicht in ihr Gegenteil verkehrt, und auch die gegenwärtige wirtschaftliche Erholung in den Vereinigten Staaten selbst wird sich, künstlich wie sie ist, als kurzlebig erweisen. Der starke Dollar ist mit enormen Außenhandelsdefiziten der Vereinigten Staaten verknüpft, und die Verschuldung der Dritten Welt droht als Bumerang auf die amerikanischen Finanzmärkte zurückzuschlagen. Selbst wenn man nicht die Möglichkeit verstärkten Widerstands der in- und ausländischen Opfer des Reaganschen Kurses einkalkuliert, sind also die objektiven Grenzen und inneren Widersprüche dieser Politik bereits sichtbar.

Trotzdem ist es bemerkenswert, wie gut es den Vereinigten Staaten bisher gelungen ist, ihre Hegemonie wiederherzustellen und neu zu befestigen. Warum mußten sich eigentlich die Regierungen Westeuropas und Japans dem neuen Kurs so widerstandslos fügen? Drei Gründe dürften den Ausschlag gegeben haben. Einmal macht die amerikanische nukleare Suprematie die anderen westlichen Industrieländer politisch und militärisch erpreßbar. Nirgends zeigt sich das deutlicher als in der amerikanischen Militärstrategie, die auf einem globalen Netzwerk von militärischen Stützpunkten im Ausland ruht und dabei einen Gutteil ihrer Offensivwaffen auf dem Boden ihrer Verbündeten oder Satelliten stationiert, um von hier aus die Möglichkeit zu beliebigen militärischen Operationen zu besitzen. Hinter dieser Position der Stärke liegt weiter, daß die Vereinigten Staaten als letztendliche Garanten eines freien Weltmarkts für Waren und Kapital und eines ungehinderten Zugriffs auf die Arbeitskraft weltweit nach wie vor unersetzlich sind. Bei der weiter wachsenden Internationalisierung der Akkumulation müssen die westeuropäischen und japanischen Konzerne ein vitales Interesse an der Aufrechterhaltung eines freien Weltmarkts haben — den freien Zugang zur Technologie und zu den Märkten der Vereinigten Staaten selbst natürlich eingeschlossen. Um nur ein einziges, fast beliebiges Beispiel zu geben: Heute machen einige der größten bundesdeutschen Firmen drei Viertel ihres Umsatzes im Ausland; bei einigen Firmen übersteigt der US-Umsatz den inländischen Umsatz oder kommt ihm zumindest nahe. Und schließlich ist nicht zu vergessen, daß sich bereits in den siebziger Jahren in Westeuropa und Japan wieder anti-kommunistische Stimmungen entwickelten, die voller Sympathie auf die wiederbelebte amerikanische Entschlossenheit reagierten, das Gespenst des Weltbolschewismus endlich zur Strecke zu bringen. Schließlich waren es die größeren westeuropäischen Mächte selbst, die auf bundesdeutsche Initiative hin bereits 1978 in Brüssel eine erneute West-Ost-Konfrontation nach Jahren der Detente einkalkulierten und das neue Raketenprogramm der NATO für das europäische Gefechtsfeld ankündigten, das die nukleare Eskalation in Europa seither bestimmt.

3. Politik der Anpassung: Mitterrands Frankreich

Der Kurs der Reagan-Administration fand so in den meisten westlichen Industrieländern ein positives Echo. Der neue Kurs war bereits vom Thatcherschen Konservatismus vorweggenommen worden. Die Politik von Schmidt/Lambsdorff setzt sich in der Regierung Kohl betont fort. Im Fernen Osten verkörpert die Regierung Nakasone in Japan einen ähnlichen Rechtsruck. Lediglich in einem einzigen größeren kapitalistischen Industrieland wurde ein grundsätzlich abweichender Kurs versucht — in Frankreich. Dort wurde Mitterrand im Frühjahr 1981 auf Grund eines Programms gewählt, das eine wirksame Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, unmittelbare Verbesserungen der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Masse der Lohnabhängigen und besonders benachteiligter Bevölkerungsgruppen und gleichgerichtete Maßnahmen versprach. Welche Bilanz dieses Experiments läßt sich heute ziehen?

1. In den ersten Monaten nach der Machtübernahme im Sommer 1981 wurde zielstrebig begonnen, das angekündigte wirtschaftspolitische Programm zu verwirklichen. Die Mindestlöhne wurden angehoben; die Wochenarbeitszeit wurde ein wenig reduziert; private Banken und einige Schlüsselindustrien wurden nationalisiert und neue Investitionsprogramme auf den Weg gebracht; die öffentlichen Ausgaben wurden erhöht, sowohl im Staatssektor selbst als auch auf dem Wege von Subventionen an private, inländische wie ausländische, Unternehmen, um die gesamtwirtschaftliche Nachfrage zu beleben; die Beschäftigung im Staatssektor wurde erhöht. Wie führende Mitglieder der Linkskoalition immer wieder betonten, zielte dieses dirigistische Programm für einen Weg aus der Krise durch Umverteilung und Reflationierung nicht auf eine Veränderung des kapitalistischen Charakters der französischen Wirtschaft als ganzer. Nichtsdestoweniger stellte dieses Programm ganz zweifellos einen neuartigen und ernstzunehmenden Versuch dar, das Kräfteverhältnis im nationalen Rahmen zugunsten der Lohnabhängigen zu verändern — unerachtet des Konsensus, der die anderen wichtigeren Zentrumsländer in Fragen der Austeritätspolitik vereint.

2. Gleichzeitig machte die neue Regierung auch immer wieder deutlich, daß ihr wirtschaftspolitisches Programm keinesfalls auf eine Modifikation der Eingliederung Frankreichs in das kapitalistische Weltsystem zielte. Kapitalverkehr und Außenhandel sollten keinerlei Beschränkungen unterworfen werden. Um ausländisches, speziell US-amerikanisches Kapital wurde verstärkt geworben, und die Aktivitäten französischen Kapitals (staatliche Unternehmen eingeschlossen) im Ausland sollten ausgeweitet werden. Das Ergebnis war die Kombination zweier fundamental verschiedener und nicht miteinander zu verbindender Konzeptionen — staatlicher Dirigismus zugunsten der Lohnabhängigen im nationalen Rahmen und lupenreines *laissez faire* für das inländische und das internationale Kapital auf dem Weltmarkt —, eine Kombination, die von Anfang an den Keim des Scheiterns in sich trug. Jede Regierung, die versucht, im nationalen Rahmen das Kräfteverhältnis zugunsten der Lohnabhängigen zu verändern, zugleich aber das nationale wirtschaftliche Geschehen ungeschützt den Bedingungen des kapitalistischen Weltmarkts aussetzt, handelt

in sträflicher Weise fahrlässig, um nicht zu sagen, objektiv unredlich. — Innerhalb eines einzigen Jahres lieferte denn auch die tatsächliche wirtschaftliche Entwicklung Frankreichs eine geradezu lehrbuchmäßige Illustration der Konsequenzen, die solch ein wirtschaftspolitischer Zwitter zeitigen muß. Die anfänglich positiven Beschäftigungs- und Wachstumseffekte erwiesen sich schnell als kurzlebig, da, abgesehen vom Festhalten an einem überbewerteten Franc, der Verzicht auf wirksame Devisen- und Preiskontrollen die Ausweitung der Nachfrage in erhöhten Einfuhren und in Preissteigerungen verpuffen ließ. Parallel dazu weigerte sich der private Sektor, die ihm im Wirtschaftsprogramm der Linkskoalition zugewiesene Rolle zu übernehmen, was angesichts des Mißtrauens, das die Unternehmerschaft für die neue Regierung hegte, und angesichts der voll entfalteten Krise der Weltwirtschaft kaum überraschen konnte. Die erhofften Produktionssteigerungen blieben aus; die Investitionen nahmen real ab; die Investitionsanreize wurden kaum angenommen. Devisenspekulation, massive Kapitalflucht und Expansion im Ausland versetzten dem inländischen Prozeß wirtschaftlicher Erholung zusätzliche Schläge. Schon nach wenigen Monaten stieg daher die Arbeitslosigkeit wieder an, erreichte die Inflationsrate neue Höchstwerte und nahm das Außenhandelsdefizit stetig zu. Die öffentliche Verschuldung Frankreichs wuchs, ohne, wie erhofft, eine stimulierende Wirkung auf Produktion, Investition und Beschäftigung zu haben. Bereits im Herbst 1981 war daher klar, daß das Programm eines mit öffentlichen Mitteln finanzierten Nachfrage- und Beschäftigungsprogramms in einer offenen Wirtschaft und gegen den Widerstand der Unternehmerschaft nicht aufrechtzuerhalten war. Der Franc wurde im Rahmen des EWS gegenüber der Deutschen Mark um 8,5 Prozent abgewertet. Für eine kleine Gruppe von Waren und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs wurde ein auf vier Monate befristeter Preisstop verfügt. Das Importvolumen wurde auf den Stand von Anfang Oktober 1981 eingefroren. Trotz des Anstiegs der Verbraucherpreise in der zweiten Jahreshälfte 1981 um fast 15 Prozent wurden die Tarifpartner aufgefordert, die Nominallöhne um nicht mehr als 10 Prozent jährlich wachsen zu lassen. Den Unternehmen wurden neue Investitions- und Beschäftigungsanreize offeriert.

Dieser halbherzige Versuch einer Preis- und Importkontrolle blieb jedoch ohne die erhoffte Wirkung. Als sich auch im Sommer 1982 immer noch keinerlei Anzeichen einer Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Lage erkennen ließen — die Investitionen waren weiter rückläufig, das Außenhandelsdefizit hatte stark zugenommen, die spekulativen Manöver hatten nicht nachgelassen, die Arbeitslosigkeit war erneut gestiegen —, konnten sich in der Regierung die Kräfte durchsetzen, die für eine Ablösung des nachfrage- und beschäftigungsorientierten Programms durch ein angebots- und rentabilitätsorientiertes Programm eintraten. Im März 1983 entschied sich die Sozialistische Partei schließlich auch ganz offen für ein konventionelles Austeritätsprogramm. Eine sozialdemokratische Politik der *Krisenüberwindung* wurde nunmehr fast restlos abgelöst durch das in fast allen westlichen Industrieländern praktizierte konservative Modell des *Krisenmanagements*, dessen Kernpunkt es ist, die Verwertungsbedingungen für das nationale und internationale Kapital zu verbessern.

Die Arbeitslosigkeit ist heute höher als bei Mitterrands Machtübernahme, und sie wird sich bei der gegenwärtigen Politik weiter erhöhen. Produktion und Investitionen stagnieren, und ganze Branchen, wie die Stahl- und die Textilindustrie, stecken in tiefen Strukturkrisen. Die Reallöhne sind gefallen, die Inflationsraten haben zugenommen, und die interne und externe Staatsverschuldung hat ein bedrohliches Ausmaß erreicht. Die Aussichten für die künftige wirtschaftliche Entwicklung Frankreichs sind ausgesprochen düster.

3. Wie läßt sich erklären, daß es die Regierung Mitterrand unterließ, ihr soziales Experiment gegen sein ansonsten vorhersehbares Scheitern nach außen ausreichend abzusichern? Es gibt dafür zwei Gründe. Der eine war die uneingeschränkte ideologische Unterstützung, die die französische Regierung der Atlantischen Allianz und ihren Zielsetzungen zuteil werden ließ. Mitterrand hatte Giscard in seinem Wahlkampf noch in anti-kommunistischer außenpolitischer Stimmungsmache überboten. Als die neue Regierung ihr Amt angetreten hatte, erwies sie sich sofort als eifriger Befürworter der Politik nuklearer Eskalation in Europa, wie sie von der Regierung Reagan betrieben wird. Die strategische *force de frappe* wurde verstärkt; eine massive Vergrößerung des französischen Arsenal taktischer Kernwaffen wurde durchgeboxt (Steigerung der entsprechenden Haushaltsmittel um das Vierfache); die Arbeiten an der Neutronenbombe wurden beschleunigt. Und gleichzeitig warf sich Mitterrand zum Advokaten amerikanischer *Pershing II* und *Cruise missiles* auf dem Territorium benachbarter Länder auf. Diese strategische und diplomatische Entente mit dem neuen US-amerikanischen Militarismus hatte zur unvermeidlichen Folge, daß sich Frankreich auch im Rahmen der amerikanischen Wirtschaftspolitik bewegen muß. Beider Zusammengehörigkeit wurde in der gemeinsamen Erklärung der kapitalistischen Hauptmächte auf dem Gipfeltreffen von Williamsburg 1983 feierlich besiegelt: Austerität und Anti-Kommunismus wurden in einem weltweiten Block miteinander vereinigt, der sich zum ersten Mal vom Atlantik bis zum Pazifik spannt.

4. Der zweite entscheidende Grund für die spezifische französische Außenpolitik war freilich der Ehrgeiz der Regierung Mitterrand, den Status Frankreichs als einer unabhängigen großen nachkolonialen Macht aufrechtzuerhalten. In dieser Hinsicht gibt es eine enge Analogie der Schicksale, die die französische Sozialdemokratie der achtziger Jahre und die britische Sozialdemokratie der sechziger Jahre erlitten. In beiden Fällen gaben Illusionen von Größe und Grandeur den Ausschlag, wenn es darum ging, an überbewerteten Währungen festzuhalten, militärische Positionen in Übersee zu behaupten und sich im globalen Maßstab den Vereinigten Staaten als der überlegenen Garantiemacht zu subordinieren. Mitterrands Weigerung, 1981 den überbewerteten Franc im EWS abzuwerten (und das, obwohl der Franc unmittelbar nach Mitterrands Wahlsieg gegen den US-Dollar fiel), erinnert an Wilsons Fixierung auf das Pfund Sterling 1964 und hatte für das inländische Wirtschaftswachstum dieselben Konsequenzen. Mitterrands Verhältnis zu Reagan im Konflikt mit der Sowjetunion gemahnt an das seinerzeitige Verhältnis Wilsons zu Johnson. In Regionen der Dritten Welt, wo Frankreich kaum eigene Interessen zu verteidigen hat, gab es, das sei anerkannt, einige begrüßenswerte Abweichun-

gen von der unbedingten Solidarität mit Washington, hauptsächlich, wenn auch vorsichtig genug, in Mittelamerika. Anderswo freilich haben sich die französischen neokolonialen Interessen höchst unangenehm bemerkbar gemacht. Die unmittelbare Unterstützung für die Strafexpedition des befreundeten Großbritanniens nach den Falkland-Inseln bzw. *Islas Malvinas* war ungemein bezeichnend: Für Frankreich steht heute in Übersee weit mehr auf dem Spiel als für Großbritannien. Frankreich ist heute das einzige westeuropäische Land mit einem ganzen Satellitenkranz früherer Kolonien, über den ein Netzwerk französischer Militärstützpunkte zur sofortigen Intervention verteilt ist, und im Unterschied zu allen anderen EG-Ländern ist der international führende Sektor in seinem Außenhandel die Rüstungsindustrie. In beiden Hinsichten sind gute Beziehungen zu den Vereinigten Staaten wichtig. Von daher erklärt sich das vorherrschende Muster französischer Dritte-Welt-Politik: Verstärkung der französischen Eingreiftruppen; Entsendung von Expeditionskorps in die früheren Kolonien Libanon und Tschad; Patronage von Regimen wie in Zaire oder Gabun; Waffenexporte an den Irak und an Saudi-Arabien. Es gibt bisher keinerlei Anzeichen, daß es in diesem Muster unter Mittelrand einen qualitativen Bruch gibt.

Welche Schlußfolgerungen hat man aus den Ergebnissen des französischen Amalgams sozialdemokratischer und konservativer Politiken zu ziehen? Zwei sind klar. Solange man die internationalen Rahmenbedingungen und Sachzwänge der Kapitalverwertung ignoriert oder unkontrolliert läßt, ist eine konsistente antisystemische Politik im nationalen Rahmen unmöglich. Die Arbeiterbewegung kann keine dauerhafte Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Lohnabhängigen und der Arbeitslosen zu bewirken hoffen, solange sie nicht willens ist, die fundamentale Logik und die Sachzwänge des kapitalistischen Systems frontal anzugehen.

4. Alternative Politik: Radikaler Realismus

Eine kohärente alternative Politik für die achtziger Jahre und danach muß die Lektionen lernen, die das Desaster des französischen sozialdemokratischen Experiments unter Mittelrand bereithält. Wenn sie nicht von Anfang an Enttäuschungen erleben und alsbald scheitern will, muß eine solche alternative Politik in ihren Postulaten um ein Entscheidendes radikaler angelegt sein. Das bedeutet aber nicht, daß wir einem blinden Voluntarismus oder Maximalismus das Wort reden wollen. Alle noch so bescheidenen Anstrengungen, das menschliche Leiden zu mildern und die tödliche Logik der gegenwärtigen weltweiten Krise zu entschärfen, verdienen Unterstützung, sofern sich solche punktuellen und partiellen Bemühungen nicht gegenseitig durchkreuzen. Wenn diese individuellen Aktionen aber zu einer genuinen systemüberwindenden Entwicklung zusammenwachsen sollen, müssen sie die Fähigkeit entwickeln, die Strukturen kapitalistischer Herrschaft und Ausbeutung selbst und an allen ihren Fronten anzugehen, sowohl was ihre ökonomischen Fundamente im Verwertungs- und Akkumulationsprozeß, als auch was ihre militärischen, politischen und sozialen Konsequenzen angeht: Massenarbeitslosigkeit in den Industrieländern, das Herabdrücken großer Bevölkerungsgruppen der

Dritten Welt auf (oder sogar unter) die Schwelle nackter Subsistenz, wachsende Gefahr eines Atomkriegs, immer massiverer Raubbau an der Natur, Ausbrüche rassistischer Gewalt, Aufrechterhaltung patriarchalischer Unterdrückung. Eine ernstgemeinte alternative Strategie muß diese kapitalistische Weltordnung als ganze zu überwinden suchen und dazu das gesellschaftliche Kapitalverhältnis beseitigen, das die gegenwärtige Krise hervorruft und fort-dauern läßt.

Eine solche alternative Antwort auf die Krise erfordert zweierlei. Zum einen verlangt sie die Angabe konsistenter systematischer Alternativen in allen vier Konfliktbereichen, die heute die politischen Auseinandersetzungen im Weltkapitalismus bestimmen: Verhältnis von Kapital und Arbeit, Kapital-Kapital-Verhältnis (insbesondere die Hegemoniefrage), West-Ost-Beziehungen und Nord-Süd-Beziehungen (Zentrum und Peripherie) — ohne daß damit die Antworten auf die Fragen des Raubbaus an der Natur und der Fremdbestimmung wie im Patriarchat und im Rassismus präjudiziert werden sollen, die sich überall stellen. Und zum anderen verlangt eine alternative Antwort die Angabe identifizierbarer politischer Akteure oder Kräfte, die willens und fähig sind, für diese Alternativen zu kämpfen.

A. Akteure

Offenkundig sind die Voraussetzungen für eine Realisierung dieser beiden Erfordernisse in den westlichen Industrieländern (auf die wir uns in unseren Bemerkungen beschränken) höchst unterschiedlich. Aus historischen Gründen erscheinen die Chancen einer Verwirklichung in den Vereinigten Staaten und in Japan weniger günstig als in Westeuropa. Und was die Europäische Gemeinschaft anlangt: Welche ernstzunehmenden Kandidaten mit einem eindeutig systemüberwindenden Potential lassen sich hier ausmachen? In der Mitte des Jahres 1984 kann schwerlich ein Zweifel darüber bestehen, wo das konservative, systemverhaftete Management der Krise dem wirkungsvollsten Widerstand begegnet. In der Bundesrepublik Deutschland streikt die größte Einzelgewerkschaft der kapitalistischen Welt, die IG Metall, für die 35-Stunden-Woche. In Großbritannien halten seit vielen, vielen Wochen die Bergarbeiter einem massiven Aufgebot staatlicher Repression stand. In Frankreich wehren sich die Belegschaften der Automobilwerke gegen Entlassungen und protestieren die lothringischen Stahlarbeiter dagegen, daß ihre Region dem wirtschaftlichen Niedergang preisgegeben werden soll. In Italien beherrscht der Zusammenstoß der Bewegung der *autoconvocati* in den Fabriken mit dem Lohnsenkungsprogramm der Regierung die Szene; in diesem Zusammenhang erlebte Rom im März dieses Jahres die größte Demonstration seiner Nachkriegsgeschichte.

Diese länderübergreifende Wiederbelebung der Militanz der Arbeiterbewegung muß für alle jene eine Überraschung sein, die die alte Arbeiterbewegung als eine überlebte, verbrauchte oder diskreditierte Kraft bereits abgeschrieben hatten. Warum bildet auch heute noch die traditionelle Arbeiterbewegung in Zeiten der Apathie den langen Atem und in Zeiten des Aufruhrs die Speerspitze jeder alternativen Politik? Das hat zwei Gründe. Einmal repräsentiert die traditionelle Arbeiterbewegung auf Grund des zentralen Platzes, den die Ar-

beiter im Produktionsprozeß des gesellschaftlichen Mehrwerts einnehmen, auf Grund auch der schieren Zahl ihrer Mitglieder und vor allem auf Grund ihrer eingespielten Organisation einen gesellschaftlichen Machtfaktor ersten Ranges. Das Kapital fürchtet sie wie keine andere soziale Bewegung in seinem Herrschaftsbereich. Und zum anderen werden sich die Gewerkschaften heute selbst dann, wenn sie allein die unmittelbaren tagtäglichen Überlebensinteressen ihrer Mitglieder gewährleisten wollen, in einer ihnen von außen aufgezwungenen gnadenlosen Klassenauseinandersetzung ohne Aussicht auf einen baldigen wohlfeilen Kompromiß anti-kapitalistisch repolitisieren müssen — ob sie es nun wollen oder nicht. Die Welle von Aufsässigkeit der Arbeiter, die dieses Frühjahr durch Westeuropa schwappte, ist nur erst der Anfang dieses Prozesses.

In beiden Hinsichten sind die neuen sozialen Bewegungen der traditionellen Arbeiterbewegung eindeutig unterlegen. Was den ersten Punkt anlangt, beziehen Friedens- und Umweltbewegung ihre Stärke nicht aus einer Integration in den gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß, und dementsprechend verfügen sie auch über keine vergleichbare organisatorische Stärke und politische Kontinuität. Kurzatmiger und diffuser in ihren Aktionen, fallen sie bisher nicht als vergleichbarer Machtfaktor ins Gewicht. Wegen der traditionell zentralen Rolle der Frauen bei der Aufzucht potentieller und bei der Versorgung invalider oder alt gewordener Arbeitskräfte sowie wegen der Bedeutung der Frauenarbeit in der industriekapitalistischen Produktion ist dagegen die Frauenbewegung an einer zentralen Stelle im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß angesiedelt; ihre organisatorische Stärke kann sich aber bisher noch lange nicht mit ihrer ideologischen Einwirkung auf die gesamte bürgerliche Gesellschaft messen. Was den zweiten Punkt angeht, sehen sich die neuen sozialen Bewegungen aus eben diesen Gründen und auf sich allein gestellt auch nicht gezwungen, die zentralen Mechanismen des Verwertungsprozesses selbst anzugehen: Als Bewegungen können sie — anders als vielleicht ihre Angehörigen und anders jedenfalls als die Arbeiterbewegung — einer entscheidenden Auseinandersetzung im Herzen des Systems ausweichen und versuchen, in schlechten Zeiten unterirdisch zu überwintern.

Auf der anderen Seite ist aber auch festzuhalten, daß sich die neuen sozialen Bewegungen in den letzten Jahren der traditionellen Arbeiterbewegung oft genug in politischer Phantasie und in ihrer Fähigkeit zu kurzfristiger moralischer Mobilisierung als überlegen erwiesen haben, wie beispielsweise bei verschiedenen Gelegenheiten die europäische Friedensbewegung.

Eine politische Alternative hat deshalb in den westlichen Industrieländern nur bei einem Bündnis der traditionellen Arbeiterbewegung mit den anti-kapitalistischen Elementen in den neuen sozialen Bewegungen eine Chance. Nur ein solches Bündnis verspricht Erfolg bei der Durchsetzung der Ziele eines jeden der beiden Partner.

Die beiden Seiten des Bündnisses sind wechselseitig aufeinander angewiesen. Ohne die organisierte, im Produktionsprozeß fest verwurzelte Arbeiterbewegung haben die neuen sozialen Bewegungen kaum eine Chance, die Imperative der Akkumulation mit allem, was aus ihnen resultiert, zu modifizieren oder

gar außer Kraft zu setzen. Umgekehrt werden es aber auch die traditionellen Parteien und Gewerkschaften der Arbeiter ohne die Unterstützung der neuen Bewegungen kaum schaffen, aus dem Ghetto ihrer relativen Isolierung in der jüngeren Vergangenheit auszubrechen. Organisationen, die ihre zentrale Aufgabe darin sehen, Schritt für Schritt Besserstellungen für ihre Mitglieder- und Anhängerschaft innerhalb des Systems zu errotzen, sind nämlich leicht versucht, darüber ihr weiterreichendes und damit zusammenhängendes Ziel, die Lage aller von den Sachzwängen des Systems Bedrohten und Ausgebeuteten zu verbessern, auf die lange Bank zu schieben oder sogar um einer vordergründigen ideologischen Geschlossenheit willen aus ihrem Programm zu streichen. Wenn die Gewerkschaften in den Industrieländern eine konservative Involution vermeiden wollen, die sie unversehens zu bloßen Interessenvertretern eines vergleichsweise privilegierten, aber immer kleiner werdenden Bruchteils der arbeitenden Bevölkerung macht — eine Rolle, die ihnen, wie das Beispiel der Vereinigten Staaten zeigt, die Vertreter und Hauptnutznießer des Systems vermutlich nur allzu gerne konzedieren würden, um eine neuartig polarisierte Gesellschaft zu stabilisieren —, dann müssen sie ihre Massen- und Legitimationsbasis entschlossen verbreitern. Dazu müssen sie sehr viel stärker als bisher auf die zentralen Bedürfnisse der großen Bevölkerungsmehrheit eingehen: die Sicherung des Lebens durch ein regelmäßiges Einkommen (beispielsweise durch einen ausreichend bezahlten, sicheren Arbeitsplatz); die Verhinderung des Kriegs, der unter heutigen Umständen in Europa nur das Ende allen menschlichen Lebens bedeuten könnte; eine emanzipatorische Reorganisation der gesamten Arbeit, die in der Gesellschaft, sei es als bezahlte, sei es als unbezahlte, sei es als männliche, sei es als weibliche, geleistet wird. Um ihrer Machtbasis willen müssen sich also die Organisationen der Arbeiterschaft entschieden stärker als bisher mit den Arbeitslosen, Ausgegrenzten, »Rand«gruppen (Frauen, Jugendliche, Alte, Gastarbeiter usw.) und mit der Friedens- und Umweltbewegung solidarisieren und ihre Forderungen in antikapitalistisch zugespitzter Weise aufgreifen. Und umgekehrt wiederum ist die größere moralische Entschiedenheit und politische Attraktivität der neuen sozialen Bewegungen unverzichtbar für die Bildung einer breiten systemüberwindenden Koalition, die nur auf dem Fundament eines entschlossenen neuen Universalismus gedeihen kann.

Ein Bündnis dieser Art kann im Mahlstrom der Krise nicht von heute auf morgen zusammenwachsen, und es wird dabei auch nicht ohne Rückschläge abgehen. Aber die Zeit drängt. Schon zeichnen sich im Reaganschen Amerika mit seinen rapiden gesellschaftlichen Veränderungen die Konturen einer postfordistischen Ordnung ab, die, im eigenen Land mit Eiseskälte installiert, zugleich voller Aggressivität nach außen drängt. Soll diese Gefahr gebannt werden, ist ein unbeirrter und realistischer Kurs vonnöten, ein Kurs, der sich von Opportunismus und Abenteuerertum gleichermaßen fernhält, ein Kurs, der sich nicht von den Schalmeientönen betören läßt, die unter dem Deckmantel vermeintlich pfiffiger Indienstnahme eines zwar übermächtigen, aber tölpelhaften Systems für Anpassung und Unterwerfung plädieren, ein Kurs also, der die reale Macht des Systems und ihre Grenzen nüchtern einzukalkulieren versteht.

Die Größe der Gefahr und die Dimension menschlichen Leidens machen eine entschlossen anti-kapitalistische Politik historisch notwendig. Trotz aller Schwierigkeiten ist eine solche anti-kapitalistische Politik nicht unmöglich. Und die Zahl der Menschen, die eine solche Politik wollen, wächst.

B. Alternativen

Mit welchem Satz politischer Maßnahmen könnte heute eine kohärente Antwort auf die Krise des Systems gegeben werden? Zwar bleibt der Nationalstaat als Instrument des politischen Wandels der unvermeidliche Ausgangspunkt, solange die alte Arbeiterbewegung und die neuen sozialen Bewegungen prinzipiell in seinem Bezugsrahmen organisiert sind. Da aber die Akkumulation mehr denn je international ausgerichtet ist, müssen sich die sozialen Bewegungen in ihren Perspektiven, Plänen und Aktionen unbedingt von der Enge der sogenannten nationalen Interessen befreien. Die internationalen Beziehungen müssen nicht nur oder überwiegend als ein Feld externer Sachzwänge, sondern ebenso auch als Feld möglicher externer Chancen gesehen werden. Ein einzig und allein auf den Nationalstaat der westlichen Industrieländer fixierter Reformkurs, der es versäumt, gleichzeitig für Änderungen in den Beziehungen zwischen den Industrieländern, in den Nord-Süd- und West-Ost-Beziehungen zu sorgen, läuft das unmittelbare Risiko, daß sich eventuelle Fortschritte im eigenen Land sehr schnell als kurzlebig und ambivalent erweisen.

Die Elemente einer solchen Politik des radikalen Realismus müssen von den vergangenen Erfahrungen und aus dem gegenwärtigen Gesichtskreis der verschiedenen Arbeiter- und sozialen Bewegungen hergenommen werden. Die folgende Liste stellt lediglich *eine* mögliche Zusammenfassung solcher Elemente für Diskussionszwecke dar. Jeder einzelne Punkt in dieser Liste ist nach dem Zweiten Weltkrieg schon einmal hier oder dort von den Gewerkschaften oder den neuen sozialen Bewegungen in Westeuropa als Forderung angemeldet oder in Einzelfällen sogar durchgesetzt worden. Solche historischen Vorläufer werden gegebenenfalls ausdrücklich erwähnt. Auf der anderen Seite würde aber die Forderung, alle Postulate auf einen Schlag zu verwirklichen, das System des Kapitalismus als ganzes in Frage stellen. Selbstverständlich bedürfen die einzelnen Punkte und ihr Zusammenhang einer eingehenderen Charakterisierung und Diskussion, als wir sie hier leisten können. *Nur* die Analyse der jeweiligen konkreten Situation kann entscheiden, wann und in welcher Abfolge und Kombination von Schritten diese Ziele verwirklicht werden können.

1. *Das Verhältnis von Kapital und Arbeit.* — Höchste Priorität muß hier die entschlossene Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der mit ihr verbundenen Verelendung der ungesichertsten Bevölkerungsgruppen erhalten. Drei Maßnahmen sind hier vordringlich: Ein wirkungsvolles öffentliches Beschäftigungsprogramm, eine Verallgemeinerung der 35-Stunden-Woche und eine gesellschaftliche Kontrolle der Investitionen. Die Regierung Mitterrand machte ihr Entree mit der ersten Maßnahme, die bundesdeutschen Gewerkschaften riefen für die zweite zum Streik auf, und die britische Regierung praktizierte nach dem Krieg in beachtlichem Umfang die dritte. Aber nur in ihrer Verbindung würden diese Maßnahmen allen Menschen in den westlichen Industrie-

ländern die Mittel (das Einkommen) für ein menschenwürdiges Leben sichern. Lohnarbeit selbst ist nur ein Mittel unter anderen, um dies zu erreichen, aber eines, das für das Leben von zahllosen Millionen so zentral ist, daß die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit heute im Zentrum jeder radikalen Politik steht.

Die tiefe Krise der traditionellen Beschäftigungsmuster eröffnet gleichzeitig die willkommene Chance, die Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau, zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit neu zu gestalten. Eine Neuverteilung der Arbeit (nicht *job sharing*) und verkürzte Arbeitszeiten in Fabrik und Büro könnten unter anderem dazu genutzt werden, die Arbeitsteilung zwischen »Arbeit« und »Hausarbeit«, zwischen »typisch männlichen« und »typisch weiblichen« Tätigkeiten zugunsten einer gleichmäßigeren Aufteilung auf die Geschlechter zu verändern und damit eine entscheidende Voraussetzung für die Unterminierung patriarchalischer Herrschaft zu schaffen (und damit auch eines wichtigen Instruments kapitalistischer Herrschaft und Ausbeutung).

Ähnlich könnte die Krise der traditionellen Produktionsstrukturen Raum für die Verwirklichung populärer Forderungen nach veränderten Produktionsweisen und verändertem Output schaffen, um damit ökologischen Belangen Rechnung zu tragen und zu einer einigermaßen ausgewogenen und in sich tragfähigen vollständigen industriellen Basis zu gelangen. Zwei Ziele stehen hierbei im Vordergrund. Zum einen muß der räuberische und vergewaltigende Umgang mit der Natur wieder unter die Schwelle des langfristig Tragbaren gebracht werden, damit dem katastrophalen Anwachsen der Luft- und Wasserverschmutzung, der chemischen Zerstörung der natürlichen Böden, dem Waldsterben und der erhöhten Krankheitsanfälligkeit und Sterblichkeit in immer größeren belasteten Regionen Einhalt geboten werden kann. Und zum anderen muß die Möglichkeit eigenständiger nationaler oder regionaler Wirtschaftspolitik zurückgewonnen werden, um die erpresserische Abhängigkeit von verletzlichen globalen Produktionsverbänden verringern oder beseitigen zu können (vgl. schon J.M. Keynes: *National Self-Sufficiency*, 1933).

Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, traditionell ein zentrales Ziel der Arbeiterbewegung, ist auf Grund der Nachkriegserfahrungen mit den Verstaatlichungen von Produktionsmitteln in Ost und West (was eine fragwürdige Verkürzung des ursprünglichen Ziels war) in Mißkredit geraten. Aber jeder beschönigende oder defensive Umgang mit den alten Idealen des Sozialismus spielt nur in die Hände der Reaktion. Die Antwort auf die Nachkriegserfahrungen kann nicht in einer Revision des ursprünglichen Ziels bestehen, sondern nur in dem aktiven Eintreten für eine Demokratisierung von unten statt der Verstaatlichung von oben. Denn gerade Gesellschaften, die in allen übrigen Bereichen dem Prinzip der demokratischen Selbstbestimmung formal so hohen Tribut zollen, sind unter Verweis auf den bestehenden Despotismus der Fabrikarbeit ideologisch höchst angreifbar. Qualitativ verstärkte Rechte der Arbeiter und Angestellten im Betrieb und auf der Ebene des Gesamtunternehmens ist deshalb ein realistisches und populäres Ziel für die nächste Zukunft. Auf dieser Linie liegen bereits die Erfolge der italienischen Fabrikräte-Bewegung Anfang der siebziger Jahre und die EG-Initiative für eine Offenlegung von Unternehmensdaten an die Gewerkschaften (*Vredeling Directive*). Und

auf dieser Linie liegt auch die Freisetzung der bislang unterdrückten oder zurückgehaltenen Erfindungsgabe der Arbeiter und damit auch einer höheren Gesamtproduktivität, wenn die Produktion zunehmend von unten her geplant und bestimmt wird, wie die baskischen Kooperativen gezeigt haben (Mondragon-Komplex). Der Ruf nach »Produzentensouveränität« ist der Schlüssel, um den anti-sozialistischen Konsensus der letzten Jahrzehnte aufzubrechen.

2. *Die Beziehungen zwischen den Industrieländern.* — Kein Programm für wirtschaftliche Erholung und Mehrbeschäftigung im Inland kann erfolgreich sein, ohne die Austauschbeziehungen mit der kapitalistischen Umwelt des Auslands durch resolute Maßnahmen einer strikten Kontrolle zu unterwerfen. Die gegenwärtige, von den Vereinigten Staaten dominierte Krisenpolitik hat den Handlungsspielraum für jedes in den Weltmarkt für Waren, Kapital und Arbeit integrierte Land nochmals so verengt, daß gerade auch heute jede inländische systemüberwindende Politik sofort an den äußeren Sachzwängen des Weltmarkts scheitern müßte, würden nicht von Anfang an entsprechende Schutzvorkehrungen getroffen. Deshalb ist eine sorgfältig überlegte umfassende Steuerung der Außenwirtschaftsbeziehungen unverzichtbar. Dazu gehören wirksame Kapitalverkehrskontrollen und gezielte Einfuhrbeschränkungen. Die geltenden EG-Protokolle stellen dabei nur formal ein Hindernis dar, das zum Beispiel seit langem immer dann, wenn es erforderlich erschien, vom italienischen Staat in beider Hinsicht ignoriert wurde. Die herrschenden Doktrinen bezüglich der angeblichen Sachzwänge einer »offenen Wirtschaft« wiederholen nur die Scheinargumente der *laissez faire*-Orthodoxie eines Snowden oder eines Hilferding, die in der Weltwirtschaftskrise zwischen den Kriegen vorgaben, zur Kürzung der Sozialleistungen und zur Massenarbeitslosigkeit gebe es »keine Alternative«, wenn die Zahlungsbilanz »wieder gesunden« solle. Es gab solche Alternativen in den dreißiger Jahren; es gibt sie auch heute.

Jedes westeuropäische Land, das einen solchen alternativen Kurs einschlagen würde, hätte natürlich Erpressungsversuche und Vergeltungsmaßnahmen der Hegemonialmacht und ihrer Verbündeten zu gewärtigen. Doch gerade der hohe Integrationsgrad der Weltwirtschaft macht heute eine handfeste ökonomische Auseinandersetzung zwischen Ländern des Zentrums zu einem gefährlichen Unterfangen, das durchaus auch auf den Angreifer selbst üble Rückwirkungen haben könnte, weil dann die Absatzmärkte und Investitionen im Ausland eben auf *beiden* Seiten bedroht wären. Und genau aus diesem Grund wäre ein Land, das zu einem solchen alternativen Kurs wirklich ernsthaft entschlossen ist, Drohungen und Aktionen von außen nicht von vornherein wehrlos ausgeliefert (vgl. eine entsprechende Diskussion am Beispiel Großbritanniens: Bob Rowthorn: *Britain and the World Economy*, 1974).

3. *Die West-Ost-Beziehungen.* — Die Richtung, in die es hier zu gehen gilt, haben in den letzten Jahren die großen Friedensbewegungen in der Bundesrepublik Deutschland und in Großbritannien, in Italien und in den Niederlanden unmißverständlich und konkret gewiesen. Viele ihrer Ziele sind von den Arbeiterbewegungen in diesen Ländern aufgenommen worden, von der britischen Labour Party und der niederländischen Arbeiterpartei, von den italienischen Kommunisten und vom linken Flügel der bundesdeutschen Sozialdemokratie.

Um den Frieden in Europa zu schaffen, bedarf es einseitiger Abrüstungsschritte und der Schaffung atomwaffenfreier Zonen mit dem Ziel, alle Kernwaffen aus dem ganzen Gebiet von Portugal bis Polen zu evakuieren. Pazifistisch ist eine solche Politik nicht. Sie unterstellt bis auf weiteres die Aufrechterhaltung einer wirksamen Verteidigungskapazität mit konventionellen Mitteln und zunächst auch noch unter dem Schirm interkontinentaler nuklearer Abschreckung, eine Verteidigungskapazität, die keinem potentiellen Aggressor ein lohnendes Ziel bietet und andererseits für einen eigenen Angriff absolut ungeeignet ist. (Hier ist an Horst Afheldt: *Defensive Verteidigung*, 1983, zu erinnern, vermutlich das durchdachtste Konzept einer militärisch wie politisch möglichen Detente in Mitteleuropa und darüber hinaus.) Die buchstäblich überlebenswichtige Erneuerung der Detente sollte erweiterte Handelsbeziehungen zu den RGW-Ländern mit diplomatischen Initiativen zum Abbau bestehender Repression und zum Ausbau von Bürgerrechten im Osten verbinden — Ziele, die einzig im Kontext materieller Kooperation, bestimmt aber nicht bei Androhung militärischer Gewalt eine Chance der Verwirklichung besitzen.

4. *Die Nord-Süd-Beziehungen.* — Schließlich kann keine systemüberwindende Politik in den Ländern des Zentrums, die diesen Namen verdient, das bestehende Beziehungsgefüge zwischen Erster und Dritter Welt unberührt lassen. Zuerst und vor allem anderen müssen die Massenbewegungen in den Ländern des Nordens eine gegenwartsbezogene internationale Solidarität beweisen, indem sie die grotesk hohe Verschuldung attackieren, die heute auf den Ländern der Dritten Welt lastet. Der grausame imperiale Blutzoll in Gestalt der enormen Zinszahlungen der Entwicklungsländer an den Norden muß in den Metropolen selbst zum Gegenstand massiver Kritik gemacht werden, weil diese Tribute und ihre Hauptnutznießer, die großen Banken, hier vor einer politischen Öffentlichkeit bloßgestellt werden können, die wenig moralisches und ökonomisches Verständnis für Transaktionen aufbringt, die sich der Korruption und der Spekulation verdanken. Der Ruf nach einer Verringerung oder Streichung der Zinszahlungen oder der Schulden selbst kann sich nur positiv auf den Spielraum auswirken, den die Entwicklungsländer selbst für eigene Aktionen, etwa in Richtung auf ein Schuldnerkartell, haben.

Mit Blick auf die gegenwärtige internationale Arbeitsteilung ist zu fordern, daß der Norden Einfuhren aus der Dritten Welt keine Hindernisse in den Weg stellt und daß Entwicklungsländer, die ihre Arbeitskräfte nicht überausbeuten (lassen) und die eine effektive gewerkschaftliche Interessenvertretung erlauben, Vorzugsbedingungen eingeräumt erhalten. Selbstverständlich müßte die Einhaltung der Voraussetzungen für eine solche Vorzugsbehandlung (etwa im Sinne einer Sozialklausel im GATT, wie von der International Textile, Garment & Leather Workers' Federation propagiert) strikt überwacht werden. Und statt durch Waffenlieferungen an halbfeudale Regime und abhängige Diktaturen, wie sie heute die Außenpolitik aller Länder des Zentrums charakterisieren, müßten solche Maßnahmen durch genuine materielle (nicht-militärische) Unterstützung all der Länder der Dritten Welt ergänzt werden, die eine lange Geschichte innerer wie äußerer Ausbeutung überwinden wollen.

Erste Schritte zu einer systemüberwindenden Politik sind nicht unmöglich.

Wieland Elfferding

Ist ein Parteienbündnis ohne Vorherrschaft möglich?

Durch die Wahlerfolge der Grün-Alternativen besteht für die Linke in der Bundesrepublik die Chance, daß auch auf der Ebene des Parlaments Alternativen zum Konservatismus und zur rechten Sozialdemokratie durchgesetzt werden. Der Grund dafür liegt weniger darin, daß die Grünen etwa alle wichtigen Kräfte radikaler gesellschaftlicher Veränderungen in sich aufgenommen hätten, als vielmehr in der bloßen Existenz einer Partei, die sich — bisher — der Funktion entzieht, nur Mehrheitsbeschafferin zu sein. Ob die Situation für sozialistische, ökologische, antimilitaristische und sogar für feministische Politik genutzt werden kann, hängt von mehreren Faktoren ab. Neben den Erfordernissen einer Weiterentwicklung der Inhalte linker Politik, die ich hier nicht behandeln möchte, rücken wegen der parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse die Probleme der Parteienbündnisse in den Vordergrund.

Antikapitalistische Parteien haben mit solchen Bündnissen vielfach schlechte Erfahrungen gemacht. In Frankreich ist die Linksunion — bzw. was von ihr übriggeblieben war — gerade auseinandergebrochen. Meist gibt es eine stärkere Partei, die sich die schwächere unterordnet. Den Minimalkonsens, auf dem das Bündnis gründet, akzeptieren Teile der linken Basis schon nur zähneknirschend — um an der Macht beteiligt zu sein. Dann wird, unter dem Druck der kapitalistischen Verhältnisse, dieser Konsens weiter beschnitten, so daß sich die Linken schließlich zwischen den politischen Essentials — und damit ihren Wählern — und der Macht entscheiden müssen. Derartige Erfahrungen lassen jetzt auch viele Grüne, vor allem des linken Flügels, gegen Bündnisse der SPD sprechen.

Gibt es Bündnisse von Parteien, die dieser Logik nicht gehorchen, die nicht hierarchisch sind und die gegenüber den Bewegungen nicht passivierend wirken? Noch vor aktuellen Fragen, wie sie gegenwärtig von den Grünen diskutiert werden, welche konkreten Formen Parteienbündnisse annehmen sollen — Tolerierung einer SPD-Minderheitsregierung, Koalition oder was sonst —, liegt ein allgemeineres Problem: Kann es eine nicht hierarchische und Konflikte nicht unterdrückende Anordnung von Parteien im parlamentarischen Raum geben? Der Effekt einer solchen Verklammerung divergierender Parteien könnte sein, daß die heute in Minderheitspositionen gebundenen Kräfte radikaler Gesellschaftsveränderung freigesetzt werden und sich — über die Parteigrenzen hinweg — gegenseitig verstärken. Die ökologische Kapitalismuskritik aus den Grün-Alternativen könnte den Handlungsraum der Marxisten in der SPD erweitern, wenn diese ihrerseits die Fragen der neuen sozialen Bewegungen aufnehmen. Dadurch könnten sich, rückwirkend, die sozialistischen Positionen innerhalb der Grünen profilieren. In einem Feld »antagonistischer Kooperation« (Glotz) von SPD und Grün-Alternativen könnten sich andere Linksparteien und oppositionelle Listen freier entfalten. Je intensiver über gesamtgesellschaftliche Alternativen jenseits des Kapitalismus gestritten wird, desto weniger Grund gibt es für die DKP, sich als alleinige Vertreterin des So-

zialismus auf bundesdeutschem Boden zu verstehen. Ein Bündnisrahmen von Parteien, die im Parlament aufeinander angewiesen sind, könnte die Gefahr mildern, daß die Friedensbewegung entlang der Parteigrenzen gespalten wird. Und schließlich könnte die Übernahme von Machtpositionen durch Frauen bei den Grün-Alternativen auf die anderen Parteien ausstrahlen und die Frage der Machtförmigkeit von Politik quer zu den Parteien aufwerfen.

Im *Argument* sind in den letzten Jahren Beiträge zum Hegemoniebegriff, zur Parteientheorie und zur Frauenpolitik erschienen, die — von verschiedenen Fragestellungen ausgehend — zur Beantwortung meiner Frage implizit beitragen. Ich gehe im folgenden diese Beiträge (von W.F. Haug, Raschke, Jäger und vom Projekt Sozialistischer Feminismus) durch und vergleiche sie in ihrem Ertrag für die Frage eines egalitären Parteienbündnisses. Die Positionen von Peter Glotz einzubeziehen, lag schon allein deswegen nahe, weil er sich in seinem neuen Buch durch die Wahl der Begriffe und ausdrücklich in seinen Lektüreempfehlungen auf das *Argument* bezieht. — Das Verfahren hat die Nachteile, daß die verschiedenen Positionen ungleichgewichtig zu Wort kommen und daß meine eigene Auffassung nicht systematisch entwickelt, sondern nur durch die Auswertung der andern hindurch erkennbar wird. Ich hoffe, daß diese Nachteile ausgeglichen werden durch die Zusammenschau disparater Artikel unter einer zentralen Fragestellung. Zur aktuellen Auseinandersetzung in den Grünen ergeben sich Bezüge, denen hier aber nicht nachgegangen wird. Ebenso klammere ich die historischen Bündnisformen der Arbeiterbewegung — Einheitsfront, Volksfront etc. — aus, obwohl ein Vergleich fruchtbar wäre.

Können Parteien zu einer »strukturellen Hegemonie« beitragen?

Wolfgang Fritz Haug (1981) stößt bei der Untersuchung, wie sich die Frage einer sozialistischen Hegemonie in unserem Land stellt, auf die für Gramsci »selbstverständliche Grundannahme, daß die Arbeiterklasse einzig möglicher Träger linker Hegemonie sein kann« (630). Gerade diese Prämisse ist aber problematisch geworden in einer Situation, wo Sozialdemokraten und Kommunisten, die »beiden politischen Hauptorganisationen der Arbeiterklasse«, nicht »als organisierende Zentren der Linken« wirken (628). Die gewachsene Bedeutung der neuen sozialen Bewegungen neben der Arbeiterbewegung führt Haug zu der Frage: »Ist ein sozialistisches 'hegemoniales Dispositiv' (...) denkbar, das nicht auf der Hegemonie einer Arbeiterpartei basiert?« (631) Haug versucht, die Erfahrungen der Westberliner Volksuni auswertend, Hegemonie als Effekt einer Struktur, nicht als Schöpfung eines Subjekts zu denken, eine »Hegemonie ohne Hegemon« (ebd.).

Ausgangspunkt für eine Aktualisierung des Hegemoniebegriffs ist hier eine Analyse der Verhältnisse (»alter« und »neuer«) sozialer Bewegungen. Was Haug fürs Kulturelle — also »unterhalb« der Parteibildung — feststellt, ist nicht nur eine Vielfalt von Bewegungen, sondern ihre Anordnung in Verhältnissen wechselseitiger Gleichgültigkeit oder gar Abstoßung und Passivierung. Eine Veränderung dieser Struktur müßte sich auf die Umordnung und Neuverknüpfung der Bewegungen und ihrer politischen und kulturellen Praxen richten dergestalt, daß neue Felder eröffnet werden, auf denen die Bewegun-

gen, aus verschiedenen Richtungen kommend, an »Kreuzungspunkten« ihrer Linien und Interessen arbeiten. Da in den Bewegungen die gegenseitigen Abstoßungskräfte zunächst größer sind als die Anziehungskräfte, bedarf es neuer Institutionen, »hegemonialer Apparate«, die ein Feld von Praxiszusammenhängen entwickeln, in denen die Bewegungen, zunächst punktuell, später auf Dauer, die Erfahrung machen können, daß jede mit den anderen zusammen mehr Energie freisetzt als in der Isolation. Eine solche Anordnung kultureller oder politischer Praxen nennt Haug ein »Aktivierungsdispositiv« (636).

Diese Analyse bezieht sich überwiegend auf die Situation der ausgehenden 70er Jahre. Parallel zur Gründung der Berliner Volksuni bezeugten andere Projekte die Ausbreitung von »ökumenischem Geist« in der Linken: Sozialistische Konferenzen, Gesundheitstage, »Zukunft der Arbeit«, Friedensmarsch der Frauen, Kirchentage von unten und anderes mehr. Die Felder, auf denen sich die verschiedenen Bewegungen »überschneiden« und wo sich Gemeinsamkeiten herausbilden können, sind in den letzten Jahren zahlreicher und breiter geworden. Von einem großen Sprung nach vorn, einem »populistischen Bruch« (Laclau), in dem die Kräfte der verschiedenen Bewegungen zusammenschießen, kann jedoch kaum die Rede sein. Umso wichtiger wird die Frage, welchen Beitrag Parteien zur Stabilisierung und Entwicklung eines Netzes von Oppositionsbewegungen leisten können.

Um herauszufinden, ob sich der Begriff der »strukturellen Hegemonie« auf Parteien — und damit auf die Ebene des Parlaments — übertragen läßt, stelle ich mir die folgende Fragen¹: Wie verhalten sich die Parteien zu den für die Bewegungen spezifischen Gegensätzen und ihrer Artikulation? Gibt es Hindernisse für eine »strukturelle Hegemonie« im Politischen, die Besonderheiten der Parteiform geschuldet sind? Ist gleichwohl eine nicht um *eine* Partei zentrierte hegemoniale Konstellation denkbar, die sich auf eine strukturelle Hegemonie im Kulturellen stützt und diese fördert?

Parteien und die Artikulation der Bewegungen. — Ich nehme ein klassisches Beispiel: Wie verhalten sich verschiedene Parteien zum sozialen Gegensatz von Lohnarbeit und Kapital? Die Arbeiterbewegung konstituiert und entwickelt sich in der Artikulation der einen Seite dieses antagonistischen Verhältnisses. Und hier stocke ich schon: Es gibt ja nicht *die* Artikulation von »Arbeit« oder »Arbeiter/in«, sondern verschiedene und meist gegensätzliche Artikulationen. Sie haben mit der Parteibildung in der Arbeiterbewegung zu tun. Das »Godesberger Programm« der SPD zum Beispiel artikuliert den Arbeiter als *Unterprivilegierten* (»Die Vorrechte der herrschenden Klassen zu beseitigen ...«) und bestimmt als politisches Ziel die Abschaffung von Privilegien und die Herstellung von »Freiheit, Gerechtigkeit und Wohlstand« für die Unterprivilegierten. Diese Desartikulation des Arbeiters als Klassenindividuum, seine Trennung vom sozialen Verhältnis der Ausbeutung und vom Ziel, jegliche Klassenherrschaft abzuschaffen, bekommt ihren praktischen Sinn im Rahmen einer reformistischen Politik innerhalb des Kapitalismus.

Die CDU zeichnet sich vergleichsweise nicht dadurch aus, daß sie die Arbeiter ausklammern würde — da sie ja keine »Arbeiterpartei« ist; nein, sie artikuliert die Arbeiter als Menschen ganz allgemein und als Staatsbürger und trennt

sie diskursiv von ihren Klassenorganisationen, den Gewerkschaften. Der praktische Widerspruch, der sich daraus für eine Partei ergibt, die seit Jahrzehnten von einem Drittel der Arbeiter in der Bundesrepublik gewählt wird, findet in einem relativ breiten inneren »Pluralismus« seine Lösungsform, der christliche Gewerkschafter und Sozialausschüsse in einer prinzipiell gewerkschaftsfeindlichen Partei zuläßt.

Entsprechende Artikulationen können für andere Parteien, rechte wie linke, und für verschiedene Bewegungen analysiert werden. Die Parteibildung beruht auf einer Spaltung der sozialen Bewegungen (Jäger 1983) durch gegensätzliche Verknüpfungen untereinander und mit den ideologischen Mächten (Staat, Religion usw.; vgl. Elfferding 1983). Es sind also, zumindest zum Teil, die Parteien, die die sozialen Bewegungen gegeneinander richten. Bei der Untersuchung von Trennungen und Gegensätzen sozialer Bewegungen untereinander können wir demnach nicht unbesehen davon ausgehen, daß diese Gegensätze auch unabhängig von den die Bewegungen umkämpfenden Parteien existieren.²

Die »Neuzusammensetzung« von Bewegungen in einer Partei bewirkt zugleich eine Modifikation ihrer gesellschaftlichen Handlungsfähigkeit. Der Neuverknüpfung von Bewegungsdiskursen in Parteidiskursen entspricht die Erweiterung und Reorganisation des politischen Zusammenhalts unter der Mitglieder- und Wählerschaft. Wieder am historischen Beispiel: Die Verknüpfung von sozialer Frage und Demokratie in der revolutionären *Sozialdemokratie* bedeutete zugleich die Verbindung von Arbeiterbewegung und radikalem, demokratischem Bürgertum — ein Prozeß, in dem sich beide Bewegungen verändert haben und neue Dimensionen politischer Praxis hinzugewannen.

Die Trennungen und Gegensätze der sozialen Bewegungen sind in der Parteiform nicht verschwunden, sondern transformiert. Bewegungen organisieren sich in aller Regel um *einen* Antagonismus. Sie arbeiten die gesellschaftlichen Verhältnisse unter dem einen Aspekt durch und verhalten sich so, als sei der von ihnen artikulierte Antagonismus in allen Bereichen der bestimmende. In diesem Sinne sind sie radikal und partikular. Soweit sie einen Zusammenhang zwischen verschiedenen sozialen Gegensätzen herstellen, ist er in der Regel »reduktionistisch«: meist *verknüpfen* sie die anderen Probleme nicht mit dem ihren, sondern »wenden« ihres auf die anderen »an«.

Parteien können zwar einen sozialen Gegensatz in den Mittelpunkt ihres diskursiven Netzes stellen, sie *verknüpfen* ihn aber mit den anderen Gegensätzen und organisieren so eine Koexistenz. Dies ist der hegemoniale Aspekt der Parteiform, der einen Zusammenschluß gegensätzlicher Bewegungen erlaubt. Eine Partei kann dem zuwiderhandeln — und wird entsprechend an Hegemonie verlieren.³ Für Gramsci sind die Parteien *die* Apparate politischer Hegemonie (vgl. die Darstellung bei Elfferding/Volker 1979).

Mit dem Übergang von den Bewegungen zur Partei ist eine zweite Modifikation gesellschaftlicher Handlungsfähigkeit verbunden: das »Netz« sozialer Bewegungen ist ins Staatliche transponiert. Die Bewegungen sind nicht im Staat präsent, sondern *re-präsentiert* durch »ihre Partei«. Die Transformation ihrer Interessen und politischen Ziele in eine höhere Staatsangelegenheit kann man am besten in der juristischen Konstruktion des Abgeordneten fassen, der ja —

laut Verfassung Art. 38 Abs. 1 des Grundgesetzes — nur seinem Gewissen unterworfen ist; daß über sein »Gewissen« alle möglichen anderen Interessen einströmen können, ist ein offenes Geheimnis. Der vielfältige Prozeß der Auseinandersetzung um Ziele und Strategien zwischen den Bewegungen einer Partei wird übersetzt in einen Minimalkonsens, der ihre Kompromißfähigkeit im Parteiensystem herstellt. Die Mechanismen der staatlich organisierten Mehrheitsfindung projizieren über sich einen Himmel von »Grundwerten« der Politik, auf die sich alle — zustimmend oder ablehnend — beziehen. Während die Bewegungen ihre Politik an Kampferfahrungen und praktischen Notwendigkeiten messen, sind die Parteien unmittelbar an jenen Überbau von »höheren Notwendigkeiten« und »Staatszwecken« angeschlossen, der ihr Handeln von oben nach unten zu bestimmen scheint. All diese Verhältnisse verdichten sich für die sozialen Bewegungen in der Erfahrung der Entfremdung von Politik in Parteien und Parlamenten. Ganz entziehen kann sich dieser Wirkung des parlamentarischen Staats niemand. Wer es doch versucht, wie die Grün-Alternativen durch imperatives Mandat und Rotation, bekommt die materielle Gewalt der Verhältnisse zu spüren.

Hindernisse für eine »strukturelle Hegemonie« im Politischen. — Die Partei zeigte sich als eine politische Form, innerhalb derer hegemoniale Effekte produziert werden, wie sie Haug zwischen sozialen Bewegungen suchte. Die Parteistruktur ist allerdings von einer »strukturellen Hegemonie«, einer »Hegemonie ohne Hegemon«, weit entfernt. Parteien haben »Hegemone«, führende, mit formeller Gewalt ausgestattete Gruppen. Gewöhnlich sind sie hierarchisch organisiert, gegenüber den Bewegungen treten sie meist als Monopolisten der Politik auf. Aber könnten nicht Parteien untereinander, wie soziale Bewegungen, in ein Verhältnis »struktureller Hegemonie« treten?

Parteien unterscheiden sich aber hinsichtlich ihrer inneren Zusammensetzung und äußeren Verknüpfbarkeit von den Bewegungen. Sie stellen ja jede in sich schon ein spezifisch geknüpftes Netz sozialer Bewegungen und politischer Diskurse dar, das aus Prozessen der Spaltung hervorging und sich gegen andere Artikulationen abgrenzt. Parteien bilden konkurrierende hegemoniale Projekte. In der Parteiform ist die Anordnung der Bewegungen schon »verfügt«, ihre selbsttätige Neuzusammensetzung daher im Vergleich zum Kulturellen zumindest erschwert.

Dieser Unterschied zwischen Partei- und Bewegungsform verbindet sich mit einem zweiten, der aus der Staatsfunktion der Parteien herrührt. Jede Partei ist, so scheint es, im Parlament vor die Alternative gestellt, ihren Zielen treu zu bleiben oder Macht zu gewinnen. Unter den Regeln des Mehrheitsprinzips, das man in Anlehnung an Jägers Begriff von »Blockwahlen« (Jäger 1984, 107) genauer als Blockprinzip bezeichnen müßte, geht jede Partei Kompromisse ein und macht Abstriche an den eigenen Zielen, um auf Entscheidungen Einfluß zu gewinnen, die mit staatlicher Sanktionsgewalt verwirklicht werden können. Für antikapitalistische Parteien bringt dieser Prozeß immer die Gefahr mit sich, die Kriterien für Kompromisse, die letztlich doch zu grundlegenden Veränderungen überleiten sollen, aus den Augen zu verlieren und so zu einer weiteren integrativen Partei zu werden — wie es die Geschichte der Mehrheitsso-

zialdemokratie eindrucksvoll belegt. — Dieser Mechanismus der Blockbildung schlägt in die innerparteilichen Strukturen durch, indem die ausgehandelten Kompromisse mit Macht gegenüber der Basis vertreten und durchgesetzt werden. Die anschließende Aushöhlung innerparteilicher Demokratie ist in der Literatur vielfach analysiert worden. Die Blockbildung zwischen Parteien steht der Herausbildung einer innerparteilichen Hegemonialstruktur dadurch entgegen, daß die — immer wieder aufbrechenden — Gegensätze und Kontroversen mehr unterdrückt als offen entwickelt werden. — Paradoxerweise ist es offenbar gerade der hegemoniale Aspekt einer Partei, ihre Funktion als *Artikulatorin* verschiedener Bewegungen, die gegen eine parteiübergreifende, eine »strukturelle Hegemonie« wirkt. Ähnlich widersprüchlich zeigt sich der parlamentarische Zwang zur Blockbildung: Bringt er auch zusammen, was sich gegenseitig abstößt, und wirkt insofern hegemonial, so führt gerade seine hierarchische, unter der Vorherrschaft eines stärkeren »Partners« geschlossene Einheit meist zur Einengung oder gar zur Auflösung des hegemonialen Feldes.

Worin könnte eine nicht-hierarchische, nicht-repressive Hegemonie von Linksparteien bestehen? — Die Frage liegt auf einer allgemeineren Ebene als die Frage, ob Volksfront (von unten oder von oben), ob Koalition oder ob Duldung einer Minderheitsregierung etc. günstiger sind. Es geht ja nicht nur darum, neue Formen der Zusammenarbeit von Parteien der Linken zu erfinden und auszuprobieren, sondern vorrangig darum, die negative *Verlaufsform* zu verhindern, die verschiedene Formen der Kooperation angenommen haben. Eine »strukturelle Hegemonie« im Politischen muß nicht auf eine bestimmte konkrete Form der Zusammenarbeit von Parteien festgelegt sein. Entscheidend ist, daß der Druck aufrechterhalten bleibt, der Parteien mit politischen Gegensätzen zusammenhält, an einem Projekt grundlegender gesellschaftlicher Veränderungen zu arbeiten. Bedingungen dafür lassen sich zum Beispiel aus der französischen Erfahrung ableiten (vgl. dazu auch Anderson u.a. in diesem Heft). Wie konnte es vom »sozialistischen Projekt« des Mai '81 zur autoritären Austeritätspolitik Mitterands 1984 kommen? Zwei Bedingungen scheinen mir in diesem Zusammenhang wichtig: *Einmal* brachte ein sozialreformarisches Plebiszit Mitterand an die Regierung in einem Augenblick, als die Arbeiterbewegung in den Betrieben *rückläufig* war (vgl. Balibar 1982). Der Zusammenhalt der KPF mit »ihren« Arbeitern war stark angeschlagen, von einer Verankerung der Sozialisten konnte weder in bezug auf die Gewerkschaften noch in bezug auf Bewegungen der »neuen Mittelschichten« gesprochen werden. Linke Theoretiker fragten schon 1981 skeptisch, was aus einer »Revolution von oben« ohne Volksbewegung werden sollte (vgl. ebd.). *Zweitens* waren auch hier von der Parteikonstellation her nicht die Bedingungen einer Hegemonialstruktur zwischen verschiedenen Parteien gegeben. Zwar war, im Unterschied zur deutschen Reformära, eine Partei links der Sozialdemokratie beteiligt; aber sie war von vornherein als die kleinere und schwächere Partei der SP untergeordnet. Die nach dem Prinzip des Minimalkonsenses unter dem Diktat des Machterhalts konstruierte Linksunion war sozusagen auf Verengung, nicht auf Erweiterung des hegemonialen Feldes eingestellt. Im Konfliktfall waren der linke Ceres-Flügel der SP und die KP dazu gedrängt, sich zwi-

schen Fortführung der Regierungsbeteiligung bei zusammenschmelzendem Minimalkonsens oder Festhalten an der eigenen Politik zu entscheiden. Die Basis muß unter solchen Bedingungen je nach dem letzten Schwenk des stärkeren Partners zur »Räson« gebracht werden. — Ex negativo können aus dem französischen Fall folgende Bestimmungen einer hegemonialen Parteienkonstellation abgeleitet werden: 1. Auch wenn nicht, wie es nur ausnahmsweise der Fall sein wird, etwa gleich starke Parteien kooperieren, darf die Form der Zusammenarbeit nicht einem Minimalkonsens folgen, der — unter dem Diktat des Machterhalts — alle Konflikte zu unterdrücken zwingt. Denn auf den Konfliktfeldern besteht meist die Möglichkeit zur Erneuerung und zum Ausbau der Hegemonie, die gerade abgeschnitten würde. 2. Der Druck zum Machterhalt (bzw. zur Regierungsbeteiligung) allein bewirkt auf Dauer keine »strukturelle Hegemonie« unter Parteien. Wenn die Zusammenarbeit unter Parteien nicht getragen ist von einem breiten und sich erweiternden Feld von sich kreuzenden und gegenseitig verändernden Bewegungen »unterhalb« der Parteebene, wenn die Parteikonstellation diese politische Kultur der Linken nicht fördert, sondern eher behindert, wird sie von innen heraus zersetzt.

So haben sich bisher folgende Bedingungen einer »strukturellen Hegemonie« unter Parteien ergeben:

- die beteiligten Parteien richten ihre Politik auf einen Zusammenhang von objektiven Problemen kapitalistischer Krisen, bei deren Lösung sie auf die Problemlösungskapazität der andern angewiesen sind;
- die beteiligten Parteien bleiben autonom in ihrer Politikentwicklung; Bereiche, in denen sie sich bekämpfen, werden nicht ausgeklammert;
- die hegemoniale Parteikonstellation bezieht ihre politischen Übereinstimmungen und Kontroversen überwiegend aus einem breiten Feld von Oppositionsbewegungen, die — wie heute schon Frauen- und Friedensbewegung — die Parteifronten durchkreuzen;
- die Aussichten für die Entstehung einer solchen Konstellation sind günstig in einer Patt- und Krisensituation des etablierten Parteiensystems, wie jetzt in der Bundesrepublik.

Postindustrielle Rahmenpartei

Während Haug die Bedingungen von Hegemonie im Kulturellen untersucht, setzen die Überlegungen *Joachim Raschkes* (1983) auf der Ebene des Politischen, enger noch: der politischen Parteien, an. Allerdings stellt sich Raschke nicht die Frage der Fähigkeit der Linken zur Hegemonie, sondern die der Funktionsfähigkeit von Parteytypen für bestimmte soziale Zwecke. Mit dieser Einschränkung versuche ich, seinen Ansatz auf die hier entwickelte Fragestellung zu beziehen.

Raschke sieht die SPD als Prototyp der *Volkspartei*. Ihre Funktion besteht historisch darin, durch wohlfahrtsstaatliche Gratifikationen für das Absehen von klassen- oder schichtenspezifischen Interessen einen »Grundkonsens« zu schaffen (Raschke 1983, 55ff.). Die Erhaltung dieses Konsenses verlangt das ständige Abschneiden und Unterdrücken von Interessen, die sich der Vereinheitlichung auf Wachstumsziele entgegenstemmen. Solche vom Wachstums-

konsens nivellierten Tendenzen können sich artikulieren und profilieren, wenn durch eine langfristige Stagnation die materielle Voraussetzung des volksparteilichen Integrationsmodells entfällt. Dieses Modell wird so — wie zum Beispiel durch die Ökologiebewegung — in die Krise geführt (vgl. ebd., 59).

Das Entstehen von Bewegungen gegen die und außerhalb der Volkspartei markiert für Raschke zugleich den Übergang von einer quantitativen, wachstumsorientierten zu einer qualitativen, an den »menschlichen Bedürfnissen« orientierten »Politiksicht«. Sie kann sich weder in einer Klassenpartei noch in einer Volkspartei entfalten und betätigen. Ihr entspricht vielmehr, nach Raschke, ein neuer Parteityp: die »postindustrielle Rahmenpartei«. Sie steht nach Form (dezentralistisch, pluralistisch, basisdemokratisch) und Funktion (Schutz der sozialen Bewegungen, Intervention in den Staat, Entwicklung einer Utopie der gesellschaftlichen Veränderung) in Konkurrenz zur Volkspartei.

Eine Übereinstimmung mit Haugs Überlegungen fällt sofort ins Auge: Für eine neue Politik bedarf es, im Gegensatz zu Modellen der zentralistischen Vereinheitlichung, eines Handlungsrahmens für eine »Vielfalt kultureller Entwürfe« (ebd., 62), deren Autonomie gegenüber dem Staat geschützt werden muß (ebd., 57). Die Vielfalt von Strömungen innerhalb der Rahmenpartei scheint in Raschkes Entwurf jedoch durch den »Postindustrialismus« der kulturellen und politischen Orientierungen ihrer Mitglieder und Wähler eingeschränkt zu sein. Ich lasse die Frage beiseite, ob diese Beschreibung auf die Grün-Alternativen zutrifft — jedenfalls ist die Diskussion um die Zukunft der industriellen Arbeit bei ihnen nicht abgeschlossen. Die »postindustrielle Rahmenpartei« scheint für einen längeren Zeitraum auf eine Minderheitenposition festgelegt zu sein; die Arbeiter/innen wird sie in dem Maße *nicht* für sich gewinnen können, wie diese an den »etablierten Produktions- und Erwerbsinteressen des formellen Marktsystems« festhalten (65). Raschke geht daher von einer langfristigen »Konkurrenz zweier Parteitypen«, von Volkspartei und Rahmenpartei, auf der parteipolitischen Linken aus (ebd.). Wenn aber zusätzlich gilt, daß die beiden Parteitypen »aufgrund ihrer strukturellen Verschiedenartigkeit nur in Grenzen voneinander lernen können« (ebd.) — wie kann es dann zu einer Erneuerung linker Politik insgesamt kommen?

Raschke stellt sich in seinem *Argument*-Aufsatz diese Frage nicht. Zunächst könnte es so scheinen, als setze er — ähnlich wie Jäger (vgl. unten) — auf die Bildung eines »dritten Blocks« um die »postindustrielle Rahmenpartei« jenseits der Volkspartei, also auch jenseits von Rechts und Links. In anderem Zusammenhang hat aber die Forschungsgruppe um Raschke zu zeigen versucht, daß sich — nach einer Phase der Irritation — das politische Spektrum nach neuen rechten und linken Positionen reorganisiert (vgl. Murphy u.a. 1981). Dort heißt es:

»Die neuen Bewegungen sind Vorboten einer breiteren linken Position. Sie sind nicht die neue Linke selbst, die sich nur noch quantitativ verbreitern müßte. Allenfalls sind sie *Kandidaten* für die Position einer linken Kraft in einem zukünftigen politischen Kräftefeld. Teile der SPD und der Gewerkschaften haben sich gleichfalls in Bewegung gesetzt. Ihre 'Kandidaturen' haben Gewicht, da sie von ihren machtpolitischen Vorteilen profitieren werden.« (Ebd., 405)

Demnach würde eine erneuerte Linke doch aus einer Verbindung von »postin-

dustriellen« und traditionellen linken Strömungen hervorgehen. Eine Antwort auf die Frage, welche Unterstützung diese Verbindung auf der Ebene des Parteiensystems finden kann, steht noch aus. Daß SPD und Grüne, wie Raschke am Schluß seines *Argument*-Aufsatzes vorsichtig andeutet, doch durch einen wiederum neuen Parteityp integriert werden können, scheint mir gegenüber der Perspektive einer Konstellation mehrerer Parteien eher unwahrscheinlich.

Dritter Block

Jäger (1983) untersucht Parteien als Kräftekonstellationen, die Klassen und Schichten im Politischen reorganisieren. In der typischen Konstellation zweier Parteiblöcke, die das Feld politischer Kämpfe entgegen dem Klassensinn strukturieren, findet Jäger die Antwort auf die Frage, wie Hegemonie in den entwickelten kapitalistischen Gesellschaften organisiert ist. Sie hat, seinen Überlegungen zufolge, weniger mit »Konsens« als mit *Spaltung* und Paralyse von gesellschaftlicher Handlungsfähigkeit zu tun. Die Spaltung der Klassenspaltung in zwei feindliche Lager erzeugt eine Situation »falscher Alternativen«, in der man nur zwischen größeren und kleineren Übeln wählen kann (vgl. Jäger 1982, 688ff.). Das ist, nach Jäger, das Grundmuster von Macht. Entsprechend ist das Grundübel der Linken nicht ihre Ohnmacht, sondern ihre Verstrickung in die Struktur der Macht, ihre Zerrissenheit angesichts falscher Alternativen. Eine linke Machterwerbsstrategie müßte, wie häufiger in der Geschichte geschehen, in einem erneuten Gegeneinander von Partei der Ordnung und Opposition enden.

Als Konsequenz seiner Machttheorie entwickelt Jäger Grundlinien einer Strategie der »Entmachtung« — noch unabhängig von der Frage, wer als Subjekt einer solchen »Politik« auftreten könnte.

Alle Strategien der Entmachtung werden eines gemein haben: Sie werden darauf orientieren, daß man sich auf beide Seiten einer Front stellt (Entspaltung) *und* sich gegen beide Seiten stellt (Rekurs auf die wirkliche Gefahrenquelle) *und* die 'Einheit in der Zerstreuung' hervorzubringen sucht (Ordnungsalternative) ... Herstellung von Koexistenzbeziehungen zwischen allen gesellschaftlichen Mikrobereichen, in denen erfolgversprechend versucht wird, Ordnung in der Zerstreuung (nicht-zentralistische Ordnung, Ordnung trotz Verzicht auf Verschiebung und Verdrängung) zu realisieren.« (Jäger 1983, 63)

Auf der Ebene des Parteiensystems wird »Entmachtung« möglich durch das Auftreten einer (implizit oder explizit) antikapitalistischen Partei, die sich — statt den Regeln des »kleineren Übels« zu gehorchen — als *dritter Block* gegen das Zwei-Blöcke-System konstituiert. Als Beispiele dienen Jäger die KPD am Ende der Weimarer Republik, die Strategie des »historischen Kompromisses« und — zumindest im Keim — das Auftreten der Grün-Alternativen im bundesdeutschen Parteiensystem (vgl. Jäger 1984a).

Auf einer dritten Stufe der Konkretisierung seines Ansatzes entwickelt Jäger, aufbauend auf seiner Macht- und Parteientheorie, einen Verhaltensrahmen für Parteien eines »dritten Blocks« (vgl. Jäger 1984b). Der Kerngedanke besteht darin, daß — wenn beide etablierten Parteienblöcke in bezug auf den Kapitalismus integrativ wirken — der »dritte Block« bzw. ihn bildende Parteien im Parlament keine *prinzipielle* Präferenz für einen der Blöcke aussprechen

dürfen, sondern allein nach Kriterien der inhaltlichen Übereinstimmung wechselnde Bündnisse eingehen und also wechselnde Mehrheiten bilden. Eine Entmachtungsstrategie auf parlamentarischer Ebene schließt eine Koalition aus, nicht aber die Zulassung einer Regierung (um »Unregierbarkeit« und faschistische Gegenreaktionen zu vermeiden) und ihre sachbezogene punktuelle Unterstützung.

Mit Haug und Raschke teilt Jäger einen zentralen Gesichtspunkt: hegemoniale Politik von links darf nicht dem Muster der preußischen Schlachtordnung folgen — nicht die »Linie« gibt das Bild ab, sondern das »Netz«. Ein alternativer Parteityp wird nicht die große vereinheitlichende Front (gegen »das System«) errichten dürfen, sondern er müßte in einer elastischen Verbindung und in experimenteller Kommunikation zwischen Umbauplätzen an verschiedenen Orten der Gesellschaft bestehen. — Jägers Herangehen an die Frage hat den Vorteil, daß er den parteikritischen Impuls der sozialen Bewegungen begrifflich aufnehmen kann. Die Parteien als Produkte einer auf der Klassenspaltung beruhenden »Spaltung zweiten Grades« können von vornherein in der Perspektive ihrer Überwindung, ihrer nur transitorischen Notwendigkeit für den Kapitalismus untersucht werden.

Da Jäger zwischen Parteien und Blöcken unterscheidet und da verschiedene Parteien die Funktion eines »dritten Blocks« ausüben könnten, ist sein Konzept in diesem Punkt durchaus mit dem Gedanken einer »strukturellen Hegemonie« zwischen Parteien vereinbar. Nicht allerdings mit einer *Linkshegemonie*, wie ich sie oben skizziert habe, denn sie würde in Jägers Begriffen die Unterordnung der antikapitalistischen Bewegungen unter die SPD bedeuten. Konstituiert sich ein oppositioneller Block nicht als dritter, sondern als linker gegen einen rechten Block, so ist — nach Jäger — die Struktur zweier sich bekämpfender Blöcke wiederhergestellt, und die »Logik des kleineren Übels« wird unweigerlich in Gang gesetzt.

Jäger transponiert den allgemeinsten Nenner kommunistischer Politik — nicht die Kapitalisten zu bekämpfen, sondern das *Kapitalverhältnis* — auf die Struktur des Parteiensystems: nicht die CDU, nicht die SPD sind *die* Gegner, sondern ihr Kampf gegeneinander, in dem jeder Ausweg aus dem Kapitalismus verschüttet wird.⁴ Gegenüber einer Tendenz im Marxismus-Leninismus, nur die Klassenverhältnisse für vorübergehend zu halten und ihren politischen Überbau (Staat und Partei) mit Rücksicht auf die staatssozialistischen Länder zu verewigen, schärft Jäger ein, daß auch linke Parteien in die Reproduktion der Klassenherrschaft eingespannt sind und nicht *als solche* schon eine Alternative zur bestehenden Gesellschaft darstellen. Die Frage ist nur, ob Jäger nicht eine zu frühe Auflösung des Parteiensystems anvisiert, so daß — würde sein Politikvorschlag verwirklicht — dabei eine Auflösung der Linken und eine Stärkung der Rechten herauskäme.

Was ist, nach Jäger, unter der *Auflösung* des Zwei-Blöcke-Systems zu verstehen? Negativ formuliert, sollen sich die antikapitalistischen Kräfte *von vornherein* weder für die SPD noch gegen die CDU festlegen. Positiv gesagt, soll eine antikapitalistische Politik sich durch sachorientierte Zusammenarbeit mit beiden etablierten Blöcken bilden. In seinem Kommentar zum Ergebnis

der letzten Bundestagswahl (in *Argument* 139) nennt Jäger die politische und wirtschaftliche Dezentralisierung als Feld möglicher Zusammenarbeit mit der CDU.

Ich habe drei Einwände gegen diese Konzeption:

1. *Mögliche Bündnispartner:* Ich wähle mir als Beispiel die für jede linke — und für jede ökologische — Politik zentrale Frage der Weltmarktorientierung der bundesdeutschen Wirtschaftspolitik. Eine ökologisch-sozialistische Politik müßte sich hier dem Versuch, mit einem neuen Exportboom die Umweltkatastrophen und die Arbeitslosigkeit in die Dritte Welt zu exportieren, entgegenstemmen (vgl. dazu Anderson u.a. in diesem Heft). Sie stünde damit im Gegensatz sowohl zur Mehrheit der CDU-Politiker als auch selbst zu der Linie in der SPD, die von Peter Glotz repräsentiert ist. Wo sind Bündnispartner in dieser Frage? Beim Bauernverband kaum; der Protektionismus der Bauern verträgt sich gut mit einer expansiven Strategie der nationalen Ökonomie. Der Ökonomismus der Mehrheit der SPD-orientierten Gewerkschaften auch, könnte man argumentieren. Das stimmt auch, was aber nichts daran ändert, daß Bündnispartner für eine Wirtschaftspolitik der internationalen Solidarität und der Naturverträglichkeit nur unter den linken Gewerkschaftern und in der SPD-Linken auszumachen sind. Vom Standpunkt einer antikapitalistischen Politik in der Frage kann daher nur an ein »rot-grünes« Bündnis gedacht werden.

2. *Der Faktor »Zeit« in der Politik:* Fragen wie die der Wirtschaftspolitik können nur langfristig bearbeitet werden. Sollen antikapitalistische Positionen eine Chance zur Durchsetzung haben, muß hier eine dauerhafte Zusammenarbeit, ein langfristiges Streiten um Ziele und Wege in Gang gesetzt werden. Das wird nur gehen, wenn die gegenseitige Unterstützung der beteiligten Parteien bzw. Parteifractionen sich nicht auf einen Punkt beschränkt, sondern wenn ein Netz von Politiken entsteht, in denen sich über einen längeren Zeitraum Übereinstimmungen durch Kontroversen hindurch bilden können.

3. *Politischer Zusammenhalt:* Die Idee einer reinen »Sachpolitik« unterstellt, daß sich allein durch das Beharren auf der richtigen Sache eine Hegemonie (»dritter Block«) unbeschadet der Parteifeindschaft herstellen ließe. Das scheint mir eine Illusion zu sein. Parteilichkeit — in einem weiten Sinn von Zusammenhalt in einer politischen Kultur — ist doch nicht nur gleichsam eine »Falle«, die der Kapitalismus stellt, sondern auch eine politische Produktivkraft. Kann man wirklich davon ausgehen, daß der CDU-Arbeiter für eine antikapitalistische Politik dieselbe Bedeutung hat wie der linke Gewerkschafter, bloß weil beide Arbeiter sind und weil beide den Parteien des Zwei-Blöcke-Systems angehören? Das stimmt nur, wenn man glaubt, auf historisch gewachsene Zusammenhalte für eine neue politische Formation völlig verzichten zu können.

Eine Zusammenarbeit in der Sache wird sich daher meines Erachtens praktisch nur durchführen lassen, wenn wirklich ein neuer *Block* entsteht und nicht nur Rechts und Links »aufgelöst« werden. Ein antikapitalistischer politischer Block wird sich nur aus den Elementen bilden können, in denen antikapitalistische Politik heute schon eine Rolle spielt — und das sind nun einmal die politi-

sche Linke und die Gewerkschaften. Nur wenn hier eine Erneuerung sozialistischer Politik durch die Projekte der neuen Bewegungen stattfindet, kann sich eine Sogwirkung auch auf solche Kreise der Bevölkerung entwickeln, die heute CDU oder CSU wählen.⁵

Damit meine ich nicht, daß linke Politik sich dem anzupassen habe, was heute *links* heißt, und daß ich nun doch eine Politik »quer zu den Blöcken« ausschließen möchte. Eine Politik in der Form von Grabenkämpfen und bestimmt durch Lagermentalität wäre für die Linke heute katastrophal. Ebenso gefährlich scheint mir aber die Vorstellung zu sein, man könne aus der Logik von *Rechts* und *Links* einfach aussteigen, weil sich darin die Verknötung der sozialistischen Kräfte in das Bestehende zeige. Jäger denkt die eine Seite des Widerspruchs zu Ende und gibt den Anstoß, die Dialektik von Politik neu zu lernen.

Weiberräte und Frauenlisten

Frauen aus verschiedenen Strömungen der Frauenbewegung warfen etwa zum selben Zeitpunkt die Frage auf, wie die autonome Frauenbewegung Einfluß auf die »große Politik« gewinnen und wie ihre Zersplitterung überwunden werden kann, ohne die Vielfalt der Frauenbewegung zu schmälern. Verschiedene Modelle eines Zusammenschlusses werden diskutiert. Frauen des Sozialistischen Frauenbundes (SFB) in Hamburg und Berlin legen sich das Problem folgendermaßen zurecht: (vgl. Hauser 1984a; Projekt Sozialistischer Feminismus 1983, 14f., 19f., 95ff.; 1984, 9ff.): Die Frauenfrage existiert als eine 'Pluralität' von Frauenfragen quer zu den gesellschaftlichen Bereichen. Sie schneidet dabei verschiedene andere Bewegungen. Vom Standpunkt nur eines Bereichs oder nur einer der anderen Bewegungen (z.B. der Arbeiterbewegung) aus betrachtet, wird die Frauenfrage »falsch«, weil sie unter der Vormacht einer anderen, »grundlegenden« Frage verschwindet. Die Autonomisierungsstrategie, mit der die Frauenbewegung auf dieses Problem reagierte, soll nun durch eine Art Einmischungsstrategie ergänzt werden. Der Anspruch auf Ganze — gegen eine Ghettoisierung der Frauenfrage — verlangt Veränderungen vom Frauenstandpunkt in allen gesellschaftlichen Bereichen und die Koordination der Erfahrungen und Strategien.

Diese Aufgabe sollen neu zu gründende *Weiberräte* übernehmen, in denen Frauen verschiedener kultureller und politischer Richtung »diskutieren, beraten, beschließen« (Hauser 1984a, 221). Aus den Räten sollen *Frauenlisten* hervorgehen, die für die Durchsetzung der in den Weiberräten ausgearbeiteten Strategien in den Parlamenten arbeiten. Zur Frage, wie sich die Listen zu den politischen Parteien verhalten, gibt es verschiedene Vorstellungen (vgl. Hauser 1984b, 38). Einer dieser Vorschläge läuft, entsprechend der Einsicht, daß die Frauenfragen »spontan nicht in ein herkömmliches Links-rechts-Schema« passen (Hauser 1984a, 219), darauf hinaus, Frauenlisten quer zu den bestehenden Parteien aufzustellen. Der Gedanke bekam Nahrung durch die Erfahrungen von CSU-Frauen mit separaten Frauenlisten bei Kommunalwahlen.

Solche Listen, sollten sie zustandekommen, könnten die Funktion eines »dritten Blocks« im Sinne Jägers ausüben. Sie würden »Entknüpfungsarbeit«

gegenüber den bestehenden Blöcken leisten und neue Frauen in Verbindung mit Frauenpolitik bringen. Wie bei Jäger stellt sich auch hier die Frage: Wie verhält sich Politik »quer zu den Blöcken« zu einer strukturellen *Linkshegemonie*, die zwar taktische Bündnisse mit der CDU nicht ausschließt, das strategische Bündnis aber bei Gewerkschaften und linker SPD sieht.

Erneuerung der SPD-Hegemonie?

Das letzte Buch von Peter Glotz, die »Arbeit der Zuspitzung«, trägt den programmatischen Untertitel »Über die Organisation einer regierungsfähigen Linken«. Glotz geht es um die Wiedergewinnung »kultureller Hegemonie« durch die Linke. Glotz mutet SPD-Mitgliedern zu, in zentralen Punkten umzudenken: Die Rechte konnte sich aufgrund der Fehler der SPD modernisieren — vor allem wegen des sozialdemokratischen Etatismus; die Erneuerung der SPD-Politik müsse den »unvermeidlichen Verfall des Patriarchats« (36) und die Autonomie der Frauenbewegung akzeptieren (ebd.); die Arbeiterfrage stehe nicht mehr über, sondern neben den neuen Fragen (22; 39). Die Linke müsse »drei, vier oder fünf 'Diskurse' beginnen« (29), um ein »Netzwerk«, ein »Geflecht« (26) von Bewegungen bilden zu können. »Diskurse sind kollektive Lernprozesse« (29), ein »Projekt« (28) (nicht einfach ein Programm) soll entwickelt werden, an dem viele — weit über die Arbeiterbewegung hinaus — mittun können.

So ergeben sich auf den ersten Blick eine ganze Reihe von Anknüpfungspunkten zu Strategiedebatten außerhalb der SPD. Allerdings — man bekommt Zweifel daran, ob die Begriffe »alternativer Block« und »antagonistische Kooperation« unter Linken ernst gemeint sind, wenn doch die Sozialdemokratie »zum *organisierenden Zentrum* eines neuen Bündnisses« werden soll (26). Bedenkt man zudem, daß Glotz die Parteiform der neuen Bewegungen alsbald wieder verschwinden sehen möchte — den Grün-Alternativen sagte er ihr Ende bis 1987 voraus —, so verdichten sich die Zweifel, ob sein Konzept mit einer Struktur gleichberechtigter, »antagonistisch kooperierender« politischer Parteien etwas zu tun hat.⁶

Wenn es Glotz also nicht um Parteienpluralismus der Linken, sondern um Reintegration in die SPD geht — wie soll eine erneuerte SPD-Hegemonie die vorprogrammierten Konflikte dämpfen? Denn der soziale Inhalt von Glotz' Projekt ist eine erneute Weltmarktoffensive, angeführt von den innovations-tüchtigsten, exportorientierten Kapitalen. Ob sich die bitteren Pillen der Marktwirtschaft, die Glotz nicht antasten will — Verdoppelung der Arbeitslosigkeit in den nächsten Jahren und weitere Reduzierung der Staatsquote —, durch »Mitbestimmung und Mitbesitz« versüßen lassen? Und wie sollte die »Innovation« bei gleichzeitiger Entfesselung der Marktkräfte »sozial gesteuert« werden? Selbst wenn eine Teilsteuerung in unseren Breiten gelingen sollte — wie soll den ökologischen Bündnispartnern verkauft werden, daß die Bundesrepublik über den Weltmarkt die Zerstörung der Naturgrundlagen der Dritten Welt forciert, wie den Frauen, daß deutsches Kapital ihre Geschlechtsge-nossinnen in den armen Ländern weiterhin als billigste Arbeitskraft einspannt?

Am Anfang seines Buches kritisiert Glotz die deutsche Angst vor den Extre-

men und den Trend zur Mitte (7) — ein Projekt der *Linken* soll es sein. Im letzten Kapitel ist die Rede von einem »Bündnis zwischen traditioneller Linker, den technischen Eliten und den nachdenklichen Minderheiten der Wachstumskapitale« (123). Also eher eine linke Mitte, die die linke FDP und den modernen Konservatismus eines Lothar Späth einschließt und dafür bestimmte Teile der »traditionellen Linken« durchaus nicht dabei haben will. Wenn hier der Pluralismus des »alternativen Blocks« schon seine Grenze hat — wird er nicht bei Zuspitzung der sozialen Gegensätze und der ökologischen Katastrophen noch andere, jetzt umworbene Strömungen ausschließen?

Anmerkungen

- 1 Als erster hat m.W. Fred Karl (1983) versucht, den Begriff einer »strukturellen Hegemonie« von Linkskräften mit dem Konzept »neuer Mehrheiten« zu verbinden. Vgl. auch in derselben Ausgabe von *spw* den Beitrag von Klaus-Peter Wolf und Burkhard Zimmermann, die die wichtige Aufgabe der SPD-Linken — und hier besonders der Marxisten in der SPD — bei der Konstruktion eines nicht-integrationistischen »rot-grünen« Bündnisses herausarbeiten.
- 2 Dabei bilden die gegensätzlichen Partei-Artikulationen der sozialen Bewegungen in aller Regel keine vollständige Disjunktion — in diesem Fall würde das Parteiensystem wahrscheinlich krisenhaft auseinanderfallen bzw. in den Bürgerkrieg übergehen. Vielmehr haben die Parteien und die verschiedenen Parteidiskurse nicht nur die Bewegungen, sondern auch bestimmte Artikulationen — »diskursive Knoten« — der sozialen Bewegung gemeinsam. Als Beispiel kann hier die Behandlung des Arbeiters als »Gegenstand« wohlfahrtsstaatlicher Versorgung genügen, die ja die Parteidiskurse von Sozialdemokratie und Konservatismus gemeinsam haben.
- 3 Ich behandle in diesem Zusammenhang »Bewegung« und »Partei« nicht als empirische, sondern als Modellbegriffe. Aus den Bestimmungen folgt schon, daß konkret die Übergänge zwischen Bewegungen und Parteien fließend sind. Man wird im Extremfall z.B. Gewerkschaften finden, die im beschriebenen Sinn Parteifunktion ausüben, während umgekehrt Parteien auf eine Bewegung reduziert sein können.
- 4 In diesem Zusammenhang fällt mir auf, wie sich die Fronten in der Diskussion mit Michael Jäger gedreht haben: In der Diskussion »Wie gefährlich ist Franz Josef Strauss?« (*Argument* 119) zur Vorbereitung des Bandes »Sozialliberalismus oder rechter Populismus?« (AS 51) hielt er das Interesse für den Rechtspopulismus eher für ein totes Gleis und legte das Gewicht seiner eigenen Untersuchung auf den sozialliberalen Korporatismus (vgl. ebd.). Hier sah er die größere Gefahr für linke Politik. Heute rückt er mit dem Konzept der »Auflösung« der Parteienblöcke und der Politik wechselnder Mehrheiten die CDU-Wähler in den Blick einer antikapitalistischen Politik. — Die theoretischen Grundlagen von Jägers Analyse des Parteiensystems liegen in seiner Machttheorie (vgl. 1983). Eine Auseinandersetzung mit diesem Ansatz kann im Rahmen dieser Arbeit nicht geleistet werden.
- 5 Ich halte eine Politik wechselnder Mehrheiten vom Standpunkt der Grün-Alternativen zwar prinzipiell für möglich, sehe aber nicht, daß man darauf eine sinnvolle Strategie aufbauen kann. Sicher kann einmal eine grünorientierte Freie Wählergemeinschaft, wie es die *taz* v. 24.10.84, S.7, aus Rüsselsheim berichtet, mit der CDU stimmen, wenn die »Betonfraktion« der SPD »mauert«. Interessanterweise diente der FWG das Manöver, um der SPD eine bestimmte Sachentscheidung (selbstverwaltetes Jugendheim) abzutrotzen. Auch wird berichtet, daß die Haushalte regelmäßig von FWG und SPD verabschiedet werden. Schon da deutet sich an, daß Erfahrungen mit sachlichen Einzelentscheidungen auf der kommunalen Ebene nicht einfach auf die Ebene nationaler oder gar internationaler Politik übertragen werden können.
- 6 Wie ein indirekter Kommentar zu Glotz' Konzeption liest sich die folgende Passage aus dem Bauer/Gramsci-Buch von Detlev Albers, der seinen Gedanken einer »Eurolinken« im *Argument* wiederholt dargestellt hat (vgl. Albers 1980 und 1982): Wie gelangt man zu einem mehr als taktischen Verhältnis zum Fundamentalismus der neuen Bewegungen, sei es

nun die Ökologie-, sei es die Frauenbewegungen, nämlich insbesondere dann, wenn deren Antrieb mit den Grundfragen des Klassenkampfes, also auch dessen, wozu marxistische Einsichten unmittelbar anleiten können, zwar verknüpft ist, sich hierin aber nicht erschöpft, sich ihnen deshalb auch nicht einfach unterordnen darf?« Albers gelangt zu dem Schluß, daß »Autonomie und gesellschaftliche Bündnisse, die Entwicklung gemeinsamer antikapitalistischer Frontstellungen wie die Weiterverfolgung spezifischer, untereinander auch in Konflikt liegender Eigenziele nicht mehr nur von einem hegemonialen Zentrum her erfaßt werden können.« (Albers 1983, 158)

Literaturverzeichnis

- Albers, Detlev, 1980: Gedanken über den »Dritten Weg zum Sozialismus« in Westeuropa, in: *Das Argument* 121, 334-346
- Albers, Detlev, 1982: Zentrale strategische Probleme des Bruchs mit der Profitlogik in den kapitalistischen Metropolen, in: *Das Argument* 133, 321-326
- Albers, Detlev, 1983: Versuch über Otto Bauer und Antonio Gramsci. Zur politischen Theorie des Marxismus. Berlin/W.
- Bahro, Rudolf, 1980: Historischer Kompromiß, in: Bilder und Texte von der ersten Volksuni, Berlin/W., 60-69
- Balibar, Etienne, 1982: Die Krise der Parteiform in der Arbeiterbewegung, in: *Das Argument* 133, 347-362
- Eifferding, Wieland, 1983: Klassenpartei und Hegemonie. Zur impliziten Parteiethorie des Marxismus, in: Marxismus und Theorie der Parteien, Argument-Sonderband AS 91, 7-35
- Eifferding, Wieland, und Eckhard Volker 1979: Società civile, Hegemonie und Intellektuelle bei Gramsci, in: Projekt Ideologie-Theorie (PIT): Theorien über Ideologie, Argument-Sonderband AS 40, 61-82
- Glotz, Peter, 1984: Die Arbeit der Zuspitzung. Über die Organisation einer regierungsfähigen Linken. Berlin/W.
- Haug, Wolfgang Fritz, 1981: Strukturelle Hegemonie, in: *Das Argument* 129, 628-648
- Haug, Wolfgang Fritz, 1982: Veränderungskultur und Neuzusammensetzung der sozialen Bewegungen, in: Kapitalistische Krise und Strategien der Eurolinken. Fragen einer sozialistischen Politik in Westeuropa. Berlin/W., 93-106
- Hauser, Kornelia, 1984a: Frauen — Macht — Politik, in: *Das Argument* 144, 210-223
- Hauser, Kornelia, 1984b: Das Persönliche ist nicht politisch genug! Staatliche Ordnung und alltägliches Chaos, in: *MOZ* 6/84, 35-38
- Jäger, Michael, 1980a: Ökonomie und Politik des sozialliberalen Korporatismus, in: Sozialliberalismus oder rechter Populismus? Argument-Sonderband AS 51, 110-143
- Jäger, Michael, 1982: Integrationskrise der SPD, in: *Das Argument* 135, 688-696
- Jäger, Michael, 1983: Über Macht und Parteien, in: Marxismus und Theorie der Parteien, Argument-Sonderband AS 91, 38-121
- Jäger, Michael, 1984a: Parteien im Drei-Blöcke-System. Der Krisenfall des Parlamentarismus und die Fähigkeit der Parteienforschung, ihn zu bedenken, in: Politische Willensbildung und Interessenvermittlung (hrsg. v. J.W. Falter, C. Fenner und M. Th. Grevén). Opladen, 99-108
- Jäger, Michael, 1984b: Die Grünen im Parlament und das Problem der falschen Fronten, in: *Kommune* 12/84
- Karl, Fred, 1983: Über Strukturen und Inhalte einer »neuen Mehrheit«, in: *spw* 18, 33-38
- Laclau, Ernesto, 1981: Politik und Ideologie im Marxismus. Kapitalismus — Faschismus — Populismus. Berlin/W.
- Murphy, Detlef, Frank Nulmeier, Joachim Raschke, Frauke Rubart, Thomas Saretzki 1981: Haben »links« und »rechts« noch Zukunft? Zur aktuellen Diskussion über die politischen Richtungsbegriffe, in: *PVS* 22, H.4, 398-414
- Projekt Sozialistischer Feminismus 1983: Geschlechterverhältnisse und Frauenpolitik. Argument-Sonderband AS 110
- Projekt Sozialistischer Feminismus 1984: Frauenpolitik 2 — Weiberräte — Frauenmacht. Argument-Studienheft FH 66
- Raschke, Joachim, 1983: Jenseits der Volkspartei, in: *Das Argument* 137, 54-65

Detlev Albers

Zur Kritik des Sozialismusverständnisses im Godesberger Programm*

Jeder Versuch einer nüchternen, vorurteilslosen Einschätzung des Godesberger Programms wird sich der Frage zu stellen haben: Gibt es überhaupt ein Sozialismusverständnis im Godesberger Programm, will es denn überhaupt noch zum Sozialismus als einer radikal neuen Gesellschaftsordnung gelangen, und lag nicht gerade seine wichtigste, unmittelbare Wirkung darin, daß es von der sozialistischen Zielsetzung für die Sozialdemokratie als Ganzes Abschied genommen hat? Die Antwort auf diese Frage hängt im Kern davon ab, welche Inhalte, Zielsetzungen und Strategien wir mit dem Begriff Sozialismus verknüpfen. Um einem müßigen Definitionsstreit um Worte von vorherein zu entgehen, soll die Frage, ob ernsthaft von einem Sozialismusverständnis des Godesberger Programms gesprochen werden kann, im folgenden unter drei methodisch klar unterscheidbaren Gesichtspunkten erörtert werden, nämlich:

1. Sind die gesellschaftlichen Zielvorstellungen Godesbergs sozialistisch zu nennen, wenn wir sie mit der sozialdemokratischen Programmatik vergleichen, die ihr in der über hundertjährigen Geschichte der Partei vorangeht? Dabei begrenze ich den Bogen meines Vergleichs auf jene Programme, die in einem weiteren Sinne Geschichte und nicht nur Parteigeschichte gemacht haben. Das beginnt mit der »Geburtsurkunde des modernen Sozialismus«, dem Kommunistischen Manifest von 1848, und es setzt sich fort mit dem Erfurter Programm von 1891 und dem Heidelberger Programm von 1925. Zudem möchte ich neben dem Heidelberger Programm immer auch auf das fast zeitgleiche Linzer Programm von 1926 verweisen. Denn in diesem Text unserer österreichischen Genossen, die sich ja seinerzeit noch als integralen Teil der deutschen Sozialdemokratie betrachteten, kommt die Fähigkeit der marxistischen Traditionslinie zur Weiterentwicklung ihrer Auffassungen sehr viel deutlicher als im Heidelberger Programm zum Ausdruck. Wie ist also die Godesberger Zielvorstellung, verglichen mit dem, was mehr als ein Jahrhundert sozialdemokratische Programmatik hervorgebracht hat, einzuordnen, und läßt sich in dieser Hinsicht von einem fortbestehenden Sozialismusverständnis im Godesberger Programm reden?

2. Läßt sich, unbeschadet unserer Ergebnisse zur ersten Frage, zumindest für den Zeitpunkt der Entstehung des Godesberger Programms, d.h. für das Ende der 50er Jahre davon sprechen, daß jene neue Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die das Programm umreißt, im Falle ihrer vollständigen Verwirklichung zu einer sozialistischen Gesellschaft in der Bundesrepublik geführt hätte? Und schließlich:

3. Kann für die Gegenwart der 80er Jahre, für die heutige und die heute ab-

* Überarbeiteter und leicht gekürzter Beitrag zur Tagung »25 Jahre Godesberg« der Gustav-Heinemann-Akademie, Oktober 1983. Die Tagung ist dokumentiert in: Papke, Sven, und Karl Theodor Schuon (Hrsg.): Braucht die SPD ein neues Grundsatzprogramm? Berlin 1984. Wir danken dem Verlag Europäische Perspektiven für die freundliche Abdruckgenehmigung.

sehbarer gesellschaftliche Wirklichkeit davon gesprochen werden, daß die Zielvorstellungen des Godesberger Programms, umfassend realisiert, schlüssige Wege für einen bundesdeutschen Sozialismus der Zukunft aufzeigen?

Behandeln die ersten beiden Aspekte die Probleme von Kontinuität, Bruch und Erneuerung in der Sozialdemokratie, so ergibt sich aus der zuletzt genannten Fragestellung bereits eine vorweggenommene Antwort auf die bisher ja durchaus noch strittige Auseinandersetzung, ob sich nicht mit dem Godesberger Programm am besten so weiter leben ließe wie bisher. Ob, mit anderen Worten, die Anstrengung, die die Erarbeitung eines neuen Grundsatzprogramms verlangt, tatsächlich notwendig ist oder nicht. Ich werde daher im letzten Teil meines Beitrags versuchen, aus den heute mehr denn je offenkundig gewordenen Defizitbereichen des Godesberger Programms zugleich die Umrisse von Anforderungen an Kernaussagen eines künftigen Parteiprogramms abzuleiten.¹

Damit also zur ersten Frage. Vom Manifest über Erfurt und Heidelberg/Linz bis zum Godesberger Programm selbst hat sich ein erstaunlich einheitliches, kaum abgewandeltes Grundmuster sozialistischer oder sozialdemokratischer Programmatik herausgebildet, das sich in vier Grundelementen zusammenfassen läßt.

Das *erste* Element können wir als Analyse, Interpretation aber auch bewußt als Philosophie des historischen Gesamtprozesses charakterisieren, der sich »vor unseren Augen vollzieht«, um eine berühmte Formulierung aus dem Manifest zu gebrauchen. Diesen übergreifenden, weltanschaulichen, Sinn und Tagesaufgaben des Sozialismus integrierenden Teil finden wir in allen Programmdokumenten — freilich mit unterschiedlichen Akzenten, worauf ich gleich eingehen werde.

Ein *zweites* Element behandelt dann die Stellung der Arbeiterbewegung und ihrer Partei, samt jener des einzelnen Sozialdemokraten und Sozialisten in diesem historischen Gesamtprozeß. Es geht um die Erläuterung der Grundforderungen oder die »historische Mission« der Arbeiterbewegung, verstanden als objektiv und notwendig vorgegebene Aufgabe, aber auch als den subjektiven Bedürfnissen des einzelnen Proletariers oder Arbeitnehmers entsprechender Kampf um soziale Emanzipation, für eine Gesellschaft ohne Klassen und Ausbeutung.

Ein weiteres *drittes* Element trägt verschiedene Überschriften in den Programmdokumenten seit 1848. Wir können es zusammenfassend beschreiben als die aktuellen politischen Forderungen der Sozialdemokratie in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen (im Heidelberger Programm nennt man es auch ausdrücklich »Aktionsprogramm«). Dabei hat sich von jeher die Schwierigkeit der Verknüpfung der ersten beiden Elemente mit den aktuellen Tagesaufgaben der Partei gestellt und jahrzehntelang ist über den »fehlenden Übergang« zwischen den beiden Hauptabschnitten des Erfurter Programms gestritten worden.

Der aktuellen Aufgabenbeschreibung folgt als *letztes* unserer vier Elemente das eigentliche Strategie-Kapitel in den Programmvorstellungen, die Beschreibung der Wege zur Durchsetzung der kurz- und langfristigen Forderungen, na-

tional aber seit jeher auch international. Nur im Nebenher sei angemerkt, daß wir diesen internationalen Aspekt beispielsweise schon im Manifest mit einer ganz anderen Gründlichkeit und Plastizität erörtert finden, als dies für spätere Programme gilt.

Vom Manifest bis Heidelberg bilden nun alle vier Elemente eine eng aufeinander bezogene Einheit. Die Notwendigkeit, zum Sozialismus zu gelangen, ist hier keine Frage, die sich ausschließlich aus dem subjektiven Wollen, Glauben oder Nichtglauben an die Möglichkeiten sozialistischer Veränderung ergibt. Der Sozialismus wird vielmehr als die immanent, aus den Widersprüchen der modernen Geschichte selbst »sich durcharbeitende« neue Gesellschaftsform verstanden, als das insofern notwendig entstehende und sich letztlich durchsetzende Bedürfnis nach Errichtung einer freien, demokratischen, klassenlosen Gesellschaft. Und zwar wird dies als ein Prozeß begriffen, in den der Einzelne, wie die einzelne Partei in einem einzelnen Land, als Teil der Proletarier, die sich auf der ganzen Welt vereinigen, um ihre Fesseln abzustreifen, durch das eigene aktive Handeln bewußt eingreift und in diesem Sinne den Befreiungskampf der Unterdrückten subjektiv und individuell vorantreibt. Ich habe dieses ganz besonders akzentuieren wollen, um das Zusammenfallen objektiver und subjektiver Momente im Geschichtsverständnis des wissenschaftlichen Sozialismus zu unterstreichen, aus dem sich gerade kein mechanistischer Rückschluß auf den automatischen Zusammenbruch des Kapitalismus ergibt, wohl aber die Sicherheit über die Richtung, in der sich der historische Gesamtprozeß bewegt. Nur so entgehen wir einem sehr weitreichenden Mißverständnis darüber, was in den »klassischen Programmen« unter dem notwendigen oder gesetzmäßigen Übergang zum Sozialismus gemeint war (wobei nicht zu übersehen ist, daß ähnliche Mißverständnisse auch in den Köpfen vieler ihrer damaligen Anhänger eine Rolle spielten).

Die Lebendigkeit der gegenseitigen Durchdringung aller grundlegenden Aspekte des historischen Prozesses, seiner philosophischen, historisch-materialistischen Interpretation bis hin zur Einarbeitung der jeweils dominierenden sozialökonomischen und politischen Gegenwartserscheinungen geht, vom *Manifest* bis *Heidelberg*, immer mehr zu Lasten dieses letzteren Elements zurück. Veränderungen werden mit der Bereitschaft zur Weiterentwicklung der eigenen Einsichten nur noch auf dem Felde der Ökonomie (Vorankommen des Konzentrationsprozesses, Zuspitzung der Vergesellschaftungsforderung auf die Monopol- oder Schlüsselindustrien) und der Politik (Reflexionen über die Republik als neuer Kampfboden demokratischer Übergangsformen zum Sozialismus) sichtbar. Aber das vielleicht Wichtigste, die Gesamtheit der Veränderungen erst integrierende Schlüsselglied der Programmatik, nämlich die weltanschauliche, philosophische Interpretation der Geschichte, dieses bildet sich zurück, wird nur noch formelhaft weitertransportiert. Insofern würde auch ich für den in Frage stehenden Zeitraum von einer Verknöcherung des Marxismus, dem Überhandnehmen einer mechanistisch-deterministischen Lesart des historischen Materialismus sprechen, von dem sich gerade die deutsche Sozialdemokratie besonders wenig lösen können. Fragen wir aber nach den Möglichkeiten eines alternativen Marxismus-Verständnisses, das der Tendenz zur Ver-

knöcherung und Dogmatisierung des damaligen »Parteimarxismus« hätte begegnen können, das zudem freilich in wiederum zu erneuernder Gestalt für die Fragestellungen der jetzt beginnenden Programmdebatte in den 80er Jahren nutzbar zu machen wäre, so sind wir auf Spuren und Hinweise verwiesen, die es großenteils noch zusammenzufügen gilt; ich denke in diesem Zusammenhang an den Beitrag von Theoretikern wie Antonio Labriola oder Antonio Gramsci, aber auch jenen der Austromarxisten, den Otto Bauers vor allem.

Die Verknüpfung von Geschichtsinterpretation, Mission und Strategie der Arbeiterbewegung dagegen wird von den Autoren des Godesberger Programms bewußt und ausdrücklich aufgegeben. An die Stelle der Geschichtsanalyse tritt das Gedicht, der Prolog, das bloße Registrieren von Widersprüchen und Hoffnungen, ohne noch den Versuch zu machen, daraus einen bestimmten Rahmen, die Perspektiven der politischen Arbeit zu entwickeln. An die Stelle jeglicher, wissenschaftlich begründeten »historischen Mission« der Arbeiterbewegung treten die Abschnitte »Grundwerte« und »Grundforderungen«. Und diese sind nicht mehr Ausdruck objektiver, geschichtsnotwendiger Zielsetzungen auf Befreiung gerichteten menschlichen Handelns, sondern allein individuelle subjektive Wertentscheidungen. Sozialismus noch immer, »weil es vernünftig ist«, um einen Slogan der Jungsozialisten vom Beginn der 70er Jahre abzuwandeln, aber nicht mehr, weil es notwendig ist, wobei man, wenn man denn unbedingt will, immer noch Anhänger des alten »Aberglaubens Marxismus« bleiben darf. Nur hat man diese Verstocktheit damit zu bezahlen, sich in Zukunft mit einem Platz an den Katzentischen der Partei zufriedengeben zu müssen.

Die Konsequenzen dieser Operation sind weitreichend. Weil die Geschichtsinterpretation und die »historische Mission« der Arbeiterbewegung nicht mehr als verbindliche Rahmenvorstellungen existieren, wird es überhaupt überflüssig, danach zu fragen, ob die letzten beiden unserer vier Strukturelemente, nämlich Tageskampf und Strategie, tatsächlich noch den Weg zur klassenlosen Gesellschaft öffnen. Das Ziel ist erlaubt — Untersuchungen über die Programmdiskussion im Vorfeld von Godesberg haben das immer wieder unterstrichen: die klassenlose Gesellschaft als Sozialdemokrat im Hinterkopf zu behalten, ist erlaubt, aber eigentlich gleichgültig. Der Weg, die Bewegung ist alles, und ob beides sich noch im Kapitalismus oder schon im demokratischen Sozialismus abspielt, das interessiert genaugenommen nur noch die Dogmatiker von gestern.

So ergibt sich als Antwort auf die eingangs formulierte Frage: Verglichen mit der bisherigen Programmatik vom Kommunistischen Manifest bis Heidelberg opfert das Godesberger Programm Kernelemente des überkommenen Sozialismusverständnisses, indem es den inneren Zusammenhang zwischen Gesellschafts- und Geschichtsinterpretation einerseits und kurz- und langfristigen Zielsetzungen der Partei andererseits preisgibt.

Damit gelange ich zum zweiten der eingangs vorgestellten Gesichtspunkte, unter denen das Sozialismusverständnis Godesbergs zur Diskussion steht. Würden die Ziele des Programmes voll erfüllt, wie »neue Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung«, »Bändigung der Macht der Großwirtschaft«, »Vergesell-

schaftung überall, wo es notwendig ist« — und gerade in Krisenzeiten bemerken wir, wie unabdingbar notwendig ein entschlossener Ausbau des öffentlichen Wirtschaftssektors wäre —, also Bändigung der Macht der Großwirtschaft und Vergesellschaftung dort, wo es notwendig ist, Umrisse gesamtwirtschaftlicher Planung, umfassende Mitbestimmungsrechte — dies alles würde, tatsächlich realisiert, zahlreiche Brüche mit konstituierenden Mechanismen einer kapitalistischen Wirtschaft und Gesellschaft bedingen und nach sich ziehen. Das gilt erst recht, wenn wir versuchen, uns in die allgemeine Wirtschaftswunder-Mentalität der späten 50er Jahre zurückzusetzen. Dann ist in der Tat davon zu sprechen, daß demgegenüber die Verwirklichung der genannten Zielsetzungen des Godesberger Programms eine radikal andere Gesellschaftsordnung verlangt hätten. Ja, man könnte sich sogar darüber wundern, daß derlei Befürchtungen seinerzeit in der öffentlichen Resonanz auf die Verabschiedung des Godesberger Programms eine derart geringe Rolle gespielt haben.

Die Erklärung für den geringen Ernst, den man innerhalb und außerhalb der Partei den Umrisen einer radikal veränderten Wirtschaftsstruktur beimaß, ergibt sich jedoch schon aus der genaueren Lektüre des Programmtextes. Denn allorten finden wir sozialistische Richtungshinweise eingebettet in nach allgemeiner Auffassung entgegengesetzte Programmaussagen. Das gilt für Garantien zum »freien Wettbewerb« und »freier Unternehmerinitiative« nicht anders als für Sätze wie: »Das private Eigentum an Produktionsmitteln hat Anspruch auf Schutz und Förderung, soweit ...« (wobei die folgende Einschränkung so allgemein ausfällt, daß man sie leicht ganz vergißt). Das Gemeineigentum in der Wirtschaft soll in dem minimalen Bestand, den es Ende der 50er Jahre hat, erhalten und möglichst ausgebaut werden — aber seine zuvörderst genannte Aufgabe ist ausgerechnet die Sicherung des Wettbewerbs. Überhaupt soll gelten: »Wettbewerb soweit wie möglich — Planung soweit wie nötig«.

Bei soviel sozialliberalem Firnis in den Programmaussagen kann es niemanden mehr überraschen, daß jene anderen Formulierungen, die noch sozialistisches Gedankengut weitertransportieren, nur zu leicht verdrängt wurden. Es fehlt an dieser Stelle der Raum, um die parteigeschichtlichen Hintergründe dieser vorherrschenden Tendenz des Godesberger Programmes aufzuarbeiten. Für uns Jüngere jedoch, die wir dieses Dokument als vorgefundenes analysieren und die Frage erörtern, wie weit es uns weiterhilft, drängt sich der Schluß auf: zwei entgegengesetzte Lesarten, eine rechte und eine linke, eine reformistische und eine revolutionäre, sind für den Inhalt des Godesberger Programms als eine textlich programmatische Gesamtheit stärker als für jedes vorangehende Programmdokument unserer Partei konstitutiv. Jeder kann sich, im Jargon der 69er Jusos ausgedrückt, seine Plattfüße auf dem Godesberger Programm holen. So scheint mir das Wesen dieses Formelkompromisses unter Verzicht auf einen Begründungszusammenhang ziemlich genau umschrieben, das den »Fragen der Zeit« bewußt keine Antworten im Sinne der allzu pauschal für antiquiert gehaltenen sozialistischen Programmatik mehr geben will.

Damit gelange ich zum dritten und letzten Aspekt meiner Untersuchung des Sozialismusverständnisses im Godesberger Programm. Welche Antworten gibt das Godesberger Programm, allen seinen Widersprüchen zum Trotz, auf die

Kernprobleme des politischen Kampfes der Gegenwart, unserer nächsten Zukunft als politische Partei? Hier sehe ich allerdings Defizitbereiche, die so gravierend sind, daß sie die Ausarbeitung eines neuen Grundsatzprogrammes seit langem als überfällig erscheinen lassen. Ich fasse sie, bewußt umrißhaft formuliert, in den folgenden fünf Punkten zusammen:

1. Das *Bewußtsein der Krisenhaftigkeit*, der unaufhebbaren Widersprüche in der bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, ist im Godesberger Programm an den Rand gedrängt worden. Seine Schwüre auf die Marktwirtschaft und die Hoffnung auf einen darin möglichen »Wohlstand für alle« stehen zur sozialen Realität der 80er Jahre, zu Massenarbeitslosigkeit, um sich greifende Elend für Millionen von Arbeitnehmern, in einem unerträglichen Gegensatz. Allerdings, die Krisenhaftigkeit dieser Gesellschaft in all ihren Dimensionen — von den sozialökonomischen Basisstrukturen bis hin zur Kultur und den verschiedenen ideologischen Bewußtseinsformen — ins Zentrum zu rücken, das verlangt, die sozialistischen Perspektiven zu ihrer Bewältigung im Großen wie im Kleinen, in der revolutionären Zielsetzung wie im täglichen politischen Kampf um Reformschritte und die Auflösung der konservativen, prokapitalistischen Hegemonie herauszuarbeiten.

2. Die *extreme Gefährdung des Weltfriedens*, die zugespitzte Bedrohung der Menschheit durch militärische Katastrophen, wie sie uns in den letzten Jahren immer bewußter geworden ist, wird im Godesberger Programm nicht annähernd mit der für heute benötigten Eindringlichkeit beschrieben. Mehr denn je ist es unabdingbar, den absoluten Vorrang des Kampfes für Frieden, Entspannung und Abrüstung in Europa und international zu begründen. Dazu gehört die Analyse der Ursachen des unglaublichen Rüstungsexzesses der Gegenwart, der damit verbundenen Gefahren für die Menschheit und ihren Zusammenhang mit den Grundmechanismen kapitalistischer Konkurrenz. Ohne das Aufzeigen eines solchen Erklärungszusammenhangs, das freilich auch spannungsverschärfende Entscheidungen in der Politik der Gegenseite, der sozialistischen Staaten um die Sowjetunion, nicht ignorieren darf, werden die friedenspolitischen Ziele der Sozialdemokratie nicht verständlich zu machen sein.

3. Die *Allgegenwärtigkeit ökologischer Krisenerscheinungen*, die mehr und mehr als ein dominierendes Merkmal unseres Zeitalters wahrgenommen wird, ist im Godesberger Programm noch so gut wie vollständig übersehen. Fairerweise muß hierzu allerdings angemerkt werden, daß über die zerstörerische Naturausbeutung durch den Menschen, mit Ausnahme weniger Passagen im Manifest, auch in den früheren sozialdemokratischen Programmen nichts Brauchbares zu finden ist. Jedes Grundsatzprogramm, das für die letzten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts auf der Höhe seiner Zeit sein will, ja ihr als Antrieb zur Veränderung vorauszuweichen hat, muß die Überwindung der ökologischen Krise, die Herstellung eines wirklichen, weltweiten »Friedens mit der Natur« als neue, den klassischen sozialistischen Motiven absolut ebenbürtige Begründung revolutionärer, systemverändernder Zielsetzungen erfassen.

4. Die andauernde und verschärfte *Ausplünderung der sogenannten Dritten Welt* wird vom Godesberger Programm nicht annähernd in ihrem tatsächlichen Gewicht als gebieterischer Handlungszwang für jede sozialistische Bewe-

gung am Ausgang des 20. Jahrhunderts begriffen. Die Arbeiterbewegung des Westens setzte den Kern ihrer Identität aufs Spiel, wenn sie die eigene soziale Befreiung auf der fortbestehenden Ausbeutung der dortigen Völker aufzubauen suchte. Sozialistische Strategien in den Metropolen des Kapitalismus werden deshalb daran zu messen sein, welche Wege der Entwicklung sie für die Nationen in der Dritten Welt einschließen, und wie sie ihren Anhängern das Erfordernis von dazu nötigen Opfern vermitteln. Gerade hiezulande gilt es, den Zusammenhang von neuer Weltwirtschaftsordnung, dazu notwendiger Bereitschaft, an einem jahrzehntelangen Um- und Rückverteilungsprozeß von der Ersten in die Dritte Welt aktiv mitzuwirken, und dem Kampf für gesellschaftliche Alternativen in der Bundesrepublik herauszuarbeiten.

5. Die Probleme einer wirklichen *Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern* und der Absage an alle Mechanismen gesellschaftlicher Benachteiligung von Frauen werden im Godesberger Programm nur extrem oberflächlich, begrenzt auf formale Gesichtspunkte von Gleichberechtigung und Chancengleichheit behandelt. Demgegenüber hätte ein neues Parteiprogramm nicht nur die ganze Komplexität geschlechtsbedingter Diskriminierung der Frau als einen übergreifenden, sämtlichen gesellschaftlichen Praxisfeldern eingegrabenen Sachverhalt zu analysieren. Besonders sorgfältig müßte zudem die Aushöhung bereits erreichter Positionen (etwa im Bildungswesen), die weitergehende Betroffenheit aller Lebensbereiche der Frauen durch die Krise und deren Bewältigungsmöglichkeiten mit dem alten System dargelegt werden. Umgekehrt ist schließlich auch das besondere Interesse der Frauen, ihrer autonomen wie ihrer sozialdemokratischen oder gewerkschaftlichen Organisationen an der Herausbildung »neuer Menschen« als oberstem Leitziel des Sozialismus deutlich zu machen (wobei jeder neue Programmabschnitt dieser Art durch entsprechende Verhaltens- und Praxisänderungen in der Partei selbst erst zu legitimieren ist).

Das summarische, wenngleich keineswegs vollständige Benennen der Defizite des Godesberger Programmes gegenüber Fragestellungen, die heute für jeden Sozialdemokraten unabweisbar geworden sind, verwandelt sich uns in eine Liste von Anforderungen an ein neues Grundsatzprogramm der Partei. Jenseits aller innerparteilichen Zuordnungen drückt sich für mich darin am überzeugendsten die Notwendigkeit aus, tatsächlich an die Ausarbeitung eines solchen Programmes heranzugehen. Nehmen wir diese neuen Fragestellungen ernst, dann ergibt sich zwingend, daß das künftige Programm weder als ein »Zurück nach Erfurt oder Heidelberg« noch als ein bloß äußerlich verjüngter Aufguß des Godesberger Programms, als »Godesberg II« konzipiert werden darf.

Anmerkung

- 1 Vgl. zur Debatte um ein neues Grundsatzprogramm der SPD die laufenden Beiträge in den Zeitschriften »Die neue Gesellschaft« und »Sozialistische Politik und Wirtschaft« (spw). Im einzelnen sei auf die Kontroverse Heinz Rapp, Godesberger Erneuerung, in: Die neue Gesellschaft, Nr. 6, 1984 — Detlev Albers, Sozialistische Erneuerung der SPD, in: Die neue Gesellschaft, Nr. 11, 1984, verwiesen. Zum Gesamtzusammenhang vgl. Dowe, Dieter, und Kurt Klotzbach (Hrsg.): Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie. Berlin/Bonn 1984. — Eppler, Erhard (Hrsg.): Grundwerte für ein neues Godesberger Programm. Die Texte der Grundwerte-Kommission der SPD, Reinbek 1984.

Giulio Girardi

Marxismus und revolutionäre religiöse Erfahrungen*

1. Eine neue Tatsache: Christen nehmen an revolutionären Kämpfen teil

Zu den wichtigsten neuen Fragen, mit denen die marxistische Diskussion sich heute auseinandersetzen hat, gehören diejenigen, die durch die Beteiligung gläubiger Menschen an Befreiungskämpfen — sei es in Europa, sei es vor allem in einigen Ländern der dritten Welt — aufgeworfen werden. Es handelt sich um ein Phänomen, das Marx nicht vorhergesehen hatte und das auch, auf der Grundlage seiner Prämissen, unvorstellbar war. Für den Marxismus bedeutet es eine Herausforderung, aber auch ein unerwartetes Zeichen der Vitalität.

Das chilenische Experiment markiert, was die zeitgenössische Geschichte der Beziehungen zwischen Christentum und Revolution angeht, den Wendepunkt. Hier haben Christen politische Konsequenzen aus einer Bewegung gezogen, die vom vatikanischen Konzil ausgegangen und in Südamerika von der ersten kontinentalen Versammlung der Bischofskonferenz — der von Medellin — aufgenommen worden war. In Chile haben sich Christen zum ersten Mal kollektiv und öffentlich an einer Revolution des Volkes beteiligt. Auch wenn das Experiment gescheitert ist, hat es doch, was christliches Denken angeht, eine Umkehrung der historischen Tendenz deutlich gemacht. Es wird nach Chile in Lateinamerika keine Revolution mehr geben, in der nicht Christen präsent sind. Die Bewegung »Christen für den Sozialismus«, für die gerade die chilenische Erfahrung entscheidend war, hat diese neue Parteinahme von Christen auf kontinentaler Ebene und dann auch in der ganzen Welt unterstrichen. Heute sind es vor allem die revolutionären Kämpfe in Zentralamerika, in Nicaragua, El Salvador und Guatemala, an denen sich die Tragweite dieser Wende in aller Deutlichkeit ablesen läßt.

Aber inwiefern handelt es sich bei der Beteiligung von Christen an revolutionären Kämpfen um ein neues Faktum? Gewiß, so etwas geschieht nicht zum ersten Mal. In verschiedenen Epochen hat es Versuche gegeben, den Glauben in revolutionäre Ansprüche umzusetzen, ja, sie durchziehen die gesamte Geschichte des Christentums. Aber die offizielle Geschichtsschreibung hat von ihnen immer nur im Kapitel mit der Überschrift »Häresien« Notiz genommen, denn diese Bewegungen gingen von — in der Regel marginalisierten, verfemten — Minderheiten aus.

Als neue Bewegung definiert sich das neue Christentum der Gegenwart einmal aus seinem Verhältnis zur offiziellen Position der Kirche und der großen Mehrheit ihrer Mitglieder. Es definiert sich zugleich aus seinem Verhältnis zu den revolutionären Formen der vergangenen Jahrhunderte, zumal zu denen, die Marx, Engels und Bloch analysiert haben. Das gegenwärtige revolutionäre

* Stark gekürzte, von Friedhelm Hase ins Deutsche übertragene Fassung eines Artikels aus *Critica marxista*, n.2-3, 1983, 155f., den der Autor Lucio Lombardo Radice gewidmet hat.

Christentum ist ja entstanden, nachdem sich der Marxismus als wissenschaftliche Theorie der Revolution konstituiert hat. Wenn sich heute Bewegungen in der politischen Ausrichtung am christlichen Glauben orientieren, so geschieht das also nicht mehr, wie zu den Zeiten eines Thomas Münzer oder Jan Hus, in Abwesenheit einer wissenschaftlichen Theorie. Dieses Nebeneinander (von Glauben und Wissenschaft) hat viele Theoretiker der Revolution und nicht zuletzt Marx selbst dazu veranlaßt, in religiösen Haltungen eine Gefahr für das revolutionäre Engagement und daher für die Festigkeit der Bewegung zu sehen, eher jedenfalls als einen positiven Beitrag zu ihnen: Der religiöse Weg zum politischen Engagement stand für sie in Konkurrenz zum Rationalen und Wissenschaftlichen.

Tatsächlich aber hat, etwa im Falle Zentralamerikas, revolutionäres, religiöses Denken eher eine Öffnung gegenüber wissenschaftlichen Analysen und sogar ein Bedürfnis danach zur Folge. Im Bewußtsein einer wachsenden Zahl aktiver Kämpfer existieren Glaube und wissenschaftliche Analyse der Gesellschaft ohne Widerspruch nebeneinander, was um so paradoxer ist, als diese wissenschaftliche Analyse für gewöhnlich vom historischen Materialismus inspiriert ist. Es ist eine Koexistenz ohne Widerspruch, aber nicht ohne Probleme. Das wird besonders deutlich, wenn sich die materialistische Analyse mit der christlichen Religion selbst befaßt. Für die Gläubigen ist dies mit neuen Einsichten in die tatsächliche Reichweite ihres Christseins verbunden, es führt aber auch dazu, daß ihre Gemeinschaft, ihre Ideologie und ihre eigene Vergangenheit in Frage gestellt werden. Bei einigen hat diese Probe den Verlust des Glaubens zur Folge, doch bei vielen erweist er sich nicht nur als widerstandsfähig, sondern geht sogar gefestigt und erneuert aus ihr hervor. Es ist vielleicht der paradoxeste Aspekt dieser Erfahrung, daß der Marxismus, den man herkömmlicherweise für den prinzipiellen Gegner des Glaubens in der modernen Welt hält, Gläubigen zur Festigung ihres Glaubens dient.

2. Probleme, die durch diese Tatsache aufgeworfen werden

Erste Frage: Steht revolutionäres Engagement im Widerspruch zur Religion als solcher oder nur zu den meisten ihrer historischen Formen? Mit anderen Worten: ist der oft reaktionäre Charakter des Religiösen mit seiner Natur oder nur mit bestimmten Realisierungsformen desselben verbunden? Sind gläubige Revolutionäre trotz oder kraft ihres Glaubens revolutionär?

Für Lenin, Stalin und die sowjetischen Lehrbücher des »Marxismus-Leninismus« ergibt sich aus einigen prinzipiellen Annahmen, daß alle Religionen Feinde der revolutionären Bewegung sind. Marx, Engels und Bloch, die sicher gegenüber religiösen Fragen einen offeneren Standpunkt einnehmen, gelingt es nicht definitiv, diese Schlußfolgerung zu vermeiden. Wenn man nun, im Sinne eines neuen marxistischen Verständnisses, der Überzeugung ist, daß Religion nicht notwendig reaktionär ist, sondern revolutionär sein kann, wird man sich fragen müssen, aus welchen theoretischen — und nicht nur historisch zufälligen — Gründen die entgegengesetzte These sich durchgesetzt hat und was sich auf der Ebene prinzipieller Annahmen ändern muß, wenn die genannte Schlußfolgerung vermieden werden soll.

Der vielleicht heikelste Aspekt der ganzen Angelegenheit liegt darin, daß selbst die in Sachen Religion sensibelsten marxistischen Ansätze dem religiösen Glauben wesentlich illusorischen Charakter zuschreiben. Sie erkennen ihn als Illusion, die sicher vorwärtstreibend sein kann, deshalb aber nicht aufhört, eine Illusion zu sein: die demzufolge auf prekären Grundlagen aufbaut und sich in Luft auflösen muß, sobald der kritische Geist sich naht. Bei dieser Lage der Dinge wäre der religiöse Glaube einfach aufgrund seines theoretischen Status — als illusionäres Denken — reaktionär, selbst wenn er einen revolutionären Inhalt hätte. — Demnach stellt sich die Frage, ob eine atheistische revolutionäre Theorie — ohne zu betrügen — imstande ist, das revolutionäre Potential des religiösen Glaubens wahrzunehmen. Will man den Marxismus hingegen vom Atheismus trennen, läuft man dann nicht Gefahr, ihn zu entstellen?

3. Bemerkungen zur Geschichte der Debatte

Die geläufigste Formulierung der marxistischen Religionstheorie ist um die These von der Religion als »Opium des Volks« zentriert. Dazu sind zwei Anmerkungen nötig. Einerseits ist sie, auch wenn sie sich eher als Pointe gibt, tatsächlich weit mehr als das, nämlich die logische Folgerung aus einer Reihe philosophischer und wissenschaftlicher Prämissen, die Bestandteil einer »Orthodoxie« sind. Wir werden sehen, daß Lenin genau deshalb imstande ist, »den Eckstein für die gesamte marxistische Konzeption der Religion« zu finden. — Andererseits ist diese These, geht man von einem marxistischen Konzept aus, mindestens verwunderlich. Wenn tatsächlich Klassenkämpfe — in verschiedenen Formen — das Zentrum der historischen Gesellschaften bilden, sollte man annehmen, daß sie sich in religiös geprägten Gesellschaften auch auf die Religion selbst auswirken. Mit anderen Worten: wenn klar ist, daß die herrschenden Klassen in solchen Gesellschaften versuchen, die Religion zur Legitimation ihrer Macht einzusetzen, wäre es seltsam, wenn die subalternen Klassen nicht früher oder später darangingen, den Spieß umzudrehen. Wenn eine *monolithische* Deutung des religiösen Phänomens auch in der kommunistischen Tradition stärker verwurzelt ist, so ist doch eine dialektische Perspektive jedenfalls mit der Klassenanalyse weit eher zu vereinbaren.

Die deutlichste Formulierung der monolithischen Lesart findet sich bei Lenin, der insoweit übrigens stark von Plechanov beeinflusst war. Stalin hat sie aufgegriffen und in den Lehrbüchern des Marxismus-Leninismus, aus denen Generationen von Kommunisten auf der ganzen Welt ihr Wissen bezogen haben, ist sie mit höheren Weihen ausgestattet worden. Gewährsmann der dialektischen Richtung ist Engels. Zu ihr gehören Rosa Luxemburg, Labriola, Gramsci und vor allem Bloch.

Wo ist Marx hier zu verorten? Auf den ersten Blick in der monolithischen Tendenz, bedenkt man, daß er nahezu immer auf der konservativen Rolle des Christentums insistiert. Doch es gibt dabei auch einige Momente, die es dem dialektischen Ansatz erlauben, sich auf ihn zu berufen.

a) Die monolithische Lesart

Lenins Urteil über die Religion ist kategorisch: »Der Marxismus betrachtet alle heutigen Religionen und Kirchen, alle religiösen Organisationen stets als Organe der bürgerlichen Reaktion, die die Ausbeutung verteidigen und die Arbeiterklasse verdummen und umnebeln sollen.« (Über das Verhältnis der Arbeiterpartei zur Religion, 1909, LW 15, 405) Besonders beredt und leidenschaftlich kommt seine Einstellung zur Religion in einem Brief zum Ausdruck, den er an Gorki schrieb, als der Dichter in einem Artikel davon gesprochen hatte, daß es »nötig war, die Frage nach Gott zu vertagen«. Lenin ist gnadenlos, er erwidert, daß »jede religiöse Idee, jede Idee von jedem Gott, selbst jedes Kokettieren mit einem Gott eine unsagbare Abscheulichkeit ist« (Brief an A.M. Gorki, 13. od. 14. Nov. 1913, LW 35, 99). Sicher, in einem anderen Brief an Gorki gesteht er beiläufig zu: »Es gab in der Geschichte eine Zeit, da trotz dieses Ursprungs und dieser tatsächlichen Bedeutung der Gottesidee der Kampf der Demokratie und des Proletariats, in Gestalt des Kampfes *einer religiösen* Idee gegen eine andere geführt wurde. Aber auch diese Zeit ist längst vorüber. Jetzt ist, sowohl in Europa als auch in Rußland, jegliche, selbst die verfeinerteste, die bestgemeinte Verteidigung oder Rechtfertigung der Gottesidee eine Rechtfertigung der Reaktion.« (An A.M. Gorki, Nov. 1913, LW 35, 103) Das ist für ihn nicht das Ergebnis einer wissenschaftlichen Analyse, sondern folgt aus einer — aus dem dialektischen Materialismus abgeleiteten — philosophischen Überzeugung.

»Die ganze Weltanschauung der Sozialdemokratie«, schreibt er, »ist auf dem wissenschaftlichen Sozialismus, d.h. dem Marxismus aufgebaut. Die philosophische Grundlage des Marxismus bildet, wie sowohl Marx als auch Engels wiederholt erklärt haben, der dialektische Materialismus, der die historischen Traditionen des Materialismus des 18. Jahrhunderts in Frankreich sowie Feuerbachs (erste Hälfte des 19. Jahrhunderts) in Deutschland in vollem Umfang aufgegriffen hat — eines Materialismus, der unbedingt atheistisch und jeder Religion entschieden feindlich ist. (...) 'Die Religion ist das Opium des Volkes' — dieser Ausspruch von Marx bildet den Eckpfeiler der ganzen Weltanschauung des Marxismus in der Frage der Religion.« (Über das Verhältnis ..., LW 15, 404f.)

In dieser Sicht markiert der Marxismus die vorderste Linie des materialistischen Kampfs gegen den Idealismus, der die Geschichte der Philosophie durchzieht und der Schlüssel zu ihrem Verständnis ist:

»Im Verlauf der ganzen vorangegangenen Darstellung, bei jeder von uns berührten erkenntnistheoretischen Frage, bei jeder philosophischen Frage, die durch die moderne Physik aufgerollt wurde, konnten wir den Kampf zwischen *Materialismus* und *Idealismus* verfolgen. Hinter einem Haufen neuer terminologischer Spitzfindigkeiten, hinter dem Schutt gelehrter Scholastik fanden wir immer, ausnahmslos, die *zwei* Grundlinien, die zwei Grundrichtungen bei der Lösung der philosophischen Fragen. Ob man als das Primäre die Natur, die Materie, das Physische, die Außenwelt ansieht und Bewußtsein, Geist, Empfindung (nach der heutzutage *verbreiteten* Terminologie: Erfahrung) Psychisches u. dgl. als das Sekundäre betrachtet — das ist die Grundfrage, die *in der Tat* nach wie vor die Philosophen *in zwei große Lager* trennt.« (Materialismus und Empiriokritizismus, LW 14, 339f.)

Diesen beiden philosophischen entsprechen übrigens zwei politische Lager, die durch den Klassenkampf definiert sind. Lenin zufolge »kann man nicht umhin, hinter der erkenntnistheoretischen Scholastik des Empiriokritizismus den

Parteienkampf in der Philosophie zu sehen, einen Kampf, der in letzter Instanz die Tendenzen und die Ideologie der feindlichen Klassen der modernen Gesellschaft zum Ausdruck bringt« (ebd., 363). Der Idealismus ist übrigens »nur eine verfeinerte, raffinierte Form des Fideismus, der in voller Rüstung gewappnet dasteht, über gewaltige Organisationen verfügt und nach wie vor ungesetzlich auf die Massen einwirkt« (ebd.).

Aus diesen Prämissen zieht Lenin rigorose Konsequenzen. Der Kampf gegen die Religion ist für ihn wesentlicher Bestandteil des Klassenkampfes und demzufolge auch der Aktivität der Partei, wenn auch nicht als das entscheidende, sondern als ein sekundäres Moment. Wenn die Religion vom Standpunkt des Staates aus zur Privatangelegenheit erklärt werden muß, so kann das nicht für den Standpunkt der Partei gelten, die »unter anderem gerade für einen solchen Kampf gegen jede religiöse Verdummung der Arbeiter gegründet« worden ist (Sozialismus und Religion, LW 10, 73). Wenn auch der Staat laizistisch orientiert sein muß, so kann für die Partei nicht dasselbe gelten, gehört doch der Kampf gegen die Religion zu ihren wesentlichen Aufgaben.

Zu den wesentlichen, aber nicht zu den vorrangigen. Denn der Kampf gegen die Religion darf niemals so ausgetragen werden, daß er dem politischen Kampf schadet und der Gegensatz Ausbeuter/Ausgebeutete durch den Gegensatz Gläubige/Ungläubige verdrängt wird. Alle Formen des antireligiösen Kampfs, die das Proletariat spalten könnten, sollen vermieden werden. Diese Unterscheidung zwischen ideologischem und politischem Kampf charakterisiert den marxistischen Standpunkt gegenüber dem der bürgerlichen Aufklärung.

»Das ist der Grund, warum wir in unserem Programm von unserem Atheismus nicht sprechen und nicht sprechen dürfen; das ist der Grund, warum wir den Proletariern, die noch diese oder jene Überreste der alten Vorurteile bewahrt haben, die Annäherung an unsere Partei nicht verwehren und nicht verwehren dürfen.« (Ebd., 74)

b) Die dialektische Lesart

Die antireligiöse Orientierung des Denkens von Marx wird oft mit seinen persönlichen Erfahrungen erklärt, in denen er es ausschließlich mit einem reaktionären Christentum zu tun gehabt habe, nämlich dem der Heiligen Allianz. Diese Erklärung ist jedoch falsch, und hinter ihren Simplifizierungen drohen außerdem einige grundlegende Probleme zu verschwinden. Tatsächlich hat Marx Konzepte eines religiösen Sozialismus in Deutschland, Frankreich und England gekannt. Sein erster Kontakt zum sozialistischen Denken wird durch den linkshegelianischen jüdischen Theologen Moses Hess vermittelt, der die Idee eines »christlichen Kommunismus« verfolgt. Zeitweilig unterhält Marx auch Arbeits- und Freundschaftsbeziehungen zu Wilhelm Weidling, der unter dem Einfluß von La Mennais ebenfalls Prinzipien eines christlichen Kommunismus entworfen hat. Außerdem ist Marx am französischen Sozialismus interessiert, dessen Theoretiker — wie Saint-Simon, Charles Fourier, Victor Considérant — durch christliches Denken inspiriert sind.

Wenn Marx auch seine Bewunderung für diese Denker deutlich macht, kommt es doch bald zum definitiven Bruch, nachdem Marx ihnen gegenüber

einen fundamental kritischen Standpunkt bezieht. Warum? Eine deutliche Antwort findet sich im *Zirkular gegen Kriege*, das den Bruch von Marx und Engels mit Weitling genau markiert (MEW 4, 3-17). Für sie ist das von Kriege entwickelte religiöse Sozialismuskonzept nicht nur inadäquat, sondern definitiv gefährlich und reaktionär, sowohl unter dem Gesichtspunkt der analytischen Methode als auch unter dem seines theoretischen Gehalts. Was die Methode angeht, rekurriert der religiöse Sozialismus auf den »Menschen im allgemeinen«, auf das menschliche Wesen schlechthin, während es tatsächlich nur durch ihre jeweilige Stellung in den Produktionsverhältnissen bestimmte Menschen gibt. Der religiöse Sozialismus sieht das Elend der Welt in ihren moralischen statt in ihren strukturellen Aspekten; es gilt ihm als Resultat des menschlichen Egoismus, nicht als Folge von Klassengegensätzen. Seine Alternative liegt auf derselben Ebene: dem Regime des Egoismus setzt er das der Liebe entgegen; sein Kommunismus ist nur durch schlichte Vergemeinschaftung der Menschen definiert, ohne daß die Herrschaft des Privateigentums gebrochen werden müßte. Dem entspricht die Strategie für die soziale Umwälzung: sie stützt sich auf individuelle Barmherzigkeit, nicht auf den Kampf der Klasse; statt auf die Selbstbefreiung des Proletariats setzt sie auf Mitleid und Opferbereitschaft gegenüber den Armen.

Diese Kritik ist gegen den religiösen Kommunismus von Kriege gerichtet, jedoch in Wendungen, die jeden Versuch treffen, den Sozialismus auf religiösen Grundlagen aufzubauen. Vergleicht man aber die Kritik am Christen Kriege mit der am Atheisten Proudhon, die einige Monate später im *Elend der Philosophie* formuliert wird, so scheint es, daß sie in den wesentlichen Punkten übereinstimmen, nämlich eben denen, die sich auf die Rolle des Klassenkampfes beziehen. Was Marx aufkündigt, ist — religiöses ebenso wie antireligiöses — utopisches Denken, das unter dem Schein der Alternative den Idealismus der herrschenden Kultur reproduziert.

Gleichwohl liegt das entscheidende Charakteristikum des Marxschen Sozialismus nicht in der Einführung wissenschaftlicher Methoden (auch Saint-Simon und Proudhon formulieren wissenschaftliche Konzepte), sondern in der Begründung einer sozialistischen, an die revolutionären Erfahrungen des Proletariats angeschlossenen Wissenschaft. Marx verwirft im utopischen Sozialismus nicht die Utopie als solche, sondern die von der Praxis und der wissenschaftlichen Analyse abgelöste Utopie. Im *Manifest der Kommunistischen Partei* präzisieren Marx und Engels:

»Die Bedeutung des kritisch-utopistischen Sozialismus und Kommunismus steht im umgekehrten Verhältnis zur geschichtlichen Entwicklung. In demselben Maße, worin der Klassenkampf sich entwickelt und gestaltet, verliert diese phantastische Erhebung über denselben, diese phantastische Bekämpfung desselben allen praktischen Wert, alle theoretische Berechtigung. Waren daher die Urheber dieser Systeme auch in vieler Beziehung revolutionär, so bilden ihre Schüler jedesmal reaktionäre Sekten. Sie halten die alten Anschauungen der Meister fest gegenüber der geschichtlichen Fortentwicklung des Proletariats. Sie suchen daher konsequent den Klassenkampf wieder abzustumpfen und die Gegensätze zu vermitteln.« (MEW 4, 491)

Marx und Engels zufolge gibt es also eine Korrelation zwischen dem Entwicklungsniveau des revolutionären Denkens und dem der revolutionären Praxis. Die Literatur des utopischen Sozialismus und Kommunismus entspricht den

ersten tastenden Versuchen des Proletariats, in der Ära des Zerfalls der feudalen Gesellschaft seine Klasseninteressen zu formulieren: Versuche, die scheitern mußten, weil das Proletariat erst schwach entwickelt war und die materiellen Bedingungen seiner Befreiung fehlten. So blieb, Marx und Engels zufolge, die revolutionäre »Tragfähigkeit« der Literatur dieser Zeit durch die objektiven Bedingungen begrenzt. Diese Begrenzung drückt sich genau darin aus, daß das Problem der Befreiung in religiöser Formulierung angegangen wird. Weil es als Frage verstanden wurde, mußte die Vorstellung von der Gesellschaft in bestimmtem Umfang phantastisch bleiben und konnte nicht wirklich wissenschaftlich werden: Das Konzept der gesellschaftlichen Umwälzung mußte sich in Kategorien nur der Moral und der Mildtätigkeit ausdrücken und verfehlte sowohl die Rolle des Proletariats als Subjekt seiner Befreiung als auch die Erkenntnis, daß notwendigerweise eine Strategie des Konflikts zu verfolgen war.

So entwirft Marx ein Bild von der Religion, in dem diese mit einer Klassenstrategie unvereinbar ist, in der dem Proletariat die Rolle des Subjekts zugewiesen ist. Mit anderen Worten: das Verständnis von Religion, von dem Marx ausgeht, ist das der großen Mehrheit der Christen, insbesondere auch dasjenige, das die »christliche Soziallehre« bestimmt hat.

Engels hatte gegenüber Marx ein tieferes Verständnis des religiösen Phänomens. Er hatte auch, anders als Marx, selbst eine tiefe Erfahrung mit dem Glauben gemacht und sich in einer schmerzlichen Krise von ihm gelöst. Sein Beitrag zu dieser Debatte ist aus zwei gegensätzlichen Gründen wichtig. Einmal hat er — weit stärker als Marx — die Analyse religiöser Phänomene in all ihrer Unterschiedlichkeit und vor allem in ihren dialektischen Bezügen vorangetrieben. Zum anderen verdanken wir ihm jene Systematisierung des dialektischen Materialismus als Philosophie in der *Dialektik der Natur* und im *Anti-Düring*, die Lenin und Stalin dann dazu inspiriert hat, die metaphysische Frage ins Zentrum marxistischen Denkens zu rücken.

Für Engels ist »klar, daß ... alle allgemein ausgesprochenen Angriffe auf den Feudalismus, vor allem Angriffe auf die Kirche, alle revolutionären, gesellschaftlichen und politischen Doktrinen zugleich und vorwiegend theologische Ketzereien sein mußten« (MEW 7, 343f.). Engels arbeitet vor allem heraus, daß die Ketzerei

»der direkte Ausdruck der bürgerlichen und plebejischen Bedürfnisse war und sich fast immer an einen Aufstand anschloß. Sie teilte zwar alle Forderungen der bürgerlichen Ketzerei in Betreff der Pfaffen, des Papsttums und der Herstellung der urchristlichen Kirchenverfassung, aber sie ging zugleich unendlich weiter. Sie verlangte die Herstellung des urchristlichen Gleichheitsverhältnisses unter den Mitgliedern der Gemeinde und seine Anerkennung als Norm auch für die bürgerliche Welt. Sie zog von der 'Gleichheit der Kinder Gottes' den Schluß auf die bürgerliche Gleichheit und selbst teilweise schon auf die Gleichheit des Vermögens.« (Ebd., 345)

Aufgrund dieses, an Klassenkategorien orientierten Geschichtsverständnisses ist es möglich, die Bedeutung zahlreicher christlicher Häresien wiederzuentdecken, statt sie auf bloß theologische Dispute zu reduzieren: das gilt für Joachim von Fiore in Italien, die Waldenser in Frankreich, die Hussiten in Böhmen, die Albigenser in Südfrankreich, die Schüler von John Wycliff in England und schließlich für die lutheranische und die calvinistische Reform. Vor allem aber erlaubt es diese Geschichtsauffassung, das Urchristentum mit ei-

nem primitiven Kommunismus und das Wirken Christi selbst als eines politischen Befreiers zu entdecken, der mit den religiösen Kategorien seiner Zeit operierte. — In den durch diese Gedanken vorgezeichneten Bahnen bewegen sich dann zahlreiche »dialektische« Marxisten, von denen vor allem Rosa Luxemburg, Antonio Labriola und Antonio Gramsci hervorzuheben sind.

Unzweifelhaft ist es Ernst Bloch, der das Verständnis religiöser Fragen innerhalb der marxistischen Tradition am weitesten vorangetrieben hat. Einerseits kritisiert er das Christentum heftig: »Während ihre Kirchenlichter allerdings fast ausnahmslos nur zur Beerdigung der Freiheit geschienen haben oder zur Beförderung dessen, wodurch die Freiheit ihrer Kinder Gottes gar nicht auf die Welt komme.« (Bloch 1968, 92) Andererseits hebt er hervor: »Ein großer Teil des revolutionären Stolzes kam erst durch die deutsche Mystik in die Welt und christlich-humane Utopie spielte ihr vor.« (Bloch 1962, 150) Wie Engels sieht Bloch die Symbolfigur dieses revolutionären Christentums in Thomas Münzer, dessen Appell an die Bergleute er als »leidvollstes, rasendstes Revolutionsmanifest aller Zeiten« ansieht (Bloch 1969, 67). So kann er eine tiefgründige Konvergenz zwischen Christentum und Marxismus entdecken:

»Der echte Marxismus nimmt statt dessen das echte Christentum ernst, und nicht ein bloßer Dialog trägt dazu bei, bei dem die Standpunkte am liebsten abgemattet und kompromißlerisch gemacht werden, vielmehr: wenn christlich die Emanzipation der Mühseligen und Beladenen wirklich noch gemeint ist, wenn marxistisch die Tiefe des Reichs der Freiheit wirklich substantzierender Inhalt des revolutionären Bewußtseins bleibt und wird, dann wird die Allianz zwischen Revolution und Christentum in den Bauernkriegen nicht die letzte gewesen sein — diesmal mit Erfolg.« (Bloch 1968, 353)

»Das Ziel aller höheren Religionen war ein Land, wo Milch und Honig so real wie symbolisch fließen; das Ziel des inhaltlichen Atheismus, der nach den Religionen übrigbleibt, ist genau das Gleiche — ohne Gott, aber mit aufgedecktem Angesicht unseres Absconditum und der Heils-Latenz in der schwierigen Erde.« (Bloch 1979, 1550)

Aber diese Konvergenz betonen heißt zugleich, einen radikalen Widerspruch im Zentrum der christlichen Religion aufzukündigen. Bloch weist die »töricht-irreale Mythologie einer Gottes-Hypostase« zurück und hält den Atheismus für eine notwendige Bedingung für die Erfüllung des wesentlichsten Anliegen des Christentums, das heißt der »Hoffnung der Paria«. In der christlichen Religion und allgemein der Bibel sieht er einen unüberwindlichen Widerspruch zwischen Dogma und Eschatologie, Schöpfung und Messianismus, Theokratie und Humanismus: anders ausgedrückt, zwischen einer Welt, die schon geschaffen ist und die der Mensch zu akzeptieren hat, und einer erst zu schaffenden Welt, die dem Menschen aufgegeben ist. Dieser Antagonismus läßt sich für Bloch in zwei Texten zusammenfassen: der *Genesis* (»Siehe, alles ist gut«) und der *Apokalypse* (»Siehe, ich werde alles neu machen«). Der wesentliche Gehalt, der zu bewahrende Aspekt der christlichen Religion liegt in ihrem eschatologischen, utopischen, messianischen Element (Bloch 1979, 1456-64).

Die Transzendenz wird also nicht deshalb zurückgewiesen, weil sie nicht wissenschaftlich ist (das ist die Utopie auch nicht), sondern weil sie im Widerspruch zur revolutionären Praxis und Utopie steht; weil ihr das, was die revolutionäre Praxis als Ziel verfolgt, als schon geschaffen und vorhanden gilt, als ein verlorenes Paradies; weil sie das Reich der Freiheit als Geschenk Gottes

und seines Messias auffaßt, während es nur das Ergebnis proletarischer Kämpfe sein kann. Wenn das zutrifft, sind alle transzendenten Visionen reaktionär und nur als Projektionen zu erklären, mit denen die offizielle Kirche die eigene Macht wie die bestehende Ordnung zu heiligen sucht.

4. Welcher Marxismus?

Unser Problem kann nun genauer formuliert werden. Es geht nicht darum, vom christlichen Glauben aus ein Urteil über den Marxismus oder über die verschiedenen Marxismen abzugeben. Wir fragen uns vielmehr, »innerhalb« des Marxismus und mit Blick auf seine eigene Logik, nach der Bedeutung der revolutionären Funktion der Religion, vor allem der christlichen. Es geht auch nicht um so etwas wie eine theoretische Milderung des Marxismus, um eine Verschleierung seiner historischen Gegensätze zur Religion, um damit praktische Übereinkommen zu legitimieren. Vielmehr geht es um die Frage, ob und unter welchen Bedingungen der Marxismus imstande ist, mit großer Aufrichtigkeit Rechenschaft über neue Dimensionen der revolutionären Praxis abzulegen, eben über die Rolle, die gläubige Menschen in ihr spielen.

Der skizzierte historische Überblick macht deutlich, daß es sich bei der Frage der Religion nicht um einen marginalen »Anwendungsfall« der Theorie handelt, sondern daß die Art und Weise, in der sie angegangen wird, auf grundlegende Orientierungen verweist: auf theoretische und politische Vorentscheidungen, durch die die verschiedenen Marxismen allgemeiner charakterisiert sind. Man kann, mit anderen Worten, nicht festlegen, wie »der Marxismus« das religiöse Phänomen beurteilt, sondern muß klarstellen, um welchen Marxismus es sich handelt.

Der Marxismus, der meines Erachtens hier im Zentrum der Debatte stehen muß, ist einer, der sich als Theorie der *revolutionären Praxis des Proletariats* versteht. Von dieser Bestimmung aus kann man angeben, was im Marxismus wesentlich ist und was nicht, was grundlegend und was demgegenüber sekundär ist. Sie betrifft sowohl das theoretische Projekt von Marx selbst als auch dessen Rezeption durch die Kämpfenden, mit der sein historisches Schicksal beginnt. Marx war Philosoph, Historiker, Ökonom, Soziologe, Politologe, er untersuchte Fragen der Kultur und der Religion usw. Aber der Gesichtspunkt, der diese verschiedenen Dimensionen seines Denkens zusammenschließt und ihnen die Einheit einer »Theorie« gibt, ist die revolutionäre Praxis, der sie eine Orientierung zu vermitteln suchen. Genau dieser Gesichtspunkt ermöglicht es auch, seine Entwicklung und seine Forschung wie auch die historischen Wechselfälle des Marxismus — er ist ebenso angenommen wie auch bekämpft worden — wirklich zu verstehen: nicht als philosophisches oder wissenschaftliches System, sondern als Theorie der Revolution. Wenn, im besonderen, die marxistische Sicht der Religion wichtig ist, dann weil es darum geht, das religiöse Phänomen in eine revolutionäre Perspektive zu stellen. Die Art und Weise, in der die Gliederung von Theorie und Praxis aufgefaßt wird, ist also die zentrale Frage marxistischen Denkens, sie markiert den Ort des epistemologischen Bruchs sowohl mit der herrschenden Kultur als auch mit von der liberalen Bourgeoisie entwickelten kulturellen Alternativen. Dieser Bruch ist politisch.

Er macht deutlich, daß der Sinn des Denkens nur zu erschließen ist, indem man über es hinausgeht; daß das grundsätzlich Originelle dieser Theorie in dem bewußten Verhältnis zu der Praxis besteht, aus der sie hervorgeht oder besser: deren wesentlichen Bestandteil sie bildet. Auf eben diesem Gebiet ist der Marxismus heute zahlreichen Angriffen ausgesetzt. So wenn man ihm die Wissenschaftlichkeit bestreitet, weil er parteilich, deshalb »ideologisch« zur Objektivität unfähig ist; parteilich und deshalb unfähig, mit seinen Thesen den Konsens der Wissenschaftler zu finden. Aus demselben Grund werden auch seine philosophischen Konzepte verworfen. Die Wahrheit ist unteilbar. Ein Gelehrter kann kein politischer Kämpfer sein.

Solche Kritik sieht etwas Richtiges: genau in diesem Punkt bricht das Marxsche Denken mit der herrschenden Kultur seiner eigenen wie unserer Zeit. Mit diesem Bruch wird vor allem der Klassencharakter des Kulturellen bewußt, insbesondere der Geisteswissenschaften und der Philosophie. Theorie existiert nur als Teil einer übergreifenden Bewegung, einer Praxis, eines Projekts. Alles Denken korrespondiert mit praktischen Interessen. Genauer: alles Denken schreibt sich in die Praxis und die Interessen einer bestimmten gesellschaftlichen Gruppe ein. Dieser parteiliche Charakter des Denkens bleibt übrigens fast immer unbewußt. Wissenschaft und Philosophie halten sich normalerweise für autonom gegenüber den sozialen Kämpfen und rechnen sich ihre »Interesselosigkeit« und »Überparteilichkeit« zur Ehre an. Tatsächlich handelt es sich indes um eine illusorische Autonomie, charakteristisch für ein Denken, das die eigenen Produktionsbedingungen ausblendet ...

In bezug auf einen so verstandenen Marxismus muß die Frage der Bedeutung der religiösen Erfahrung angegangen werden. In bezug auf einen so verstandenen Marxismus stelle ich auch die folgende Hypothese auf: die zentralen Verständnisschwierigkeiten des Marxismus gegenüber dem religiösen Phänomen sind zugleich Verständnisschwierigkeiten gegenüber der revolutionären Praxis; die Voraussetzungen für seine Öffnung gegenüber der religiösen Erfahrung kann er dadurch schaffen, daß er sein revolutionäres Engagement kohärent weiterentwickelt, nicht, indem er es unterdrückt.

Literaturverzeichnis

- Bloch, E., 1962: Erbschaft dieser Zeit, Frankfurt/M.
 Bloch, E., 1968: Atheismus im Christentum, Frankfurt/M.
 Bloch, E., 1969: Thomas Münzer als Theologe der Revolution. Frankfurt/M.
 Bloch, E., 1979: Das Prinzip Hoffnung, Frankfurt/M. (6. Aufl.)
 LW = Lenin Werke, Berlin/DDR 1953ff.
 MEW = Marx Engels Werke, Berlin/DDR 1956ff.

Wolfgang Fritz Haug

Ein Konversationslexikon des westlichen Marxismus?

Zur Kritik von Bottomores *Wörterbuch des marxistischen Denkens**

Enzyklopädische Wörterbücher sind eine der Formen, in denen kollektives Wissen systematisiert und zugänglich gemacht wird. Nur Dummheit wird auf das Genre verächtlich herablicken. Wörterbücher stellen allgemein abrufbare Programme dar. Ein erfolgreiches Konversationslexikon ist eine (mehr oder weniger ideologische) Macht. Es verkoppelt die Spezialisten mit den Nichtspezialisten, zugleich die »Intellektuellen« mit den »Einfachen«, um Gramscis (dem Stabilitätsgeheimnis der katholischen Kirche abgewonnene) Begriffe zu verwenden. Diese Verbindungsstelle ist strategisch.

Bottomores »Wörterbuch marxistischen Denkens« besetzt in den angelsächsischen Ländern diese Stelle zum ersten Mal mit einem »hausgemachten« und populären Werk. Insofern ist sein Erscheinen ein wichtiges Ereignis, das auch die nichtenglischsprachigen Marxisten aufmerksam zur Kenntnis nehmen müssen. Schließlich ist das Englische die zugänglichste Sprache der Welt, im Weltmaßstab sozusagen das Äquivalent dessen, was im nationalen Rahmen die Populärliteratur darstellt. — Die folgende Rezension soll mit-helfen, Anregungen für das noch in Entwicklung befindliche deutsche Projekt zu gewinnen: die Ergänzungsbände zum *Kritischen Wörterbuch des Marxismus*, die dabei sind, sich zu einem eigenständigen Werk auszuwachsen.

In Bottomores »Dictionary of Marxist Thought« (DMT) präsentiert sich eine beachtliche theoretische Kultur des angelsächsischen Marxismus. Von 81 Autoren (wovon 17 in den USA leben, 4 in Ungarn, 2 in Jugoslawien, je einer in Italien, der Bundesrepublik, Belgien und Israel, die übrigen zwei Drittel in Großbritannien — und unter denen insgesamt 10 Frauen sind) werden 270 Stichwörter bearbeitet (davon 48 zu Personen). Die Einleitung des Herausgebers Bottomore und seiner Mitarbeiter (L. Harris, V.G. Kiernan und R. Miliband) beansprucht im Unterschied zum KWM (auf das, obwohl es ein Jahr früher erschienen ist, kein Bezug genommen wird) nicht, daß es sich um ein marxistisches Werk handelt, obwohl die meisten Verfasser/innen sich wohl zum Marxismus rechnen. Die Einleitung legt den Akzent einseitig auf Informationen *über* den Marxismus. »Die von Marx auf die Welt losgelassenen Ideen« haben »eine der lebendigsten und einflußreichsten Strömungen modernen Denkens« angeregt. Die »Bekanntschaft damit ist unverzichtbar für alle, die in den Sozialwissenschaften arbeiten oder in politischen Bewegungen engagiert sind«. Liegt insoweit der Akzent auf Ideen und Denkströmungen, die man kennen muß, weil sie »eine gewichtige Rolle bei der Gestaltung von Institutionen und Handlungsweisen in der gegenwärtigen Welt« gespielt haben, so wird andererseits beansprucht, »einen kurzgefaßten Führer zu den Grundbegriffen des Marxismus« zu geben. Aber Information über »Ideen« ist nicht dasselbe wie Hinführung zu »Grundbegriffen«. Ferner fragt sich, wie die Autoren »die(!) Grundbegriffe des(!) Marxismus« bestimmt haben. Zu diesen Problemen äußern sich die Herausgeber nicht, man muß daher in der tatsächlichen Zusammenstellung der Stichwörter und in der Konstellation der Lücken ihre Herangehensweise untersuchen. Schließlich sollen die unterschiedlichen Interpretationen ebenso berücksichtigt werden wie die gegen den Marxismus erhobenen Einwände; auch sollen die Individuen und Denkschulen dargestellt werden, die seit dem Tode von Marx dazu beigetragen haben, »den marxistischen Ideenkörper zu bilden«.

* Bottomore, Tom (Hrsg.): *A Dictionary of Marxist Thought*, Blackwell, Oxford 1983 (587 S., br., 27,50 £)

Unter den behandelten Stichwörtern sind viele, die (wie z.B. Ästhetik, Kunst, Rasse oder auch Geld, Kapital, Staat) nicht in irgendeinem theoretischen Sinn Grundbegriffe des Marxismus sind, sondern Themen und Einrichtungen des gesellschaftlichen Lebens bezeichnen, Kategorien des Alltagslebens wie Lohnarbeit oder Kauf und Verkauf. »Wertform« dagegen ist unbestreitbar ein theoretischer Grundbegriff des Marxismus, wird aber nicht behandelt. Kurz, die Stichwörter stellen — im Gegensatz zu dem, was die Einleitung ankündigt — schlicht Themen dar, zu denen der Marxismus etwas zu sagen hat. Aber es versteht sich, daß auch auf der Ebene der relevanten Themen de facto — wenn schon nicht erklärtermaßen — eine Auswahl stattgefunden hat. *Abwesend* sind zum Beispiel folgende Stichwörter: Abrüstung, Aktionseinheit, Antikommunismus, Antisemitismus, Aneignung, Arbeitslosigkeit, Atheismus, Alltag, Autorität; ferner Bewußtsein, alle ideologietheoretischen Unterbegriffe; Bedürfnisse, Dogmatismus, Herrschaft, Unterdrückung, Dritter Weg, Realer Sozialismus, Militarismus, Patriarchat, Sex/Gender-Beziehungen; aber auch Form, Formbestimmtheit, Wesen/Erscheinung, Subjekt, Theorie, Analyse, Abstraktion, Ableitung oder Ableitungsdebatte.

Es gibt keinen Artikel über Politik; die Kritik des Politischen, die der junge Marx entwirft und die etwa in der *Deutschen Ideologie* in eine umfassende theoretische Skizze eingebaut wird, taucht nicht auf. Dafür gibt es einen Artikel »Marx und Engels über zeitgenössische Politik« von I.T. Cummins, worin ohne Systematisierung und ohne theoretischen Ertrag Stellungnahmen von Marx und Engels zu Rußland, den Balkanstaaten, Polen etc. Revue passieren. — Klassenkampf fehlt; dafür behandelt Bottomore »Klassenkonflikte«, wie es für die politische Soziologie bezeichnend ist: als beschreibende Kategorie, nicht aber als strategische. So gehen die Unterscheidungen zwischen Ebenen und Formen des Klassenkampfes verloren, die Analysen zum ökonomischen Klassenkampf aus dem »Kapital« ebenso wie Engels' Systematisierung in ökonomischen/politischen/theoretischen Kampf, die von Lenin weitergeführt wird. »Ideologischer Klassenkampf« oder »Klassenkampf von oben« und ähnliche Konzepte, in denen die unterschiedlichen Strömungen der Arbeiterbewegung bis heute bestimmte Formen artikulieren, werden ebensowenig behandelt. Gleiches gilt etwa für Althusser's Versuch, den Primat des Klassenkampfes im Begriffsgefüge des Marxismus durchzusetzen. Während dieses Überspringen des Klassenkampfes im strategischen Sinn ein schwerer Mangel ist, ist es gut, daß Bottomore den Fragehorizont ausdehnt zu anderen sozialen (oder ethnischen, religiösen etc.) Gegensätzen und zur Frage, ob die Kämpfe in den sozialistischen Ländern als »Klassenkonflikte« gefaßt werden können. — Soviel fürs Erste zu den Abwesenheiten in der Zusammenstellung der Stichwörter.

Und wie steht es mit den Personen? Ein halbwegs aufschlußreicher Indikator ist die Anzahl der im Personenregister nachgewiesenen Seiten, auf denen bestimmte Namen erwähnt sind. In der Reihenfolge der Häufigkeit sind dies: 1. Kautsky (32), 2. Stalin (28), 3. Plechanow (23), 4. Trotzky (22), 5. Hilferding (20), 6. Luxemburg (19), 7. Lukács (17), 8. Althusser (16), 9. Lenin und Korsch (je 15), 10. Mao, Marcuse, Ricardo und Bernstein (je 14), 11. Adorno und Sartre (je 13), 12. Habermas und Poulantzas (je 12). Brecht, der einen eigenen Artikel bekommt, wo er von Lee Baxandall indes einzig als Poet und Stückeschreiber, nicht als Philosoph und marxistischer Theoretiker erwähnt wird, hat ebensoviele Nennungen wie Offe (4). Während Togliatti wenigstens *eine* Nennung hat, fehlen völlig: Mariátegui, Cabral, Ho Chi Minh, Castro u.v.a.m., kurz, fast alle bedeutenden asiatischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Marxisten, aber auch ein Berlinguer, wie von den deutschen Marxisten Hanns Eisler und Oskar Negt.

Wäre es nicht besser gewesen, in der Einleitung öffentlich über Gewichtung und Auswahlen nachzudenken — oder sogar Rechenschaft abzulegen?

Nun zu den vorhandenen Artikeln. Sie sind, wie bei so großen Gemeinschaftsunternehmen wohl unvermeidlich, sehr unegal im Aufbau und Niveau. Da stehen ausgezeichnet

nete Überblicksartikel neben schwachen — wie etwa dem Artikel »Ökologie« von Iring Fetscher, dem Raymond Williams in der New York Times vorgehalten hat, daß er nur einige Marx/Engels-Zitate bringt und die ausgedehnten Arbeiten und Diskussionen von Marxisten, die es inzwischen zu dieser Problematik gibt, ignoriert. Die ökonomischen Artikel zeichnen sich oft dadurch aus, daß neuere Diskussionen (wenn auch zumeist auf England und USA beschränkt) präziser referiert werden. Der neoricardianische Einfluß und die Auswirkungen der von Sraffa angeregten Diskussionen machen sich bemerkbar. Diese Artikel sind oft wissenschaftlich gehaltvoller als die philosophischen. Aber sie haben mit diesen etwas gemeinsam: das weitgehende Desinteresse für die Formseite. So behandelt Simon Mohun die »abstrakte Arbeit«, ohne den Rahmen der Produktionsverhältnisse einzuführen, die Arbeitsprodukte zu Waren machen. Und in seinem Artikel über »Kapital« charakterisiert er dieses zwar »als gesellschaftliches Verhältnis, das in der Form eines Dings erscheint«, dringt aber nicht dazu durch, die Beziehung der unmittelbaren Produzenten zu den Produktionsmitteln als den Einsatzpunkt dieses Verhältnisses zu zeigen. Merkwürdigerweise übergeht Mohun die Bildung des Mehrwerts zugunsten seiner Realisierung auf dem Markt: die neu produzierten Waren »können zu einem Wert verkauft werden, der größer ist als der Gesamtwert des Inputs«. Statt Wert müsse es Preis heißen; die unvermeidliche (und systemnotwendige) Diskrepanz von Wert und Preis macht es möglich, daß eine Ware trotz des in der Produktion hinzugefügten Mehrwerts unter Umständen zu einem Preis verkauft wird, der unter den Gestehungskosten liegt. Der Artikel über »Kapital« gibt im übrigen keine weiteren Literaturangaben und referiert auch keine neuere Diskussion. — Meghnad Desai bestimmt in seinem Artikel über »Kapitalismus« diesen als »eine Produktionsweise, in welcher Kapital ... das hauptsächlichste Produktionsmittel ist«. Hier ist die Frage nach der Kapitalform vom Ansatz her umgangen. Streng genommen »ist« nicht das Kapital Produktionsmittel, sondern die dinglichen Produktionsmittel nehmen Kapitalform an, während die Arbeit die Form von Lohnarbeit annimmt. Desai gibt dann sechs Merkmale des Kapitalismus, von Warenproduktion über Arbeitsmarkt und Geldwirtschaft bis zu Fragen der Entscheidung und schließlich der Konkurrenz. Merkwürdigerweise fehlt die Triebkraft des Profitstrebens. Der Grund geht aus den anschließenden Erörterungen hervor: die sozialpolitisch überformten Kapitalverhältnisse reformistisch geprägter Gesellschaften einerseits, die Frage nach dem Charakter der staatssozialistischen Produktionsweise andererseits. Diese Fragen, ergänzt um die Fragen nach Entwicklungsmöglichkeiten der Dritten Welt, sind mehr als berechtigt. Die Unklarheiten hinsichtlich Form und Triebkraft des Kapitalverhältnisses belasten jedoch ihre Diskussion.

Zur Gleichgültigkeit gegenüber der Frage ökonomischer Formbestimmtheit paßt es nur zu gut, daß weder »Wertform/en« noch »Kritik der politischen Ökonomie« als Stichwörter auftauchen. Auch »Kritik« fehlt. Diese Abwesenheiten markieren eine denkwürdige Parallele zum sowjetamtlichen Marxismus-Leninismus (vgl. die Rez. des Marx/Engels-Registers, in: *Argument* 143, 115ff., und die Rez. eines Bandes der neuen MEGA, in: *Argument* 145, 452ff.). Was im Gegensatz zu diesem hier überreichlich anwesend ist, ist »Kritische Theorie«. Dieser Begriff taucht in allen möglichen Artikeln auf, regelmäßig zur Artikulation marxistischer (= kritischer) Theorie. Und was die »Kritische Theorie« (oder »Frankfurter Schule«) angeht, so wird sie problemlos mitsamt Habermas und den Verästelungen seiner Schule (z.B. Wellmer) unter Marxismus verbucht. So blendet die vordergründige Anwesenheit Kritischer Theorie die Frage nach der Kritik aus.

Der Gleichgültigkeit für die ökonomische Formproblematik entspricht ein weitgehendes Desinteresse für Fragen ideologischer Formen und Mächte. Dies wird deutlich in Roy Edgleys Artikel »Philosophie«. Seine Hauptfrage ist: »Gibt es eine unterscheidbare marxistische Philosophie?« Die in den 100 Jahren seit dem Tod von Marx gegebene

»überwältigende Antwort« sei Ja. Zwei Linien kämpfen miteinander: die im Anschluß an den späten Engels entwickelte Linie des »Dialektischen Materialismus« mit der an dem jungen Marx anschließenden Linie. Edgleys Paradigma hat seine Wurzeln bei Lukács und Korsch um 1923. Der Fetischcharakter der Ware dient als Modellfall. Mit dem Aufheben realer Mystifikation dieser Art wird alle Theorie unnötig und unmöglich werden. Bis dahin beschreibt richtige Theorie im Gegensatz zum Alltagsbewußtsein »unbeobachtbare Züge der (materiellen) Realität«. Usw. — All dies ist bestimmt durch das Ausblenden der ideologischen Formseite der Philosophie, ihrer soziostrukturellen Positionierung. Damit geht einher die Zurückdrängung der für Marx grundwichtigen Fragen nach der Praxis (oder genauer: der Praxen). Übrig bleibt ein Modell von erkenntnistheoretischem Realismus plus Entfremdungsdiskurs.

»Praxis« und »Entfremdung« werden von Gajao Petrović (Zagreb) behandelt. Nach Marx sei Praxis »freie, universelle, schöpferische und selbst-schöpferische Tätigkeit, durch welche der Mensch seine geschichtliche, menschliche Welt und sich selbst schafft (macht, produziert) und verändert (gestaltet) ..., wodurch er sich grundlegend von allen andern Wesen unterscheidet.« Im Ansatz ist die Lebensnotwendigkeit der Arbeit bzw. der Produktion von Lebens- und Produktionsmitteln getilgt. Alles bewegt sich in der sphärischen Heiterkeit von Freiheit und (Selbst-)Schöpfertum. Unfreiheit taucht erst anschließend als Trübung auf.

»Morak« wird von Steven Lukes abgehandelt. Er sieht den Marxismus in einem Grundwiderspruch befangen. Einerseits gilt Moral als ideologische Form (hier taucht der Begriff auf, aber ohne Bezug auf ideologische Mächte und Prozesse staatlich-klassenherrschaftlicher Vergesellschaftung-von-oben), und für Marx ist eine moralische Fundierung des Sozialismus unakzeptabel. Andererseits sei Marx von der Empörung über Unterdrückung durchglüht, und diese Empörung oder Kritik identifiziert Lukes spontan-selbstverständlich als »moralisch« (hier verschwindet die Frage der ideologischen Formbestimmtheit wieder undiskutiert). Lukes bewegt sich problemlos auf der »analytischen« Grundlage einer Dualität von Werten (Moral) und Fakten (beschreibendes Wissen). Die Frage nach der Wert-Abgeleitetheit von Handlungen kennt er einfach nicht. Sie würde seinen spontanphilosophischen Boden erschüttern müssen. Aber er hat recht mit der Feststellung, daß im Marxismus der II. und III. Internationale die Frage der Verständigung über »richtiges« Handeln und vor allem die Frage der Kontrolle staatlichen Handelns unterbelichtet sind. Sein Lösungsvorschlag besteht darin, die Bedeutungsfelder des Rechtsförmigen (= Ideologischen) und der menschlichen Emanzipation auseinanderzunehmen und die letztere als Feld einer moralischen Diskussion legitimer Mittel im Marxismus zu konstituieren. Die vielfältigen Probleme, die damit verbunden sind (die Bildung von Experten moraltheoretischer Diskurse, die Atomisierung der einzelnen zu Adressaten moralischer Diskurse, die Entpolitisierung von Fragen der Vergesellschaftung), bleiben unbenutzt.

Der »Historische Materialismus« wird von W.H. Shaw auf das Raster der »Analytischen Wissenschaftstheorie« aufgezogen. Das Raster steht »selbstverständlich« außer Frage. Angesichts des »Fehlens eines interpretativen Konsenses« (als ob es den in der Wissenschaftstheorie gäbe!) sieht Shaw keine »empirisch plausible Theorie«, und es sei daher extrem schwierig, etwas über die »Lebensfähigkeit« des Historischen Materialismus auszusagen.

Daß Stalin laut Index nach Kautsky am zweithäufigsten genannt wird, deutet auf die berechnete antistalinistische Orientierung des Wörterbuchs. Indes zeigen die Stichwortartikel »Stalin« und »Stalinismus« (von R.W. Davies und R. Miliband) eine gewisse Hilflosigkeit beim Versuch, die Spezifik des Stalinismus zu bestimmen. Zugleich scheint bei andern Autoren der Antistalinismus ein Vehikel zu sein, auf dem in alle möglichen vermeintlichen Gegenrichtungen davongefahren wird. Humanistische Beschwörungen

treten immer wieder gegen den Stalinismus an, und die Gefahr ist, daß diesem Wissenschaft und Wirklichkeit überlassen werden, statt ihm beides streitig zu machen. Dem arbeiten selbst bei Miliband, dem diese Haltung in keiner Weise vorgeworfen werden kann, historische Ungenauigkeiten entgegen. Er behauptet zum Beispiel, der repressive Charakter des Stalinismus habe sich durch Krieg und Nachkrieg unverändert gehalten. In Wirklichkeit ist der Terror während des Krieges zurückgegangen und erst nach Kriegsende wieder entfacht worden. Statt den Stalinismus als die unvermeidliche Notwendigkeit des Sozialismus-in-einem-Land erscheinen zu lassen, kann er von hier her selbst vom Standpunkt der militärischen Verteidigung in Frage gestellt werden. Ein anderes Beispiel: Miliband charakterisiert die Produktionsverhältnisse des Stalinismus als Form von »public ownership«. Er arbeitet merkwürdigerweise nicht gegen die Doppeldeutigkeit dieses Ausdrucks an, der einerseits das Gegenteil von Privateigentum, »to the whole community«, der gesamten Gemeinschaft gehörend, bedeutet, andererseits schlicht »ownership by the state«, Staatseigentum (Oxford Dictionary). Es fehlt an trennscharfen Begriffen. In Davies' Artikel »Stalin« ist die Tendenz noch viel stärker, Stalinismus als das Produkt aus handfester Vernünftigkeit (Notwendigkeit) und »Skrupellosigkeit« zu »erklären«. Einzig die berichteten Fakten deuten auf die atemberaubende, hinterm Rücken der Beteiligten sich durchsetzende Dialektik, etwa wenn Stalin sich in seinen letzten Jahren an die Spitze der »Entstalinisierung« setzt und durch deren Monopolisierung dem Stalinismus vollends die Krone aufsetzt.

Das Stichwort »Marxismus« haben die Herausgeber dem einzigen Deutschen unter ihren Autoren, Iring Fetscher, überlassen. Er gehört zu denen, die (wie Arato im Artikel über »osteuropäischen Marxismus«), den Marxismus als »kritische Theorie« artikulieren (wodurch der Unterschied zur »Kritischen Theorie« mit ihrem apraktischen, privat-individuellen Adressaten »richtigen Bewußtseins« desartikuliert wird). Statt die dialektische Geschichte der Ausdrücke »marxistisch« und »Marxismus« wenigstens anzudeuten, wird schlicht behauptet, zu Marxens Lebzeiten habe es den Ausdruck »Marxismus« nicht gegeben. Mit enteignetem und umgedrehten Anleihen von Korsch wird der »Marxismus« als ideologische Basis der kompensatorischen »Subkultur« einer noch politisch ohnmächtigen Sozialdemokratie gedeutet. Diese Botschaft wird mit entscheidenden historischen Fehlbehauptungen interpunktiert. Was die Vorstellung angeht, der Sozialismus müsse »von außen« in die Arbeiterklasse hineingetragen werden, so behauptet Fetscher, diese Orientierung sei von Lenin eingeführt, während sie bereits Bestandteil der von Kautsky begründeten sozialdemokratischen Orthodoxie war. Marx darf wie üblich sagen, er selber sei kein Marxist, aber unterschlagen wird der Name, den Marx selber für seine Richtung verwandt hat: wissenschaftlicher Sozialismus. Die Identifizierung des Marxismus als »Ideologie des Proletariats« wiederum wird als Zutat Stalins behauptet, während sie bereits im alten sozialdemokratischen Marxismus aufgekommen ist und nicht nur bei Lenin, sondern zum Beispiel wie selbstverständlich bei Otto Bauer üblich ist. Die höchst widersprüchliche Entwicklung der Sowjetunion nach Stalins Tod, zum Beispiel die Tatsache, daß Kunst und Literatur zu Formen geworden sind, in denen radikale Kritik und tiefe Zweifel am Sowjetmodell artikuliert werden können, interpretiert Fetscher in flacher, schlecht-journalistischer Manier als »Liberalisierung«. Ansonsten spukt durch den Artikel der Begriff »subjektiver Faktor« als ein Erkennungszeichen alles Besseren, Antistalinistischen im Marxismus. In Wirklichkeit ist dieser Un-Begriff der typische Fall eines »stalinistischen« Lizenzbegriffs. Im übrigen weiß Fetscher nichts von der »Weltwerdung« (Lefebvre) des Marxismus. Sein Artikel ist eine unfreiwillige Materialanmerkung zum Zusammenhang eines hegelianisierenden Subjekt/Objekt-Diskurses mit Eurozentrismus (vgl. »Die Camera obscura des Bewußtseins«, in: AS 70).

Der Artikel »Marxismus« ist möglicherweise der schlechteste des Bandes und darf, trotz seiner immerhin symbolisch zentralen Stellung, den Gesamteindruck nicht bestimm-

men. Was Fetscher wegläßt, die kautskyanische Abkunft des »Von-außen«, ist in Monty Johnstones brauchbarem Artikel über »Partei« enthalten. Ralph Milibands Artikel »Staat« gibt einen guten Überblick über die verschiedenen Linien des Staatsbegriffs bei Marx und Engels (mit Quellenhinweisen): von der instrumentalistischen Fassung (Staat als Instrument der herrschenden Klasse) über die staatsförmige Reproduktion der Klassenverhältnisse bis zur relativen oder gar »absoluten« Autonomie des Staats im Verhältnis zu den Klassen (Bonapartismus). Die Fassung des Staats als »erster ideologischer Macht« beim späten Engels, vorbereitet in der *Deutschen Ideologie*, wird indes nicht berücksichtigt. Die in diesem Jahrhundert enorm entwickelten sozialen und ökonomischen (»positiven«) Funktionen des Staats bleiben im Dunkeln, obwohl die unterschiedlichen Aspekte der Staatsproblematik bis hin zum »sozialistischen Staat« auftauchen. Eine Auseinandersetzung mit Poulantzas' Beitrag zur Staatstheorie von 1978 fehlt. — Sehr brauchbar sind die Artikel »Civil Society« und »Hegemonie« von Anne Showstack-Sassoon. Ferner gibt Laurence Harris eine hilfreiche Einführung in die (allerdings etwas enge) Problematik der Baran/Sweezy'schen Theorie des Monopolkapitals. Gut ist auch der Artikel »Sozialismus« von Paul Sweezy selbst, nicht zuletzt dank des nützlichen Überblicks über verschiedene Ansätze zur Analyse des »real existierenden Sozialismus«. Zu loben ist die Aufnahme des Stichworts »Hausarbeit« und seine Behandlung durch Susan Himmelweit: Die mit marxistischen Begriffen geführten feministischen Debatten werden umfassend referiert, und der Artikel endet mit einer praktischen Forschungsperspektive.

Wenn auch viele Lücken und Schlagseiten dem Nutzen dieses Werks großen Abbruch tun, so bedeutet es — vor allem für die US-Öffentlichkeit — wahrscheinlich einen enormen, wenngleich tief ambivalenten Fortschritt. Aber da es im Kontext dieser Rezension nicht nur um Kritik, sondern um Entwicklung eines neuen Projekts geht, nämlich der Ergänzungsbände zur deutschen Ausgabe des KWM, müssen vor allem die Fragwürdigkeiten diskutiert werden. Der plurale und offene Charakter des Werks stellt nicht das Problem dar, auch wenn das KWM im Unterschied dazu sich als *marxistisches* Projekt versteht. Kein Dissenz besteht in der Absage an einen unkritischen Umgang mit den Klassikern, als wären sie heilige Autoritäten. Aber Bottomore hat vielleicht das Kind mit dem Bade ausgeschüttet. Er hat, ohne dies zu erklären, fast völlig darauf verzichtet, den Zugang zur für Nichtspezialisten unüberschaubaren Hinterlassenschaft von Marx und Engels erschließen zu helfen. Die meisten Artikel arbeiten ohne Marx-Zitate. Wo es um Marx-Ideen geht, werden sie sozusagen nacherzählt. Dies Verfahren beraubt die Leser jeder Kontrolle, jeden Einblicks in die Karten des Autors, der seine Meinung nach Belieben ausspielen kann. Da gleichzeitig die Unterscheidung zwischen Kategorien des gesellschaftlichen Alltagslebens und theoretischen Begriffen fast völlig fallengelassen ist bei weitgehendem Desinteresse an Fragen historisch-sozialer Formbestimmtheit, dominiert ein Stil, den man als Stil des *Konversationslexikons* bezeichnen kann. Hinzu kommt, daß viele Autoren den westlichen Marxismus spontan als bloße »kritische Theorie« auffassen. Das KWM wird dagegen die Radikalität und das Niveau der Formulierungen von Marx, Engels und anderen bedeutenden Theoretikern und Praktikern des Marxismus ungleich stärker als Einstieg und Herausforderung nutzen müssen, an dem die heutige Reflexion sich übt und mit dem sie nach historischen und philologischen Maßstäben umgeht. So sollen zugleich Zugänge geöffnet und den Benutzern Urteilsmöglichkeiten an die Hand gegeben werden. Zudem ist dieses Gepäck am wenigsten hinderlich bei der notwendigen Selbstanwendung des Marxismus, das heißt bei der Entwicklung eines marxistischen Verständnisses des Marxismus in seiner Geschichte und in seinen Praxen.

Thomas Laugstien

Bourdieu Theorie ideologischer Diskurse

Bourdieu sprachsoziologischer Entwurf*, zusammengestellt aus einem neu geschriebenen größeren Aufsatz und bereits anderswo publizierten älteren Texten, hat ein doppeltes Ziel. Er greift die Dominanz des »linguistischen Modells« in verschiedenen Bereichen der Sozialwissenschaften an, weil dieses »aus der Sprache eher ein Objekt der Anschauung macht als ein Handlungs- und Machtinstrument« (13), und will dem »ideologischen Effekt« entgegenwirken, den die Verwendung dieses Modells bei der Analyse von Mythen, Verwandtschaftssystemen oder Texten hat (indem z.B. die semiologische Analyse des literarischen Textes durch ihre Beschränkung auf die internen Zeichenrelationen die Vorstellung der Autonomie des künstlerischen »Werks« bewußtlos verdoppelt; 9). Zum anderen baut er sprachwissenschaftliche Elemente in eine sozialwissenschaftliche Perspektive ein, die davon ausgeht, daß der Sinn sprachlicher Praxen und Diskurse (»Ce que parler veut dire«) durch die gesamte Sozialstruktur mit ihren Klassen- und Herrschaftsverhältnissen bestimmt ist. Sie wird in drei Abschnitten ausgeführt: Der erste (»L'économie des échanges linguistiques«) untersucht die kulturelle Unterscheidungsfunktion sprachlicher Handlungen sowie die staatliche Durchsetzung sprachlicher Normen und institutionalisierter Felder der Kommunikation und entwickelt eine Theorie über die »Ökonomie des sprachlichen Austauschs«, die — gewissermaßen ein Gegenkonzept zu Habermas (1981) — davon ausgeht, daß kommunikatives Handeln in diesen Verhältnissen nicht an einer herrschaftsfreien Verständigung orientiert ist, sondern durch die Konkurrenz von Ausdrucksweisen bestimmt ist, die wie auf »Märkten« ausgetauscht und bewertet werden. Der zweite (»Langage et pouvoir symbolique«) befaßt sich, vor allem am Beispiel institutionalisierter Diskurse in den Bereichen von Recht, Religion oder Politik, mit der »symbolischen Macht« sprachlicher Handlungen bei der Herstellung von Formen sozialer Kohäsion und kollektiver Identität. Der dritte (»Analyses de discours«) beleuchtet die ideologische Arbeitsweise philosophischer Diskurse.

Bourdieu ordnet die Analyse sprachlicher Praxen in seine kultursoziologische Rahmentheorie ein, die in Handlungen symbolischer Unterscheidung (*distinction*) den Grundmechanismus für die Bildung sozialer Identität in antagonistischen Verhältnissen sieht: Die Gliederung des sozialen Raumes in kulturell abgegrenzte Klassen oder Schichten (»classes« im soziologischen Sinne), die die ökonomischen Klassenverhältnisse in einer, wie Bourdieu es genannt hat, »transfigurierten« Form reproduziert, konstituiert sich in symbolischen Formen der Unterscheidung, durch die sich die großbürgerlichen, kleinbürgerlichen und proletarischen Klassen in ihren kulturellen Praxen gegenseitig voneinander abgrenzen. So hat Bourdieu in früheren Untersuchungen gezeigt, wie kulturelle Aktivitäten, in denen die Individuen ihre Position in der Sozialstruktur leben und mit Sinn ausfüllen, etwa das Photographieren (Bourdieu 1981) oder der Umgang mit Objekten der Kunst oder kapitalistischen Massenkultur (vgl. Bourdieu 1983), durch diese Handlungen symbolischer Unterscheidung — und damit durch das antagonistische Verhältnis der Klassen — funktionalisiert werden. Die Verhältnisse symbolischer Konkurrenz, in denen die kulturellen Praxen sich artikulieren, verankern sich in einem spontanen »Habitus« von Wahrnehmungs-, Haltungs- und Bewertungsdispositionen in den Individuen, die sich so durch Vorlieben oder Abneigung, durch »Geschmack« und »Stil« in die soziale Klassenordnung einordnen. Bourdieu geht nun davon aus, daß auch

* Bourdieu, Pierre: Ce que parler veut dire. L'économie des échanges linguistiques. Librairie Arthème Fayard, Paris 1982 (248 S., br., 69,- FF). Zitate aus diesem Band sind mit einfacher Seitenzahl nachgewiesen.

der Sprachgebrauch in dieser Weise funktionalisiert wird, indem sich die charakteristische Ausdrucksweise bestimmter sozialer Gruppen in einem antagonistischen Feld durch »distinktive Praxen« in bezug auf alle konkurrierenden Verwendungsweisen der Sprache herausbildet: »So müßte man, um die neue, ein wenig zögernde, ja sogar stotternde, fragende (»nicht wahr?« — »non?«) und zerhackte Redeweise der Intellektuellen zu begreifen, die ebenso in den USA wie in Frankreich bezeugt ist, die gesamte *Struktur der Sprachgebräuche* in Betracht ziehen, in bezug auf die sie sich differentiell bestimmt: einerseits der alte professorale Sprachgebrauch (mit seinen Perioden, dem konjunktivischen Imperfekt usw.), der mit einem entwerteten Bild der Schulmeisterrolle verbunden ist, und andererseits die neuen kleinbürgerlichen Sprachgebräuche, die Produkt einer weiteren Verbreitung des schulischen Sprachgebrauchs sind, und die von dem etwas freieren Sprachgebrauch, einer Mixtur aus Anspannung und Nachlässigkeit, der eher für das neue Kleinbürgertum kennzeichnend ist, bis zur Überkorrektheit einer allzu gezwungenen, sogleich durch die zu offensichtliche Ambitioniertheit entwerteten Redeweise reicht, die Merkmal des aufsteigenden Kleinbürgertums ist.« (56) Bourdieu zeigt auf diese Weise, unter Verwendung von Begriffen aus dem linguistischen Strukturalismus, daß die sprachlichen Praxen durch Formen differentieller Artikulation von Sprachgewohnheiten, »distinktive Merkmale« und soziale »Werte« bestimmt sind, die keine Funktionen für die Kommunikation (im Sinne der Linguistik) haben, sondern für die Positionierung der Sprecher in der Sozialstruktur. Daraus ergibt sich die zentrale These des Buches, daß der Sinn sprachlicher Äußerungen (»Ce que parler veut dire«) nicht, oder zum wenigsten, durch den linguistischen Code bestimmt ist, sondern daß »die gesamte Sozialstruktur in jeder Interaktion und dadurch in jedem Diskurs präsent ist« (69).

Bourdieu löst zunächst die linguistische Fiktion einer allgemein zugänglichen, Verständigung zwischen allen kompetenten Sprechern ermöglichenden »Sprache« auf, indem er zeigt, daß Wörter und Diskurse je nach Klassenlage von Sprechern und Hörern unterschiedlich gemeint und verstanden werden (15ff.). In einem zweiten Schritt rekonstruiert er sie als Effekt der Durchsetzung normierter und institutionalisierter Sprachgebräuche, die erst das Medium der Kommunikation zwischen den antagonistischen Klassen schaffen. Sie werden konstituiert durch die Herausbildung des modernen Nationalstaats und gliedern die sozialen Kommunikationsverhältnisse in unterschiedliche »Felder«. Bourdieu unterscheidet »spezialisierte Felder«, die durch Institutionen wie Religion, Recht, Philosophie, Kunst und Literatur definiert werden, vom Feld, das durch die politische Einheit der Nation konstituiert wird und durch die Nationalsprache als »Offizialsprache« (*langue officielle*) beherrscht wird: »Diese Staatssprache, die bei offiziellen Gelegenheiten und in den offiziellen Räumen (Schule, öffentliche Verwaltung, politische Institutionen) obligatorisch ist, wird zur theoretischen Norm, an der alle sprachlichen Praxen gemessen werden. Niemand darf das sprachliche Gesetz ignorieren, das sein Korps von Juristen hat, die Grammatiker, und seine Agenten der Durchsetzung und Kontrolle, die Schulmeister« (27). Die sozial und regional differenzierten Sprachgebräuche werden durch die Nationalsprache »entwertet« zu »Argots« und »Dialekten«; die schulischen Praxen, in denen die »legitime Sprache« eingeübt wird, produzieren den ideologischen Effekt einer »Bewußtseinsgemeinschaft, die der Zement der Nation ist« (32). Organisierende Vorstellungen dieser Praxen der »Normalisierung« des Sprachgebrauchs sind z.B. die Gleichsetzung der von den Grammatikern kodifizierten »Regeln« mit einer »Methode« des richtigen Denkens (zuerst formuliert von Condillac; 31) und die Auffassung von »der Sprache« als Ausdruck der einheitlichen »Weltanschauung« eines Volkes oder der Nation (wie sie sich etwa bei Humboldt oder bei Whorf findet; 32). Bourdieu kann so die soziale Konstruktion bestimmter ideologischer Vorstellungen sichtbar machen, die sich im Alltagsverstand ebenso wie in der Linguistik festgesetzt haben (wobei der Begriff des linguistischen »Code« durch seine juristischen Konnotationen

nen diese Herkunft noch verrät); den Sprachwissenschaften wirft Bourdieu vor, daß sie mit »der Sprache« (der *langue* im Sinne Sausures) »ein präkonstruiertes Objekt in die Theorie aufnehmen, die Gesetze der sozialen Konstruktion dieses Objekts vergessen und seine soziale Genese verschleiern« (25).

An dieser Stelle mein erster Einwand: Bourdieu versucht nämlich, auch die »legitime Sprache« in den staatlichen Institutionen als einen klassenspezifischen Sprachgebrauch zu erklären, der durch Handlungen symbolischer Unterscheidung gebildet wird. Er nimmt an, daß die herrschende Klasse ihren »Stil«, mit dem sie sich durch die Distanzierung von den Ausdrucksweisen der unteren Klassen kulturell identifiziert, gleichzeitig als sprachliche »Norm« in den ideologischen Apparaten durchsetzen kann. Damit werden zwei unterschiedliche Wirkungszusammenhänge verdichtet; die Funktionalisierung des Sprachgebrauchs durch die symbolischen »Distinktions«-formen der Klassen, und die Einordnung der verschiedenen Sprachpraxen in die ideologischen Mächte von Staat, Religion, Literatur, Recht mit der Ausbildung einer (ästhetisch, politisch, religiös etc.) normierten Hochsprache. Bourdieu übersieht dabei, daß die herrschende Klasse sich in diesen ideologischen Formen des Sprachgebrauchs nicht etwa zu unterscheiden bestrebt ist, sondern sich ganz im Gegenteil *un*unterscheidbar macht, sich nicht als Klasse ausspricht, sondern das universelle *Subjekt* der Ideologie — »das Volk«, »die Nation«, »den Menschen«, »die Kunst« etc. — zum Äußerungssubjekt ihrer Diskurse macht (vgl. Pécheux 1975). Dieser ideologische Vorgang der »Ent-Nennung« (*dénomination*, mit dem Wortspiel von Barthes 1964), müßte unterschieden werden von der kulturellen »Unterscheidung« (*distinction*), in der sich die Klassengegensätze wieder artikulieren, aber in einer verschobenen, symbolischen Form (z.B. im Gegensatz der »Gebildeten« zum »Volk«).

Bourdieu bestimmt nun den Gegenstand einer (nicht linguistisch verkürzten) Diskursanalyse als das Zusammenwirken von klassenspezifischen Ausdrucksformen und -bedürfnissen mit den institutionalisierten »Feldern«, die durch die verschiedenen (politischen, ästhetischen, religiösen etc.) sprachlichen Normen definiert werden. Jeder Diskurs läßt sich so beschreiben als eine Kompromißbildung zwischen dem durch die Klassenposition bestimmten »Ausdrucksinteresse« und der »Zensur« des jeweiligen Feldes. In diesem Kräftefeld bilden die Sprecher je nach ihrer Klassenposition unterschiedliche sprachliche Kompetenzen aus (durch die Verinnerlichung der »Zensur« im sprachlichen »Habitus«) — d.h. Fähigkeiten, sich auf den verschiedenen Feldern zu bewegen, sich entsprechend der Situation, in der sie »plaziert« werden, angemessen auszudrücken und Äußerungen zu vermeiden, die »deplaziert« wirken. Sprachkompetenz in diesem Sinne beinhaltet nicht nur die Kenntnis der expliziten, von den Grammatikern kodifizierten Regeln, sondern auch ein Wissen um Regeln, die implizit bleiben müssen (»Takt«, »Geschmack«). Die Klassenstruktur reproduziert sich dabei in der ungleichen Verteilung dieser Kompetenzen, die den Diskursen der herrschenden Klassen einen höheren »sozialen Wert« und eine größere »symbolische Macht« sichert.

Diese Einordnung der sprachlichen Praxen in die soziale Klassenordnung sucht Bourdieu zu fassen in seiner Theorie der »Ökonomie des sprachlichen Austauschs«. Sie ersetzt das Modell der Interaktion zweier isolierter Sprecher »durch ein einfaches Modell der sprachlichen Produktion und Zirkulation als einer Beziehung zwischen den sprachlichen Habitus und den Märkten, auf denen sie ihre Produkte anbieten« (14). Die Erklärungskraft dieses Modells ist zunächst bestechend, arbeitet aber mit Metaphern und mehrdeutigen Begriffen, die die unterschiedlichen Wirkungszusammenhänge der symbolischen »Distinktion« und der ideologischen Vergesellschaftung, die ökonomische und die ideologische Ebene in schwer durchschaubarer Weise miteinander verdichten. Bourdieu denkt die symbolischen Formen der sprachlichen Konkurrenz analog zu den ökonomischen: die verschiedenen (politischen, religiösen, philosophischen, literarischen etc.) »Felder« funktionieren wie »Märkte«, auf denen sprachliche »Produkte« ge-

tauscht und »bewertet« werden. Der Begriff des »sprachlichen Austauschs« (*échange linguistique*) verknüpft hier das »Feld der Konkurrenz«, in dem sich die symbolischen Formen kultureller Identität artikulieren, mit der ideologischen Vergesellschaftung durch sprachliche Normen, die jetzt der Maßstab sind für den »Wert« eines sprachlichen »Produkts«. Der »soziale Wert« einer Ausdrucksweise wird damit zu einem aufgeladenen, äußerst schillernden Begriff, in dem verschiedene Wirkungsebenen verdichtet sind: er wird bestimmt durch die Verhältnisse symbolischer Unterscheidung im Sprachgebrauch der Klassen (»Wert« im Sinne des linguistischen Strukturalismus) und durch die Verhältnisse ideologischer Vergesellschaftung in den sprachlichen Normen, die den höheren oder geringeren »Wert« einer Ausdrucksweise bestimmen (der ideologische »Wert«). Dazu kommt der metaphorische Bezug auf die Konkurrenzverhältnisse des ökonomischen Marktes, wo die Individuen durch den Wert ihrer Produkte vergesellschaftet werden (»Wert« als Tauschwert — nur wird dieser hier nicht, wie bei Marx, durch Gleichsetzung bestimmt, sondern auf zweideutige Weise sowohl durch die Saussuresche »Differenz« wie durch die Abweichung von der ideologischen Norm).

Die Reproduktion der Klassenverhältnisse auf diesen sprachlichen »Märkten« erklärt Bourdieu nun, analog zum ökonomischen Modell, durch die ungleiche Verfügung über die »Produktionsmittel« der »legitimen Sprache«. Indem Bourdieu die ideologischen Sprachnormen mit dem Ausdrucksstil der herrschenden Klassen gleichsetzt, gelangt er zu der metaphorischen Redeweise vom »symbolischen Kapital«, das im »Austausch« einen »Unterscheidungsprofit« abwirft: Nur die herrschenden Klassen verfügen durch Herkunft und Erziehung über den sprachlichen »Habitus«, um sich in den offiziellen Situationen souverän ausdrücken zu können. Die mittleren Klassen verfügen zwar über die Bewertungsmaßstäbe, um den gehobenen Stil der Herrschenden vom »vulgären« Ausdruck der unteren Klassen unterscheiden zu können, aber nicht über die vom Großbürgertum monopolisierten Sprachkompetenzen, agieren daher in den offiziellen Situationen unsicher und mit einer zwanghaften »Überkorrektheit«, die den Wertunterschied gerade durch das Bestreben markiert, ihn zu negieren — worauf die oberen Klassen dann mit neuen Strategien der Unterscheidung reagieren, z.B. einer betont »legeren« Ausdrucksweise. Die unteren Klassen verfügen weder über die Maßstäbe zur Bewertung noch über die Kompetenzen zur Produktion der »legitimen Sprache« und sind deshalb auf den offiziellen »Märkten« zum Schweigen verurteilt.

Brecht hat diese Verhältnisse — die das Denken zur Ware machen, in denen sich deshalb die Kunst der Formulierung auszahlt und die sich durch einführende Antizipation des vom Markt oder den Mächtigen Honorierten in der Persönlichkeitsstruktur verankern (Bourdieu's »Habitus«) — in der Figur des »Tui« dargestellt, des »Intellektuellen dieser Zeit der Märkte und Waren« (vgl. *Brechts Tui-Kritik*, Argument-Sonderband AS 11). Tatsächlich liefert Bourdieu so etwas wie eine »Tui-Theorie« — allerdings in dem Doppelsinn, daß sie selbst in den Verhältnissen des sprachlichen »Marktes« befangen bleibt und sie naturalisiert. Sie macht es nicht mehr möglich, in den sprachlichen Praxen die Kämpfe um die Erweiterung kultureller Kompetenz und gesellschaftlicher Handlungsfähigkeit analytisch zu trennen von den symbolischen Praxen kultureller Unterscheidung im antagonistischen Feld der Klassen, und von der Einordnung in die ideologischen Mächte des Staates, der Religion, Literatur etc., sondern verdichtet diese Wirkungszusammenhänge zu einem »einfachen Modell« des sprachlichen »Marktes«. Ist der unausgesprochene Grundsatz der bürgerlichen Legitimationsstrategen — Ausdruck macht Eindruck, Eindruck bestimmt das Sein (dargestellt bei Haug 1980) — auch die spontane Philosophie von Bourdieus Analyse der herrschenden Kommunikationsverhältnisse? Bourdieu befaßt sich im zweiten Abschnitt seines Buchs genauer mit dem »Eindruck« der (im sprachlichen »Austausch« am höchsten »bewerteten«) Ausdrucksweisen von Priestern, Richtern, Politikern oder Philosophen, die über die Kompetenzen

verfügen, die »legitime Sprache« der Institutionen zu produzieren. — Mit der Frage nach der »symbolischen Wirksamkeit« oder der »Macht« von institutionell verfestigten und ritualisierten Sprachpraxen, wie z.B. einer Predigt, einer politischen Rede oder einem Gerichtsurteil, knüpft Bourdieu an die Überlegungen zur »illokutionären Kraft« von Sprechhandlungen an, die in der linguistischen Pragmatik entwickelt wurden. Es geht um die Bedingungen, die erfüllt sein müssen, damit sie als »performative Akte« nicht nur vorhandene Wirklichkeit bezeichnen, sondern selbst etwas »verwirklichen« können — z.B. eine Verurteilung, die Eröffnung einer Sitzung, eine Taufe, einen Befehl. Bourdieu kritisiert an Vertretern der Sprachpragmatik wie Austin oder Habermas, daß sie die Bedingungen für das »Miß/Glücken« solcher Sprechhandlungen nur formalistisch fassen und »in den Worten selbst« suchen, statt in den sozialen Verhältnissen, in denen sie geäußert werden. Bourdieu hebt hervor: 1. Performative Akte sind immer »Institutionsakte« einer sozialen Identität durch »Distinktion«, Aufnahme in eine Gemeinschaft durch die Anerkennung »legitimer« Unterschiede — des Geschlechts, der Hautfarbe, der Generation etc. —, die durch die »Institutionsarbeit« naturalisiert und als »Habitus« inkorporiert werden; also nicht nur »deskriptive« Bezeichnungen einer sozialen Identität, sondern präskriptive Bezeichnungen einer sozialen Identität. 2. Sie sind stets eingelagert in ein Verhältnis der »Repräsentation«. Bourdieu spielt dabei mit der mehrfachen Bedeutung des Worts, die man mit »Vertretung/Vorstellung/Darstellung« wiedergeben kann: Wer die »Macht« zu performativen Äußerungen hat, die etwas bewirken — als Richter, Priester oder politischer Redner — ist insofern immer »Repräsentant« einer von der Gruppe delegierten Autorität, »vertritt« die von ihm »Repräsentierten« als ihr autorisierter Wortführer, indem er sich zum Träger ihrer »Vorstellungen« über die soziale Realität macht (in die er unter diesen Bedingungen verändernd eingreifen kann), und kann dies nur tun, »insofern er die Delegation repräsentiert — im theatralischen Sinne des Wortes« (115), also sie innerhalb eines starr geregelten Ritus »darstellt«. Bourdieu verwendet übrigens häufig Wortspiele, in denen ein »äußerer« Wirkungszusammenhang verdichtet mit dem Effekt wird, der sich »innerlich« im Individuum abspielt: die identitätsbildenden »Repräsentationen« sind Objekt eines »*investissement*« (im frz. gleichzeitig »Kapitalanlage« im symbolischen Austausch/»Besetzung« im Freudschen Sinne), sie bewirken ein »Wiedererkennen/Verkennen« der sozialen Realität (*reconnaissance/méconnaissance*) und ihre »*di-vision*« (Spaltung und gespaltene Vision) — d.h. sie etablieren die klassifikatorischen Trennungsmuster in der sozialen »Ordnung« (nach der Klasse, der Ethnie, der Religion, dem Geschlecht etc.) im Modus der »Vorstellung«.

Bourdieu greift bei diesen Überlegungen auf ethnologische Studien zu den gemeinschaftsbildenden Institutionen zurück, in denen das Gemeinwesen sich wiedererkennt und die durch rituelle Praxen soziale Kohäsion herstellen, um so die Wirkungsweise von (rechtlichen, religiösen etc.) Institutionen der Vergesellschaftung in modernen Klassengesellschaften zu erklären: Der Priester oder der politische Redner handelt insofern, genau wie der Stammeshäuptling oder der antike Heerführer, als Repräsentant von Vorstellungen, in denen das Gemeinwesen sich selbst darstellt, und er festigt umgekehrt die soziale Kohäsion durch »performative Akte«, die nach institutionell fixierten Regeln hervorgebracht werden. Bourdieu vergleicht, transkulturelle und transhistorische Perspektive verwischt aber wichtige Formunterschiede zwischen den »Repräsentations«-verhältnissen in vorstaatlichen Gesellschaften und in staatlich organisierten Klassengesellschaften: Er übersieht, daß diese Institutionen sich einschneidend verändern, sobald sich die Gesellschaft in antagonistische Klassen spaltet; sie werden dann zu Institutionen der Reproduktion antagonistischer gesellschaftlicher Verhältnisse, die sich als »ideologische Mächte« (Engels) über der Gesellschaft verselbständigen (vgl. PIT 1979). Diese Reorganisation der gesellschaftlichen Verhältnisse hat Konsequenzen für die Wirkungsbe-

dingungen der »symbolischen Macht« der Diskurse in solchen Vergesellschaftungsinstanzen wie Recht, Religion, Politik etc., die Bourdieu nicht deutlich macht: Die Elemente der »Repräsentation« des Gemeinwesens werden von den verschiedenen, herrschenden und unterdrückten Klassen gegeneinander angerufen, eingeklagt oder legitimierend vorgebracht; diese »antagonistische Reklamation« gibt ihnen eine bestimmte »symbolische Form«, die sie »heilig«, aus den innergesellschaftlichen Zusammenhängen ablöst und in ein imaginäres »Jenseits« der Gesellschaft transponiert (vgl. Haug 1983, 16); das »Auslegen«, »Interpretieren« und »Kommentieren« dieser obersten »Werte« oder »Ideen« wird zum arbeitsteilig betriebenen »Geschäft« berufsmäßiger »Ideologen« und ihrer philosophischen, religiösen, juristischen oder politischen Diskurse (vgl. MEW 3); die Artikulation dieser Elemente in den Diskursen der antagonistischen gesellschaftlichen Kräfte, in denen um ihre konkrete Bedeutung gekämpft wird, wird ein zentrales Merkmal des ideologischen Kampfs (vgl. Laclau 1981).

Diese ideologischen Formen werden im analytischen Bezugsrahmen des »sprachlichen Austausches« unsichtbar oder erhalten einen anderen Stellenwert. So erwähnt Bourdieu zwar, daß die Beherrschten sich beim Kampf gegen die etablierte Ordnung »oft« auf Prinzipien dieser bekämpften Ordnung selbst stützen — z.B. in den Religionskriegen —, führt dies aber auf die Beschränktheit dieser Kämpfe durch ökonomische und kulturelle Bedingungen zurück (155). Oder er beschreibt den »Rückgriff auf eine neutralisierte Sprache«, die den drohenden Zerfall in antagonistische Bedeutungen vermeiden soll, als Eigentümlichkeit politischer Diskurse, die einen »Konsens« zwischen Akteuren mit unterschiedlichen Interessen herzustellen haben (18f.) Bourdieu verwechselt hier die symbolische Form politischer »Ideen« wie »Freiheit« oder »Volk«, die in den antagonistischen Artikulationen identisch bleibt, mit den konkreten Bedeutungen, die sie durch ihre Eingliederung in die Diskurse der sozialen Antagonisten erhält und die, ganz im Gegenteil, sehr vielfältig und keineswegs »inhaltsleer« sind. Sehr genau erfaßt er dagegen in seiner Diskursanalyse zur Philosophie Heideggers (Abschnitt III) die Arbeitsweise der »Idealisierung« oder »Verhimmelung« (Engels) in den Diskursen professioneller »Ideologen«: Elemente der Alltagssprache werden aus ihren Verwendungskontexten abgelöst und erhalten einen höheren, transpragmatischen »Sinn«, um so die »Illusion« einer völligen »Autonomie« der philosophischen Sprache und eines »Schnitts zwischen dem heiligen und dem profanen Wissen« durchzusetzen (180). Allerdings sieht er darin lediglich »die Aspiration eines jeden Korps von Spezialisten, sich das Monopol einer geheiligten Praxis zu sichern, indem sie die anderen als Profane konstituieren« (180), also eine Strategie der symbolischen Unterscheidung, z.B. der »Gebildeten« vom »Volk«.

Auch die beiden anderen Diskursanalysen dieses Abschnitts (zu Texten von Althusser/Balibar und Montesquieu) untersuchen philosophische Diskurse als die Sprache einer sich in die Klassenordnung einordnenden Institution (die Heidegger-Passage entspricht den beiden Anfangskapiteln von Bourdieu 1975). Gegenstand ist die Arbeit der »Formgebung« (*mise en forme*) und »Euphemisierung«, durch die das latente »Ausdrucksinteresse« der Philosophen (nach Bourdieus Auffassung entspricht es stets dem Interesse der herrschenden Klassen) in die diejenige »legitime« und zugleich »distinguierte« Ausdrucksweise übersetzt wird, die es die »Zensur« des institutionellen »Feldes« passieren läßt und die dem Text seine Anerkennung als philosophischer Diskurs verschafft, der über den Verdacht einer politischen Meinungsäußerung erhaben ist. Bourdieu betont, daß die Texte diese Wirkung nie allein aufgrund ihrer »internen Logik« durchsetzen können, sondern nur durch das Zusammenwirken des Autors mit einem Korps von Interpreten, die das »richtige« Verstehen des Textes organisieren und »Warnungen« (*mises en garde*) vor einem »unangemessenen« Verständnis aussprechen.

Die Gleichsetzung der »legitimen« Sprache der Institution mit der »distinguierten« Ausdrucksweise der herrschenden Klassen versperrt Bourdieu hier den Blick auf die Phi-

losophie als ideologische Form, in der verschiedene Klassen ihre antagonistischen Interessen in der verdrehten Form der Auslegung »heiliger Texte« artikulieren. Er organisiert statt dessen eine Sichtweise, die auch umkippen könnte in eine der populistischen Treibjagden auf die Intellektuellen als herrschende »Klasse«, wie etwa bei Schelsky oder den »Neuen Philosophen« in Frankreich. Bourdieu kann so keine Unterschiede mehr machen zwischen Heidegger und den marxistischen Philosophen Althusser und Balibar, deren »Diskurs der Wichtigtuerei« (*discours d'importance*) in einem kurzen Kapitel aufs Korn genommen wird. Er macht eine Reihe von suggestiven sprachlichen Verfahren und latenten Konstruktionschemata sichtbar, durch die Balibar und Althusser als Wächter eines »richtigen« Verständnisses der Marx'schen Theorie auftreten und Grenzen zwischen marxistischen und unmarxistischen Denkweisen ziehen. Auf diese Weise beanspruchten die Philosophen die Funktion »von Richtern 'in letzter Instanz' über die wissenschaftliche Praxis (von der sie dadurch selbst dispensiert sind)« (212), um so »im engeren Sinne politische Strategien auf das Terrain der intellektuellen Kämpfe zu übertragen« (213). Nun hat ja Althusser selbst die Auffassung vertreten, daß die (marxistische) Philosophie die Politik (und »in letzter Instanz« den Klassenkampf) auf dem Feld der Wissenschaft repräsentiert (Althusser 1974). Was will Bourdieu also mit dieser Kritik sagen? Die sehr ätzende Polemik gegen bestimmte Form(e)ln einer unwissenschaftlichen »Wissenschaftsrhetorik« in den Schriften der Althusser-Schule ist treffend. Wenn Bourdieu sie aber auf die Machtansprüche intellektueller Würdenträger zurückführt, praktiziert er selbst eine — unausgesprochene — politische Strategie der Ausgrenzung. Er verschweigt dabei, daß die Althusser-Schule sich nicht auf die philosophische Prophetie eines »wahren Marxismus« beschränkt hat, sondern selbst die Zusammenhänge von Sprache und ideologischer Vergesellschaftung wissenschaftlich untersucht hat (vgl. z. B. Balibar/Laporte 1974 oder Pêcheux 1975). Mit diesen Positionen setzt sich Bourdieu nicht auseinander (abgesehen von einer kurzen Fußnoten-Polemik, die Althusser's Begriff der »Ideologischen Staatsapparate« einen »naiven Finalismus« bescheinigt: 51, Fn.24). — Der Titel »Ce que parler veut dire« greift übrigens die etwas dunkle Formulierung von Althusser auf, daß wir erst seit Marx, Nietzsche und Freud »zu ahnen beginnen«, was Sprechen (und Schweigen), Lesen und Schreiben »eigentlich sagen wollen« (Althusser 1972, 15f.).

Literaturverzeichnis

- Althusser, Louis, und Etienne Balibar, 1972: Das Kapital lesen, Reinbek
 Althusser, Louis, 1974: Lenin und die Philosophie, Reinbek
 Austin, John, 1972: Zur Theorie der Sprechakte (How to do things with Words), Stuttgart
 Balibar, Renée, und Dominique Laporte, 1974: Le Français national, Paris
 Barthes, Roland, 1964: Mythen des Alltags, Frankfurt/M.
 Bourdieu, Pierre, 1976: Die politische Ontologie Martin Heideggers, Frankfurt/M.
 Bourdieu, Pierre, u. a., 1981: Eine illegitime Kunst. Die sozialen Gebrauchsweisen der Photographie, Frankfurt/M.
 Bourdieu, Pierre, 1983: Die feinen Unterschiede (La distinction), Frankfurt/M.
 Habermas, Jürgen, 1981: Theorie des kommunikativen Handelns, Frankfurt/M.
 Haug, W.F., 1980: Der Zeitungsroman oder Der Kongreß der Ausdrucksberater, Zürich
 Haug, W.F., 1983: Ideological Powers and the Antagonistic Reclamation of Community, in: Rethinking Ideology, Argument-Sonderband 84, Berlin/W.
 Laclau, Ernesto, 1981: Politik und Ideologie im Marxismus, Berlin/W.
 Pêcheux, Michel, 1975: Les vérités des La Palice, Paris
 PIT (Projekt Ideologie-Theorie), 1979: Theorien über Ideologie, AS 40, Berlin/W.

Eberhard Göbel

Wie leben die Studenten?

Ergebnisse der 10. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks*

Kaum zwei Monate an der Regierung, verabschiedete die CDU/CSU/FDP-Regierung ein bereits im Wahlkampf angekündigtes Gesetz zur Abschaffung der Schülerausbildungsförderung (von 1969) und eins zur Umwandlung des seit 1971 geltenden Studenten-BAFöGs ab Wintersemester 1983/84 in ein Vollدارlehen. Im Prinzip haben die Regierungsparteien nur das vollendet, was unter der früheren SPD/FDP-Regierung 1974 und 1977 in Form von Teildarlehensregelungen bereits begonnen wurde. Die 1983 von der neuen Regierung beschlossenen Maßnahmen haben zur Konsequenz, daß ein Student bis zu 30000 bzw. 40000 DM Schulden am Ende seiner Ausbildung zu begleichen hat. Die Veröffentlichung der Daten der zehnten Sozialerhebung seit 1950 (ein Auftrag der alten SPD/FDP-Koalition aus dem Jahre 1982) fiel zusammen mit dem Inkrafttreten des Gesetzes. Um bösen Interpretationen vorzubeugen, ließ das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft (BMBW) in die von ihm in Auftrag gegebene Studie zur sozialen Lage der Studenten erstmals den Zusatz mitaufnehmen, die Autoren und das Deutsche Studentenwerk (DSW) trügen die Verantwortung für den Inhalt.

Die Daten der Studie wurden im Sommersemester 1982 erhoben. Beteiligt waren 19 Universitäten, drei Gesamthochschulen, drei Pädagogische Hochschulen und 30 Fachhochschulen. Jeder zehnte Student dieser Institution erhielt einen Fragebogen. Rund 25000 Studenten schickten den Fragebogen ausgefüllt zurück (Rücklauf: 43%). Die Untersuchung wurde nicht wie bisher vom DSW selbst durchgeführt, sondern von der Hochschulinformationssystem GmbH (HIS), einer 1969 im Zuge der Bildungsreform gegründeten Institution, die seither wesentliche Studien und Daten zur Bildungsentwicklung vorgelegt hat.

1. Quantitative Entwicklung der Studenten

Im Wintersemester 1981/82 gab es in der Bundesrepublik Deutschland mehr als eine Million Studenten (1057000). Im Wintersemester 1983/84 sind es bereits 1271000. Gegenüber der neunten Sozialerhebung vom 1980 stiegen nicht nur die absoluten Zahlen der Studierenden, sondern zugleich die Zuwachsraten gegenüber den Vorjahren. Während die Zuwachsraten zwischen 1975 und 1978 einen eher gleichbleibenden Anstieg auswiesen, ergaben sich seit 1979 nochmals kräftige Zunahmen. Wann der Gipfelpunkt dieser Entwicklung erreicht sein wird, bleibt zur Zeit noch im Bereich der Spekulationen und Prognosen. Zwar wird das Problem »leerer Universitäten« in den 90er Jahren bereits heute bei Diskussionen um Haushaltsmittelverteilungen und Stellenkürzungen genannt, diese Diskussion hat aber zur Zeit keine praktische Bedeutung für alltägliche Entscheidungen in der Planung und Verwaltung der Universitäten. Der viel zitierte Rückgang der »Studierwilligkeit« ist ebenfalls nicht belegbar. Etwa 80% eines Schülerjahrganges mit einer Hochschulzugangsberechtigung wollen studieren (teilweise erst, nachdem sie zuvor eine berufliche Ausbildung absolviert haben).

Der Anteil der Studentinnen an wissenschaftlichen Hochschulen hat sich seit den 50er Jahren weiter vergrößert und beträgt 1982 40,6% (an Fachhochschulen 30%). Allerdings stammen (wie gehabt) — unabhängig vom Hochschulort — Studentinnen seltener aus »einfachen sozialen Verhältnissen« als Studenten. Etwa 6% der Studenten haben

* Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.): Das soziale Bild der Studentenschaft in der Bundesrepublik Deutschland. 10. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks. Bonn 1983 (301 S., br., kostenlos erhältlich)

Kinder. Davon sind immerhin bereits 18% der Studenteltern nicht verheiratet. Die Geburt eines Kindes wirkt sich vor allem für die Mütter negativ auf den Studienverlauf aus. Das Studium wird häufig unterbrochen, die Studienzzeit verlängert sich. Studentinnen sind nach wie vor erheblich jünger als Studenten, da diese in der BRD einen Zivil- oder Wehrdienst ableisten müssen.

Favorisierte Fachgebiete der Studenten

Die Verteilung der Studenten auf einzelne Fachgebiete hat sich in den letzten Jahren nicht wesentlich verändert. Die Natur- und Ingenieurwissenschaften werden weiterhin von Männern bevorzugt. Umgekehrt bevorzugen Frauen die Sprach- und Kulturwissenschaften sowie Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften. Auffallend ist, daß der Wunsch, den Lehrerberuf zu ergreifen, merklich nachgelassen hat (1976: 31%; 1982: 23%). Hier hat sich die Arbeitslosigkeit vieler Lehrer offenbar auf die Berufswünsche ausgewirkt. Die Studienfachwahl beim Übergang von der Schule zur Universität wird nach Meinung der Autoren durch die soziale Herkunft der Studenten mitgeprägt. Die Zusammenhänge zwischen Studienfachwahl und dem Bildungsniveau des Vaters zeigt, daß je höher der Bildungsabschluß des Vaters ist, desto mehr die Neigung besteht, Medizin oder Jura zu studieren. Umgekehrt werden aus unteren Schichten Ingenieur- und Sozialwissenschaften favorisiert, wohingegen bei Studenten aus der Unterschicht eine deutliche Zurückhaltung gegenüber dem Medizinstudium zu spüren ist. HIS vermutet darüber hinaus, daß der Fachwechsel während des Studiums zur Verbesserung der Berufschancen in den letzten Jahren zugenommen hat. Er findet in den mittleren und höheren Semestern statt. Der einzelne Student, der bei fortgeschrittenem Studium vor dieser Entscheidung steht, muß zwischen bereits erfüllten Studienverpflichtungen und arbeitsmarktpolitischen Notwendigkeiten entscheiden. Die Autoren dieser Sozialerhebung weisen darauf hin, daß BAFÖG-Studenten und wirtschaftlich schwächer gestellte einen Fachwechsel seltener vollziehen als wirtschaftlich unabhängige Studenten aus mittleren und höheren Sozialschichten (59).

3. Soziale Herkunft der Studenten

Um Aussagen über die soziale Herkunft machen zu können, wurden in der Vergangenheit der Beruf des Vaters sowie die Einteilung der amtlichen Statistik (Arbeiter, Angestellte, Beamte und Selbständige) abgefragt. Dieses Raster ist nach Auffassung der HIS-Untersucher zu grob, da viele Studenten keine ausreichende Information über die Berufe ihrer Eltern haben und außerdem die Mutter in den bisherigen Erhebungen nicht vorkam. HIS hat das Raster verfeinert. Der Anteil der Studenten aus Arbeiterfamilien als ein Indikator für Chancengleichheit im Bildungswesen steigt seit 1967 weiter an und beträgt 1982 (bezogen auf den Beruf des Vaters) 16% (an Fachhochschulen: 27%). Der Anteil der Studenten aus Beamtenhaushalten hat sich von 38% (1953) auf 24% (1982) verkleinert. Der Anteil der Kinder von Angestellten nahm im gleichen Zeitraum von 23% (1953) auf 37% (1982) zu. Ähnlich wie die Quote der Beamtenkinder hat sich die Quote der Kinder von Selbständigen an den Universitäten von 34% (1953) auf 21% (1982) verkleinert. Seit den 60er Jahren findet somit eine enorme Veränderung in der sozialen Zusammensetzung der Studenten in der Bundesrepublik statt. Allerdings sagen diese Daten noch nichts über die Chancengleichheit der verschiedenen Schichten aus. Es müßte zum Beispiel der Anteil der Studenten aus Arbeiterfamilien in Bezug gesetzt werden zur Zahl der gleichaltrigen Arbeiterkinder eines Bildungsjahrganges insgesamt. Schätzungen weisen für Studienanfänger 1978 aus, daß nur 8% der 19-21jährigen Arbeiterkinder ein Studium aufgenommen hatten (dagegen: 44% der Beamtenkinder; 27% der Angestelltenkinder und 28% der Kinder von Selbständigen) (31). Durch das Hereinnehmen des Bildungs-, Ausbildungs- bzw. Berufstätigkeitsniveaus auch der Müt-

ter konnte gezeigt werden, daß knapp die Hälfte aller Studenten aus Elternhäusern stammen, wo Vater oder Mutter eine gehobene berufliche Position bekleiden oder über einen Hochschulabschluß verfügen (34).

4. Studienfinanzierung

Der Wegfall des Schüler-BAFöG, die Umstellung des Studenten-BAFöG auf Vollدارlehen, der Wegfall der Graduiertenförderung (GraFöG) und nicht zuletzt die Streichung von Stellen im Assistentenbereich dürften den (erstmalig 1974 festgestellten) Trend zur *Reprivatisierung* der Ausbildungsfinanzierung über das in dieser Studie festgestellte Ausmaß weit hinaus verstärken. Diese Tendenz legitimiert derzeitige Bemühungen um die Förderung kleiner Eliten durch das private Stiftungswesen sowie die Zulassung von privaten Universitäten.

Die im folgenden aufgeführten Daten beziehen sich auf einen sogenannten »normalen Studenten«, der nicht mehr bei den Eltern wohnt, sich noch im ersten Studium befindet und unverheiratet ist. Zwei Drittel dieser Studenten gaben an, ihren Lebensunterhalt aus mehreren Einnahmequellen zu bestreiten (Mischfinanzierung des Studiums). Nur 51% der befragten Studenten können ihr Studium (zu 80%) aus *einer* Quelle finanzieren. 1968 konnten dies noch 68%. Von diesen 51% werden nur 14% mit »öffentlichen Darlehen/Mitteln« gefördert. Die Hauptlast der Studienfinanzierung tragen nach wie vor die Eltern und die Studenten durch eigene Erwerbsarbeit. Letztere ist nach wie vor eine Zusatzquelle zur Hauptfinanzierung des Studiums. Ebenso nimmt Erwerbstätigkeit während der Vorlesungszeit zu. HIS hat die Angaben zur Studienfinanzierung für die gesamte Studentenschaft hochgerechnet und festgestellt, daß 7,0 Mrd. DM im Jahre 1982 (= 52%) von den Eltern aufgebracht werden, 3,2 Mrd. DM (= 24%) von den Studenten und 3,3 Mrd. DM vom Staat (= 24%). In den vergangenen Sozialerhebungen sind auf der Basis von »Barausgaben« die Summen für Ernährung, Kleidung, Wohnung usw., die ein Student zum Leben braucht, abgefragt worden. HIS hat diese Fragen erweitert und sogenannte »unbare Zuwendungen« Dritter — überwiegend Eltern — miteinbezogen. »Unbare Leistungen« sind zum Beispiel Naturalleistungen bei der Ernährung, Mietzahlungen durch die Eltern, Kleidung (z.B. Wintermantel als Geschenk).

Die regelmäßigen Ausgaben eines »Normal«studenten betragen im Sommersemester im arithmetischen Mittel 820 DM. Diese Summe unterteilt sich wie folgt: Miete (242 DM), Ernährung (212 DM), Fahrkosten (einschließlich Auto) (111 DM), Lernmittel (53 DM), Körperpflege (19 DM), Sonstiges (183 DM; Kleidung, Hobby, Sport, Krankenversicherung, Tabakwaren, Telefon ...). Von diesen 820 DM Gesamtausgaben sind 717 DM Barausgaben und 103 DM sogenannte »unbare« Leistungen. Einmalige Sonderausgaben pro Jahr (Ferien, Wohnungseinrichtung) sind durchschnittlich 2176 DM. Auf die Frage, was sie tun würden, falls ihnen mehr Geld zur Verfügung stünde, würden die meisten für Lernmittel, Ferienreisen, Theater, Film, Konzert mehr ausgeben. Die von den Studenten angegebene Summe, die notwendig wäre, um »ohne Schwierigkeiten« auskommen zu können, wurde durchschnittlich mit 936 DM beziffert, also 116 DM über den durchschnittlichen Aufwendungen.

Hinsichtlich des Hinzuverdienens in Form von »Werkarbeit« bleibt noch anzumerken, daß insgesamt 41% der Studenten ihr Studium ganz oder teilweise aus dieser Quelle finanzieren. Damit wird ein Höchststand der 50er Jahre wieder erreicht (1956: 44,9%; 1963: 22,2%; 1967: 17,1%; 1973: 28,0%; 1976: 30,0%; 1979: 31,4%; 1982: 42,2%). Dadurch treten Belastungen für die Studenten auf, die den tatsächlichen Fortschritt im Studium gefährden.

5. Wohnformen der Studenten

In den vergangenen zwanzig Jahren hat ein grundlegender Wandel in der Art des Wohnens von Studenten stattgefunden. Bis in die 60er Jahre hinein gab es drei Wohnformen: Wohnen bei den Eltern, zur Untermiete oder in einem Studentenheim. Wohnten 1963 noch 48% aller Studenten als Untermieter, sind es heute nur noch 10%. Die typische Wohnform zu Beginn der 80er Jahre ist jetzt die eigene Wohnung (39% aller Studenten). 18% leben in einer Wohngemeinschaft, eine Wohnform, die erst in der Studentenbewegung der 60er Jahre entstanden ist, und deren Anteil an der Wohnform sich seit 1976 nicht vergrößert hat. 13% wohnen in einem Studentenwohnheim und 24% bei den Eltern. Zu der Wohnform »Untermiete« läßt sich noch anmerken, daß die absoluten Zahlen der studentischen Untermieter von 1953 bis 1973 von 124000 auf 140000 zugenommen hat. Wohngemeinschaften werden als Wohn- und Lebensform vor allem im Unterschied zu Medizinern und Ingenieuren von Sozialwissenschaftlern bevorzugt. Wohngemeinschaftsmitglieder stammen eher aus höheren sozialen Schichten (169/170).

Trotz eines grundlegenden Strukturwandels in den Wohnformen wohnen die meisten Studenten *nicht*, wie sie wohnen möchten. Rund die Hälfte (real 39%) aller befragten Studenten möchten in einer eigenen Wohnung leben, 30% (real 18%) wünschen sich eine Wohngemeinschaft, nur 5% möchten während des Studiums bei ihren Eltern (real 24%) und nur 4% (real 10%) zur Untermiete wohnen. Wieviele Studenten in instandbesetzten Häusern leben, wurde nicht gefragt. Sehr zu begrüßen ist die Entwicklung, daß 1982 22% (1973: 6%) mit dem Fahrrad und 15% zu Fuß die jeweilige Hochschule erreichen konnten. Umgekehrt nimmt die PKW-Benutzung ab (1982: 33%; 1973: 48%). Vermutlich ist dies aber weniger auf geschärftes Umweltbewußtsein der Studenten als auf finanzielle Restriktionen zurückzuführen.

6. Ergebnisse der Sonderbefragung zur psychosozialen Lage der Studenten

Nur 28% beantworteten die Frage, ob sie psychische Probleme beim Studium hätten, mit einem »Nein«. Drei Viertel der Studenten fühlten sich in irgendeiner Weise psychisch beeinträchtigt. Allerdings haben davon nur 17% aufgrund psychischer Bedürfnisse und 7% aufgrund sozialer Probleme Kontakt mit Institutionen aufgenommen. Frauen nehmen fachliche Beratung oder psychotherapeutische Beratung häufiger in Anspruch als Männer. Folgende vorgegebene Probleme sind von den befragten Studenten angegeben worden: Arbeits- und Konzentrationsschwierigkeiten (40%), Ängste (31%), Partnerschaftsprobleme (29%), Identitätsprobleme (23%), Depressionen (17%). Gründe sind Studienschwierigkeiten (Lehr- und Lernformen, Inhalte der Lehrveranstaltungen, fehlende Überprüfbarkeit der Lernfortschritte, zu hohe Leistungsanforderungen), fehlende private Kontakte sowie unklare Berufsperspektiven.

Harald Mattfeldt

Linker Antikeynesianismus*

In der Kritik meines Artikels im *Argument*-Heft 145 geht Michael Ernst-Pörksen wenig auf die eigentliche Stoßrichtung meiner Aussagen ein. Ohne die von mir angeschnittene Problematik vom »Primat der reinen Theorie« oder »Primat der Programmatik« für linke Ökonomen in der *jetzigen Situation* und dem Stellenwert der Lehre von Keynes dabei zu diskutieren, wird unter dem Schlagwort der »Überlegenen Theorie« für die Erarbeitung eines Wissenschaftsprogramms linker Ökonomen der Primat *einer* bestimmten Theorie, nämlich »*der* überlegenen«, als Grundlage gemeinsamen Handelns von Ernst-Pörksen gefordert. Ganz abgesehen von der Frage, ob und wo es diese »Überlegene Theorie« schon gibt, wie sie aussieht, ob das Kriterium ihrer Überlegenheit allein wirtschaftswissenschafts-immanent gewonnen wird und gewonnen werden kann oder ob dies auch im politischen Praxisraum mitentschieden wird sowie der Wortwahl (wer möchte nicht Mitglied der Gruppe »Überlegene Theoretiker« sein?), handelt es sich bei dem Beitrag in weiten Passagen um eine Variante linker Ausgrenzungskonstruktionen. Diese werden in der Tat von mir in meinem Aufsatz kritisiert. Die Frage eines politökonomischen Minimalkonsenses als politischer Notwendigkeit ist im Begriff der »Überlegenen Theorie« von Ernst-Pörksen nicht enthalten. — »Überlegene Theorie« wird nur als abstrakte Antiphrase zu Keynes verwendet. Eine »linke Ökonomik«, besser: Politische Ökonomie, als Bestandteil einer *Theorie der Reform*, kann sich nicht auf einen engen wirtschaftstheoretisch-analytischen Rahmen beschränken, der allein aus der Erklärung der Funktionsdynamik kapitalistischer Systeme besteht und hier eine (meinerwegen) »Überlegene Theorie« entwickelt, sondern sie muß ebenfalls Theorie der bewußten Veränderung und Theorie der Träger von Reformen und Reformwiderständen sein, also die Frage nach den Reformzielen und den »reformwilligen« und »reformfähigen« Subjekten und gesellschaftlichen Kräften beantworten. Eine nur wirtschaftstheoriedimensionierte linke Ökonomik führt zwangsläufig zurück in den Elfenbeinturm des Regensburger Neoklassizismus oder in die hölzerne Kapitalsyllogistik, deren Anhänger, vor lauter Angst, den trojanischen Pferden rechtssozialdemokratischer Systemstabilisierer in die Falle zu gehen, auf die Formulierung und *positive Bestimmung* einer alternativen Wirtschaftspolitik verzichten oder sich auf Defensivkonzepte (*gegen* Sozialabbau, *gegen* Umweltzerstörung, *gegen* usw.) beschränken. Dies reicht nicht aus, um wirtschaftspolitische Kompetenz oder gar Hegemonie zurückzugewinnen. Stellt man als Kriterium für die Überlegenheit einer Theorie nicht ihren, am neoklassischen Modell gemessenen, wirtschaftswissenschaftsimmanenten Reinheitsgrad auf, auf den dann voluntaristisch als Handlungsorientierung irgendetwas mit »dezentralen Entscheidungsstrukturen«, »Unterstützung des Kampfes der Gewerkschaften« aufgepfropft wird, sondern steckt im Begriff der Überlegenheit auch der der politischen *Überlegung*, so muß man eine linke »Überlegene Theorie« an ihren Möglichkeiten messen, gesellschaftliche Kräfte programmatisch zu mobilisieren, zu vereinheitlichen und zu organisieren. Die These meines Artikels besteht darin, daß die Lehre von Keynes unter einer wichtigen linken programmatischen — und nicht verengt wirtschafts-theoretischen — Zielrichtung, nämlich der Verteidigung und des Ausbaus von Demokratisierungspotentialen und der Vollbeschäftigungspolitik einen Beitrag leisten kann. Ernst-Pörksen diskutiert diese These nicht, sondern — man muß schon etwas polemisch werden — fährt auf den ausgeleierten Gleisen

* Erwidern auf Michael Ernst-Pörksen, Keynesianismus und die »linke Position«, *Das Argument* 145, 26.Jg. 1984, 409-414; Ernst-Pörksen kritisiert in diesem Beitrag den Aufsatz von Mattfeldt, Keynesianismus, Monetarismus und Demokratie, im selben Heft, 391-408.

des linken Antikeynesianismus ab, der mit verschiedenen Mitteln versucht, die Lehre von Keynes aus dem linken Betrieb auszusperren und so verhindert, daß die Tauglichkeit des Keynesianismus als Bestandteil einer *Theorie der Reform mittlerer Reichweite* auch nur genauer untersucht wird. Damit werden mögliche wissenschaftliche und wirtschaftspolitische Offensivpotentiale zur Rückgewinnung von entsprechendem Terrain auf dem Gebiet der Staatsverschuldung, der Einkommensumverteilung, der Brechung der Freihandelsdoktrin usw. — also im sozialistischen Vorfeld — von vornherein abgebremsst oder erst gar nicht in Gang gesetzt. Deshalb ist es auch erforderlich, auf einige typische Merkmale des linken Antikeynesianismus genauer hinzuweisen. Die Widersprüchlichkeit des linken Antikeynesianismus von Ernst-Pörksen wird deutlich werden, wenn man seine offenbar in seinem Sinne nicht-keynesischen Reformforderungen ansieht und dann feststellt, daß Keynes selbst schon viele dieser Forderungen, häufig genug radikaler, aufgestellt hat. Man tut sich halt schwer mit Stiefvätern! Daß es auch dann weiterhin möglich ist, Keynes auf der »linken« Abschußliste zu führen, dafür sorgen im wissenschaftlichen Bereich und anderswo praktizierte Strategien wie die »Unterstellungsanalytik« oder der Biographismus.

In seiner Kritik projiziert und reproduziert Ernst-Pörksen einen Keynesianismus-Begriff und ein Keynes-Verständnis, gegen den sich mein Beitrag ja gerade richtet. Dieser Keynesianismus-Begriff ist Ausdruck einer tiefsitzenden, aber oberflächlichen Keynes-Rezeption im Lehrbuch- und sonstigen Schrifttum, aber auch im Bereich der konkreten Wirtschaftspolitik, für die die Begriffe »Vulgär-Keynesianismus« oder auch »Hydraulik-Keynesianismus« zutreffend verwendet werden und auf dessen Grundlage auch linke Ökonomen akademisch sozialisiert wurden. Die Auswirkungen der konservativ-bürgerlichen Hegemonie in diesem Überbaubereich sind deutlich erkennbar. Diese Auffassung unterstellt eine mechanistische Zusammenhangslogik zwischen den Variablen sowohl im theoretischen System von Keynes wie auch im wirtschaftspolitischen Handlungsbereich, die bei Keynes selbst aber nicht vorhanden ist. Ernst-Pörksen benutzt diese Keynes-Rezeption, um sie gegen den Keynesianismus zu wenden, indem er diese mechanistischen Anschauungen auf das Zusammenspiel von Theorie und Politik überträgt. Er *unterstellt* bei mir eine Auffassung des Zusammenhangs von Theorie und Politik, die darauf hinausläuft, daß die Politiker im Sinne eines technokratischen Politikberatungsmodells nach Habermas lediglich Ausführende von im wissenschaftlichen Bereich gewonnenen Erkenntnissen seien, in einem deterministischen Sinne also die undialektischen Marionetten des wissenschaftlichen Sachverständigen, die durch die Wucht der Theorie nicht anders handeln können. Hier ist *Unterstellungsanalytik* am Werk, was schon dadurch deutlich wird, daß sich in diesem Abschnitt (410f.) bei Ernst-Pörksen die Ausdrücke wie »liest sich so«, »impliziert«, »unterstellt«, »meint« ballen. Ernst-Pörksen unterstellt damit ein mechanistisches Politik- und damit auch Reformmodell bei Keynesianern, das weder bei Keynes (noch bei mir) vorliegt, gegen das man aber in der Tat als Linker kritisch argumentieren muß. Die Funktion dieser Vorgehensweise wird erst richtig deutlich durch den zweiten Punkt, den er in diesem Zusammenhang nennt und der schon lange Bestandteil des linken Anti-Reformismus-Syndroms ist: der Vorwurf der Vorstellung »vom Staat als Leerstelle« (411), die nach Beliebigkeit besetzt und umfunktioniert werden könne. Dies ist einer der klassischen linken Vorwürfe (»falsche Staatstheorie«) gegen die Sozialdemokratie und ihren Kurs des integrationistischen Reformismus. Daß dieser Vorwurf in dem Beitrag Ernst-Pörkens nicht zufällig und an dieser Stelle auftaucht, liegt daran, daß linke und andere Ökonomen die bundesrepublikanische Globalsteuerung als »die« wirtschaftspolitische Praxis des Keynesianismus und der Sozialdemokratie schlechthin darstellen, die durch Godesberg programmatisch vorbereitet, nach 1967 installiert und inzwischen — das ist linker Konsens (auch rechter) — als gescheitert anzusehen ist. Ernst-Pörksen vermischt nicht zufällig diese beiden Seiten des vorherr-

schenden linken Keynesianismus-Begriffs. Die »Unterlegenheit« der keynesianischen Theorie wird nicht anhand der theoretischen Aussagen und wirtschaftspolitischen Programmatik von Keynes selbst nachgewiesen, sondern am Beispiel des real praktizierten, aber diarrhötischen Keynesianismus der Zeit nach 1967, geprägt durch das Schillersche Konzept der Globalsteuerung. Letzteres läßt sich nun aber wirklich nicht als wirtschaftspolitische Quintessenz aus dem Gesamtwerk von Keynes destillieren, sondern weist eher auf Diskussionslinien nationalsozialistischer Wirtschaftspolitikkonzeptionen für die Zeit nach dem (gewonnenen) zweiten Weltkrieg hin, die z.B. auch Schiller durch seine Funktion im Dritten Reich bekannt gewesen sein dürften.

Wenn Ernst-Pörksen schreibt (413): »So ist für den Keynesianismus typisch, die Steuerung des ökonomischen Prozesses vor allem als monetäre und globale Steuerung zu vollziehen«, so kann nur festgestellt werden, daß dies ebenso typisch für monetaristische und angebotsorientierte Wirtschaftspolitik ist und eine solche Typisierung gerade die Unschärfe und Entleerung ergibt, die er in seiner tautologisch gegen Kritik immunisierten und präjudizgeprägten Keynesianismus-Analyse beklagt. Wer definiert: »Keynesianismus ist Globalsteuerung«, unabhängig davon, ob dies dem Keynesschen Werk entspricht, läuft genau in das ideologische Messer des Gegners. Wenn die zahlreichen wirtschaftspolitisch-programmatischen Ausführungen von Keynes eben nicht auf »das Verteilen von Geld« (413) hinauslaufen (diesen Blödsinn hat Keynes programmatisch nie vertreten!), sondern auf Strukturreformen des kapitalistischen Systems, so muß es doch gestattet sein, dies auch gegen die Globalsteuerungs-Keynes-Gleichsetzung von links und rechts anzuführen. Ich habe in meiner Zusammenfassung des *Argument*-Artikels, die leider aus Platzgründen nicht abgedruckt wurde, darauf hingewiesen, daß der ideologisch-wirtschaftspolitische Hauptangriff des konservativen Blocks im Inneren im Augenblick weniger gegen den Marxismus läuft als gegen einen konsequenten Keynesianismus unter den Bedingungen der liberalen Demokratie, der Tarifautonomie und einem staatlichen Sozialversicherungssystem. Aus ihrer großen Reformismusangst heraus übernehmen einige linke Ökonomen, so scheint es, lieber die Keynesianismus-Gleichungen des herrschenden konservativen Blocks als sich der Aufgabe zu stellen, die Brecht so formuliert: »Aufgabe der Dialektiker ist es, die verschiedenen Denkgebiete zu dialektisieren und die politische Komponente zu ziehen.« Im Begriff des Keynesianismus ist deshalb bei Ernst-Pörksen und zahlreichen anderen linken und auch rechten Kritikern von Keynes immer schon die inzwischen *gescheiterte Praxis* der rechten Sozialdemokratie enthalten. Auf dieser Grundlage wird dann, über eine falsche Gleichsetzung der Lehre von Keynes und ihrer Vulgärinterpreten »dem« Keynesianismus seine wirtschaftspolitische und offenbar dann wohl auch theoretische Unhaltbarkeit und seine Untauglichkeit selbst im Zusammenhang eines integrationistischen Reformismus (»Keynesianismus als politisches Prinzip«) »bewiesen«. Damit ist der Keynesianismus als mögliche Grundlage eines politökonomischen Minimalkonsenses a priori ausgeschlossen und erst recht seine programmatische Hegemoniefähigkeit in der jetzigen Situation, seine wissenschaftliche und politische Bündnisqualität für Linke verneint. Bei dieser tautologischen Beweisführung ist es gar nicht mehr möglich, zu einer auch nur minimalen positiven Einschätzung der Lehre von Keynes bei Linken zu kommen. Nach diesem Gedankengang wird verständlich, warum Ernst-Pörksen die Hälfte seines Beitrags nicht der Auseinandersetzung mit den Aussagen von Keynes unter dieser Perspektive — was ihn auch angesichts eines eigenen Artikels über Marx und Keynes kaum zu einem so rigoros ablehnenden Bescheid wie in der Replik hätte verleiten können (Ernst-Pörksen 1981), sondern der Kritik der Wirtschaftspolitik der sozialliberalen Koalition in den 70er Jahren widmet. Hierüber und über einen abstrakten und undifferenzierten Reformismusvorwurf, also in der Negation, läßt sich noch allemal besser ein Bündnis von bestimmten Teilen der linken Profession erreichen als über eine positive Programmatik, zumal wenn sie über Keynes kata-

lysiert werden soll, von dem man ja immerhin weiß, daß er als *Person* nicht nur an den Kriegsfinanzierungsplänen der Engländer im ersten und zweiten Weltkrieg mitgewirkt hat, sondern auch als Börsenspekulant ein Vermögen erworben hat. Dieser *Biographismus* als weitere Variante des linken Antikeynesianismus wird zwar nicht von Ernst-Pörksen benutzt, aber sie sei hier ebenfalls aufgeführt, da sie die vermeintlich politische Moral im Wappen führt und häufig genug als Vorurteils- und Ressentimentsproduzentin benutzt wird. Große Teile der innerlinken politischen Keynes-Diskussion werden von einer Position bestimmt, die nicht versucht, die Aussagen im Werk von Keynes selbst und ihre Gewichtigkeit hinsichtlich der Analyse der heutigen Situation darzustellen sowie ihre politisch-programmatische Tragfähigkeit auszuloten. Diese Position verkürzt auch die sozialdemokratische Bündnisdimension auf den integrationistischen Reformismus, der in der Tat nicht Ziel einer »Theorie und Praxis der Reform« sein kann.

Schon die Ableitung der Krise aus den immanenten Strukturen des Kapitalismus durch Keynes sollte linken Antikeynesianern zu denken geben. Eine Krisenbekämpfungsstrategie ist dann logischerweise, vor allem als Krisenvermeidungsstrategie, im Prinzip nur durch eine Veränderung der Strukturen, die Keynes auf der Erscheinungsebene analysiert, möglich. Keynes hat dies inhaltlich im »End of Laisser-faire«, in der »General Theory« und verschiedenen Aufsätzen thematisiert. Wenn man nicht so weit geht, sondern Wirtschaftspolitik auf der Basis der Lehre von Keynes als Versuch begreift, die Bandbreiten-Wirksamkeiten des Wertgesetzes, national und international, unter dem Primat der Vollbeschäftigung mit Hilfe staatlicher — und das heißt nicht nur zentralstaatlicher — Institutionen und Maßnahmen auszunutzen und die Handlungsbreiten zu erweitern, so sind hier zahlreiche Reformpotentiale eingeschlossen, die genutzt und programmatisch und instrumentell weiter entwickelt werden sollten. Dabei verlangt ein politökonomischer Minimalkonsens auf der Grundlage von keynesscher Programmatik keineswegs die Aufgabe nicht-keynesianischer theoretischer Positionen, wie an zwei von Michael Ernst-Pörksen selbst angesprochenen linken Programmnotwendigkeiten abschließend kurz dargestellt werden soll. Im selben *Argument*-Heft spricht Ernst-Pörksen in seiner Kritik des SPD-Programmwerfs zur Wirtschaftspolitik verschiedene Erfordernisse an eine linke wirtschaftspolitische Alternative an: »Die wirtschaftspolitische Alternative zur Unterwerfung der Politik unter das Primat der Ökonomie ... ist ... die Politisierung der Ökonomie, die demokratische Planung und Steuerung des ökonomischen Prozesses. Hierfür Mittel und Wege aufzuzeigen, die über traditionelle Maßnahmen der Verstaatlichung und über traditionelle zentralistische Planungsmodelle hinausgehen, muß zum Gegenstand programmatischer Diskussionen werden ...« (Ernst-Pörksen 1984, 419). Er führt leider nicht aus, warum es nicht ausreicht, traditionelle Verstaatlichungen und zentralistische Planungsmodelle, was auch immer er da im Visier haben mag (hoffentlich nicht schon wieder eine Ausgrenzungskonstruktion!), programmatisch zu verdichten. Auch beschreibt er nicht die Bündnislinien entsprechender wirtschaftspolitischer Programmatik, d.h. die Absender und Adressaten, die zu den gesellschaftlichen Trägern dieser Reformen gehören könnten. Die »Staatsillusion« bestimmter Reformismuspositionen kann leicht zu einer »Illusion der kleinen und mittleren Kollektive« bzw. zu einer »Individualillusion« bei alternativen Ökonomen verkehrt werden. Die Erfahrungen der utopischen Sozialisten, der genossenschaftlichen Bewegung und anderer Selbstverwaltungssysteme sind insgesamt nicht so euphorisierend, daß man sie — zwar im Trend liegend, aber unkritisch — als der »Staatsillusion« entgegenwirkend empfehlen kann. Einmal unabhängig von diesen Problemen und der Notwendigkeit ihrer Aufarbeitung, um sie auch programmatisch reif formulieren und vermitteln zu können, kann festgestellt werden, daß Keynes in seinem »End of Laisser-faire« einiges hierzu diskutiert und auch implizit die Bündnisfrage anspricht.

Zur Rückgewinnung wirtschaftspolitisch programmatischer Hegemonie ist es notwen-

dig, Bündnispartner auch im Bereich der Zwischen- und Mittelschichten zu finden. Das setzt voraus, daß diese Schichten nicht »in politischen Entscheidungssituationen in ein antiproletarisches Bündnis« (Kievenheim) integriert werden können, d.h. daß eine wirtschaftspolitische Programmatik ihnen eine tatsächliche (und nicht nur taktische) Existenzberechtigung bieten muß. Keynes bietet hierfür Ansatzpunkte, indem er die Existenznotwendigkeiten dieser gesellschaftlichen Schichten in einem gemischt zentralen und dezentralen Planungs-, Entscheidungs- und Kontrollprozeß betont. Eine solche Programmatik zu vermitteln, dürfte nicht einfach sein, denn der herrschende Block, der die *faktische* Existenz dieser Schichten keinesfalls garantiert, hat in seiner Gesamtideologie ein großes Segment nur für diese Schichten reserviert und hofiert sie, wo er nur kann. Diese Frage anzupacken und nicht zu sehr, neben anderen Lohnabhängigen, auf die aufgeklärten Teile der Staatsbourgeoisie und vergleichbare Gruppierungen zu setzen, scheint mir eine wichtige und notwendige Aufgabe für eine linke, bündnisorientierte Programmatik.

Der zweite Punkt: Auch bei linken Ökonomen findet sich eine Tabuisierung der Freihandelsdoktrin. Dagegen setzt Ernst-Pörksen zu Recht die Frage, ob sich die nationale Industriepolitik weiter zum Erfüllungsgehilfen des Weltmarktes machen lassen muß, d.h., ob Bestandteil einer alternativen Wirtschaftspolitik die Hinnahme einer hohen Exportquote sein sollte. Ähnliches ist zu überlegen nicht nur für den Warenverkehr, sondern, ebenso wichtig, für den Kapitalverkehr. Keynes hat diese Frage ebenfalls untersucht und ist zu dem Ergebnis gelangt, daß die Weltmarktverflechtung notwendigerweise einer Kontrolle unterworfen werden muß, um die nationale *wirtschaftspolitische Souveränität* und damit den Einfluß auf die politisch gesetzten Ziele zu behalten oder zurückzugewinnen. Für die heutige Situation kann dies nicht mehr allein nationalstaatlich gedacht und durchgesetzt werden, sondern für die BRD sind hierfür Abstimmungen im Rahmen der EG notwendig. Dies gilt auch für andere Fragen alternativer Wirtschaftspolitik. Hansjörg Herr hat in einem ausgezeichneten Artikel viele dieser Fragen aufgegriffen und programmatisch bearbeitet (Herr 1984) und nicht zufällig dürfte er dabei auf Keynes gestoßen sein und ihn zustimmend zitieren. D.h. eine für viele Problembereiche bisher nationalstaatlich ausgelegte keynessche Programmatik müßte für die BRD in Richtung auf einen *Eurokeynesianismus* weitergedacht werden. Bei Keynes gibt es sowohl für die Formulierung wirtschaftspolitischer Alternativen wie für Bündnisfragen bisher ungenutzte Ressourcen für linke Ökonomen.

Literaturverzeichnis

- Ernst-Pörksen, M., 1981: Das Krisenproblem bei Marx und Keynes. WSI-Mitteilungen, 34.Jg., Heft 10, 605ff.
- Ernst-Pörksen, M., 1984: Programm ohne Perspektive. Zum Wirtschaftsprogramm-Entwurf des SPD-Vorstands. *Das Argument* 145, 26.Jg., 415-419
- Herr, H., 1984: Kapitalistische Weltwirtschaft und alternative Währungspolitik, in: Alternativen der Ökonomie — Ökonomie der Alternativen, hrsg. v. M. Ernst-Pörksen, Berlin/West, 142-157 (= Argument-Sonderband 104)

Josef Hülsdünker

»Wirtschaftspolitik gegen uns oder mit uns«

Zum 20. Todestag von Viktor Agartz

Daß sein Name heute nicht im gleichen Atemzug mit denen von Böckler, Schumann und Adenauer genannt wird, hat seinen politischen Grund darin, daß der Sozialist Agartz mit der Macht der Arbeiterbewegung der aufstrebenden bürgerlichen Selbstgewißheit und Überheblichkeit die neugegründete Republik streitig machte. Aber seine politischen Erfolge für die Arbeiterbewegung — am Anfang, in den von den Nazis zurückgelassenen Trümmern von vorwärtstreibender Ausstrahlungskraft — waren am Ende eher bescheiden, weil sich seine politischen Ziele auf das Notwendige, aber schon Unerreichbare ausgerichtet hatten. In Anlehnung an ein Wort von Brecht darf man wohl sagen, auch Agartz hat bedeutende Vorschläge gemacht, von denen schon viele praktisch geworden sind, und es ist an uns, die übrigen anzunehmen.

Geboren wurde er am 15. November 1897 in einer Remscheider Arbeiterfamilie. Beindrückt von der russischen Oktoberrevolution und aufgerüttelt durch die kaiserlichen Standgerichte, mit denen der deutsche Militarismus den Widerstand gegen den sinnlosen Grabenkrieg zu unterdrücken suchte, trat er als Achtzehnjähriger in die SPD ein. 1921 nahm er an bewaffneten Aktionen gegen den Kapp-Putsch teil. Nach seinem Studium der Ökonomie und der Philosophie in Bonn, Münster und Marburg arbeitete er zusammen mit Hans Böckler in der Konsum-Genossenschaft. 1933, nach kurzer Inhaftierung, erhielt er Berufsverbot, unterstützte Widerstandsgruppen, arbeitete ab 1937 wieder als Wirtschaftsprüfer. Als die Alliierten über den Rhein vorstießen, nahm er zusammen mit Böckler die Neugründung der Gewerkschaften in den »befreiten« Gebieten in Angriff. Aufgrund seiner illegalen Beziehungen zu in- und ausländischen Widerstandsgruppen waren auch ihm die neuen Ziele bekannt: weg von Richtungsgewerkschaften, Sozialpartnerschaft und »Führerkreismentalität« und hin zur autonomen Einheitsgewerkschaft. — Nach 1945 war Agartz führender Wirtschaftsexperte der SPD, galt als »Chefideologe« der Gewerkschaften, war Mitglied des Landtages in Nordrhein-Westfalen und hatte für kurze Zeit in den Westzonen quasi die Funktion eines Wirtschaftsministers inne. Seine zentrale politische Orientierung bestand darin, »daß ein bestimmender zentraler Einfluß auf Umfang und Richtung der Produktion erzielt wird«. An dieser Zielsetzung hielt er auch dann noch fest, als aus den Westzonen eine Republik und aus dieser schon wieder eine bürgerliche geworden war. Die Verfechter von Restauration, Revanchismus und hysterischem Antikommunismus in den 50er Jahren machten ihm schließlich wegen »unerlaubter Ostkontakte« den Prozeß. Heinemann und Posser konnten zwar vor dem Bundesgerichtshof 1956 einen Freispruch erwirken, aber das Ziel, Agartz als Verfechter einer antikapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik zu erledigen, wurde leicht erreicht: 1958 schloß die SPD »ihren« Wirtschaftsexperten und 1961 der DGB seinen »Generalstabschef« aus, jeweils zu einem Zeitpunkt, als in beiden Organisationen neue Grundsatzprogramme auf der Tagesordnung standen, in denen dem Marxismus abgeschworen und die »soziale Marktwirtschaft« anerkannt wurde.

Um im Gedenken an den Tod von Viktor Agartz, der sich am 9. Dezember 1984 zum zwanzigsten Male jährt, nicht seine »Vorschläge« der Vergessenheit anheimfallen zu lassen, sollen sie in der Sprache seiner damaligen politischen Gegner erneut zu Gehör gebracht werden. Seine »These«, schrieb *Die Welt* 1955, »daß der Kapitalismus nur eine Übergangserscheinung sei, sowie seine Vorstöße zur Verwirklichung des überbetrieblichen Mitbestimmungsrechts haben ein freimütiges Gespräch zwischen den Sozialpartnern häufig erschwert, wenn nicht sogar unmöglich gemacht«.

Interventionen

Zum »Kritischen Wörterbuch des Marxismus« (KWM)

In den »Marxistischen Blättern« der DKP (H.4/1984) ist die Veröffentlichung eines Briefes vom 8.2.84 angemahnt worden, in dem Josef Schleifstein, der frühere Leiter des IMSF, noch einmal die Ablehnung der Mitarbeit am »Kritischen Wörterbuch des Marxismus« (KWM) begründet hat. Da er in der Frage der Mitarbeit nichts Neues bringt, war die Veröffentlichung zunächst unterblieben. »Sollte das daran liegen, daß Schleifsteins Klarstellung der Legende vom spalterischen Boykott durch die Marxisten-Leninisten den Boden entzieht«? Dies die Suggestivfrage der »Marxistischen Blätter«. Wir veröffentlichen den Brief in der Erwartung, daß die DKP den Begriff »Diskussionskultur« nicht nur auf andere anwendet, um bei denen zu Wort zu kommen, denen sie selber in ihren Organen keinen Platz einräumen würde.

Wir erinnern an den Kontext: 1) die Einladung zur Mitarbeit an der Entwicklung der Konzeption der deutschen Ergänzungsbände (siehe die Texte dazu in den letzten Argument-Heften); 2) die Einladung an rund zwanzig Intellektuelle aus der DKP oder ihrem nächsten Umkreis, am KWM mitzuschreiben. Das deutsche Ergänzungswerk soll nicht nur Lücken ausfüllen, sondern, wenn dies für notwendig erachtet wird, Stichwörter noch einmal und ggf. in kritischer Auseinandersetzung mit dem französischen Originalwerk behandeln. Seine Konzeption wird in aller Öffentlichkeit entwickelt. An Gewicht und Umfang muß es hinter dem französischen Werk nicht zurückstehen.

Die KP Frankreichs, die nicht gerade als »weich« bekannt ist, hat das KWM freundlich aufgenommen. Ihr bedeutendster Marx/Engels-Übersetzer, Gilbert Badia, gehört zu den Verfassern. Zum letzten Fest der »Humanité« lud die FKP Georges Labica ein. Er signierte die an den Büchertischen der Partei verkauften Exemplare des KWM. Andere Parteien, andere Politiken und eine andere Auffassung von theoretischer Kultur.

Zur gleichen Problematik und im Anschluß an Thomas Metschers Intervention zu Buhr (in Argument 146/1984, 598ff.) erreichte uns eine Intervention aus dem intellektuellen Umfeld der spanischen KP, die wir im Anschluß veröffentlichen.

José Maria Ripalda (Madrid)

Was eine Selbstverständlichkeit sein sollte, hat diesmal die Aufrichtigkeit und Menschlichkeit von Metscher gebraucht, der auch die Hauptpunkte des Dissens argumentativ und treffend bezeichnet hat. M. vertritt so etwas wie eine Theorie für Kriegszeiten, die auf den konzentrierten Angriff des Kapitals ebenso konzentriert reagiert. Mag es aber eine »vereinheitlichte Gewalt des Kapitals« geben, ist sie nach meiner Meinung nicht *einheitlich*. M. scheint mir den Reichtum dessen, was das Kapital gut oder schlecht artikulieren muß, um sein Imperium erhalten zu können, unterzubewerten, die Vielfalt seiner Angriffsziele und -weisen sowie die komplizierte und wechselnde Karte seiner eigenen Angriffsflächen, Spalten und Brüche. Dieser Name, *das Kapital*, deckt viel mehr, als man mit einem einzigen — theoretischen und praktischen — Diskurs bezeichnen kann. Der Kampf gegen diesen Proteus wird in vielen Formen geführt, die manchmal sogar unverträglich sein können und von der Zweideutigkeit affiziert werden, die schon die Vielfalt der Fronten und die Unmöglichkeit der eindeutigen Bestimmung der eigenen Lage in jedem Fall involviert. Diese andere Seite des »vereinheitlichten« Kampfes sollte nicht vergessen werden.

Daß diese Blumen auf »dem Boden der Universität« wachsen, ist zunächst nicht zu bestreiten. Aber die Folgen, die daraus zu ziehen wären, sind für mich wiederum nicht

eindeutig. Denn es könnte ebenso auch die Unfähigkeit der »Arbeiterbewegung« — wenn dieser Begriff unter uns einen bestimmten Sinn hat — zur Konstituierung eines »kollektiven Intellektuellen« bezeugen. Soziologismen wie dieser sind zu einfach, vor allem wenn »Bürgerlichkeit« so verbreitet ist (auch in der Arbeiterbewegung). Und übrigens ist damit nicht gesagt, daß die Universität diese Theorien aus freien Stücken erfindet; vielleicht ist sie in der Lage, etwas aufzunehmen, was die offizielle »Arbeiterbewegung« nicht vermag.

Einleuchtend scheint mir die Kritik von M. an der relativ unverbindlichen Aussage »pluraler Marxismus«; aber im Unterschied zu M. klingt sie mir nach Verflüssigung einer Orthodoxie, die so nie hätte existieren sollen und eben deswegen solcher »Aggiornamenti« nicht braucht und auch nicht verdauen kann.

Daß der Begriff »Marxismus« unpräzise ist, darin stimme ich mit M. überein. Wird sich allein durch die Praxis erweisen, was richtig und was unrichtig ist als Marxismus? Aber was wird dann die Richtigkeit dieser Praxis beweisen? Die verschiedenen wissenschaftlichen Praxen, die sich auf Marx berufen, mögen jene Richtigkeit in einer Form erweisen, die wissenschaftlich mittelbar bleibt. Die erneute Aufmerksamkeit auf die Wissenschaftsgeschichte in der marxistischen Beschäftigung mit der Philosophiegeschichte mag damit zusammenhängen, wengleich ich nicht an die direkte Entsprechung zwischen marxistisch-leninistischem Diskurs und Wissenschaftsgeschichte glaube.

M. hat völlig recht, daß er die Kontroverse mit Haug für innermarxistisch hält. Ich hoffe, daß sie ebenso mit mir innermarxistisch bleiben würde. Obwohl »Orientierung« an den »Organisationen der Arbeiterbewegung«, »systematische wissenschaftliche Weltanschauung« des dialektischen Materialismus usw. für mich mindestens unpräzise Formulierungen sind, rechne ich mich nicht zur »sozialistischen Linken«, sondern zum Marxismus.

Josef Schleifstein: Antwort an W.F. Haug

Lieber Wolfgang Haug, ich bestätige Deinen Brief vom 30.1.1984 (abgedruckt in Argument 144/1984, 272ff.). Da Heinz Jung in Urlaub ist, antworte ich allein, obwohl das, was ich sagen will, sicher auch im Sinne von Heinz Jung sein wird.

1) Wir haben unsere Absage, an der deutschen Ausgabe des »Kritischen Wörterbuches des Marxismus« mitzuarbeiten, und unsere Gründe dafür an einen engeren Kreis mit dem IMSF verbundener Kollegen gesandt, um ihnen *unsere* Meinung mitzuteilen. Die Folgerungen, die sie daraus ziehen, sind allein ihre Sache. Du siehst das als »offenen Brief« an, aber es waren nicht wir, die an die Öffentlichkeit gegangen sind, sondern Du in einem Zeitungsinterview, bevor irgendeiner von uns überhaupt über die Einzelheiten des Projekts informiert oder um eine Mitwirkung angegangen worden war.

2) Du sprichst mit großer Geste von einem »Boycott« eines wissenschaftlichen Projektes und von der »Bedrohung« eines marxistischen Gemeinschaftswerks, am Ende sogar von einem »spalterischen« Vorgehen. Du weißt so gut wie wir, daß das in Wahrheit haltlose und sinnlose Vorwürfe sind. Als der französische Verlag, sein Herausgeber und dessen Mitarbeiter sowie die Verfasser der Stichwörter das Projekt publizierten, haben sie weder uns noch Euch gefragt oder überhaupt informiert. Die sieben Bände, die sie herausgebracht haben, bilden aber die Grundlage der deutschsprachigen Ausgabe und der beabsichtigten deutschen Ergänzungsbände. Ferner: Als der Argument-Verlag sich entschloß, die deutsche Ausgabe zu veröffentlichen, war dies verlegerisch und wissenschaftlich sein ganz eigener und einsamer Entschluß, über den er (mit gutem Recht) weder mit uns noch mit anderen in irgendeiner Weise verhandelt oder Vereinbarungen getroffen hat. Nun aber anderen den Vorwurf zu machen, wenn sie an einem solchen allein vom Argument-Verlag initiierten und verantworteten Projekt aus wissenschaftlichen

und politischen Gründen nicht mitarbeiten können, sie verhielten sich »spalterisch«, ist absurd. Dies schon deshalb, weil ein »Gemeinschaftswerk« ja zur elementaren Voraussetzung hätte, daß die Beteiligten an der Gesamtplanung und der Gesamtkonzeption des Werks mitgearbeitet hätten, was ja von vornherein unmöglich war.

3) Es ist Dir gut bekannt, daß wir nicht nur mit Anhängern »unserer Richtung« zusammenarbeiten. Das beweist die gesamte Arbeit des IMSF seit vielen Jahren. Dies werden wir auch weiter so halten. Wir sind obendrein jederzeit auch zur Diskussion und sachlichen Auseinandersetzung nicht nur mit den sich als marxistisch verstehenden, sondern generell mit allen humanistischen geistigen Strömungen bereit, ganz zu schweigen von der für uns selbstverständlichen politischen Zusammenarbeit mit allen linken und friedliebenden gesellschaftlichen Kräften.

4) Hier geht es aber allein um die wissenschaftliche Arbeit an einem verlegerischen Projekt, das in den Voranzeigen als Werk von Marxisten bezeichnet wird. Durch unsere Mitarbeit hätten wir — so oder so — vor dem Leser die Mitverantwortung für den Gesamthalt übernehmen müssen. Dies aber war uns nach einer Durchsicht des ersten in Deutsch vorliegenden Bandes unmöglich. »The proof of the pudding is in the eating.« Nach gründlicher Prüfung des Resultats konnten wir keine Mitverantwortung für das Projekt übernehmen. Wir haben in unserer Begründung bereits gesagt, daß ein eklektisches Sammelsurium, das jeden inneren Zusammenhang vermissen läßt und u.E. nicht nur von den theoretischen und methodischen Grundanschauungen des Marxismus weit entfernte, sondern auch direkt antimarxistische Positionen enthält, für eine Mitarbeit unsererseits nicht tragbar ist. Du sagst, das KWM soll ein Werk von Marxisten sein und notwendige Korrekturen seien ja auch durch die deutschsprachigen Ergänzungsbände vorgesehen. Wie soll man das ernst nehmen? Du weißt so gut wie wir, daß nicht wenige der vorgesehenen deutschen Mitarbeiter mit dem Marxismus gar nichts im Sinn haben, ja sich sogar beleidigt oder verhöhnt fühlen würden, wollte man sie als Marxisten bezeichnen.

5) Du sagst, es sei symptomatisch, daß wir von einem »Wörterbuch« und nicht von einem »Kritischen Wörterbuch« redeten. In der Tat sind wir hier mißtrauisch: Erstens gibt es eine Kritik *innerhalb* und *außerhalb* des Marxismus. In dem vorliegenden Band ist beides enthalten, was zu den für uns nicht annehmbaren Voraussetzungen gehört. Zweitens: soll der Titel aus Reklamegründen an diejenigen appellieren, die nicht den Marxismus als kritische Welt- und Gesellschaftsauffassung rezipieren wollen, sondern eine Kritik dieser Auffassung suchen, dann ist das bloßer Opportunismus. Die dritte Möglichkeit, daß man nur den kritischen Charakter der marxistischen Theorie im Titel sichtbar machen wollte — das wäre ein ganz und gar überflüssiger Pleonasmus.

6) Es bleibt mir nur zu wiederholen: ein so anspruchsvolles Projekt wie das französische und Eure Ergänzungsbände ist für uns als wissenschaftliches Handwerkszeug nicht sinnvoll, wenn es nur der Boden für divergierende, oft genug unvereinbare Interpretationen marxistischer Kategorien und Begriffe sein soll. So etwas ist möglich und sinnvoll in einem Sammelband polemischer Aufsätze, aber nicht in einem wissenschaftlichen Nachschlagewerk dieses Charakters. Wir wollen und können gegenüber dem Leser nicht die Mitverantwortung für Auffassungen übernehmen, die den unseren oft diametral entgegengesetzt sind.

7) Ich möchte betonen, daß diese Ablehnung nichts an unserer Bereitschaft zur politischen Zusammenarbeit, zu theoretischer Diskussion, zu Meinungs austausch und Meinungsstreit ändert. Sie bezieht sich konkret auf die Mitwirkung am Projekt der Ergänzungsbände zum KWM. Was unsere theoretischen und politischen Meinungsunterschiede betrifft, so haben wir in Antwort auf Eure Kritik im Marx-Sonderband bereits auf der Marx-Tagung in Trier die Auseinandersetzung begonnen und wollen sie demnächst in einer Aufsatzsammlung fortführen.

W.F. Haug: Antwort auf Josef Schleifstein

Lieber Jupp Schleifstein, 6. November 1984
entschuldige bitte, daß ich erst jetzt antworte. Dein Brief vom Februar hatte auf mich den Eindruck gemacht, nicht auf Beantwortung hin geschrieben zu sein, sondern nur Absage zu sein, letztes Wort, nicht Teil einer Diskussion.

Nachdem ich den Brief wiederholt gelesen habe, bemühe ich mich um eine etwas distanziertere Sichtweise unserer Auseinandersetzung. Ich bemühe mich, unsere Divergenzen sozusagen zu Protokoll zu geben.

Tatsächlich setzte mein Reden von *Boykott* und *Spaltung* voraus, daß es etwas Gemeinsames gäbe. Ich hatte den Marxismus — als wissenschaftliche Herausforderung wie als politische Option — wie ein Projekt behandelt, das Euch und uns und noch vielen andern mehr gemeinsam wäre, gewissermaßen eine Grundlage, auf der teils der Streit um die bessere Ausformung gegeneinander, teils gemeinsame gesellschaftliche Auseinandersetzungen miteinander zu führen wären und um deren fortgesetzte Verbesserung es gehen müßte.

Soweit Ihr ein Marxismushandbuch, einen Kongreß, eine Schriftenreihe vorgehabt und uns um Mitarbeit gebeten hättet, wärt Ihr dabei auf eine grundsätzliche Bereitschaft bei uns gestoßen. Gleiches dachte ich umgekehrt von Euch. Wenn wir Kongresse oder Sammelwerke oder ähnliches organisieren — wie zum Beispiel das *Kritische Wörterbuch des Marxismus* —, würdet Ihr Eurer Auffassung in diesem Rahmen Gehör verschaffen.

Ihr habt uns belehrt, daß diese Annahmen naiv waren. Wenn ich die Lehre recht verstehe, besagt sie: Marxistische Unternehmungen müßt Ihr »verantworten können«, um Euch an ihnen zu beteiligen. Sprich: Die Existenz unterschiedlicher Artikulationszentren des Marxismus — unter die neben vielen anderen dann auch das *Argument* zu rechnen wäre — ist für Euch unannehmbar. Ihr wollt Euch keinesfalls von andern zu *marxistischen* Projekten hinzuziehen lassen, um nicht den Eindruck zu erwecken, Ihr würdet deren Anspruch, marxistisch zu sein, durch Eure Teilnahme »legitimieren«.

Um die Diskussion nicht abbrechen zu lassen, möchte ich meine Kritik und Ansprüche an Euch an dieser Stelle in aller Deutlichkeit auf drei Gebieten formulieren: 1. Euer Verhältnis zum Marxismus, 2. Euer Umgang mit Wissenschaft und 3. Eurer Verständnis von politischer Einheit. Schließlich möchte ich 4. noch etwas zum *Kritischen Wörterbuch des Marxismus* sagen.

1. Marxismus

1.1 »Marxismus« ist umfassender als »Marxismus-Leninismus«.

1.2 »Marxismus-Leninismus«, zu dem Ihr Euch bekennt, ist eine historische und regionale Formation von Marxismus, also weder ewig noch allgemeingültig. Sowohl in der Dritten Welt als in den entwickelten Ländern hat die schöpferische Aneignung und Verwirklichung des Marxismus erst begonnen.

1.3 Keine Richtung und keine Partei kann — ohne sich dadurch entweder lächerlich zu machen oder spalterisch zu wirken oder sonst größten Schaden anzurichten — in Sachen Marxismus einen Alleinvertretungsanspruch behaupten.

1.4 Je nach taktischem Bedarf nennt Ihr Euch Marxisten-Leninisten oder Marxisten.

1.5 Die Formulierungen der FKP vom *pluralen Marxismus*, der weder Sache einer einzigen Partei noch überhaupt von Parteien ist, erklärt Ihr für eine Haugsche Abweichung. Zuviel der Ehre für Haug. Togliattis Formulierung vom marxistischen Polyzentrismus im Weltmaßstab muß endlich durchdacht und in ihren Konsequenzen akzeptiert werden.

1.6 »Die theoretischen und methodischen Grundanschauungen des Marxismus«, von denen Du in Deinem Brief wie von einer kristallklaren, harten und eindeutigen Sache

spricht, können nur innerhalb einer offenen Diskussion unter Marxisten verhandelt werden. Sie existieren nicht außerhalb wissenschaftlicher und politischer Diskussionen. Es gibt keine vorgängige Marxismus-Garantie außerhalb jeder Auseinandersetzungen. Das bedeutet keineswegs Beliebigkeit. Auf der Basis der Arbeiterklasse das Projekt eines wissenschaftlichen Sozialismus verfolgen, sind m.E. unverzichtbare Grundorientierungen. Aber alle weitere Konkretion, ja selbst die Stellung des sozialistischen Projekts angesichts von Kriegsgefahr und drohender ökologischer Katastrophe, die Beziehung zum Kampf gegen die patriarchalische Frauenunterdrückung usw., wird ebenso in ständiger und umstrittener Veränderung sein wie die theoretischen Verallgemeinerungen.

1.7 Die Frage nach der »lebendigen Seele« des Marxismus, das Aufbrechen der erstarrten Marxismussedimente ist für jede Generation eine neu sich stellende Aufgabe.

1.8 Die Frage der Identität(en) des Marxismus entscheidet sich in den wirklichen Bewegungen und kann nicht am Schreibtisch von Theoretikern und nicht einmal in Parteivorständen entschieden werden.

1.9. Thomas Metscher betont zu recht, daß keine Position von vorneherein »quasi automatisch irgendein Wahrheits- und Wertprivileg« beanspruchen kann (*Argument* 146, 599). Er hat aber unrecht, wenn er diese Selbstbescheidung mit dem Monopolanspruch verknüpft, nur seine eigne Position als Marxismus anerkannt zu bekommen, statt anzuerkennen, daß dies auch für unterschiedliche Formationen des Marxismus in ihrem Verhältnis untereinander gilt. Oder mit Metscher: »Welche Position im pluralen Spektrum konkurrierender Auffassungen zu einem bestimmten historischen Moment die 'wahrere', 'bessere', adäquatere ist, hat sich allein durch die Praxis zu erweisen.« (Ebd.) Aber gegen Metscher: Dies gilt auch für unterschiedliche Positionen im Marxismus.

1.91 Die Anerkennung der prinzipiellen Legitimität unterschiedlicher Ausprägungen des Weltmarxismus bedeutet keinesfalls den Verzicht auf die Stringenz einer Formation oder auf den Wettstreit. Die Kriterien dieses Wettstreits hat Lessing seinem *Nathan* in den Mund gelegt (worauf Korsch 1930 hingewiesen hat). Wer ist der legitime Erbe? »Es strebe jeder von Euch um die Wette, / Die Kraft des Steins in seinem Ring an Tag / Zu legen!« Der Ring steht für die Aneignung des Erbes. Lessing gibt zu verstehen, daß es im Sinne dieser legitimierenden Instanz ist, »die Tyrannei des *einen* Rings nicht länger / ... dulden (zu) wollen!« Als eines der Kriterien im Wettstreit der rivalisierenden Brüder nennt er eine Art hegemoniale Überzeugungskraft: »Wen lieben zwei / Von Euch am meisten? — Macht, sagt an! Ihr schweigt? / Die Ringe wirken nur zurück? und nicht / Nach außen? Jeder liebt sich selber nur / Am meisten?«

2. Wissenschaft

2.1 Wissenschaftlicher Sozialismus bedingt ein dialektisches Verhältnis von unterschiedlichen Kräften und Praxisfeldern, z.B.: Parteipolitik, Gewerkschaften, Wissenschaft usw.

2.2 Diese Ebenen dürfen nicht aufeinander reduziert werden.

2.3 Spontan reduziert Ihr Wissenschaft auf Politik (das Lyssenko-Syndrom). Was Euer Parteivorstand nicht kontrolliert, kann keine marxistische Wissenschaft sein — und umgekehrt.

2.4 Mit Marx ist daran festzuhalten: »Einen Menschen aber, der die Wissenschaft einem nicht aus ihr selbst (wie irrtümlich sie immer sein mag), sondern von außen, ihr fremden, äußerlichen Interessen entlehnten Standpunkt zu akkomodieren sucht, nenne ich 'gemein'.« (MEW 26.2, 112)¹

1 Vgl. meinen Versuch der Grundlegung einer Theorie wissenschaftlicher Parteilichkeit in: »Die Bedeutung von Standpunkt und sozialistischer Perspektive für die Kritik der politischen Ökonomie von Karl Marx«, in: *Das Argument* 74/1972, 61-85 (wiederveröff. in *Bestimmte Negation*, Frankfurt/Main (ed. suhrkamp 607) 1973.

2.5 Deshalb überzeugt auch Thomas Metschers Formulierung nicht, wenn er den marxistischen Charakter einer wissenschaftlichen Theorie »von der grundlegenden politischen Orientierung und ideologischen Einbindung dieser Wissenschaft« ableiten möchte (in: *Argument* 146, 600). Die sozialistische Perspektive von Wissenschaft muß von ihrem inneren und eigenen Standpunkt konstruiert werden.

2.6 Nach Pascals Tod soll man einen Zettel gefunden haben, den er in seinen Rock eingnäht hatte und auf dem u.a. stand: »Gott Abrahams, Gott Isaaks, Gott Jakobs — nicht Gott der Philosophen und der Wissenschaftler.« Vielleicht wird man eines Tages im Jackett eines marxistisch-leninistischen Theoretikers die postume Botschaft finden: »Der Marx unserer Politiker, der Marx unserer Ideologen — nicht der Marx der Wissenschaftler.«

2.7 Umgekehrt dürfen wir den Marxismus nicht auf marxistische Theorie oder Wissenschaft reduzieren.

3. Politik

3.1 Wie die Ökonomie auf dem Wertgesetz, so beruht die Politik auf dem Hegemoniegesetz.

3.2 Öffentlichkeit und Diskussion sind wesentliche Formen, in denen sich Überzeugungen (hegemoniale Effekte) bilden.

3.3 Der Unterdrückung offener Debatten zwischen Mitgliedern in den eignen Medien einer Partei entspricht die Unfähigkeit, offene Debatten außerhalb zu bestehen.

3.4 Unbewußt mag dabei ein Verhalten übertragen werden, das unter Bedingungen der Verschmelzung einer einzigen herrschenden Partei mit einem Staatsapparat entstanden ist. Solches Verhalten ist aber nicht nur kritikwürdig (auch und gerade von marxistischem Standpunkt), sondern hierzulande auch in jeder Weise disfunktional.

3.5 Die Frage der Einheit als Bedingung von Handlungsfähigkeit stellt sich auf politischem Feld unabweisbar. Die Art, wie sie sich stellt, hängt indessen von den Umständen ab.

3.6 Jede mögliche fortschrittliche Politik in unserm Land und in absehbarer Zeit wird multizentrisch sein, wie ein Netzwerk, das eine Struktur miteinander verbundener Knotenpunkte ist, die sehr unterschiedlich sein können.

3.7 Die Marxisten sind auf verschiedene Organisationen, die als solche Knotenpunkte fungieren, verteilt. Diese Dispersion kann Schwäche bedeuten; sie kann aber auch zu einer Stärke gemacht werden, wenn es gelingt, durch die Unterschiede hindurch die gemeinsamen Bezugspunkte zu aktivieren.

3.8 Die Beziehung auf die Arbeiterklasse ist nur ein vorgeschobener Grund für die Spaltungslinien zwischen Marxisten; die politischen Methoden, das Verhältnis zu demokratischen Prozessen, zur Überzeugungsbildung und zur politischen und theoretischen Kultur, bestimmen die Bruchlinien ungleich mehr.

4. Das »Kritische Wörterbuch des Marxismus«

4.1 *Kritik* als eine besonders wichtige Dimension des Marxismus hervorzuheben, ist kein »Pleonasmus« angesichts der Geschichte dogmatischer Erstarrungen in der zweiten und dritten Internationale und auch in der Gegenwart immer wieder.

4.2 Die Tilgung von »Kritik« aus dem legitimen Bestand »der Begriffe und Kategorien des Marxismus« (MEGA² II.5, 59⁺; vgl. meine Rezension in *Argument* 145, 455) läuft auf eine Selbstaußlöschung des Marxismus-Leninismus hinaus.

4.3 Dies ist besonders absurd in einer Ausgabe, die sich selbst als »Kritische Ausgabe« der Werke von Marx/Engels bezeichnet.

4.4 Der Anspruch eines *Kritischen Wörterbuchs*, die damit bezeichnete Tradition der besten Aufklärung, muß unbedingt in den Marxismus aufgenommen werden.

4.5 Dieser Anspruch bedeutet zunächst einen besonders sorgfältigen, auf Entwicklungsprozesse und reale Problematiken der jeweiligen historischen Situation achtenden Umgang mit den klassischen Schriften des Marxismus.

4.6 Die Arbeit eines in diesem Sinn Kritischen Wörterbuchs des Marxismus untersteht Regeln wissenschaftlicher Methodik.

4.7 Unterschiedliche politische Tendenzen des gegenwärtigen Marxismus können diese Arbeit nutzen. Es geht nicht um eine geschlossene Weltanschauung, sondern um die Erschließung von Erkenntnismitteln, Quellen, historischen Erfahrungen.

4.8 Eingeladen zur Mitarbeit sind nur solche Wissenschaftler, die sich nicht scheuen, Mitträger eines marxistischen Gemeinschaftswerks zu sein.

4.9 Zum Vorwurf, ich sei an die Öffentlichkeit gegangen: *Erstens* ist die Öffentlichkeit (ein TAZ-Redakteur, genauer gesagt) zu mir gekommen und hat gefragt, ob ich also wirklich von Schleifstein bis Habermas einladen wolle. Sollte ich mich in diplomatisches Schweigen hüllen? Ich sagte ja und lud beide ein. (Beide sagten ab.) *Zweitens* sind Offenheit und Öffentlichkeit (und es gibt zum Verzweifeln wenig davon in diesem Land) Formen und Kraftquellen unsres Projekts. Darum wird das Konzept öffentlich diskutiert. Und weil es in diesem Lande allein zu schwierig ist, haben wir es internationalisiert.

Lieber Jupp Schleifstein, ich zweifle gar nicht daran, daß wir ständig etwas falsch machen. Vielleicht sind manche meiner Überlegungen illusionär, obwohl ich das im Moment nicht sehe.

Auf jeden Fall brauche ich Kritik. Ich würde von ihr nur zu gewinnen haben. Wir alle würden von ihr gewinnen, auch Ihr. Freilich würde ich dazu wieder erwidern können müssen. Und so weiter.

Dies ist das einzige, bei dem ich ganz sicher bin, daß es keinen andern Weg gibt. Denn niemand von uns kann über ein über alle mögliche Kritik erhabenes Vorwissen verfügen, außer dem, daß dies so ist und wir alle auf lebenslanges Lernen angewiesen sind.

Statt innermarxistischer Kritik aber kriegen wir jetzt vor allem Abfertigungen. Vieles deutet darauf hin, daß der Moment der Argumentation zwischen unterschiedlichen Strömungen im Marxismus für Euch vorbei ist, nicht nur, was das *Argument* angeht. R. Steigerwald, H. Jung und H.H. Holz, um nur diese drei zu nennen, scheinen es jetzt, wie M. Buhr zuvor, darauf abzusehen, uns aus dem Marxismus auszubürgern. Da wird wieder ein Monopol beansprucht zu definieren, was marxistisch ist und was nicht. Aber das ist illusionär. So leicht wird man den Widerspruch im Marxismus nicht los. Langfristig wird man ihn überhaupt nie los. Aber abgesehen davon — ist da nicht ein Stück politisch-theoretischer Kultur der letzten fünfzehn Jahre von Zerstörung bedroht, das es wert wäre, erhalten zu bleiben? Und wir, an denen Ihr jetzt ein Exempel statuieren zu wollen scheint — wir sind wirklich nur ein Beispiel, eines unter vielen Beispielen. Deshalb lohnt es sich vielleicht, über den Konflikt öffentlich nachzudenken.

Michael Wildt: Nationalrevolutionäre (zu Peter Brandt in *Argument* 145)

Liebe Genossen/innen, auch wenn die sogenannten Nationalrevolutionäre nicht einen Schwerpunkt meines historischen Arbeitens bilden und die Kompetenz Peter Brandts außer jedem Zweifel steht, möchte ich doch einige Anmerkungen zu seiner Sammelrezension »Deutscher Sozialismus?« in *Argument* 145 (Mai/Juni 1984) machen, da in Brandts Begrifflichkeit eine Verwischung der Grenze zwischen rechts und links enthalten ist, vor der Arno Klönne mit Recht vehement gewarnt hat (s. A. Klönne, »Linke Leute von rechts« und »rechte Leute von links« damals und heute, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Heft 1/1983). Der Appell von Brandt, »erst einmal zuzuhören,

ohne ... sogleich abzuwehren« (430), klingt eindringlich und einleuchtend, kann doch aber nur dann Sinn machen, wenn Sätze wie: »Ich sah, wie Menschen, die doch Landsleute waren, gegenseitig kübelweise Dreck aufeinander ausschütteten ...« in ihrer Intention dem Nationalen die Priorität zu geben, analysiert werden.

Die notwendige analytische Differenzierung, die Schwarz-Weiß-Weltbilder ausschließt, gerät bei Brandt zu einer Unschärfe, die ich im Zusammenhang dieser Sammelrezension für verharmlosend halte und die m.E. politisch scharf kritisiert werden muß.

Die Aussage, daß »die heutigen nationalrevolutionären Gruppen im Verlauf des Zerfallsprozesses der NPD aus der rechtsextremen Szene hervorgegangen sind, von der sie sich inhaltlich inzwischen unterschiedlich weit abgesetzt haben« (430), ist doch so brisant, daß dem Leser, der nachprüfen will, zumindest Belege, Hinweise gegeben werden müssen.

Wenn Brandt für die Nationalrevolutionäre als weiterhin kennzeichnend »ein stark biologisches Weltbild und die Betonung des Volkstums, der Ethnie« (430) ansieht, dann entspricht seine Aussage wenig später, »Unzulässig scheint es mir jedoch, ohne weiteres eine rassistische Kontinuität des Denkens zu unterstellen« (430), keineswegs seinem eigenen Befund, weil dieser Satz eine imaginierte Anti-These relativiert und dadurch einen nicht oder nur in geringem Maße existierenden Rassismus bei den Nationalrevolutionären intendiert.

Dieses Verfahren potenziert Brandt bei Strauss' Buch zum 17. Juni 1953. Vorab die richtige Einschätzung des Druffelverlags als faschistisch (Brandt benutzt allerdings nur »einschlägig«), dann das Bekenntnis, daß Strauss »so gut wie keinerlei konstruktive Elemente für die Bestimmung der Position der Linken zur 'deutschen Frage'« zu bieten hat — doch sieht sich der kritische Leser getäuscht, wenn er erwartet, daß nach solch eindeutigen Informationen der Rezensent die Besprechung abbricht. »Trotzdem« hält Peter Brandt »von a priori Aus- und Abgrenzungen wenig«. Denn »das Ringen um ideologische Hegemonie kennt per definitionem keine chemisch reinen Frontenbildungen. Nur die praktisch-politische Auseinandersetzung entscheidet darüber, 'auf welcher Seite der Barrikade' Gruppen oder Individuen letzten Endes landen.« (431)

Einmal abgesehen davon, daß Brandt damit interessante Interpretationsmöglichkeiten zum Berliner Verkehrsarbeiterstreik 1932 oder eine nachträgliche Rehabilitierung Radeks berüchtigter Schlageter-Rede 1923 impliziert, ist es doch schlicht unglaublich, wenn wenige Zeilen später bekannt wird, daß Wolfgang Strauss Walter Ulbricht an einen Laternenpfahl in der Stalinallee in seinem Buch wünscht. Auf welcher Seite welcher Barrikade befindet sich Brandt denn noch? Was Strauss propagiert ist — man/frau verzeih' mir den orthodoxen Ton — weißer, konterrevolutionärer Terror. Peter Brandt dagegen: »Überhaupt ist der Sinn für Ambivalentes und in sich Widersprüchliches bei dem Autor [Strauss, d. Verf.] nicht besonders stark entwickelt.« (431) (!) Es genügt keineswegs, zu schreiben, daß ein solcher »'deutscher Befreiungsnationalismus'« nicht seine, Brandts Sache sei — hier ist es nötig und politisch zwingend, präzise zu benennen und analytisch ab- und auszugrenzen.

Der »sachliche Informationsgehalt«, dem man dem Buch »nicht absprechen« kann, sogar »manches ... klarer gesehen (wird) als bei kommunistischen, sozialdemokratischen, liberalen oder konservativen Kommentatoren« (431) beschränkt sich auf den ebenfalls anti-kapitalistischen Charakter der Revolte — eine Information, die man/frau schon bei Baring (1957) nachlesen kann — und auf Strauss' Hinweis auf die »bremsende Rolle der Amerikaner im entscheidenden Zeitpunkt des Aufstandes« (431). Ist denn Peter Brandt klar, was er hier unkommentiert, mit dem Attribut »zu recht« stehen läßt? Hätten die USA, die an der Eskalation des 17. Juni ja keineswegs unbeteiligt gewesen waren, tatsächlich militärisch eingreifen und damit womöglich einen dritten Weltkrieg entzünden sollen?

Diese uneindeutigen, durch unscharfe, schwammige Formulierungen mögliche, z.T. intendierte Interpretationen des Brandtschen Artikels sind es, die ich kritisieren will, weil sie Grenzen verwischen, wo welche zu ziehen sind. Strauss bleibt eben ein Faschist und Konterrevolutionär; die Parallele zu Richard Scheringer ist deshalb infam. Gerade wenn wir dogmatische Frontbildungen kritisieren, müssen wir analytische Präzision entwickeln. Aus diesem Grund hätte Brandts Artikel in eurer Redaktion Kritik und Diskussion auslösen müssen. Ihn ohne Hinweis auf einen innerredaktionellen Diskurs ins Heft zu nehmen, ist entweder Nachlässigkeit oder Ausdruck des Verzichts auf Analyse und Debatte. Beides kann ich mir für die »Argument-Redaktion« nicht vorstellen. Versteht diese kritischen Anmerkungen zu Brandt deshalb auch als Aufforderung an euch, Stellung zu nehmen.

Wieland Elferding: Antwort auf Michael Wildt

Lieber Michael Wildt, vielen Dank für Deine Intervention zu Peter Brandts Sammelbesprechung in *Argument* 145. Ich habe, aufgeschreckt durch Deine Kritik, noch einmal sorgfältig nachgelesen. Dabei ist mir zunächst aufgefallen, daß Du Einwände auf zwei Ebenen erhebst: man kann diskutieren, ob Brandt hätte belegen müssen, daß sich die heutigen »Nationalrevolutionäre« von der NPD abgesetzt haben; ob biologisches Weltbild und Betonung des Volkstums bereits Rassismus ist; welche Rolle die USA beim 17. Juni 1953 gespielt haben oder hätten spielen sollen (für indiskutabel halte ich allerdings in diesem Punkt Deine Unterstellung, Brandt fordere nachträglich eine Intervention der USA und kalkuliere den dritten Weltkrieg ein — sie ist durch seine Formulierungen nicht gedeckt). Eine andere Sache ist es, daß Du Brandt vorwirfst, er hätte die Besprechung des Buches von Wolfgang Strauss da abbrechen müssen, wo klar war, daß Strauss eben doch ein »Faschist« und »Konterrevolutionär« ist. Daß Brandt, wie Du es siehst, die Grenzen zu den »Nationalrevolutionären« verwische, begründet ja auch Deine Kritik an der Argument-Redaktion, sie hätte eingreifen und sich zumindest von Brandt distanzieren müssen. Du trittst mit Peter Brandt in eine Diskussion ein über die Grenzziehung gegenüber den »Nationalrevolutionären« — das finde ich wichtig an Deinem Brief, und das entspricht unserer Überlegung: diese Grenzziehung muß selbst diskutierbar sein. Denn es ist doch so, daß das nationale Argument seit Jahren in der Linken diskutiert wird, zumal in der Friedensbewegung; es stimmt doch einfach, daß es ein breites Übergangsfeld zwischen den »Nationalrevolutionären« und den Grün-Alternativen gibt. Deshalb leuchtet mir Peter Brandts Versuch ein, hier nicht gleich auszugrenzen, sondern zuerst um linke Positionen zu ringen, in ein Tauziehen einzutreten. Das ist gefährlich, man gerät selbst in Bewegung — eine Zerreißprobe: zu versuchen, eine Ausgrenzung auf nicht ausgrenzende Weise zu diskutieren. Da willst Du nicht mehr mitmachen. Aber müssen wir nicht eben das versuchen? Der »richtige Standpunkt« in dieser Frage kann nur aus einer Auseinandersetzung hervorgehen zwischen den heutigen Menschen und auf der Grundlage der heutigen Bedingungen des Problems — mit dem Knüppel unveränderlicher historischer Wahrheiten kann man sie nicht erschlagen. Ich erinnere mich z.B. an Erich Fried, der in einer Fernseh-Talkshow zum Entsetzen fast aller Anwesenden es für richtig hielt, öffentlich mit jungen Neonazis zu diskutieren. Die Organisatoren des größten linken Kulturfestivals im Lande — der Club Voltaire in Tübingen — fanden es richtig, bei der Aktualisierung des Widerstandes der Geschwister Scholl auch nationalrevolutionäre Positionen in die Diskussion einzubeziehen. Ich finde gut, wenn Du Brandt auf die Finger schaust, ob er beim Tauziehen um Hegemonie nicht zu viel zugesteht. Aber diese kritische Beobachtung darf, denke ich, nicht selbst ausgrenzend ein. Deswegen kann ich mir die letzte Bemerkung nicht verkneifen: Nach Deiner Bemerkung dazu, daß Strauss Ulbricht an einen Laternenpfahl in der Stalinallee wünscht — von der sich Brandt unzweideutig distanziert —, zitierst Du Brandt, Strauss habe so gar keinen Sinn für »Ambivalentes und in sich Widersprüchliches«. Du verschweigst, daß diese Bemerkung Brandts nicht nach der Laternenpfahl-Phantasie steht, sondern nach einer Kritik an Strauss' Verdammung der DDR-Linksintellektuellen in ihrer Reaktion auf den 17. Juni 1953.

Kongreßberichte

Wo ich lebe, verstehe ich immer besser

Zur fünften Volksuni in Berlin, 8. bis 11. Juni 1984

Bonn im Regen, die Sternfahrt der 250.000 Gewerkschafter gegen den Franke-Erlaß lag zwei Wochenenden zurück. Das und zwei Nächte im Zug sind ein nachhaltiges Erlebnis. Die Dainler-Kollegen waren mehr als 5 Wochen ohne Geld kalt ausgesperrt. Ein eindrucksvoller Protest dagegen fand am Montag vor Pfingsten vor dem Werktor Daimlers statt. In der Eröffnung der Volksuni hat Kurt Krause, Betriebsratsvorsitzender bei Daimler Benz, davon berichtet. Die Frauenkonferenz der IG Metall protestierte am Dienstag vor Pfingsten gegen die Absicht von 74 männlichen Bundestagsabgeordneten der CDU/CSU, die die Kostenübernahme beim Schwangerschaftsabbruch verhindern wollen. Die Mehrheit der Rotaprint-Kolleginnen und -Kollegen üben am selben Tag den 7-Stundentag. Eine Berufsbildungsbilanz des DGB stellt für Berlin fest, daß 50.000 Jugendliche ins Abseits gedrängt sind, weil für sie Ausbildungs- und Arbeitsplätze fehlen. 12.000 Arbeitnehmer aus 53 Berliner Betrieben sind an Warnstreiks beteiligt. Am Freitag zur Eröffnung der Volksuni verteilt die »Trotzkistische Liga Deutschlands«, unbelastet von solchen Wochen Praxis, ein Flugblatt mit der Forderung: Besetzt die Betriebe, 30-Stunden-Arbeit für 40 Stunden Lohn! — und behauptet, daß die DGB-Bürokratie keinen wirklichen Kampf gegen Arbeitslosigkeit wolle.

Sechs von elf möglichen Bildungsveranstaltungen habe ich besucht, also mehr als 50% einer optimalen Nutzung. Zweimal habe ich mich zu Wort gemeldet, einmal die Gesprächsleitung gemacht und an einer Pressekonferenz teilgenommen. Gezielt habe ich die Schwerpunkte *Gewerkschaften*; *Kunst/Kultur*; *Ökologie/Ökonomie* ausgewählt. Die Kultur am Abend habe ich gemieden, nicht aus Abneigung, sondern wegen einer notwendigen Erholung und mit Rücksicht auf die folgende Arbeitswoche. Zwei nützliche Buchempfehlungen zu Konfliktursachen und Friedenserhaltung habe ich zu Pfingsten bekommen. Sie beschäftigen mich zur Zeit. Übrigens — es sind Romane.

Forderungen der Grünen im Gewerkschaftsbereich, so habe ich gelernt, betreffen zu einem großen Teil nur Veränderungen institutionalisierter Verwaltungsdemokratie, wie z.B. zusätzliche Branchen-, Regional- und Sozialräte, und individualisierte und gruppenorientierte zergliederte Tarifpolitik. Mitten im Arbeitskampf plagt die Grünen der Zweifel an der Ehrlichkeit der Gewerkschaften, daß die Gewerkschaften auch wirklich ernst für eine Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eintreten. Da ist die Aussage von Frigga Haug in der Eröffnung richtiger, daß das Neue in den sozialen Kämpfen in der Solidarität der Arbeitenden mit den Arbeitslosen liegt. Diese Bestätigung, die Arbeitskämpfe vor der Tür der Volksuni 1984 und zur selben Zeit ihr eigenes Programm 1984, nach *neuen Mehrheiten mit neuer Politik im Dreieck von Arbeitszeitverkürzung, Frieden und alternativer Ökonomie* Ausschau halten zu wollen, beweist, daß die 5. Volksuni — kleiner und bescheidener als die ersten —, jedoch realer und nutzbringender in die Erfahrungswelt eines Gewerkschafters hineinpaßte und die eigenen Erlebnisse ergänzte, Siege und Niederlagen verständlicher machte. Das kann noch gewinnbringender werden, wenn die Anregung der Presseleute aufgegriffen wird, z.B. Frieden, Ökologie und Arbeit in quasi gemeinsamen Veranstaltungen zu behandeln.

Die auf alle und alles einwirkende Kulturpolitik zwischen Populismus und Avantgarde wurde durch W.F. Haug passend für die Volksuni zu Populismus und Avantgarde im kulturellen Netzwerk. Aber — die für Sonntag angesagten Gewerkschaftschöre blieben weg, weil eine Einladung an sie vergessen wurde. Wie diese Chöre auch einzuordnen wären, Populismus oder Avantgarde, ich hörte viele nach ihnen fragen. Mit ihrem Auftritt wäre Diether Dehm bestätigt; *Spitze und Breite sei unentbehrlich*. Die behauptete Massenfeindlichkeit des Künstlers und die Kunstfeindlichkeit des Volkes hätte Risse bekom-

men. Und — einer »Müdigkeit an instrumentellem Einsatz von Kunst und Kultur« wäre entgegengewirkt. Am Montag um 6.30 Uhr vor Daimler zum Streik, ist die beste Gesangs- und Theatergruppe gerade gut genug. Wie gesagt: Mit der Volksuni versteht und als Konsequenz demonstriert es sich besser.

Horst Jäckel (Berlin/West)

2. Hamburger Volksuni

28. bis 30. September 1984 in Hamburg-Steilshoop

1984 ist für uns, Organisator/inn/en der Berliner Volksuni, weniger Orwell- als Volksunijahr: Allen Widrigkeiten zum Trotz fand in Berlin erfolgreich die 5. Volksuni statt, in Hamburg war es jetzt die 2., am 16. November startet Volksuni Nr. 1 in Zürich und, während wir diesen Bericht schreiben, veranstaltet der Bochumer Asta — inspiriert von Berlin und Hamburg — eine Herbstuni, die allerdings andere, eher studentische Ziele verfolgt (siehe dazu einen Bericht im nächsten *Argument*). So gesehen, ist 1984 für uns Berliner auch ein Reisejahr und gibt uns die Möglichkeit, Volksuni auch einmal als Volksuni zu erleben, als Teilnehmer/innen, unbelastet von Pannenstreß und Verantwortung für das Gelingen des Ganzen, die berühmte Volksuni-Lern- und Diskussionskultur zu genießen.

Die Hamburger Volksuni erlebten wir widersprüchlich. Als Teilnehmer/innen waren wir bestens gelaunt und bereit, alle Anregungen aufzunehmen, als Volksuni-Organisator/inn/en sahen wir Schwächen des Konzeptes und waren vor allem betroffen über den Rückgang der Teilnehmerzahl um rund zwei Drittel. Ist dies das nicht nur finanzielle Ende der Hamburger Volksuni? Wer nicht dagewesen ist, wird diese Schlußfolgerung vielleicht ziehen. Aber wir selbst haben einfach zu viele gute Veranstaltungen und Diskussionen in Hamburg erlebt, als daß wir bereit wären, so schnell klein beizugeben. Wir wollen diesen Bericht für einen kritischen Blick — aus Konzeptoren- und Teilnehmerperspektive — auf das Gesamtprogramm und seine Attraktivität nutzen.

Aus der überaus reichen Themenpalette von über 100 Veranstaltungen wurde vor allem mit zwei Schwerpunkten geworden: »Widerstand - erleben - erlernen - erforschen« und »Parlamentspolitik«. In letzterem Strang ging es einzig um die sicher wichtige Strategiediskussion einer möglichen Politik der Grünen im Parlament. Der Politologe Michael Jäger referierte und stritt mit Thomas Ebermann von der GAL um sein Konzept eines dritten Blocks, das die Grünen befähigen soll, durch eine konsequente Politik der Sachfragen, die »falschen Rechts-Links-Fronten« aufzubrechen. Der von Teilnehmern in dieser Diskussion vermißte Bezug zu den sozialen Bewegungen und ihren Problemen war Gegenstand der Veranstaltung von Wieland Elfferding. Er konstatierte eine Zwickmühle, die — wie ein Blick in die Geschichte der Arbeiterbewegung zeigte — weitaus älter und allgemeiner als die »Basis-und-Fraktions-« Probleme der Grünen ist: ohne Parteibezug drohe den sozialen Bewegungen die politische Ohnmacht, in der Parteiform aber die Bürokratisierung ihrer Veränderungsimpulse. Elfferding sah einen Ausweg in einer »Politik der Uneigennützigkeit«, die sich den Zusammenhalt der Bewegungen auch ohne politischen Profit zur Aufgabe stellt und dennoch nicht darauf verzichtet, in der Parteiform produktiv zu werden. In der anschließenden hitzigen Diskussion um die im Gründungsprozeß befindlichen autonomen Frauenlisten in Berlin wurde allerdings die Parteiform selbst in Frage gestellt.

Im gesamten Politikstrang fehlten — ausgerechnet im SPD-regierten Hamburg — Referenten und Themen aus dem sozialdemokratischen Spektrum. Uns scheint, daß damit ein potentieller Teilnehmerkreis gar nicht erst angesprochen wurde.

In der Veranstaltungsreihe über Widerstand war es dagegen gelungen, am antifaschistischen Widerstand Beteiligte mit verschiedener politischer, weltanschaulicher und religiöser Überzeugung zusammenzubringen. Dies, wie auch der kritische Blick von Historikern, war geeignet, Vorurteile abzubauen und die Spaltungsprozesse im Widerstand mit

Nutzen für heute besser zu verstehen. Schade nur, daß dieses produktive Arrangement dadurch an Wirkung verlieren mußte, daß man sich entscheiden mußte: entweder den ganzen Tag »Widerstand« oder noch etwas anderes mitbekommen. Für einen *Schwerpunkt* wäre es günstiger gewesen, Verbindungen zu anderen Bereichen herzustellen (z. B. Frauenwiderstand, Widerstandserfahrungen in der Friedensbewegung usw.), statt in einer »Schiene« unter sich zu bleiben.

Unverzichtbar war der, auf der Berliner Volksuni sträflich vernachlässigte, Bereich »Ausgebeutete Länder — Dritte Welt«. Hier wurde gegen einen bornierten Eurozentrismus gearbeitet, zum einen mit Veranstaltungen, die über die Situation in Lateinamerika aber auch in Afghanistan informierten, zum anderen durch eine Analyse der internationalen Herrschafts- und Abhängigkeitsverhältnisse, wie sie mit Hilfe des Internationalen Währungsfonds hergestellt werden.

Für ebenso unverzichtbar halten auch die Diskussion um marxistische Gesellschaftstheorie. Hierzu gab es nur eine im Programmbuch spärlich angekündigte Veranstaltung, die uns aber wichtig war: Die Zweifel an der Brauchbarkeit des Marxismus angesichts von Weltwirtschaftskrise, Kriegsgefahr und Ökologiekatastrophen sowie neuartiger Nationalismen in den Ländern der Dritten Welt und neugestellten alten Fragen, wie der des Geschlechterverhältnisses und der Frauenunterdrückung, waren Anlaß für W.F. Haugs Plädoyer für eine Erneuerung der Marxismus. Woher kommen Defensive und Mutlosigkeit vieler Marxistinnen und Marxisten gerade in einer Situation, in der mit dem weltweiten Scheitern des Links-Keynesianismus *das* Konzept gescheitert ist, mit dem der Marxismus aus Sozialdemokratie und Arbeiterbewegung verdrängt worden ist? Die Gründe — so W.F. Haug — liegen nicht in der Marxschen Konzeption selbst, denn seine Analyse eines planlosen, auf Klassenherrschaft gegründeten Vergesellschaftungsprozesses hält Anknüpfungspunkte und Kategorien bereit, die es erlauben, die aktuellen Probleme in ihrem Zusammenhang zu analysieren. Es ist die marxistische Tradition, die zum Teil diese Anknüpfungspunkte abkappt. Vielfach wird das Marxsche Projekt einer solidarischen Vergesellschaftung auf eine Art und Weise tradiert, die es für die emanzipatorischen Bewegungen unbrauchbar macht.

Natürlich konnten wir nicht alle Veranstaltungen besuchen, aber ein Blick ins Programmbuch zeigt zweierlei: Das weitere Programm zeichnete sich erstens durch seine Vielfalt und Buntheit aus — von A wie Arbeitersport bis Z wie Zauberkünste, Musikästhetik, weibliche Sozialisation, Hamburger Regionalgeschichte, Kirche im Faschismus, Familienrecht, Tanz- und Bewegungskultur. Zweitens aber wirkte die Vielzahl babylonisch, weil sie nicht um zentrale gesellschaftliche Probleme gebaut war. Wie kann Volksuni »die Zusammenhänge und Hintergründe von Umweltkatastrophen, Aufrüstung, Massenarbeitslosigkeit, Frauenunterdrückung und Rassismus« aufdecken — wie es im Hamburger Programmbuch heißt —, wenn es dazu keine Veranstaltungen gibt? »Frieden und Abrüstung« tauchte als eigener Bereich gar nicht mehr auf, die Veranstaltungen zu »Ökologie« (»Ernährung in einer vergifteten Umwelt«, »Dioxin und Saurer Regen in Hamburg«, »Pestizidexporte in die Dritte Welt«) boten engagierten Menschen der Ökologiebewegung kaum Neues und Anregendes. Massenarbeitslosigkeit spielte in dem sowieso arg unterbelichteten Bereich »Arbeit und Gewerkschaft« überhaupt keine Rolle. Das Problem gegenseitiger Blockierungen der Bewegungen griffen einzig die Frauen in zwei Veranstaltungen über patriarchalische Strukturen in Betrieb und Gewerkschaft auf.

Uns scheint, daß nur mit Aufnahme und Verbindung dieser Themen und Fragen Volksuni für viele attraktiv und tatsächlich zum »Treffen der sozialen Bewegungen« werden kann. Auch die Berliner Volksuni ist trotz der wieder steigenden Teilnehmerzahl von diesem Ziel noch ein ganzes Stück entfernt.

Kurt Jacobs, Gerwin Klinger, Gabi Mischkowski (Berlin/West)

Subjekt and Ideology

Internationales Seminar, FU Berlin, 3. bis 6. Oktober

Die neue Berliner Konferenz über Ideologie hatte einige Vorteile, die Konferenzen nur selten haben. Ein solcher Vorteil war eine deutliche Konzentration auf einige dominierende Probleme der Ideologietheorie und -forschung. Die Debatten wurden nicht von einer Menge disparater »papers« oder »statements« gestört. Vor allem konnten die Teilnehmer Stuart Halls und Wolfgang Fritz Haugs Aufsätze über »Marxismus ohne Gewähr« bzw. »Die Camera obscura der Ideologie« diskutieren. Ähnlichkeiten, Verschiedenheiten wie auch Schwierigkeiten beider Aufsätze wurden deutlich hervorgehoben.

Ich selbst bin besonders damit zufrieden, daß der Meinungsaustausch über den Begriff »Dispositiv« so gründlich fortgeführt wurde. Dieser Begriff aus Foucaults »Sexualität und Wahrheit« spielt auch eine wichtige Rolle im PIT. Aber was bedeutet denn eine solche Begriffswanderung von einem »poststrukturalistischen« Ansatz zu einem marxistischen? Wolf Haug hat früher von der Notwendigkeit gesprochen, den Foucaultschen Begriff »auf die Füße zu stellen«. Aber Foucaults Begriff ist nur eine Oberfläche und hat darum weder Kopf noch Füße. Nach Stuart Hall bedeutete Foucaults Begriff einen endgültigen Bruch mit dem Denken, das Begriffspaare wie Basis/Überbau, Wesen/Erscheinung, *langue/parole*, Unbewußtes/Bewußtes etc. anwendet. Aber ist ein solcher Begriff ohne Zentrum und Peripherie mit dem Marxismus vereinbar? — Wolf Haug suchte den Begriff »Dispositiv« zu verallgemeinern und seine ethymologische Bedeutung (die selbstverständlich mit »disponieren« und »Disposition« zu tun hat) hervorzuheben. Aber wird damit der Begriff nicht zu allgemein? Die Debatte wird sicherlich fortgesetzt.

Ähnlich interessant war auch der Meinungsaustausch über das Bewußtsein und das Geistige (oder Mentale) in der Ideologieforschung. — Leider waren nicht alle Sitzungen so einheitlich und problembestimmt. Am leichtesten erinnert man sich an einige Höhepunkte, zum Beispiel Karen Ruoffs statement über den Reaganismus, dessen Kaiser Ronald lediglich nackt sei, aber auch ein wohlbekannter Nudist, oder manche Diskussionsbeiträge der slowenischen Lacanianern Slavoj Zizek und Rado Riha.

Ein anderer Vorteil der Konferenz war die ungewöhnliche Deutlichkeit, mit der die nationalen oder kulturellen Verschiedenheiten der Ideologieforschung deutlich wurden. Für den angelsächsisch-analytisch orientierten Australier Ken Johnston bedeuteten Benjamin und Bloch etwas Neues und Erfrischendes; für seine deutschen Kollegen waren dagegen diese Marxisten *passé* und Ansätze, die bedeutende Ähnlichkeiten mit analytischen, teilweise angelsächsisch geprägten Methoden hatten, das Wichtigste.

Hier öffnen sich frische Möglichkeiten, Plätze zu finden, wo wir uns wirklich begegnen können. Dafür ist es jedoch notwendig, daß auch andere Forschungsgruppen und -projekte und nicht nur das PIT Verantwortung für Organisation und Programm übernehmen. Die Konferenz endete auch mit einigen informellen Diskussionen über die Möglichkeit einer internationalen Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Ideologieprojekten, u.a. in Form von neuen Konferenzen, nicht nur in Berlin, sondern auch anderswo.

Sven-Eric Liedman (Göteborg)

Otto Bauer und der Austromarxismus in historischer und aktueller Perspektive

Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung, Freudenberg, 22. bis 24. Juni 1984

Der Friedensbewegung gab die in die Opposition verwiesene SPD heftige Signale einer Wende ihrer Politik. Hinsichtlich Nicaraguas, das nach der Widerwahl Reagans von einer US-Invasion bedroht ist, wagte man eine solidarische und an die Adresse der USA ungewöhnlich mutige Sprache. Bedeutet dies mehr als nur einen Versuch, den Anschluß nicht zu verlieren? Auf jeden Fall sind es Schritte in die richtige Richtung. Ähnlich steht es — auf ganz andrer Ebne — mit dem hier zu referierenden Seminar. Die Hochburg des Reformismus, wo bestenfalls Bernstein-Nachfolger sich zu treffen pflegten, lud zu einer

Tagung, die sich mit einem wichtigen Stück marxistischer Tradition in der Sozialdemokratie befaßte. Thomas Meyer und Horst Heimann, der erste mehr auf Bernstein, der zweite auf Popper sich beziehend, hatten den sozialdemokratischen Marxisten Detlev Albers zur Planung hinzugezogen. Ein Zeichen dafür, daß Marxisten ihren winzigen und marginalen Aktionsraum in dieser Partei ein wenig ausdehnen können?

Der im Programm angekündigte Peter Glotz hatte sich abgemeldet. Eine Reihe ausländischer Teilnehmer blieben ebenfalls aus. So wurde es ein relativ kleines Seminar. Von der harten Rechten war Norbert Leser vertreten, der in Schwarz/Weiß mehr brüskierte als provozierte. Die liberalere Parteimitte war durch die Historikerin Susanne Müller vertreten, die sich auf die Tradition Leonard Nelsons (»Ethischer Sozialismus«) befaßt. Ihr waren immer wieder ausgezeichnete historische Skizzen zu verdanken. Sie versteckte ihre Verallgemeinerungen hinter dem Kokettieren mit angeblich völliger Unbegabtheit für Theorie. Aber das war die listige Einkleidung ihrer pauschalen Abwehr einer ganz bestimmten Theorie: der marxistischen. Dennoch waren ihre Beiträge auf historischer Ebene stets anregend. Das eigentliche Ereignis für den Berichtersteller bestand darin, daß sich eine Gruppe junger sozialdemokratischer Marxisten um Detlev Albers und die Zeitschrift *spw* mit einer Reihe solider Vorträge zu bestimmten Aspekten des Werks von Otto Bauer auszeichnete (F. Heidenreich, U. Schoeler, G.A. Frei und aus Österreich der ihnen nahestehende Peter Pelinka). Albers' »Versuch über Otto Bauer und Antonio Gramsci« (Berlin/West 1983) bewährte sich als strategisch-theoretisches Fundament. Ein (wenn man ostasiatische Kommunikationsformen und diplomatische Rücksichten bedenkt) erstaunliches »Bündnis« mit den sozialdemokratischen Marxisten kam zustande: in ungewöhnlich klaren Worten unterstützte der bedeutende chinesische Arbeiterbewegungs-Historiker Yin Xuyi diese Gruppe.

Unter historischen Materialgesichtspunkten interessant waren auch die Beiträge von W. Euchner und R. Saage (beide Göttingen), die ein Forschungsprojekt über den Austromarxismus durchführen, wenn auch aus skeptischer Distanz zum Marxismus. — Auf jeden Fall bestätigte sich, daß der Austromarxismus und insbesondere das Werk Otto Bauers eine bei allen kritikwürdigen Aspekten wichtige und noch unausgeschöpfte Traditionslinie darstellt. Aus den überarbeiteten Beiträgen der Tagung wird Anfang 1985 ein Argument-Sonderband zusammengestellt. Wolfgang Fritz Haug (Berlin/West)

Konservatismus in der Strukturkrise

veranstaltet von der Juso-Hochschulgruppe Frankfurt/M.,
Frankfurt/M., 29. Mai bis 2. Juni 1984

Wir stehen immer noch vor einem Rätsel: Wieso ist dieser »rechte Populismus« so attraktiv? Was kann die Linke ihm entgegensetzen? Dies klären zu wollen, hat viele in die Frankfurter Uni gelockt. Die Linke war nicht unter sich, man hatte Konservative zum Streit eingeladen. Aus der Gewißheit, daß »konservativ« gleich »rechts« ist? Immerhin widersprach dieser Auffassung *Feischers* Hinweis auf den Versuch Eplers, Werte- und Strukturkonservatismus zu trennen und damit Widersprüche bei den Konservativen selbst aufzudecken. Dem technokratischen Fortschrittsglauben bei Ausbau des staatlichen Gewaltapparates stehe die ständige Rhetorik gegen den Staat gegenüber. Die Frage sei eben immer: »Wer konserviert was aus welchem Grund für wen?« Genau dieser Schlüsselfrage jedoch ging der gesamte Kongreß viel zu wenig nach.

FAZ-Redakteur *Jürgen Busche* fand das ganze linke Krisengefasel ziemlich öde. »Väter, die mit ihren Kindern nicht zurechtkommen, sprechen von einer Krise der Gesellschaft.« Folglich gebe es keine Krisen, diese seien lediglich von der Linken so stark thematisiert worden, daß nun alle Welt daran glaube. Im Sinne einer self-fulfilling prophecy habe dies zu tatsächlichen Problemen geführt. *Thomas Meyer*, Mitglied der SPD-Grundwertekommission, warf Busche und den Konservativen vor, sie erklärten die

Überbringer der Krisenbotschaft zu Krisenverursachern, »den Seismographen zur Ursache des Erdbebens«. Daß ihnen dies so gut gelinge, hielt Meyer für »das Geheimnis« des konservativen Erfolgs. Busches Vorwurf gegen Ende der Diskussion, die SPD habe doch in den siebziger Jahren das Erbe der deutschen Rechten angetreten mit ihrer »Gleichmacherei« (bis alle Abitur hatten, aber keinem mehr damit der gesellschaftliche Aufstieg offenstand), deutete in vulgarisierter Form an, was dann von Kurt L. Shell und Thomas Schmid eingeklagt wurde: den Konservatismus der Linken zu klären.

In der Arbeitsgruppe »Wie konservativ sind die Gewerkschaften?« blieb die These weitgehend unwidersprochen, die Gewerkschaften seien *strukturell* konservativ aufgrund zweier gemeinsamer Interessen von Gewerkschaften und Unternehmern: 1. das Interesse am Wachstum, das dem Kapital die Akkumulation, den Gewerkschaften die lohnabhängig beschäftigte Basis gewährleistete, und 2. die Aufrechterhaltung des Kapitalismus, ein Interesse der Unternehmer ohnehin und der Gewerkschaften aus organisatorischem Lebensinteresse. (»Wenn es keinen Kapitalismus mehr gibt, brauchen wir auch keine Gewerkschaften mehr.«) Plausibler zumindest als die zweite Interessensidentität war die phänomenologische Erklärung, die Gewerkschaften und der überwiegende Teil der Arbeiterbewegung hätten in den konkreten gesellschaftlichen Umbruchsituationen dieses Jahrhunderts immer auf seiten der konservativen Kräfte gestanden.

Wenn oben vom Streit zwischen Linken und Konservativen (verstanden als Rechten) die Rede war, so läßt sich dies nicht auf das Podium »Ausstieg aus der Lohnarbeit« beziehen. *Joseph Huber* und der Ökolibertäre *Dieter Marcello* (Plakat-Gruppe) standen nicht an, ein gewisses Maß an Übereinstimmung mit dem »erklärten Kapitalisten« *Bethmann* zu bekunden. Das Publikum reagierte empört. Die vorschnelle Zuordnung »häretischer« Linker zur politischen Rechten — dies machte besonders diese Veranstaltung deutlich —, die Freude am »Entlarven«, hat nach wie vor Konjunktur.

Joachim Bell (Marburg)

Beim Podium »Ausstieg aus der Lohnarbeit? — Utopien zur Vergesellschaftung von Arbeit und 'Frei'-Zeit« war Mann sich auf dem Podium tatsächlich relativ einig. Eine Harmonie bestand darin, daß vom »erklärten Anhänger des Privatkapitalismus« von Bethmann über den Gewerkschafter E. Standfest bis hin zu den J. Huber und D. Marcello niemand den Geschlechterwiderspruch, die geschlechtliche Arbeitsteilung, die Trennung öffentlich/privat als zu verändernde Probleme mitdachte. Dies männerbündische Element überlagerte andere mögliche Meinungsverschiedenheiten. So war auch nirgends von Interessen die Rede, geschweige denn von gegensätzlichen. E. Standfest hätte ruhig ein wenig standfester und weniger defensiv seine Vorschläge vortragen sollen: Verkürzung der Wochenarbeitszeit, kombiniert mit einer qualitätsorientierten Wachstumspolitik, die eine Organisation kollektiver Nachfrage nach ökologischen Produkten voraussetze. Die Arbeiter müßten über Investitionspläne bei Produktqualitäten mitentscheiden, war noch in einem Nebensatz zu hören.

v. Bethmann stellte seine Utopie der freien und segmentierten Märkte vor, in denen individuelle Privatleute Angebot und Nachfrage regulieren sollten. Daß dies nicht funktioniere, sei zum Teil Schuld der Kapitalisten selber, da sie sich zu organisierten Großmächten zusammenschließen. Außerdem seien die Arbeitskräfte zu teuer, was zu Arbeitslosigkeit und Inflation führe.

Daß diesen Äußerungen keineswegs heftiger Protest der beiden ökolibertären Redner folgte, sondern vielmehr Huber wie Marcello einmütig ebenfalls der Meinung waren, die Arbeitskräfte seien zu teuer, wurde in großen Teilen des Publikums doch als Skandal empfunden.

Beim Abschlußpodium »Vom Sozialstaat zur Selbsthilfe« wurde deutlich, wie der Begriff *Selbsthilfe* je nach politischer Richtung die allerverschiedensten Assoziationsketten

hervorrufen kann und doch alle so tun, als würden sie über das Gleiche sprechen. So sprach O.v. *Nell-Breuning* gegen die Entmündigung durch den Staat und für eine Hilfe zur Selbsthilfe im Sinne der katholischen Sozialethik. *S. Mosdorf* (SPD) stellte sich hauptsächlich die Frage, wie die SPD durch Selbsthilfekonzeppte ihre Hegemonie stärken könnte. *W. Dettling* (CDU) sprach zunächst apodiktisch davon, daß Demokratie dezentrale Strukturen erfordere: »Niemand hat mir zu sagen, wie ich glücklich werden soll«. Der Sozialstaat gehöre verändert: Neben dem sozialen Netz des Staates sei das »menschliche« Netz *im* Staat (Nachbarschaftshilfe etc.) zu fördern. Neben dieser Forderung nach Reprivatisierung — und damit nach noch mehr unbezahlter Frauenarbeit — kritisierte er das »archaische« Solidaritätskonzept, wie es die Großorganisationen der Arbeiterbewegung hätten. Heute stünden doch nicht mehr alle so gegeneinander. Die öffentlichen Träger sollten sich außerdem gegenüber den sozialen Bewegungen öffnen.

T. Schmid (Freibeuter) führte dann die Vorstellungen einer nicht-expansionsorientierten Selbsthilfepolitik vor, das Konzept der kleinen, überschaubaren sozialen Netze, während *M. Opielka* (Grüne) eher die Richtung der repolitisierenden und antistaatlichen Selbsthilfepolitik vertrat: Über das Verhältnis Sozialstaat und Mensch ohne den Geschlechterwiderspruch und den Klassenwiderspruch zu sprechen, sei ignorant. Auch müßten die Fragen der Interessen, der Dritten Welt, der Umwelt und der Normalität mitgedacht werden. Dringliche Aufgaben seien die Förderung des unterentwickelten Genossenschaftswesens, mindestens müßten Grundrenten/Mindesteinkommen erzielt werden, Abschied von der Hausfrauisierung, den Produktionsprozeß vielleicht auf 40% zurückfahren, kombiniert mit einer qualitativen Veränderung der Produkte.

Von *W. Dettling* war sehr viel zu lernen: Seine Weise der »Anrufung« von Theoriefeindlichkeit, Staatsfeindlichkeit, Individualitätsfreundlichkeit und der Entfremdungsproblematik beantwortete implizit einige Fragen nach der Wirkungsweise von neokonservativem Populismus. — Die Frauenbewegungen kamen bei diesem Kongreß auf den Podien nicht vor — weder personell noch die von ihnen thematisierten Fragen. Reicht es, weiterhin solche Kongresse zu boykottieren und eigene Frauenkongresse zu veranstalten?

Birgit Jansen (Marburg)

Frauen in Gesellschaft und Kultur der USA: Neue Ansätze in den Amerikastudien

31. Wissenschaftliche Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Amerikastudien (DGfA), 12. bis 15. Juni 1984 in Berlin/West

Amerikastudien entstanden nach dem zweiten Weltkrieg zu dem Zweck, die weltpolitische Führungsrolle der USA durch Erforschung des »American exceptionalism« in Gesellschaft und Kultur akademisch zu untermauern. Das erklärt den euphorischen Grundton der Begrüßungsreden von Senatsvertreter Schuster und FU-Präsident Heckelmann: es gelte, »verbindende Grundwerte wieder stärker ins Bewußtsein zu rufen« etc. Auch das Thema fand Gefallen, denn Frauen gebühre als »bedeutender Gruppe« das Recht, wissenschaftlich erforscht zu werden. Mit indirektem Bezug auf die aktuelle Fehde zwischen Senat und Otto-Suhr-Institut der FU, bei der es um die Einrichtung eines Lehrstuhls für Frauenforschung geht, nutzte man(n) jedoch die Gelegenheit, die Frauenstudien hierzulande in ihre Schranken zu weisen: allzuoft sei »eine die mangelnden Detailkenntnisse überlagernde Emotionalität« zu beklagen (Heckelmann). Unsachlich und emotional verhielten sich aber, so zeigte der Verlauf der Tagung, lediglich einige Herren, angefangen mit Heckelmann selbst, der trotz zunächst zur Schau gestellter Liberalität gegenüber einigen anwesenden OSI-Studentinnen diese schließlich in schlechter alter patriarchalischer Manier durch eine Drohung mundtot machte.

Warum Frauenforschung Politiker und Wissenschaftler häufig in die Defensive treibt, zeigten die informationsreichen Plenumsvorträge, die auf unterschiedlichem theoretischen Niveau den gesellschaftskritischen Charakter der Women's Studies betonten. Et-

was sehr optimistisch meinte Carolyn Ellis in ihrem Referat über Stand und Perspektiven der amerikanischen Frauenbewegung der 80er Jahre, Frauen könnten aufgrund ihrer Sozialisation zur Fürsorglichkeit (»ethic of care«) »das Antlitz Amerikas« verändern, wenn sie sich die entsprechenden Machtpositionen erkämpft hätten. Die Juristin nahm das Gleichheitsversprechen des »American Dream« beim Wort und plädierte dafür, Frauen unter Ausschöpfung des Rechtsweges berufliche und politische Aufstiegsmöglichkeiten zu verschaffen. Dagegen stellte Alice Kessler-Harris, die über Women's History sprach, gerade den für das amerikanische Selbstverständnis so zentralen Erfolgsmythos in Frage, da er auf der Ausgrenzung der Frauen aus dem Bereich der Öffentlichkeit beruhe. In dem theoretisch anspruchsvollsten und spannendsten Vortrag der Tagung erläuterte sie zunächst die institutionelle Entwicklung der Women's History in den USA; die Tatsache, daß sie selbst als Delegierte des Frauenausschusses der renommierten American Historical Association anreiste, ist Indiz für deren Fortgeschrittenheit. Nach einer Formulierung grundlegender methodischer Prämissen beschrieb sie die Wissenschaftsgeschichte des Fachs als Prozeß logisch aufeinanderfolgender Fragestellungen. Einer ersten Phase der »Ausgrabung« berühmter Frauenfiguren (1969-71) sei eine Phase der moralischen Entrüstung über den Opferstatus von Frauen gefolgt (1972-75); danach sei Frau dazu übergegangen, parallel zur Geschichte der Männer (*history*) eine Geschichte der Frauen (»herstory«) als aktive Teilnehmerinnen am Geschichtsprozeß zu rekonstruieren. Seit 1980 werden neben dieser empirisch-kompensatorischen Tätigkeit aber auch grundlegende theoretische Fragen gestellt: Inwieweit funktioniert das System der Geschlechterrollen als Mechanismus sozialer Kontrolle, der die Ausübung direkter Gewalt überflüssig macht? Durch welches Verhältnis dominant-patriarchaler Kultur und weiblicher Subkultur ist eine jeweils konkrete Geschichtsepoche bestimmt? Wie wird weibliche Sexualität direkt durch staatliche Maßnahmen und indirekt durch Symbolsysteme kontrolliert, und welche Auswirkungen hat das auf gesellschaftliche Machtverhältnisse allgemein? Zentral für diese Konzeptualisierungsversuche weiblicher Erfahrungen sei die Einführung der Kategorie »Geschlecht«. Eine Geschichtsschreibung, die darauf verzichtet, liefere ein ähnlich verzerrtes Bild historischer Prozesse wie eine, die ohne den Klassenbegriff arbeite. Daraus folge, daß women's history keine bloße Ergänzung sein könne, sondern in der Tat alle bisherigen Ergebnisse der Geschichtsschreibung radikal in Frage stelle.

Um eine Revision bisheriger Forschung ging es auch in dem Vortrag von Fritz Fleischmann über feministische Literaturkritik und Fragen des literarischen Kanons. Er verwies ideologiekritisch auf die implizit politische Begründung ästhetischer Kriterien und plädierte für ein Bekenntnis zu Parteilichkeit. Während die Forderung nach »mainstreaming« und einem entsprechenden Paradigmenwechsel in den Grundkonzepten der Einzelwissenschaften im Mittelpunkt der Plenumsvorträge stand, bewegte sich die Diskussion in den zahlreichen Workshops noch überwiegend auf der empirischen Ebene. Neben einem historischen, einem politologischen, einem linguistischen und einem medienwissenschaftlichen Workshop gab es insgesamt fünf vorwiegend thematisch orientierte Arbeitsgruppen, die sich mit Literatur befaßten. Ein spezifisch feministisches Theoriekonzept fehlte; die Literaturtheorie der französischen Poststrukturalistinnen, die inzwischen immerhin an den Englischabteilungen einiger amerikanischer Universitäten rezipiert wird, hat sich offenbar noch nicht bis zu den Amerikanisten herumgesprochen. Ansatzweise machte dieses Defizit Jane Flax auf der Abschlußveranstaltung wett: sie versuchte, den feministischen Theoriediskurs in den Zusammenhang postmoderner Philosophie einzuordnen und warnte davor, bei der Arbeit mit der Kategorie »Geschlecht« den Dualismen der Aufklärung zu verfallen, die die Funktion hätten, den patriarchalen Status quo zu legitimieren.

Insgesamt wurde auf der Tagung versucht, den — vorwiegend männlichen — Mitglie-

dem der DGfA Methoden und Zielsetzung von Frauenstudien nahezubringen. Das war auch bitter notwendig, wie die doch recht befremdliche Reaktion einiger Herren zeigte. Ein Regensburger Literaturprofessor zerriß stillschweigend die Einladung zu einem Frauenfest, die durch die Arbeitsgruppen gereicht wurde. In der AG Geschichte glänzten die meisten Professoren durch Abwesenheit; dafür unterhielt ein Berliner Politologe die Linguistik-AG mit endlosen Betrachtungen aus seinem bilingualen Alltag. Als nämlich Herr auf der abschließenden Podiumsdiskussion die Gretchenfrage stellte, ob es Frauenstudien nicht *doch* an wissenschaftlicher Objektivität gebreche, konnte Kessler-Harris gelassen-amüsiert zurückgeben, er habe auf der Tagung offensichtlich gefehlt. Ihre selbstsichere Reaktion war exemplarisch, denn — so hatte die Tagung hinreichend bewiesen — mangelnde Wissenschaftlichkeit brauchten die Feministinnen sich wahrhaftig nicht vorwerfen zu lassen.

Yvonne Loritz (Berlin/West)

Frauen und Schule — Verhinderungen, Veränderungen, Forderungen

veranstaltet von der AG »Frauen und Schule« im Verein sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen e.V., 8. bis 11. Juni 1984 in Berlin/West

Über 200 Frauen trafen sich auf dieser dritten Fachtagung: Lehrerinnen, Mütter, Erzieherinnen, Schulforscherinnen, Studentinnen, Referendarinnen, Psychologinnen und viel zu vereinzelt Schülerinnen. Die Veranstalterinnen waren bei ihrem Versuch, staatliche Finanzmittel für die Organisation zu bekommen, abgewiesen worden; schließlich sprangen Netzwerk/Golddrausch mit Darlehen und Zuschüssen ein.

Es gab Vorträge und Diskussionen im Plenum und in AGs, außerdem Workshops, in denen Formen der Selbsterfahrung erprobt wurden, ein als sinnvoll empfundener Bestandteil der Tagung. Das Beiprogramm umfaßte die Ausstellung »Zur Geschichte des Lehrerinnenberufes«, eine Curriculumbörse zum Austausch einschlägiger Unterrichtsmaterialien, Filmvorführungen und Büchertisch.

Der Einführungsvortrag thematisierte die Zwänge, die die Schule Schülerinnen, Müttern, Lehrerinnen, Sozialpädagoginnen auferlegt. Es entstünden Situationen, die als *double-bind* beschrieben wurden und — wiewohl von Schule und Gesellschaft erzeugt — in ihrer Konsequenz als private Konflikte empfunden und ausgetragen würden. Als Beispiel für die konfligierende Aufspaltung der Frauenrealität sei die Lehrerin mit schulpflichtigen Kindern genannt: Als Lehrerin für ihre Arbeit in der Schule bezahlt, fordert sie von andern Müttern unbezahlte Arbeit für die Schule und leistet sie selbst an den eigenen Kindern. Die Schulzuweisung an die Schule wurde in der anschließenden Diskussion relativiert. Andere Funktionen der Hausaufgaben kamen zur Sprache: Sie ermöglichen den Müttern/Eltern Kontrolle ihrer Kinder, bieten isolierten Hausfrauen die Chance, am außerhäuslichen Geschehen teilzunehmen, dienen vor allem aber als Mittel, dem Kind — insbesondere dem Sohn — zu einer angesehenen beruflichen Stellung zu verhelfen. All diese Aspekte gelten für Mittelschichtfrauen. Die Orientierung an diesen überwog, so daß Probleme von Unterschichtfrauen im Zusammenhang mit Schule — etwa die wachsende Entfremdung zwischen Mutter und Kind durch dessen intellektuelle Überlegenheit — kaum Beachtung fanden, eine Problematik, die in weiteren Tagungen berücksichtigt werden sollte.

Bei der in einem andern Vortrag diskutierten Frage, wie Frauen sexuellen Kränkungen in der Schule begegnen könnten, forderte die Referentin bewußte Parteinahme für die Schülerinnen und Kolleginnen und für sich selbst anstelle der verbreiteten Praxis, Betroffenheit zu verdrängen und den sexuellen Problemen der attackierenden Schüler Verständnis entgegenzubringen.

Aus der Vielfalt der Themenschwerpunkte in Vorträgen und Arbeitsgruppen seien hier einige genannt: Arbeitslosigkeit von Lehrerinnen, Gewerkschaftsarbeit, Lesbisch-

sein in der Schule, selbstorganisierte feministische Frauenbildung, weibliche Identität, feministische Pädagogik, Geschichte des Lehrerinnenberufs.

Darüber hinaus wurden einzelne Schulfächer, ihre Lernziele und ihre Unterrichtsmaterialien kritisch unter die Lupe genommen, wobei einmal mehr desolate Zustände beklagt werden mußten. Interessant die historische Herangehensweise an die sexual- und klassenpolitische Rolle eines Schulfachs, des vielbelächelten Handarbeitsunterrichts, im 19. Jahrhundert. Wie der gemeinsamen berufsorientierten Unterweisung von Jungen und Mädchen durch die Konkurrenz der englischen Industrietextilien ein Ende gesetzt wurde; wie die Arbeitertochter — nicht mehr zur Arbeiterin, sondern zur Frau eines Arbeiters bestimmt — Stopfen und Strumpfanstricken zu lernen hatte, ihr aber keine Übergriffe in das Gebiet des Stickens und Spitzenhäkelns der Bürgerfrauen gestattet waren; wie nicht nur der letzteren Hände, sondern auch ihre Gedanken domestiziert wurden, indem bei den Nadelarbeiten französische Konversation getrieben wurde und so der gefährlichen Neigung des Geistes, sich in subversiven Gefilden zu tummeln, entgegengewirkt wurde; all dies warf ein Licht auf Zusammenhänge, die die Geschichtsschreibung bisher im Dunkel belassen hatte.

Am Ende der Tagung kamen wir zu dem Schluß, daß die Beiträge Gefahr liefen, in eine Sackgasse zu geraten — vor allem der Täter/Opfer-Kategorie —, wenn sie von anderen gesellschaftlichen Machtverhältnissen zugunsten des Geschlechterverhältnisses völlig abstrahierten. Interessant und weiterführend waren die Beiträge, die konkret blieben, die geschichtliche Gewordenheit der Verhältnisse nicht aus den Augen verloren und die je eigene Teilhabe der Frauen an den Prozessen und den heutigen Strukturen — sei es durch Tun oder Unterlassen — einbezogen.

Helene Decke-Cornill und Claudia Franke (Berlin/West)

Education for Liberation

Internationales Symposium mit ANC/Südafrika, SWAPO/Namibia und F.Polisario/Westsahara. Übersee-Museum Bremen, 24. bis 27. April 1984

Der 100. Jahrestag der Berliner Afrika-Konferenz, die die koloniale Aufteilung Afrikas besiegelte, stellte das Treffen europäischer Solidaritätsbewegungen und Erziehungswissenschaftler mit afrikanischen Befreiungsbewegungen und Bildungsexperten vor die Aufgabe, Entkolonisierung als Ziel zu bestimmen, das beide Seiten betrifft. Bremen war nicht zufällig der Ort für die erste gemeinsame Konferenz von SWAPO, ANC und F. Polisario. Von Bremen startete 1883 der Kaufmann Lüderitz, um über betrügerische Verträge große Ländereien zusammenzuraffen, die Monate später als Kolonie Südwestafrika (heute: Namibia) unter deutsche »Schutzherrschaft« gestellt wurden. Noch heute künden Straßen und Denkmäler von der kolonialen Vergangenheit der Hansestadt. Der Widerstand, auf den in den siebziger Jahren Aktionen zur Umbenennung der Lüderitzstraße stießen, zeigte, daß sich die hiesige Solidaritätsbewegung nicht mit humanitären Aktionen begnügen kann: Entkolonisierung muß auch hier stattfinden. Einige Wissenschaftler der Universität Bremen hatten daraufhin Kollegen vom UNO-Institut für Namibia (in Lusaka/Sambia) um Zusammenarbeit bei der Produktion von Schulbüchern und anderem Bildungsmaterial gebeten, das (nach dem Vorbild der deutsch-polnischen Schulbuchkonferenzen) eine neue, nicht mehr einseitige Sicht der kolonialen Vergangenheit und ihrer aktuellen Folgen vermitteln sollte. Im Gegenzug baten die Namibier ihre deutschen Kollegen um Mitarbeit bei der Herstellung von Schulbüchern für ein künftig unabhängiges Namibia. Als Defizit wurde aktuell das Fehlen sozial- und landeskundlichen Materials für den Unterricht in den Flüchtlingslagern empfunden. Das aus dieser Zusammenarbeit entstandene Kooperationsprojekt »Politische Landeskunde Namibias« konnte zum Bremer Symposium die beiden ersten Bände einer geplanten Reihe von Bildungsmaterialien vorlegen: »Our Namibia«, ein Buch für den landes- und sozial-

kundlichen Unterricht von namibischen Schülern; und »Lernbuch Namibia«, das für hiesige Erwachsenenbildung und den Unterricht an der Sekundarstufe gedacht ist (Autorin: Helgard Patemann; erschienen im Peter Hammer Verlag, Wuppertal). Großen Beifall gab es, als der Bremer Kultursenator Franke noch während des Symposiums dieses Buch offiziell für den Gebrauch an Bremer Schulen als »zugelassen und empfohlen« erklärte. Das ist keineswegs selbstverständlich: Das »Lernbuch Namibia« begnügt sich nicht mit Schilderungen kolonialer Vergangenheit. Es zeigt die Interessen- und Geistesverwandtschaft zwischen früheren Kolonialherren und heutigen Ausbeutern (z.B. namibischen Urans), zwischen der Mentalität kolonialer Völkermörder und heutiger Erklärungen staatlicher und kirchlicher Stellen zum »friedlichen Übergang in die Unabhängigkeit«, die immer wieder die Parteinahme für den Befreiungskampf verhindern.

Anders als in vielen »rein wissenschaftlichen« Konferenzen wurden auf dem Symposium Konflikte nicht heruntergespielt. Ein Vertreter des ANC formulierte es so: »Ihr sitzt in einem Zug, der seit der Kolonialgeschichte in dieselbe Richtung fährt. Was ihr tut, ist bremsen. Das muß jedoch weitergehen, bis der Zug steht und seine Richtung ändern kann.« In der Abschlußerklärung wurde daher die politische, wirtschaftliche und militärische Unterstützung der USA, Frankreichs, Englands und der Bundesrepublik für die neuen Kolonialmächte Marokko und Südafrika verurteilt und zu wirksamen Boykottmaßnahmen aufgerufen. Doch anders als in vielen »rein politischen« Veranstaltungen wurde auch intensiv über Bildung gesprochen. So ging es in einer Arbeitsgruppe um Strategien einer »Entkolonisierung im Klassenzimmer«, die dort beginne, wo der ideologische Zusammenhang von männlichem Überlegenheitsdenken und rassistischer Mentalität erkannt und bekämpft wird. Es wurde insgesamt betont, Bildung könne Rassismus und die Benachteiligung von Frauen fördern oder reduzieren; über Ausschluß oder Beteiligung breiter Volksschichten an der Umgestaltung ihrer Lebensverhältnisse werde auch bildungspolitisch entschieden. So wurde der Zusammenhang von alternativer Bildung und politischer Befreiung betont. Die drei Befreiungsbewegungen erklärten, sie wollten die historische Übergangsphase zur Unabhängigkeit nutzen, um die »weltweit etablierten formalen Bildungssysteme zu überprüfen und zu verändern«. Die Wege dazu sind sehr unterschiedlich. Während die Polisario die Kolonialsprache Spanisch und die Beschäftigung ausländischer Lehrer (auch algerischer!) ablehnt, da sie die kulturelle Identität des sahrauischen Volkes gefährdeten, hat die SWAPO Englisch als Nationalsprache gewählt und heißt solidarische Mitstreiter willkommen. Es gibt kein Patentrezept für Bildung, erklärten die afrikanischen Kollegen übereinstimmend — aber es gibt gemeinsame Ziele einer »Erziehung zur Befreiung«. Sie reichen von der Beseitigung aller Formen von Rassismus, Kolonialismus und Neokolonialismus (einschließlich der Aufhebung von Benachteiligungen nach Herkunft und Geschlecht) bis zur vollen Entfaltung individueller Fähigkeiten und Kreativität. Daß dies nicht idealistische Ziele im Sinne europäischer Pädagogik bleiben dürfen, war die eine Botschaft der afrikanischen Befreiungsbewegungen an europäische Bildungsarbeiter. Die andere war, daß der Einsatz für diese Ziele hier als willkommene Unterstützung des Befreiungskampfes in Afrika gelten darf.

Traugott Schöfthaler (Berlin/West)

Conditions of Educational Research With and In Developing Countries

Britisch-deutsch-niederländische Konferenz, Institute of Development Studies der University of Sussex, Brighton, 9. bis 13. April 1984

Forschung über die recht einseitigen Beziehungen zwischen den Industriestaaten und der Dritten Welt im Bildungssektor ist der gemeinsame Nenner britischer, bundesdeutscher und niederländischer Komitees, in denen sich einige hundert Soziologen, Psychologen, Politologen und Erziehungswissenschaftler regelmäßig zusammenfinden. Eine gemeinsame Konferenz sollte Prioritäten und Standpunkte klären.

Das von den britischen Kollegen formulierte »mit und in«-Thema sorgte hinreichend für Zündstoff in Debatten um moralische Berechtigung und Verpflichtung von Dritter-Welt-Forschung. Die Vertreter der computerisierten Großforschung hielten den »Moralisten« vor, sie würden mit ihrer Bevorzugung von qualitativen und kleineren Studien den Kollegen aus der Dritten Welt die Möglichkeit nehmen, Anschluß an die Standards empirischer Sozialwissenschaft zu finden. Die »Moralisten« wehrten sich mit dem Argument, Großforschung sei den Interessen der Geldgeber (z.B. Weltbank) ausgeliefert und könne daher nicht auf abweichende Interessen der »Betroffenen« eingehen. Nicht ganz in das einfache Interessenschema paßten die immer wieder zitierten Ergebnisse der seit zwanzig Jahren in 35 Ländern (davon 9 aus der Dritten Welt) durchgeführten Großforschung zur Untersuchung von Schulleistungen, die von einer eigens gegründeten internationalen Vereinigung koordiniert wird: Danach erklärt weltweit soziale Herkunft besser als die Qualität der Schule den Schulerfolg. Solche niederschmetternden Thesen wurden inzwischen durch Analysen der Weltbank korrigiert, die belegen, daß in Entwicklungsländern die Schule immer noch einen größeren Beitrag zum Ausgleich von Herkunftunterschieden leisten kann als in Industrieländern. Mit zunehmender Industrialisierung und Klassenbildung verflachten vermutlich solche Schuleffekte. Das stärkste Argument gegen die Dominanz der Großforschung lieferte Wim Hoppers aus Den Haag: Während die von Rio über Lagos nach Manila ziehenden ILO-Wissenschaftler das gewünschte Resultat erzielten, nämlich daß der »informelle« ökonomische Sektor noch große Ausbildungskapazitäten für arbeitslose Jugendliche habe, konnte Hoppers in Lusaka nachweisen, daß ein- und dieselbe kapitalkräftige Gruppe den offiziellen wie den informellen Wirtschaftssektor beherrscht und daher eine Stützung des letzteren nur zu Umschichtungen führen, aber keine neuen Arbeits- und Ausbildungsplätze schaffen würde. In einer Plenumsveranstaltung kritisierten sechs Kollegen aus Drittweltländern die »Söldner-Mentalität« vieler europäischer und nordamerikanischer Wissenschaftler. Die Schilderung ihrer Arbeitssituation, ihrer nahezu vollständigen Abhängigkeit von ausländischen Finanzen und Veröffentlichungsmöglichkeiten ließ den Streit der europäischen Konfliktparteien für einige Zeit verstummen. Wenn die Ungleichheit zum Thema wird, trägt der Streit zwischen Moral- und wissenschaftlichen Standards nicht mehr. Immerhin wurde Konsens darüber erzielt, daß die Konzentration der Forschung auf Probleme wie Benachteiligung der Frauen, Landbewohner und Minoritäten notwendig sei. Die Debatte über solche Probleme, die überall ansteht, wurde als der wichtigste Beitrag der Wissenschaftler zur Verringerung des Ungleichgewichts angesehen. Weitere gute Argumente gegen den missionarischen Eifer der »Entwickelten« brachte der von einer britischen Gruppe produzierte Film »The Diploma Disease« (die »Zensurenkrankheit«). Nahezu identische Symptome einer kranken Schule wurden in ganz unterschiedlichen Ländern wie Mexiko, England, Japan und Sri Lanka aufgespürt: Als Folge verschärfter Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt wird die per Zeugnis bescheinigte Leistung überall höher bewertet als die tatsächlich erworbene Qualifikation; daher rangieren Konfliktvermeidungs- und Anpassungsstrategien deutlich vor Originalität und Neugier unter den wichtigsten Schuleffekten. Beeindruckend waren die Bilder von Massenveranstaltungen zum Einpacken von Prüfungswissen, die private Geschäftemacher in Japan und Sri Lanka anbieten, ähnlich wie hierzulande die Repetitoren bei Jurastudenten. Nach diesem Film war klar, daß sich die nächste Konferenz in Amsterdam (Dezember 1985) auf Arbeitslosigkeit und außerschulische Programme konzentrieren soll. Auch soll alles getan werden, um mehr Geld für die Einladung von Wissenschaftlern aus der Dritten Welt zusammenzubekommen.

Traugott Schöfthaler (Berlin/West)

Luigi Nono

Vortrag mit Klangbeispielen von Ebba Schirmacher und Olaf Hasselblatt. *Argumente-Laden* Hamburg, 12. Juli 1984

Schon im letzten Heft hatten wir auf Veranstaltungen des »Argumente-Ladens« in Hamburg aufmerksam gemacht. Der folgende Bericht schildert Thema und Effekte eines solchen genußvollen Lernabends und regt vielleicht zu ähnlichen Aktivitäten in anderen Städten an. Die Red.

Als Einstieg — es wurden nur die vertonten Texte verteilt — ließen Hasselblatt und Schirmacher eine Komposition Luigi Nonos, die »fabbrica illuminata« (1964), erklingen. Diese teilweise extrem geräuschhafte Komposition stellte die Zuhörer/innen vor die üblichen Verständnisprobleme neuer Musik: ein Durcheinander und Übereinander verschiedener Stimmen von Chor, Solosopran und Fabrikgeräuschen, das erschreckend, teilweise bedrohlich wirkte. Daß es dabei um die Arbeitssituation in einer Fabrik ging, war kaum erahnbar, hätte man nicht wenigstens die Texte gehabt. Aus sich heraus ist diese Musik nicht »verständlich«. Es bedarf einer historischen Einordnung und des Wissens über Anlaß und »Inhalt« der Musik als Hörstütze.

Hasselblatt führte anhand von Klangbeispielen von Mozart über Schuman, Debussy, Schönberg bis Stockhausen und Nono vor, wie die Komposition Nonos in der Entwicklung und Erweiterung der Klanglichkeit in der Musikgeschichte steht. Er zeigte, wie das »tonale Zentrum«, das bei Mozart noch unangefochten regiert (alle Klänge, Harmonien lassen sich in seiner Musik funktional auf die Grundtonart beziehen), immer mehr an Einfluß verliert, die Klänge sich emanzipieren bis zur völligen Gleichberechtigung aller Töne in der Zwölftontechnik Schönbergs. Und weiter, wie die Darmstädter Schule um Stockhausen, Boulez und Nono sich daran machte, auch die übrigen Komponenten des Tones (Dauer, Lautstärke, Klangfarbe etc.) einer der Zwölftontechnik analogen Reihung zu unterwerfen (serielle Musik).

Nonos weitere Entwicklung: der Weg eines Komponisten, der sich vom Materialfetischismus, der unkritischen Verwendung neuester Kompositionstechniken lossagt, weil er zunehmend gesellschaftliche Verantwortung spürt.

Wie Nono dies im einzelnen umsetzt, führte Schirmacher anhand der »fabbrica illuminata« vor. Sie erläuterte Anlaß und Widmung der Komposition — Nono komponierte das Stück für die Arbeiter einer italienischen Rüstungs- und Metallfabrik anläßlich eines Streiks für bessere Arbeitsbedingungen — und führte die Gliederung vor, indem sie das Stück in einzelnen Abschnitten noch einmal vorspielte. Dabei machte sie machte nachvollziehbar, wie differenziert Nono verschiedene Ebenen, z.B. die Fabrik als Produktionsort für Waffen und als Ort unmenschlicher Arbeitsbedingungen, in Musik übersetzt.

Anschließend Diskussion: Wie etwa ist der Schluß der Komposition zu deuten (der Sopran singt unbegleitet Verse von C. Pavese, die eine Hoffnung auf eine bessere Welt aussprechen)? Ist diese zarte Gesangslinie nach den harten Klängen nicht zu optimistisch, indem mit einer einfachen Melodie die Wirklichkeit aufgehoben und eine sozialistische Perspektive eröffnet wird? Andere meinten, dieser Schluß könne gar nicht die Realität vergessen machen, er setze ihr nur etwas entgegen, einen »Vorschein« auf eine bessere Zukunft.

Wie ein roter Faden zog sich das Problem der Hörhaltung durch die Diskussion. Die meisten von uns waren gewohnt, Musik als Sekundärmedium zu benutzen. Jetzt mit Musik konfrontiert zu werden, die konzentriertes Zuhören abfordert, verlangte eine Umstellung des Üblichen. Es wurde deutlich, daß wir auch für das Verstehen von Musik Wissen brauchen, damit nicht die neuere Entwicklung uns verschlossen bleibt; wir leben »musikalisch noch auf den Bäumen«, wie es ein Teilnehmer drastisch formulierte.

Fazit: Es hat Spaß gemacht, unter Anleitung ein Stück zu »knacken«, das wir uns al-

lein nicht zugetraut hätten. Diese Hinführung zur Hörbarkeit neuer Musik hat den Mythos des Unverständlichen, Abweisenden der Avantgarde-Musik abgebaut und Appetit auf mehr gemacht.

Argumente-Laden-Kollektiv

(Die Adresse der Referenten ist über die Redaktion oder den Argumente-Laden in Hamburg, Rappstr. 2, Hamburg 13, Tel. 040/44 38 71, zu erfahren)

Kongreßankündigungen

Symposium »Perspektiven der Sozialversicherung und ihrer Finanzierung«

6. bis 8. Dezember 1984 in Hamburg

Referate und Arbeitsgruppen u.a. zu Funktion und Grenzen der Beitragsfinanzierung, Finanzierung der Arbeitsmarktverwaltung, der Rentensicherung. Teilnehmerkreis: Wissenschaftler, Politiker, Verbandsvertreter. Ort: Haus der »Patriotischen Gesellschaft von 1765«, Trostbrücke 6 (Saaleingang), 2000 Hamburg 11. Informationen/Anmeldung: Hochschule für Wirtschaft und Politik, Von-Melle-Park 9, 2000 Hamburg 13. Tel. 040/41 23 27 90 (Dr. Koch) und 040/41 23 35 69 (Prof. Dr. Bieback).

3. internationale Ferienuniversität Kritische Psychologie:

»Geschichte und Kritik der Psychoanalyse«

25. Februar bis 2. März 1985 in Innsbruck/Österreich

Mo., 25.2.85 *K. Holzkamp* (Berlin/West),

Zur Stellung der Psychoanalyse in der Geschichte der Psychologie

Di., 26.2.1985 *M. Markard/G. Minz* (Berlin/West), Theorie der frühen Kindheitsentwicklung

Mi., 27.2.85 *K. Wetzel* (Marburg), Theorie der jugendlichen Persönlichkeitsentwicklung

Do., 28.2.85 *O. Dreier* (Kopenhagen), Grundfragen der Psychotherapie in der Psychoanalyse und der Kritischen Psychologie

Fr., 1.3.85 *U. H.-Osterkamp* (Berlin/West),

Subjektive Rezeptionsbedingungen psychoanalytischer Auffassungen

Sa., 2.3.85 *K.-H. Braun* (Marburg),

Die Entwicklung der marxistischen Kritiken an der Psychoanalyse

Die Teilnahme an der Ferienuniversität ist kostenlos: u.U. wird um Spenden gebeten. Eine *Anmeldung* ist in jedem Falle *erforderlich*. Diese ist zu richten an das Organisationsbüro Kritische Psychologie, c/o Reinhard Wibmer, Gumpstr. 6, A-6020 Innsbruck. Zur Vorbereitung können dienen: die Berichtsbände der 1. und 2. Ferienuniversität (*K. Wetzel* (Red.), *Karl Marx und die Wissenschaft vom Individuum*, Marburg 1983; *K.-H. Braun/G. Gekeler* (Hrsg.), *Objektive und subjektive Widersprüche in der Sozialarbeit/Sozialpädagogik*, Marburg 1984). Beide Bände können zum Vorzugspreis von 12 DM bestellt werden beim Verlag Arbeiterbewegung und Gesellschaftswissenschaft, Rosenstr. 12/13, D-3550 Marburg.

5. überregionale Workshoptagung der Deutschen Gesellschaft für Verhaltenstherapie e.V. (DGVT)

27. Februar bis 1. März 1985 in den Räumen der Universität Tübingen

Ca. 60 Workshops zu allen Bereichen der Berufspraxis, dazu Arbeitsgruppen und zentrale Veranstaltungen z.B. Fortbildung von Verhaltenstherapeuten. *Anmeldung* (bis 18. Januar 1985) und *Information*: DGVT-Geschäftsstelle, Friedrichstr. 5, Postfach 1343, 7400 Tübingen, Tel. (07071) 32697.

Besprechungen

Philosophie

Schweppenhäuser, Gerhard, Dietrich zu Klampen, Rolf Johannes (Hrsg.): Krise und Kritik. Zur Aktualität der Marxschen Theorie. Verlag Dietrich zu Klampen, Lüneburg 1983 (132 S., br., 9,80 DM)

Das Verdienst der Beiträge dieser Publikation besteht nach Meinung der Herausgeber im Aufweis der ungebrochenen Aktualität der Marxschen Theorie, ohne die »die spätkapitalistische Gesellschaft nicht zum ungeminderten Bewußtsein über sich selbst zu gelangen« vermag (131). Das ist — der verwaschenen Formulierung zum Trotz — ein akzeptabler Maßstab zur Beurteilung der einzelnen Aufsätze: Was leisten sie, um die Lebensfähigkeit des Marxschen Werkes zu demonstrieren? Die Antwort ist einfach: sie halten an der historisch fixierten Gestalt der Theorie fest, während sie zugleich deren (wie immer problematische) Umsetzung in Praxis entweder gar nicht reflektieren oder für gescheitert erklären. So konfrontiert etwa Wolfgang Pohrt (»Vernunft und Geschichte bei Marx«) den »penetranten Wissenschaftler« mit dem »revolutionäre(n) Schreibtischsubjekt« Marx (9), das die Revolution als Prämisse braucht, um das Kapitalverhältnis als vernünftiges nachweisen zu können. Da jene bis jetzt nicht eingetreten ist, mußte der Wissenschaftler Marx scheitern und mit ihm »die vernünftige Begründung der Revolution« (13). Eben dies Scheitern macht die Marxsche Theorie wertvoll, an ihr ist festzuhalten, »wenn die Menschheit sich in der Revolution tatsächlich zum Subjekt konstituieren soll, welches mit Willen und Bewußtsein seine Geschichte macht« (13f.). Credo quia absurdum: so kann man sich natürlich auch aus der Affäre ziehen, die weder durch die inflationäre und inkonsistente Benutzung des Wörtchens »Logik« delikater wird, noch durch die Behauptung, Geschichte werde vernünftig erst durch die Existenz des Kapitalverhältnisses in seiner Beziehung zur Revolution.

Ist die theologische Beziehung Pohrts zu Marx eher verdeckt, so behauptet Christoph Türcke (»Über die theologischen Wurzeln der Marxschen Kritik«) ganz offen: »Der ungeheure Vernunftanspruch, der hinter dieser Theorie steht, wäre ohne ein theologisches Kraftzentrum nicht denkbar.« (16) Dies Zentrum, die objektive Bedingung der Marxschen Kritik, findet Türcke sinnigerweise »in der alten jüdischen Theologie« (23). Deren Erlösungsgedanke wird von Marx transformiert in die Kritik der kapitalistischen Produktionsweise, deren säkularisierter Gott das Kapital ist und deren Krisen den Zorn dieses Gottes signifizieren. So ist Marx' Kapitalkritik Religionskritik (vgl. 28), in ihr hält Marx der Theologie die Treue. Türcke wiederholt im Grunde eine alte Figur bürgerlicher Marx-Kritik, wendet sie nur ins Positive; ein verzweifelter Versuch, nicht Marx, sondern die Theologie zu retten, und sei's in ihrer negativen Gestalt. Wir konzedieren, daß das immerhin origineller ist als der postulatorische »wissenschaftliche Atheismus« der Orthodoxie. — Einfach macht es sich Friedrich-Wilhelm Pohl (»Krisentheorie und Krisenbewußtsein«), der — nach einem oberflächlich-arroganten Rundschlag gegen die alternativen Bewegungen — uns folgende Neuigkeit mitteilt: »Zur Krise selbst muß ein ihr angemessenes Krisenbewußtsein hinzutreten, das nicht selbst wieder nur Symptom der Krise ist.« (35) Anstatt aber nun zu verraten, wie jenes zustandegebracht werden kann, begnügt er sich damit, Wert- und Krisentheorie des »Kapital« zu referieren, um zum Ende festzustellen, die Marxsche Theorie sei der Versuch gewesen, den Menschen das Bewußtsein der Krise zu geben »und mit ihm den adäquaten Begriff der modernen Gesellschaft. Er ist ihr nach wie vor angemessen, auch wenn jede historische Perspektive verstellt erscheint, es nicht beim Bewußtsein bewenden zu lassen.« (51) Fazit: Und wenn das Reich in Trümmer fällt / Das Wort muß uns doch bleiben. Aber ob das genügt?

Anspruchsvoller ist da Günther Mensching (»Nominalistische und realistische Mo-

mente des Marxschen Arbeitsbegriffs«), will er doch den mittelalterlichen Universalienstreit für die Marxsche Theorie fruchtbar machen. Wir erfahren dabei, daß Marx als radikaler Aufklärer zunächst der nominalistischen Tradition folgt, die bekanntlich das Allgemeine nur in Form von Begriffen und Kategorien faßt, ihm also keine Objektivität zuspricht. Zugleich wendet sich Marx gegen den bürgerlichen empiristischen Nominalismus insofern, als für ihn Arbeit sowohl abstrakt-allgemeine (Tauschwerte produzierende), als auch konkret-individuelle (Gebrauchswerte hervorbringende) ist. Diese Dualität unterstellt gesellschaftliche Produktion unter der Herrschaft des Kapitals als »Realität des Abstrakten« (65). Schlußfolgerung: »Dies ist der Übergang von einer nominalistisch angelegten Theorie zum Begriffsrealismus.« (ebd.) Dieser vollendet sich als metaphysisch-prozessualer in der Theorie des Wertgesetzes (vgl. 69), wodurch zugleich »eine objektiv notwendige Gemeinsamkeit ... mit der aristotelischen Tradition« (71) sich konstituiert: der Tauschwert signifiziert die Artifizialität des Akzidentiellen, das im Kapitalismus gegenüber dem Gebrauchswert (der eigentlichen forma substantialis) »wahnhaft zur substantiellen Form erhoben« wird (71). So interessant dieser Hinweis auch sein mag, scheint es mir doch falsch, Marx' Theorie in den Gegensatz Nominalismus-Realismus einzuschreiben, denn a) ist auch die kapitalistische Produktionsweise ein von Menschen produziertes Verhältnis, welches sich allerdings gegen sie verselbständigt und auf der ideologischen Ebene den Schein des Naturwüchsigen erzeugt; b) spiegelt sich dieser Schein wohl in nominalistischen Theorien wider, ohne daß doch deren Kritik durch Marx zur Annahme verleiten dürfte, dieser vertrete einen (noch gar spekulativ ausgerichteten) »Realismus«, weil nämlich c) für Marx die Realität des Allgemeinen zugleich deren notwendiger Schein (als Erscheinung) ist. Anderenfalls wäre der Begriff der gesellschaftlichen Produktionsweise ontologischer Provenienz. Jedoch nur vor dem Hintergrund einer Ontologie besitzt der Universalienstreit philosophische und gesellschaftliche Relevanz. Marx' Ideologiebegriff aber steht quer zu den Residuen überkommener Metaphysik, das wird deutlich an der doppelsinnigen Bestimmung von »Erscheinung« als zwischen Sein und Schein Intermittierendem. Menschings Schlußwendung, den »bereits vorbereiteten Untergang der Welt« zu verhindern, müsse »das spekulative Denken, vielleicht ein letztes Mal, seine antizipierende Kraft entfalten« (72), vermag ich keine praktisch-politische Perspektive abzugewinnen.

Matthias Lutz-Bachmann (»Marx und Kant — zur geschichtsphilosophischen Grundlegung ihres Verhältnisses«) möchte — in kritischer Wendung gegen den Neukantianismus Vorländers, der den historischen Materialismus mit einer normativen Ethik zu unterfüttern gedachte — direkt an Kants Geschichtsphilosophie anknüpfen, um die Frage, woher Marx »die argumentative Kraft für die Begründung seiner Konzeption des historischen Materialismus« (81) nehme, zu beantworten. Er sieht dabei die Übereinstimmung zwischen dem transzendentalen und dem materialistischen Diskurs in der Ablehnung des Positivismus und Historismus durch die vernünftige Begründung eines historischen telos (vgl. 82). Das ist richtig, bleibt aber oberflächlich, weil Gemeinsamkeiten und Divergenzen zwischen Marx' und Kants Geschichtstheorie an keiner Stelle tiefergehend analysiert werden. Befremdlich erscheint die Schlußfolgerung, daß für beide Denker »die Frage nach dem Subjekt im Zentrum der Reflexion auf Geschichte« stehe (83), mit der »eine messianische Erwartung von Erlösung zumindest nicht unvereinbar« sei (ebd.). So ruhen denn Marx und Kant nebeneinander, friedlich bedeckt vom eleusinischen Schleier des Religiösen, den sie vom Bild der Geschichte doch loszureißen trachteten. Was auf der Strecke bleibt, ist der Anspruch der Vernunft.

Im letzten (und m.E. fundiertesten) Beitrag beschäftigt sich Hans-Ernst Schiller (»Zurück zu Marx mit Habermas/Eine Aktualisierung«) kritisch mit der Rekonstruktion der Marxschen Theorie durch Habermas, deren Methodik und Resultate er vor allem untersucht »1. an den Begriffen Klasse und Ausbeutung, 2. an der Rezeption der Wertlehre,

3. an der Unterscheidung von Arbeit und Interaktion und 4. am Begriff der Produktionsverhältnisse.« (89f.) Betrachtungen zum Maßstab kritischer Gesellschaftstheorie, zum Ideologiebegriff und zum Begriff des Fortschritts schließen sich an (vgl. 90). Schiller richtet seine Analyse dabei hauptsächlich an der »Theorie des kommunikativen Handelns« aus. Seine Kritik zielt auf die dort betriebene Ausblendung dessen, was Marx' Kritik der politischen Ökonomie als materialistisch qualifizierte: die Bestimmung der Produktion als eines antagonistischen, durch Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft gekennzeichneten, gesellschaftlichen Verhältnisses, welches im Wertgesetz seine adäquate theoretische Interpretation und in der Vergesellschaftung der Produktivkräfte seine adäquate praktisch-politische Perspektive erhält. Demgegenüber führt die von Habermas vorgenommene »Ausgrenzung ... der Produktionssphäre aus der eigentlichen Gesellschaftstheorie« (92) zu einer falschen (weil verabsolutierenden) Trennung von System und Lebenswelt, während die »begriffliche Abkoppelung der Produktionsverhältnisse vom eigentlichen Produktionsprozeß« (98) die Entwicklung eben dieses Verhältnisses in einem evolutionären Prozeß der Entfaltung moralischer Normen integriert, der mit dem von Marx anvisierten Ziel eines Reichs der Freiheit nichts mehr gemein hat. Vielmehr liegt der auf Konsensualität abzielenden Kommunikationstheorie ein »idyllisches Geschichtsbild« (103, 110) zugrunde, welches ideologische Züge trägt. »Aus der Sicht Marxscher Ideologiekritik stellt sich die Habermas'sche Theorie dar ... als ein Versuch, mittels des Totenscheins für Ideologie die bürgerlichen Ideale vor einer substantiell verwandelnden Kritik zu bewahren.« (108) Habermas' Theorie sei, so zieht Schiller den Schluß, »im Kern ... gegen die theoretische Substanz und die praktische Intention des Marxschen Denkens gerichtet.« (114) Dem ist sicher zuzustimmen, auch wenn Schiller allzu unbekümmert unterstellt, Marx' »revolutionärer Optimismus« verdanke sich einem »Konzept subjektiv-praktischer Notwendigkeit« (111), und damit die Schwierigkeiten der Marx-Rezeption angesichts der Entwicklung des Spätkapitalismus weitgehend unberücksichtigt läßt. Es ist natürlich einfacher, den authentischen Marx gegen Habermas auszuspielen, als dessen Theorie zu kritisieren, indem Marx' Diskurs wirklich aktualisiert, d.h. für die Analyse der modernen Gesellschaft fruchtbar und damit einer prinzipiell marxistischen Kritik zugänglich gemacht wird. Michael Haupt (Brackel)

Holz, Hans Heinz: Dialektik und Widerspiegelung. Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1983 (189 S., br., 19,80 DM)

Holz' Programm einer systematischen Theorie materialistischer Dialektik, dem Kontur zu verleihen auch seine Arbeiten der letzten Jahre bemüht waren (vgl. *Argument*-Beiheft 1983, 60f.), hat in der vorliegenden Studie eine erste markante Ausprägung gefunden. Mit dem einleitend geäußerten Anspruch, das Widerspiegelungstheorem als »Herzstück einer dialektisch-materialistischen Ontologie« (8) auszuweisen, ist zugleich das die verschiedenen Begründungsstränge integrierende Prinzip benannt. Holz läßt weder in der Nomenklatur noch in der Wahl seiner Kronzeugen (neben Marx/Engels und Lenin vor allem Leibniz und Hegel, aber auch Plessner und Josef König) einen Zweifel daran, daß die nähere Explikation dieses Prinzips in den genuinen Aufgabenbereich der Philosophie fällt, die als dialektische Theorie des Gesamtzusammenhangs die »Stelle der Metaphysik ... und deren weltanschauliche Funktion (übernimmt)« (90). Die zentrale Rolle, die dem Widerspiegelungstheorem dabei zukommt, ist dadurch bedingt, daß es über seine erkenntnistheoretische Dimension hinaus als »universelle Seins-Relation« (128) begriffen wird: »materielle Verhältnisse (sind) prinzipiell Reflexionsverhältnisse (Widerspiegelungsverhältnisse)« (43). Den zugrundeliegenden Begriff von Reflexion exponiert das erste Kapitel im Ausgang von der gegenständlichen Tätigkeit, die sich aufgrund der wechselseitigen Vermittlung von Subjekt und Objekt als Reflexionsverhältnis darstellt. Gegenüber der ausschließlichen Konzeptualisierung der Dialektik durch den Arbeitsprozeß

insistiert Holz allerdings auf der »Selbstbezüglichkeit der Naturgegenstände« (149), ihrer Reflexionsstruktur, als Voraussetzung materialistischer Dialektik. Prozesse in anorganischer und organischer Natur werden ebenso wie die durch »Reflexion der Reflexion« (47) konstituierte menschliche Subjektivität als Reflexionsmodi unterschiedlicher Komplexität gekennzeichnet (vgl. 43f.). Von hier aus spannt sich ein Bogen zum vierten Kapitel, das die spezifischen Widerspiegelungsrelationen auf der Ebene menschlicher Tätigkeit analysiert. Die distinkten Formen 'gegenständliche Tätigkeit', 'Arbeit' und 'Praxis' werden in einen »Ableitungszusammenhang« integriert, der sich »vom einfachen mechanischen Verhältnis bis zur gesellschaftlichen Praxis des Menschen« (137) erstreckt. Im Mittelpunkt des zweiten Kapitels stehen logische und ontologische Probleme des Widerspiegelungstheorems. Die als »Ur-Topos« (54) dialektischer Logik benannte Figur des seine Besonderungen übergreifenden Allgemeinen verweist auf die Spiegelmetapher, die das spekulative Verhältnis anschaulich realisiert. Holz spricht von einer »notwendige(n) Metapher« (158), deren exakten methodischen Gebrauch es zu sichern gelte. Auf die ontologisch gefaßte Relation von Denken und Sein bezogen, soll sie das Denken als Selbstunterschied des übergreifenden Seins transparent werden lassen. Die durch die Metaphorik aufgeworfenen Fragen nach der Spiegelung vergangener, zukünftiger und ideeller Sachverhalte erfahren eine erste, eingestandenermaßen noch der Ausarbeitung bedürftige Erörterung (vgl. 70-78). Das dritte Kapitel macht den »fundamentale(n) Charakter der Dialektik der Natur« (79) zum Thema. Ihre Gestalt wird als die einer »allgemeinen Ontologie des materiellen Seins und ... spezielle(r) (regionale[r]) Ontologien der Entwicklungsstufen der Materie« (96) bestimmt. Erste Ansätze zur Präzisierung finden sich in der Behandlung einiger Grundkategorien wie Materie, Raum und Zeit und in dem Versuch, unter Rekurs auf Plessner die Anthropologie als »Teildisziplin der Dialektik der Natur« (112) zu etablieren. Insbesondere in diesem Kapitel wird deutlich, wie Holz den Nexus von Dialektik und Widerspiegelung versteht. Das Widerspiegelungstheorem bildet in zweifacher Hinsicht den Schlüssel zur Dialektik: es führt »im Rückschluß aus der Dialektik des Denkens« (98) zur Realdialektik, zugleich formuliert es auf der Basis der Reflexion als des allgemeinsten Beziehungsmodus von Seiendem »die Struktur der Naturdialektik« (140). Wenn es, worüber ja innerhalb des Marxismus durchaus keine Einhelligkeit herrscht, überhaupt noch eine sich streng aus der Tradition der *prima philosophia* begreifende Reflexion geben kann, so wird sie sich an dem bei Holz erreichten Problemstand zu orientieren haben. Gleichzeitig fordert der Text, insofern er die Zuständigkeit der Philosophie für die Erkenntnis der Totalität dezidiert und in erwidbarer Argumentation proklamiert, zur Zuspitzung der diese Kompetenz bezweifelnden Argumente heraus. Zu ergänzen ist, daß der Band in einem von A. Regenbogen zusammengestellten Anhang für den Schulunterricht geeignete Texte von Marx und Engels enthält, die sich thematisch auf Holz' Ausführungen beziehen lassen und mit didaktischen Anregungen versehen sind.

Peter Körte (Münster)

Simmel, Georg: Philosophische Kultur. Über das Abenteuer, die Geschlechter und die Krise der Moderne. Gesammelte Essays. Mit einem Nachwort von Jürgen Habermas. Verlag Klaus Wagenbach, Berlin 1983 (255 S., br., 34,- DM)

Wohl jeder Leser, der die Essays des Soziologen und Philosophen Georg Simmel liest, wird überrascht sein durch den hohen Anspruch auf Allgemeinheit. »Der Begriff und die Tragödie der Kultur«, »Weibliche Kultur«, »Die Persönlichkeit Gottes«, »Das Problem der religiösen Lage« — so lauten einige der weitgespannten Themen in der Sammlung »Philosophische Kultur«, die 1911 erstmals publiziert wurde. Doch auch Titel wie »Das Abenteuer« und »Die Koketterie« erregen Neugierde. Die Form des Essays erlaubt es Simmel, Einfälle und Gedanken um eine These zu gruppieren, ohne sie der nicht selten phantasietötenden Ordnung philosophischer Deduktion unterwerfen zu müssen.

Aber manchmal bleiben seine Begriffe merkwürdig abstrakt: »Das Relative und das Absolute im Geschlechter-Problem«. Nicht immer meidet er die dünne Luft der Spekulation, etwa in den Bemerkungen über die apriorische Einheit von Leben und Idee, die er dem weiblichen Wesen attestiert. Der Frau, so vermutet Simmel, ist in ihrem tiefsten Inneren der Dualismus von Sein und Sollen, auch von Subjekt und Objekt fremd. Sie kennt nicht wie der Mann das tragische Scheitern an der unendlichen Forderung, der die endliche Leistung niemals genügen kann. Aus sich selbst heraus erfüllt sie das Sittlich-Gute, während sich der Mann zur ethischen Tat erst überwinden muß.

Kein Zweifel, solche philosophischen Spekulationen wirken heute anachronistisch. Weniger die großen Essays überzeugen als die kleinen, minder präntiösen über die Mode, die Ruine und Auguste Rodin. In ihnen bewährt sich die Fähigkeit Simmels, Phänomene von verschiedenen Seiten zu beleuchten und immer neue Konturen zu erkennen. Besondere Bedeutung haben die Essays über Kunst und Ästhetik. Gerade weil nach Simmels Diagnose die Formen der Kultur sich gegenüber der Subjektivität verselbständigen, gilt sein Interesse der Form. Nur an den Objektivationen kann das Leben erfaßt werden. Es wird gedeutet unter dem Blickwinkel des Verfalls. Das Symbol dieses Prozesses ist für Simmel die Ruine, die die Feindschaft zwischen Geist und Natur, aber auch ihre untergründige Harmonie offenbart. Es ist »der Reiz der Ruine, daß hier ein Menschliches schließlich wie ein Naturprodukt erfahren wird« (108). Die übliche Ordnung wird umgestülpt: die Natur formt die Kräfte des Geistes. Hierin erkennt Simmel weniger eine Gewalttat als die Heimkehr des Geistes zu seinen Ursprüngen. Das Zerfallende wird ihm zum Bild des Friedens.

Simmel war drei Jahrzehnte lang Privatdozent in Berlin, ehe er 1914, vier Jahre vor seinem Tod, als Ordinarius nach Straßburg berufen wurde. Zu seinen Hörern und Schülern zählten Ernst Bloch, Georg Lukács, Ludwig Marcuse, Richard Kroner, Ernst Hiller und Albert Schweitzer. Den größten Einfluß aber hat er vielleicht auf die Essayistiken Adornos und Benjamins ausgeübt. In den fünfziger Jahren hat Adorno zwar gespottet, Simmels »Attitude« habe geistreich »auf heute arg verblichene Weise (...) ihre piekfeinen Objekte mit schlichten Kategorien« übersponnen. Aber auch er gestand zu, daß Simmel der erste gewesen sei, der, »bei allem psychologischen Idealismus, jene Rückwendung der Philosophie auf konkrete Gegenstände vollzogen« habe, »die kanonisch blieb für jeden, dem das Klappern von Erkenntniskritik und Geistesgeschichte nicht behagte« (Schriften 11, 558). Gerd Schrader (Marburg).

Sprach- und Literaturwissenschaft

Bürger, Peter: Zur Kritik der idealistischen Ästhetik. Suhrkamp-Verlag, Frankfurt/M. 1983 (223 S., br., 14,- DM)

Gegenüber modernen, von Nietzsche etwa oder der Nouvelle Philosophie beeinflussten Positionen gelten mittlerweile diejenigen Ansätze, die einer der Zäsur von 1968 zu verdankenden ideologiekritischen Tradition verpflichtet bleiben, als altmodisch und überholt. Blickt man aus einer anderen Perspektive, ist diesen allerdings zu attestieren, daß sie nach wie vor gegen den Strom schwimmen. Den Verlockungen einer Rationalität widerstehenden spontanen Denkens, seiner plötzlichen Popularität sind sie nicht erlegen.

Peter Bürger arbeitet die Geschichte der Kunstauffassungen in der bürgerlichen Gesellschaft auf in der Absicht, mit der überkommenen Kunstnormierung zu brechen, welche die ästhetischen Phänomene autonom setzt. Er verfolgt diese Absicht jedoch nicht in der Suspension der vorhandenen ästhetischen Kategorien, sondern in der Reflexion dessen, was an ihnen wahr und falsch ist. Eine solche Materialbearbeitung gewinnt in

der Kritik Abstand zu unserem vergangenen Denken. Gleichwohl gibt sie neue Fragestellungen als der Geschichte abgerungene zu erkennen.

Bürgers Studie ist nicht chronologisch angeordnet. Sie zentriert Begriffe verschiedener Ästhetiken und Philosophien um Forschungsschwerpunkte, die durch einige Exkurse erweitert werden. Dabei ist der Autor für das erst noch zu realisierende Projekt der Aufklärung engagiert, vermittelt kritischem Rasonnement in allen gesellschaftlichen Bereichen eine breite und wache Öffentlichkeit zu schaffen. Wie Habermas unterscheidet auch Bürger zwischen dem negativ bewerteten Zweck-Mittel-Kalkül der instrumentellen Vernunft, das weit über die Kosten-Nutzen-Rechnung kapitalistischer Wirtschaft hinaus in unsere Lebenswelt vorgedrungen ist und diese kolonialisiert hat, und der positiv bewerteten Rationalität kommunikativen Handelns, das sich dem Interaktionspartner in Bedingung, Ausführung und Zweck einer Handlung verständlich zu machen vermag. Der Wert letztgenannter Rationalität für unser Denken und Tun kann nach den verheerenden Erfahrungen mit dem irrationalen Nazismus schwerlich bezweifelt werden. Für Bürger ist diese Rationalität bei der Kritik bloß zweckrational ausgerichteter Lebensorganisation geradezu unverzichtbar. Mag man solcher Einstellung ohne große Vorbehalte zustimmen können, so treten gewiß Bedenken auf, wenn Bürger seinen Rationalitätsbegriff auf die Kunstproduktion und Werkrezeption ausdehnt.

Der Gedankengang ist hierbei folgender: Nach dem Scheitern des Anlieges der historischen Avantgarde, Kunst in Lebenspraxis zurückzuführen, kann die avantgardistische Revolte gegen den Autonomiestatus des Ästhetischen und seine Autonomiedoktrin sinnvoll nicht noch einmal wiederholt werden. Eine Rückbindung der Kunst an Lebenspraxis kann sich aber dann vollziehen, wenn über einen subjektiven Akt ästhetischen Formens von Welterfahrung oder des Deutens ästhetisch dargebotener Erfahrung ein Prozeß von Weltaneignung befördert wird, der dem tätigen und lernenden Subjekt Möglichkeiten an die Hand gibt, seine Geschichte und Umwelt zu durchschauen und sein Leben selbstbewußt zu gestalten. Eine von Bürger unter dieser Hinsicht ins Auge gefaßte Kunst, die begrifflich bereits von Herder und Hegel (»philosophische Dichtkunst«) umrissen worden ist, hat Reflexionscharakter und ist zum Diskussionsgebrauch bestimmt. Bürger stellt folgerichtig Peter Weiss' »Ästhetik des Widerstands« in den Vordergrund — ein erzähltes Geschichtswerk.

Nun wird ein Kunstbegriff, demzufolge ein Werk als auf Wahrheitserforschung angelegtes Verständigungsmanifest in die Alltagswirklichkeit der Subjekte vermittelbar ist, nicht nur Einspruch bei alten und neuen Ästhetizisten hervorrufen. Gerade diejenigen, die auf den Bildcharakter der Kunst setzen, auf das ästhetisch besondere ihrer Zeichenhaftigkeit, werden einwenden, daß bei Bürgers Vorschlag der ästhetische Reiz verloren gehe, auch der Spaß beim Lesen, Sehen, der die ästhetische Rezeption z.B. vom Lesen eines soziologischen, philosophischen, psychologischen Texts unterscheidet. Ein solcher Einwand reduziert die Beschäftigung mit Kunst im Grunde auf die Beäugung ihres Scheins. Sie schließt produzierende oder analysierende Arbeit am Werk als notwendig zu leistende ebenso aus, wie der Geniebegriff den Schaffensprozeß verdeckte. Tatsächlich bringt das Spielerische an der Kunst diese geradezu in eine Opposition zu den genormten Mechanismen und Zwängen entfremdeter Arbeit. Doch es hieße, die entfremdete Arbeitserfahrung total ausdehnen zu wollen, versuchte man die Möglichkeit eines Sich-Abarbeitens beim Machen oder Aneignen von Werken zu leugnen. Anstatt die Opposition zu reproduzieren, welche aus falscher gesellschaftlicher Organisation herrührt, zielt Peter Bürger auf einen Vermittlungsversuch von Arbeit und Lust zu begierigem Lernen. Damit steht er in der Tradition Brechts.

Ulrich Meier (Bochum)

Stephan, Alexander (Hrsg.): Die Ästhetik des Widerstands. Suhrkamp-Verlag, Frankfurt/M. 1983 (379 S., br., 18,- DM)

Die Autoren des Materialienbandes haben präzise an Peter Weiss' Roman gearbeitet. Dem »Verhältnis zwischen Dokument und Fiktion«, dem Leitthema des Bandes, nähern sie sich unter verschiedenen Aspekten: in der Bestimmung der Beziehung von Kunst und Politik; ob Weiss' Roman als »Bildungsroman« zu begreifen sei; welchen Stellenwert die Kunstrezeption im antifaschistischen Widerstand einnimmt; über die autobiographische Grundlage der Figuren; über Weiss' Beitrag zur Geschichts- und Kunstgeschichtsschreibung und über die Schreibweise des Romans. Fast in allen Beiträgen wird versucht, dem Begriff »Ästhetik des Widerstands« kategoriale Kentlichkeit zu geben.

M. Rector untersucht die Spannung des Ich-Erzählers zwischen Distanz und Nähe zur erlebten und erzählten Geschichte, um so mit Aussagen über die Konstruktion des Romans, die Rector an den Topoi Raum und Überblick (Sehen) festmacht, das Verhältnis von Ästhetik und individuellem Widerstand zu bestimmen. Gegen die von Heimatlosigkeit ausgelöste Labilität der Ich-Figur sucht sie in der Tätigkeit des Ortes eine Identität und Widerstand. Der »kontemplative Blick« als Modus der Wahrnehmung der Orte »imaginieren« die Vorgeschichte der Bilder. Zwar bedarf es der Phantasie des Sehenden und doch ist es nicht ein »visionärer Blick, der das Künftige schaut« (120). An der »Grenze zwischen Wachen und Träumen« versucht die Wahrnehmung des erlebenden und erzählenden Ichs die Erkenntnisgrenzen miteinander zu verbinden. Der zeitliche Modus dieser Wahrnehmung ist die »Augenblickserfahrung« (113). Deshalb ist die Grundbewegung des Romans nicht die Sukzession (i.S. einer Linearität des Lernprozesses), sondern eine Struktur des Iterativen, wo das Ich in ein »unendliches Geflecht von Beziehungen vernetzt ist und die es nur je subjektiv aktivieren muß« (112). Nach einer phänomenologischen Beschreibung der ästhetischen Wahrnehmung versucht Rector dem Begriff »Ästhetik des Widerstands« wahrnehmungsästhetische Merkmale zu geben. Die politische Dimension erreicht Weiss, indem die ästhetische Wahrnehmung vom 'privaten auf das politische Subjekt' übertragen wird«. Im Horizont des Widerstands gegen die vernichtende Bedrohung handelt und denkt das Erzählsubjekt: »Diese Situation ist aber die in Permanenz ausgedehnte, besser: als Varianz des Immergleichen wiederholte Lebenssituation des Ich in der Ästhetik des Widerstands« (128). Gerade Rectors undifferenzierte Bestimmung einer »Varianz« zeigt, daß die Analyse der Wahrnehmung nicht in Beziehung gesetzt wird zum Erkenntnisbegriff des Subjekts. Wie organisiert die Wahrnehmung die Erkenntnis, und wie muß eine Wahrnehmung strukturiert sein, um Erkenntnis *in* und *der* Geschichte zu ermöglichen? Ziele die Analyse in ihrer Konsequenz auf diesen Zusammenhang von subjektiver Wahrnehmung und Erkenntnisproduktion, wären auch gegenwartsbezogene Aspekte des Romans zum Verhältnis von Ästhetik und Politik kenntlich geworden.

Mit Weiss' Notizbüchern, die einen Einblick in den Entstehungsprozeß des Romans geben, liest B. Lindner den Roman als »zeitgenössische Ästhetik« (165). Weiss' Arbeitsmethode (Gepräche, Dokumente, Ortsbesichtigungen) spiegelt sich im Roman so, daß die Mühen der dokumentarischen Recherche verwischt werden, um die »Differenz zwischen der dargestellten Vergangenheit und der Gegenwart des Autors unkenntlich zu machen« (183). Lindner bestimmt die Schreibweise als »halluzinatorischen Realismus«, um »Vergangenes in dokumentarischer Faktizität und ästhetischer Wirklichkeitssteigerung gegenwärtig zu machen« (ebd.). Die namenlose Ich-Figur bildet in ihrer Anonymität den Schnittpunkt zwischen dem real autobiographischen Autor und dem historischen, erzählenden Roman-Ich.

A. Sywotek untersucht die historiographische Validität des Romans in drei Schritten: 1) die Hintergründe der historisch-politischen Beschäftigung mit der Arbeiterbewegung, 2) Weiss' Darstellung der »Einheit der Arbeiter« wird auf geschichts- und sozialwissen-

schaftliche Forschungsergebnisse bezogen, 3) Weiss' Techniken der literarischen Rekonstruktion von Geschichte. Merkmale der Geschichtsschreibung bei Weiss bestehen darin, daß die Ich-Figur versucht, den historischen Kontext der eigenen Situation zu klären und Kenntnisse über seine eigene Vergangenheit zu erfahren. »Die psychische Verarbeitung dieser Erfahrungen wird kaum geschildert, die psychologische Aufarbeitung unterbleibt weitgehend.« (320). In der Historiographie dominiert die Rekonstruktionsleistung gegenüber der aktuellen und ästhetischen Bedeutung der Geschichte. Indem Weiss die »Konstruktion der Erinnerung einer Figur« zum Träger der Geschichtsdarstellung werden läßt, umgeht er das Problem der Detailtreue.

Hinzuweisen ist noch auf K. Herdings umfangreiche Analyse der Kunstrezeption im Roman. Herding entwickelt den Begriff »Widerstandsästhetik« an der Frage: »Welche Potenzen im Kunstwerk selbst oder bei dessen Wahrnehmung so sehr Widerspruch herausfordern, daß dadurch Widerstand ausgelöst wird.« (264) Trotz des Fehlens einer intensiven Behandlung der Frauenthematik (der Wahnsinn der Mutter; die Authentizität weiblicher Subjektivität in der männlichen Imagination des Autors), einer Recherche der 'realen' Figur Münzenberg und Weiss' »Modell« Münzenberg oder der Befragung einer noch lebenden Romanfigur (Bischoff, Wehner, R. von Ossietzky), bietet der Band materialreiche Orientierungshilfen. Etwas mehr methodische Vielfalt in der Analyse des Romantextes hätte die Lektüre des Bandes noch spannender werden lassen.

Erhard Mindermann (Berlin/West)

Grimm, Reinhold (Hrsg.): Hans Magnus Enzensberger. Suhrkamp -Verlag, Frankfurt/M. 1984 (437 S., br., 18,- DM)

Vor über einem Jahrzehnt schon vermerkte R. Grimm nicht ohne eine gewisse Eitelkeit, daß er nach der Veröffentlichung des ersten Gedichtbandes von Hans Magnus Enzensberger (verteidigung der wölfe, 1957) wohl die erste wissenschaftliche Studie über ihn publiziert hätte. Diese Verbundenheit mit Enzensberger, den er aus gemeinsamen Erlanger Studententagen kennt, hält sich jetzt seit beinahe 30 Jahren. Nach diversen Arbeiten zu Einzelfragen des schriftstellerischen Werkes von Enzensberger legt er nun einen Band über einen Autor vor, den er als »wichtigste(n) deutsche(n) Schriftsteller seiner Generation« (178) versteht. Nach dem von J. Schickel 1970 (ebenfalls bei Suhrkamp) herausgegebenen, ebenso voluminösen wie materialreichen Band, jetzt eine zweite dickleibige Sammlung von Aufsätzen und Rezensionen zum Oeuvre von Enzensberger. Daß sich dabei Überschneidungen bzw. Wiederholungen ergeben, ist wohl zwangsläufig. Warum es aber gleich sechs Beiträge sein müssen, die sich in beiden Bänden finden, bleibt unerfindlich. Sicherlich: Die frühen Äußerungen von Andersch, Walser und Habermas sind ebenso grundlegend wie der Briefwechsel mit Hannah Arendt oder die Kontroverse zwischen Peter Weiss und Enzensberger über Fragen der Solidarität mit den unterdrückten Völkern der 3. Welt und den sich daraus ergebenden Aufgaben des westlichen Schriftstellers im antiimperialistischen Kampf. Sie immer wieder abzudrucken, erhöht allerdings nicht gerade ihre Aussagekraft. Überhaupt bleibt es in dem ansonsten ausgezeichneten Buch ein Mangel, daß die Auswahlkriterien der Beiträge nicht deutlich werden. Die zweiseitige Vorbemerkung jedenfalls gibt sich eher spröde und verschlossen. Dort erfährt man aber, daß Enzensberger für Grimm »nicht allein als moderner, sondern zugleich als vielfach umstrittener Klassiker eingestuft« werden müsse und dieser »Widerspruch, der zweifellos sein wirkungsgeschichtlicher Hauptwiderspruch ist, ... in der vorliegenden Sammlung ebenso sehr belegt und erhellt, zumindest aber gestreift und kurz beleuchtet werden (soll) wie seine unbestreitbare Klassizität« (9). Grimm erweist sich mit solchen Sätzen durchaus als (schlechter) Schüler Enzensbergers: Denn eine Behauptung aufzustellen, um sie im Folgenden zu relativieren, darin besteht ein Teil des Geheimnisses dieses für manche so widerborstigen Autors. Die rhetorischen Fähigkeiten

Enzensbergers herausgearbeitet und deutlich gemacht zu haben, mit welcher erstaunlichen Kennerschaft und Sicherheit er alle Register der Affektregie und Gemütsregungskunst, des Argumentierens und Überredens, des Belehrens, Beweizens und Versöhnens zieht — sowohl im lyrischen wie im essayistischen Werk —, ist das Verdienst von W. Hinderer. Seine »vorgreiflichen Bemerkungen über Enzensbergers Poesie und Politik« (189ff.) sind ein Originalbeitrag und gehören zu den instruktivsten dieses Buches. Das trifft auch in besonderem Maße auf die Originalbeiträge von R. Nägele zu »Enzensbergers Poetik und poetischer Verfahrensweise« (204ff.) und von K.L. Schultz zum Thema »Enzensberger mit und gegen Adorno« (237ff.) zu. Die genannten Aufsätze drücken augenfällig den Unterschied zum Buch von Schickel aus: War dieses eher die Addition recht kurzweiliger Rezensionen und Statements, so ist Grimms Sammelband deutlich wissenschaftlich orientiert. Wohl nicht zuletzt deshalb hat er einen seiner eigenen (bereits in »Basis« publizierten) Aufsätze zu »Struktur, Ideologie und Vorgeschichte eines Gesellschaftskritikers« (139ff.) aufgenommen. Wenn auch manche seiner Ausführungen (vor allem zur recht leichtfertigen Abqualifizierung der ästhetischen Theorie Adornos und dessen Adaption durch Enzensberger) Widerspruch herausfordern müssen, so gelingt es ihm doch, zu erkennen, daß an keinem Werk eines gegenwärtigen Autors »sich so seismographisch genau wie an seinem die Erschütterungen, Ängste und Hoffnungen der letzten zwei Jahrzehnte, ja der gesamten Epoche« (178) ablesen lassen. Daß dies zweifellos unter anderem daran liegt, daß Enzensberger den permanenten Widerspruch, den ständigen Zweifel zum Programm erhebt, belegen immer wieder aufs neue seine Gedichte, Essays und Theaterstücke. Wenn Enzensberger 1966 gegen »Peter Weiss und andere« gerichtet sagte: »Ich bin kein Idealist. Bekenntnissen ziehe ich Argumente vor. Zweifel sind mir lieber als Sentiments. Revolutionäres Geschwätz ist mir verhaßt. Widerspruchsfreie Weltbilder brauche ich nicht. Im Zweifelsfall entscheidet die Wirklichkeit« (101), so kann das durchaus als Grundlage seines gesamten Oeuvres gelesen werden. Als grundlegend zum Verständnis seines Werkes wird sich auch diese Sammlung von Grimm erweisen. Allein die von Alfred Estermann erstellte Bibliographie, die 1693(!) gut sortierte Belege umfaßt (343ff.), wird bei der Erforschung des Werkes von Enzensberger unverzichtbar sein.

Frank Dietschreit (Berlin/West)

Lenk, Elisabeth: Die unbewußte Gesellschaft. Über die mimetische Grundstruktur in der Literatur und im Traum. Verlag Matthes & Seitz, München 1983 (405 S., br., 48,-DM)

»Am Anfang war der Teufel; und der Teufel war die menschliche Subjektivität. Der Teufel ist der Vielgestaltige, der Magier, der alles zu beschwören, nachzuahmen weiß.« (42) In ironischer Form findet sich hier Lenks anthropologische Grundannahme: seit der Menschwerdung gibt es neben der Arbeit eine zweite Form der Vergesellschaftung, das »mimetische, imaginative Vermögen der Menschen« (84), das zunächst in den Phantasien und religiösen Ekstasen der archaischen Gesellschaften seinen Ausdruck fand und in den Träumen wie im ästhetischen Verhalten bis heute fortlebt. Allein dieses imaginative Vermögen gilt als Garant menschlicher Subjektivität, während die durch gesellschaftliche Arbeit sich herausbildende »Sozialperson« (24) als entfremdetes, diszipliniertes, militarisiertes Subjekt dargestellt wird. Auch wenn man dieser rein negativen Bewertung der Vergesellschaftung durch Arbeit nicht folgen will, so schärft Lenks Perspektive doch den Blick für die Mechanismen der Konstitution von Untertanen in den Klasesellschaften, für die Prozesse der Verankerung von ideologischer Macht in den Individuen.

Die Bewertung des Traums verändert sich schlagartig mit der Entstehung von sozialer Herrschaft. In den archaischen Gesellschaften war der Traum eine zentrale öffentliche Erfahrung, die zwischen profaner und sakraler Welt vermittelte und damit die soziokulturelle Integration der Stammesmitglieder gewährleistete. Seit der Entstehung der Klas-

sengesellschaftlichen hingegen dominiert die Ablehnung des Traums: man begreift den Traum als »Verschiebung, Verzerrung, Entstellung einer 'normalen', 'gesunden' Welt-sicht« (157) und leitet daraus die Notwendigkeit der Traumdeutung ab, um die »gesunde« Welt-sicht wieder in den Traum einzuführen. In den Traumbüchern der Antike und des Mittelalters zeigt Lenk an zahlreichen klassen- und geschlechtsspezifischen Deutungen die offensichtliche Dominanz von Herrschaftsinteressen (159ff.). Die Traumtheorien liefern dazu — von Artemidor bis Freud in verblüffender Übereinstimmung — die methodische Richtschnur: der Traum ist in einzelne Elemente zu zerlegen, für die der Traumdeuter dann nach Entsprechungen in der wirklichen Welt sucht. Lenk bezeichnet dieses Verfahren als »Substitutionsmethode zur Konstituierung von Sinn« (170); sie sieht damit alles Subjektive aus dem Traum vertrieben, die Traumform durch die Traumdeutung zerschlagen.

Die Diskurse über den Traum tragen bei zur »Ersetzung der Traumform durch die Vernunftform« (306), die in der Antike begann und bis in die Gegenwart anhält. Der Traum als Integrationsinstanz der archaischen Gesellschaften wird abgelöst durch Religion, Literatur und Philosophie: die auf den Imaginationen aller Beteiligten beruhenden ekstatischen Rituale werden verdrängt durch die abgehobenen Rituale der religiösen Kulte, dann durch die antike Tragödie und durch die griechische Staatsphilosophie (308ff.). Die verschiedenen ideologischen Formen werden nun ihrerseits zu Schauplätzen der Auseinandersetzung zwischen Traum und Vernunft. Lenk zeigt dies anhand der Entwicklung der jüdisch-christlichen Religion (116ff.), vor allem aber am Beispiel der Literatur: einerseits selbst wie der Traum Artikulationsform des Imaginären, wirkt sie andererseits an der Zerschlagung der Traumform mit (82); liegt ihre kritische Funktion darin, daß sie die »Gefühlsverankerung der Gesellschaft« bei den Beherrschten rückgängig macht (30), trägt sie andererseits dazu bei, daß die Beherrschten — etwa in den Heldenepen — einer neuen Herrenmoral unterworfen werden (111). Lenk zeigt an reichem historischem Material das Literarische als Kampffeld zwischen der ideologischen Macht der Moral und der amoralischen Kraft der literarischen Imaginationen.

Besonders aufschlußreich ist die Untersuchung des Verhältnisses von Philosophie, Literatur und Moral im 18. Jahrhundert. Lenk sieht Descartes' Konstruktion einer »rationalen Seele« in der Tradition der scholastischen Theologie, die aus Furcht vor teuflischem Sinnentzug alles Sinnliche ablehnte. Die frühbürgerliche Ästhetik reagiert nun auf das rationalistische Verdikt alles Sinnlichen, indem sie das Ästhetische inhaltlich an das Ideal moralischer Vollkommenheit und formal an das Ideal von Harmonie und Proportion bindet (206ff.). Die Aufwertung des Ästhetischen wird mit dem Preis seiner Moralisierung und Rationalisierung bezahlt: die »moralischen Märchen« der Gebrüder Grimm (56ff.) und die »vernünftigen Träume« der deutschen Romantiker (218ff.) liefern hier eindrucksvolle Belege. Die ideologische Funktion der bürgerlichen Literatur sieht Lenk darin, daß von nun an die »Fiktion von einem Einheit stiftenden ästhetischen Ich« (259) dominiert. Diese Fiktion wird aufgelöst durch die »traumartige Literatur« des 19. Jahrhunderts, die die alltäglichen Erfahrungen untergräbt und die konventionelle Sprache zertrümmert. Lenk analysiert die Werke von Lewis Carroll (265ff.) und Lautréamont (274ff.) als Wegbereiter einer »radikalen Moderne«, alle anderen Autoren — etwa die Surrealisten — fallen hinter diese beiden Autoren zurück. Die literarische Moderne schrumpft hier auf zwei Autoren, deren »traumartiger Schreibweise« allein eine ideologiekritische Wirkung zugeschrieben wird — die Traum-Perspektive führt hier zu einer extrem verengten Antwort auf die wichtige Frage nach den gesellschaftlichen Funktionen von Literatur.

In einem verallgemeinernden Kapitel versucht Lenk, den Begriff des Ästhetischen »nicht von der Institution Kunst, sondern vom Traum her« zu entwickeln (27). Die Kunst soll zwischen der »träumenden Subjektivität« und dem gesellschaftlichen Gesche-

hen vermitteln (318), ihre Echtheit resultiert aus den Leiden und Schmerzen, die der Künstler stellvertretend für alle anderen Menschen durchlebt hat. Das Bild des Künstlers verschmilzt mit dem der jüdischen Propheten: wie diese die Stadien des Wahnsinns und der Besonnenheit, so durchlaufen die Künstler die Stadien von Enthusiasmus und Reflexion (327f.). Die Eigentümlichkeit des Ästhetischen sieht Lenk im »Wunder der Loslösung« (329), in der Fähigkeit des Autors, die selbst erlittenen Gefühle beim Leser in gleicher suggestiver Kraft wieder zu erzeugen — die Frage nach den Bedingungen für die Möglichkeit dieses Vorgangs bleibt dann freilich ungeklärt. Die verallgemeinernden Schlußfolgerungen sind für mich daher weniger ergiebig als die historischen Analysen; die allerdings lohnen die Lektüre wegen ihrer Fülle von interessanten Beobachtungen und provozierenden Deutungen, die häufig Bekanntes in neuem Licht erscheinen lassen.

Eckhard Volker (Berlin/West)

Kunst- und Kulturwissenschaft

Sauer, Lieselotte: Marionetten, Maschinen, Automaten. Der künstliche Mensch in der deutschen und englischen Romantik. Bouvier Verlag, Bonn 1983 (513 S., br., 85,- DM) Die 1982 eingereichte Dissertation versteht sich als Beitrag zur Untersuchung eines ihren speziellen Gegenstand übergreifenden Themenbereichs, nämlich der menschlichen »Anstrengung«, den Göttern gleich Leben zu erschaffen (11). Für die Fragestellung der Studie und ihr Sprachniveau gleichermaßen aufschlußreich ist die von der Verfasserin vorgenommene Präzisierung: »Unser Ziel ... ist keinesfalls nur, einen weiteren Beitrag zur so aktuellen Parallelisierung von Romantik und moderner Zeit zu liefern. Es erscheint jedoch bemerkenswert, wie klar und zutreffend die frühere Periode die Probleme vorweggenommen hat, die die technische und generelle wissenschaftliche Entwicklung heute so potenziert hervorruft.« (350).

Weit ausgreifend illustriert ein erster Teil die Hauptstationen der Motivgeschichte, berichtet von bewegten Statuen in der Antike, die durch Weiterentwicklung der Mechanik allmählich so weit vervollkommen werden konnten, daß schließlich, noch im 18. Jahrhundert, Marionettenautomaten als Teufelswerk galten. Die paradigmatische Funktion des Uhrwerkmechanismus, im Automatenbau nicht weniger als in kosmologischen Entwürfen, wird ebenso nachgezeichnet wie das Interesse des vorzugsweise höfischen — »sensationslüsternen« (28) — Publikums an Apparaturen, die die menschliche Stimme und Intelligenz auf überzeugende Weise nachzuahmen vermochten. Mythologisch besetzte, manipulativ erzeugte Wesen — Teraphim, Alraune, Golem —, die um die letzte Jahrhundertwende ein furioses Revival erfuhren, werden mit den mechanizistischen Topoi des Rationalismus konfrontiert, zumal mit der Maschinenmetaphorik der aufklärerischen Gesellschaftstheorie. Die Bilder der Mechanik proklamierten, so die Verfasserin, mit wechselnder konnotativer Besetzung die »Ausweitung der menschlichen Möglichkeiten« (46) und stellten die Welt als rekonstruierbaren und schließlich beherrschbaren, weil dem »Gesetz der Notwendigkeit« (55) folgenden Zusammenhang dar. Unmittelbar Bezug nehmende Entgegnungen ließen die Maschinenmetaphorik namentlich im 18. Jahrhundert zum Austragungsort ideologischer Konfrontation werden. Den Romantikern schließlich erschienen die Automaten vollends als Zeichen des »den Menschen Bedrohenden« (63). Seitdem die Staats*maschinerie* den vernünftigen Zwecksetzungen und Bedürfnissen der einzelnen entzogen war, signalisierte das Mechanische das »Unkontrollierbare — kulminierend in der Kreatur Frankenstein« (63; s.a. 89).

Angesichts der Vorgeschichte lassen sich die Texte der Romantiker als Gegenentwürfe zum Mechanizismus lesen, ihre Bilder als Chiffren völliger Desillusionierung (64). Jean Pauls Einsprüche gegen die »'Pedanten der Psychologie'«, die die Seele zur »'Windlade'«

des Unterleibs'« degradieren (68ff.), deutet Sauer mit Blick auf seine naturphilosophischen Studien als Polemiken, die den Theorien Lamarcks und dem französischen Materialismus, aber auch der höfischen Gesellschaft »rationale Zergliederung, Reduzierung, Beschränkung, Atheismus, Maschinalisierung des gesamten Lebens« bescheinigen, die »Unfähigkeit, dieses zu erklären und zu verstehen« (73). Damit sind die Stichworte genannt, die nicht nur die Satiren Jean Pauls, sondern auch die »Nachtwachen«, die kunstkritischen Essays und Märchen Brentanos und A. v. Arnims, die Erzählungen Hoffmanns und, mit geringfügig veränderten Vorzeichen, den Frankenstein-Roman Mary Shelleys erschließen sollen. Im Unterschied zur deutschen Romantik, deutet Sauer an, steht in der englischen »hinter der Metapher der Maschine ... die konkrete Erfahrung mit den Folgen der wachsenden Industrialisierung« (343; vgl. 62). »Wissen«, so das die untersuchten Texte einbegreifende Resümee, erweise sich aber auch hier »einmal mehr nicht als positive Möglichkeit, sondern als Fluch des Menschen, Resultat der kontinuierlichen Repetition des Sündenfalls, der Erkenntnis« (309). Der Allgemeinheit dieser Quintessenz läßt sich auch noch Kleists »Marionettentheater« subsumieren, ebenso die Marionettenmetaphorik der Büchnerschen Dramen und die rhapsodisch einbezogene Technik-Utopie des 19. Jahrhunderts.

Damit ist eine Schwäche der Untersuchung angedeutet: sie arbeitet mit groben begrifflichen Rastern, denen es nur durch Überdeckung von Widersprüchen oder durch Ausparung konkurrierender Problematiken — dies gilt etwa für den Diskurs des Organischen oder, auf andere Weise, für Benjamins Schachautomat — gelingt, die Meditationen Descartes' und die Kakotopie Huxleys auf den gleichen Nenner zu bringen. Obwohl die Verfasserin mit ausladenden Textreferaten nicht geizt, muß Inkommensurables schließlich der durch die Arbeitsfrage — Affirmation oder Negation des Mechanischen — in Gang gesetzten Nivellierungstendenz unterliegen. Entsprechend mager sind die Befunde: »Es geht ... um die Frage nach dem, was der Mensch ist, ob er zur willenlosen Maschine der Materialisten oder zum allmächtigen Schöpfer, zum Fichteschen absoluten Ich wird« (122), heißt es zusammenfassend zu Jean Paul; oder zu Arnim: »In allen Zeiten gilt, daß der Mensch unter dem Einfluß materialistischer, sinnlicher Begierden seine Geistnatur und eigentliche Menschlichkeit zu verlieren ... droht.« (199f.) — Wer sich durch den Jargon, die versammelten idées reçues nicht stören läßt — die »Gier« des »gläubigen Volkes« nach »sinnlichen Gottesbeweisen« (12), die »Verderblichkeit« des Menschen (202) oder das »Motiv der Nacht als Zeit der Entlarung der Nichtigkeit der Welt« (389) usf. — und wer sich um müßige Wiederholungen ebensowenig schert wie um den Erkenntnisgewinn des Ganzen, der wird beim Schmökern in dieser im übrigen mit vorzüglichen Indizes ausgestatteten Studie in jeder Hinsicht auf seine Kosten kommen.

Ralf Konersmann (Münster)

Giedion, Sigfried: Die Herrschaft der Mechanisierung. Ein Beitrag zur anonymen Geschichte. Mit einem Nachwort von Stanislaus von Moos. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/M. 1982 (843 S., Abb., Ln., 138,- DM)

»*Herrschaft der Mechanisierung* ist nicht ein Buch über die Moderne — es ist ein Buch der Moderne.« (782) Dieses Urteil des Nachworts ist grosso modo sicherlich richtig und wird durch viele biographische Details erhärtet. Vor allem stellt es jedoch den imposanten und mutigen Versuch dar, der »anonymen Geschichte« (hier wirkt die »Kunstgeschichte ohne Namen« von Giedions Lehrer Wölfflin) der Mechanisierung unserer Lebenswelt im Spiel alltäglicher Gegenstände und Apparate nachzuspüren: »Auch in einem Kaffeelöffel spiegelt sich die Sonne.« (19) Dabei entfaltet Giedion, selbst ein beachtlicher Designer der Bauhaus-Tradition, großen Scharfsinn, ja auch Witz — was zwar im Englischen dasselbe sein mag, leider aber nicht im Deutschen, wo geheimräthliche Gravität allzu häufig noch immer mit Wissenschaftlichkeit verwechselt wird.

Giedion stellt eindringlich unter Beweis, daß es bei der Darstellung großer Entwicklungszusammenhänge nicht nur der Übersicht über Stoffmassen bedarf, sondern vor allem auch organisierender und perspektivischer Ideen. Diese läßt sich Giedion von der künstlerischen Avantgarde vorgeben und kann so erstaunliche morphologische Konvergenzen zwischen Technik, Kunsthandwerk und »freier« Kunst nachweisen: etwa für die Analyse, Darstellung und technische Simulation organisamischer Bewegungsabläufe. Wie Walter Benjamin (der dieses Buch geschätzt hätte) wendet er die Methode mitunter surrealistischer Überblendungen auf die Kunst- und Technikgeschichte an und kann so z.B. die Mechanisierung des Todes (Tötens) im 19. Jahrhundert als Modellfall der allgemeinen Mechanisierung des Lebendigen begreifen. Auch die Gotik, das Allerheiligste deutschümelnder Kunstgeschichte, bietet ihm keinen Anlaß zu nostalgischem Schwelgen, vielmehr zu nüchternen Überlegungen zur funktionellen Genealogie überdauernder Möbeltypen. Die Entwicklung der Sitzmöbel schließlich läßt ihn epochenspezifische Körperhaltungen entdecken, die mitunter in der Kunst bereits dargestellt werden, bevor es die ihnen adäquaten Möbel gibt (Abb. 233). Hier nimmt Giedion z.T. neuere Forschungen zu Körperschemata und affektiven Verhaltensdispositionen fast spielerisch vorweg. Allerdings hätte er sich dabei schon durch die satirischen Holzschnitte in A. v. Sternbergs *Tutu* (1846) anregen lassen können. Seine im guten Sinne »naturgeschichtliche« Sichtweise läßt Giedion den Begriff des »konstituierenden Möbels« (520) prägen, das sich in unterschiedliche Bereiche vorantastet und differenziert, mitunter auch wahrhaftige Pseudomorphosen hervorbringt.

Besonders die englischen Reformer um Henry Cole und sein »Journal of Design« (ab 1849) sowie der amerikanische Modernisierungsschub um 1860 (Staubsauger, Geschirrspülmaschine und Waschmaschine in einem Dezennium!) haben Giedion zu einer Naturgeschichte des Funktionalismus angeregt, die mit den Reformern die Verachtung des bloßen Dekors und des Ornaments teilt, und zwar auch noch dort, wo die Stromlinienform scheinbar technische Kühle suggeriert. Giedions kritischer Blick sieht jedoch auch in einer funktionsindifferenten modernistischen Formgebung noch gewissermaßen den ominösen Polsterer am Werk, dessen Unwesen er bereits im Historismus und der gründerzeitlichen Bombastik des 19. Jahrhunderts verfolgt hatte (»Die Herrschaft des Tapezierers«, 402). Dennoch kann Giedion — ähnlich wie Max Ernst, dessen Collagen er analytisch auswertet — eine gewisse Negativ-Faszination durch das Dekorative nicht verhehlen. Das Dekorative bleibt Negativfolie der funktionalistischen De-collage und Assemblage. Hier kommt es zu so eindrucksvollen »mechanischen Metamorphosen« (465), die jenes berühmte »zufällige Zusammentreffen von Nähmaschine und Regenschirm auf einem Seziertisch«, also die surrealistische Formel für die Poesie des Alltags geradezu trivial erscheinen lassen.

Giedion kann zeigen, daß nur das neue amerikanische Milieu mit seiner demographischen und sozialen Mobilität den fruchtbaren Boden für die konsequente Mechanisierung abgeben konnte. Dabei kommt natürlich dem Eisenbahnwesen und dem Reisekomfort erheblicher Anteil zu. Ein großes Kapitel ist auch der mechanischen Eroberung des Haushalts gewidmet. Dessen amerikanische Inspiration aus einer sozialetischen Motivation (nämlich der konsequenten Lösung der Dienstbotenfrage) erhellt schlaglichtartig bereits aus dem Namen der klassischen Autorin zur »Domestic Economy« (1841): Catherine E. Beecher, der Schwester jener Harriet Beecher-Stowe, die mit »Uncle Tom's Cabin« den weißen programmatischen Roman zum Auftakt der Negeremanzipation geschrieben hat.

Ausgehend vom letzten Abschnitt zur »Mechanisierung des Badens« (»Regeneration als Kulturmaß«) verdeutlicht Giedion im »Schluß« noch einmal *seine* sozialphilosophische Überzeugung: dynamisches Gleichgewicht der Lebensfunktionen, verträgliche Verteilung von Muße und Arbeit usw. Obwohl Giedion hier als ein früher Vordenker der

Ökologie und »grüner« Ideen erscheint, bleibt dies alles auch wegen der Ausklammerung des Politischen und ökonomischer Machtverhältnisse (Giedion war zeitweilig selbst Unternehmer) merkwürdig blaß und schwach gegenüber der genauen historischen Analyse und insgesamt wohl noch jenem »weißen Sozialismus« verhaftet, der in den zwanziger Jahren zu den prägenden Erfahrungen Giedions gehört hat.

Für die von der üblichen Schlamperei auf diesem Gebiet hierzulande angenehm absteckende schöne (aber auch preisangemessene) innere und äußere Buchgestaltung mit ihren 501 Abbildungen sowie für die späte Publikation (nach 24 Jahren!) dieses Pionierwerks, das keine Schule gemacht hat, verdient auch Hennig Ritter, der Herausgeber der inzwischen bereits wieder eingestellten Reihe »Europäische Bibliothek«, die hiermit auch einmal dem Amerikanismus angemessenen Tribut zollt, besonderes Lob. — Selbstverständlich konnten hier schon aufgrund des schiereren Umfangs nur einige große Linien und manche Details dargestellt werden. Und das recht locker integrierte Werk bietet sich einer solchen selektiven Nutzung auch durchaus an: es ist wahrlich nicht »aus einem Guß«, keine »Totalität«, sondern hat manche Lücken und »weiße Flecken«, die zur Weiterarbeit anregen (vgl. dazu das Nachwort). Als bloßes Bilderbuch behandelt, wozu einige Rezensenten empfahlen, wäre es jedoch ebenso unter Wert geschätzt wie die Kupfertafeln zu Diderot's Enzyklopädie *ohne* die Artikel. Über eine produktive De-collage wäre Giedion allerdings gewiß nicht unglücklich. Bevor man ihn jedoch gleich zu »überholen« trachtet, wäre seine gediegene Sachkenntnis erst einmal zur Kenntnis zu nehmen: schweizer Präzisionsarbeit.

Martin Blankenburg (Berlin/West)

Schiller-Lerg, Sabine: Walter Benjamin und der Rundfunk. Programmarbeit zwischen Theorie und Praxis. K.G. Saur, München 1984 (XVIII + 548 S., br., 68,- DM)

In der bisherigen Rezeption blieb Benjamin weitgehend »die schwer nachzuvollziehende Gratwanderung zwischen talmudischer Lehre und historischem Materialismus ... als philosophisch-elitäre Aura erhalten« (6). Die Dissertation von Schiller-Lerg rückt einen anderen, nahezu unbekanntem, Benjamin ins Blickfeld: den pragmatisch arbeitenden, verständlich-spannend formulierenden und seine Produktionen multimedial verwertenden »freien Mitarbeiter« beim damals avanciertesten Massenmedium. Zwischen 1927 und 1933 schrieb Benjamin für die Berliner »Funkstunde« und den »Südwestdeutschen Rundfunk« in Frankfurt mehr als 80 Sendungen, an deren Produktion er als Sprecher oder Regisseur durchgängig beteiligt war.

Für ihre Bestandsaufnahme und Interpretation der Benjaminschen Rundfunkarbeiten konnte die Autorin — erstmals den Teilnachlaß in der Akademie der Künste (Berlin/DDR) auswerten. In der Zusammenschau mit dem bislang edierten Gesamtwerk Benjamins zeigt sich, daß der Stellenwert seiner Mitarbeit beim Rundfunk höher zu veranschlagen ist, als von ihm selbst und seinen Frankfurter Nachlaßverwaltern eingeschätzt: viele Veröffentlichungen Benjamins gehen auf Rundfunkarbeiten zurück (etwa der »Berliner Chronik«; vgl. 104ff.); einige bislang als Aufsätze deklarierte Texte können als Sendemanuskripte kenntlich gemacht werden (vgl. 304, 379); schließlich sind Benjamins medientheoretische und -politische Schriften aus den dreißiger Jahren, zu denen am Schluß des Buches die Verbindung hergestellt wird, ohne seine Medienpraxis nicht zu denken.

Nach einer Skizzierung des technischen Forschungsprozesses im Dschungel von Nachlaß- und Verlagsrechten (wobei die westdeutsche Nachlaßverwaltung um den Suhrkamp-Verlag wohl nicht durch forschungsdienliche Kooperationsbereitschaft glänzte, später sogar einen kurzfristigen Auslieferungsstopp der fertigen Studie bewirkte) und Anmerkungen zum biographischen Hintergrund des Benjaminschen Zugangs zum Weimarer Rundfunk werden die einzelnen Sendungen ausführlich vorgestellt, chronologisch eingeordnet in die damals gängigen Programmsparten. Benjamin arbeitet vor allem für

den Jugendfunk — dabei seine durch Asja Lacin und einen Besuch in der Sowjetunion angeregte Beschäftigung mit revolutionärer Pädagogik und proletarischem Kindertheater nutzend (vgl. 84ff.); daneben schrieb er Hörspiele und »Hörmodelle«, referierte und rezensierte, moderierte sogar zuweilen und agierte als Interviewer und Gesprächspartner. Die Analyse der Manuskripte im Zusammenhang der sendungsbegleitenden Materialien (vor allem Ankündigungen und Kritiken der Programmzeitschriften), der theoretischen Reflexionen und privaten Äußerungen Benjamins zum Rundfunk weist ihn aus als handwerklichen Profi und als bewußten Publizisten, der die Spezifik des Mediums ebenso berücksichtigte wie nutzte für pädagogisch-politisch motivierte Vermittlungsarbeit. Erkennen läßt sich ein Konzept publikumsbezogener, popularisierender Wissensvermittlung, das auf weitestgehende Gleichberechtigung von Kommunikator und Rezipient abzielt und dies zu erreichen sucht durch Einbeziehung der Voraussetzungen und Interessen der angezielten Hörergruppe in die Anlage und den Prozeß der Vermittlung selbst.

Die solide, teilweise penible Materialaufbereitung von Schiller-Lerg sollte der Benjamin-Forschung Anregung sein, den »pragmatischen Denker« (403) Benjamin ernster zu nehmen; für Publizisten und Medienpraktiker bietet sie reichhaltiges Anschauungsmaterial für eine reflektierte Programmarbeit, die progressiven Anspruch mit Publikumsbezogenheit zu vermitteln weiß. Abzuwarten bleibt, ob die mit dieser Arbeit aufscheinende Singularität der Benjaminschen Rundfunkpraxis und -theorie im Fortgang der noch am Anfang stehenden programmgeschichtlichen Forschung Bestand haben wird; in diesem Prozeß werden auch die verallgemeinernden Aussagen zu Struktur und Organisation der Hörfunkprogramme in der Weimarer Republik zu verifizieren sein.

Die Dissertation ist erfreulich lesbar geschrieben, manchmal allerdings umschweifig formuliert und bemüht wirkend um kommunikationstheoretische Begrifflichkeiten. Anzumerken ist, daß das von Schiller-Lerg als verschollen gemeldete Manuskript des Hörspiels »Das kalte Herz« (vgl. 269) von Benjamin und seinem Freund Ernst Schoen dem Südwestfunk 1979 für eine Neuproduktion zugänglich war. — Schade, daß die wünschenswerte breite Rezeption des Buches durch den arg hohen Preis erschwert wird.

August Soppe (Hamburg)

Renckstorf, Karsten: Menschen und Medien in der postindustriellen Gesellschaft. Neure Beiträge zur Begründung eines alternativen Forschungsansatzes. Verlag Volker Spiess, Berlin 1984 (252 S., br., 32,- DM)

Mit dem 1977 veröffentlichten Sammelband »Neue Perspektiven in der Massenkommunikationsforschung« führte der wissenschaftliche Referent am Hans-Bredow-Institut für Rundfunk und Fernsehen nicht nur den sogenannten »Nutzenansatz« — genauer: eine im Vergleich zu den anglo-amerikanischen Vorbildern differenzierter und gründlicher konzipierte (»deutsche«) Version des »uses and gratifications approach« — in die bundesrepublikanische Diskussion ein (ob es sich tatsächlich um einen »alternativen Forschungsansatz« handelt, darüber wird bis heute gestritten), er machte sich mit dieser Sammlung von Aufsätzen (entstanden zwischen 1970 und 1977) zugleich als kundiger und konsequenter Verfechter einer Reorientierung der Fragerichtung massenmedialer Rezeptionsforschung weit über den engen Fachhorizont hinaus bekannt. Denn mit dem Nutzenansatz wird das Publikum als aktiv, ziel- und interessen geleitet handelndes rehabilitiert, die lineare, behavioristische Denkrichtung der traditionellen Wirkungsforschung von Theoremen des symbolischen Interaktionismus und des sozialen Handelns wenn nicht bezweifelt, so doch ergänzt.

Seither fanden die von Renckstorf initiierten und/oder geleiteten Forschungsprojekte des Hans-Bredow-Instituts, etwa das Nachrichtenprojekt, vielfältige Publikationsforen und wenigstens in der Fachöffentlichkeit gebührende, bisweilen kontroverse Beachtung.

Wenn sie nun, als Aufsätze zwischen 1977 und 1981, erneut in einem Sammelband zur weiteren, konkreten »Begründung und Umsetzung eines alternativen Forschungsansatzes« kompiliert werden, dann drängt sich für den leidlich Bewanderten zunächst der Eindruck einer zusätzlichen Vermarktung auf — zumal die originären Fundorte nicht genannt, Überarbeitungen nicht vorgenommen, hinlänglich bekannte, z.T. überholte empirische Daten nicht getilgt und selbst sich in den einzelnen Aufsätzen wiederholende Formulierungen nicht beseitigt worden sind.

Freilich, angesichts der desolaten Situation bundesdeutscher Medienforschung sollte das Bestreben eines Autors, ein Paradigma personaliter zu besetzen und zu popularisieren, nicht allzu streng gewichtet werden. Schwerer wiegt indes die damit einhergehende Indolenz gegenüber den längst vorgebrachten kritischen Einwänden. Die empirische Umsetzung des Nutzenansatzes kann sich trotz seiner Popularität hierzulande nämlich nur auf sehr wenige Fallstudien stützen, eine davon ist besagte Nachrichtenstudie des Hans-Bredow-Instituts. Sie sollte den Einfluß empirisch erfassen, beschreiben und analysieren, »den bestimmte, von den Nachrichtenredaktionen vorgegebene (optisch-visuelle) Darstellungsformen von Fernsehnachrichten auf das Zuschauerverhalten ausüben« (81). Außer in mehreren Aufsätzen, einem zweibändigen Abschlußbericht (K. Renckstorff, Nachrichtensendungen im Fernsehen, Berlin 1980), ist sie erneut mit drei Beiträgen in dem vorliegenden Sammelband vertreten. Just gegen diese Nachrichtenstudie sind aber grundlegende theoretische wie methodische Einwände vorgetragen worden (vgl. die Beiträge in: Publizistik 4/1977 sowie meinen Überblick in: H. Kreuzer/K. Prümm, Fernsehsendungen und ihre Formen, Stuttgart 1979), die nach sieben Jahren zu replizieren, dem Autor anläßlich einer neuerlichen Publikation gut angestanden hätte. Diese Kritik einfach zu ignorieren, erinnert ein wenig an das Publikationsgebaren weniger Koryphäen bundesdeutscher Publikationswissenschaft.

Eine davon, E. Noelle-Neumann und ihre umstrittene Analyse über die angebliche Beeinflussung der Bundestagswahl 1976 durch das Fernsehen, später zu einer Theorie der »Schweigespirale« geadelt, findet auch in zwei Aufsätzen Renckstorffs berechnete und vehemente Kritik. Die anderen Beiträge lassen sich einmal unter das Rubrum programmatischer Aufrisse zur Konzeption und Begründung einer sozialwissenschaftlichen Medienforschung subsumieren, die dem Nutzenansatz voll und bisweilen zu ausschließlich Rechnung tragen soll. Sie ist vor allem in der Spätphase der sozialliberalen Koalition angeregt und, bislang einmalig in der bundesdeutschen Geschichte, offiziell honoriert worden — allerdings ohne konkrete Resultate, weshalb man heute schon über ihre legitimatorischen Funktionen nachzudenken beginnt. Auch dazu hätte man sich einige Einschätzungen des Autors vorstellen können.

Zum ändern wird als weitere empirische Stütze die Fallstudie zur Aufgabe und Bedeutung lokaler Information, vor allem des Hörfunks und des Fernsehens, in Berlin (1980/81) referiert. Mit ihren vielfältigen Erkenntnisperspektiven und ihrem multiplen Analyseinstrumentarium dürfte sie am ehesten noch über den Tag hinaus Relevanz und kognitiven Bestand haben, zumal die anstehenden oder schon eingeleiteten Regionalisierungs- und Lokalisierungspläne der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten weithin immer noch der wissenschaftlichen Fundierung und Differenzierung harren. Allerdings: zwischen der theoretischen Konzeption des Nutzenansatzes und den empirischen Anläufen seiner Umsetzung klafft, wie diese Studie eingeständenermaßen belegt, noch eine erhebliche Lücke, die sich gerade bei »weichen« Methoden (Gruppendiskussion) evident auftut.

Schließlich sei noch auf den einleitenden Aufsatz »Massenmedien, Gesellschaft und sozialwissenschaftliche Massenkommunikationsforschung« (1980) verwiesen, der schon in mehreren jeweils fortgeschriebenen Varianten das »Internationale Handbuch für Rundfunk und Fernsehen« zierte. In seinen forschungsgeschichtlichen und -perspekti-

vischen Abschnitten dokumentiert er die profunde Belesenheit des Autors, seine Fähigkeit, verschiedene Entwicklungsstränge systematisch und prägnant darzustellen und zugleich Perspektiven für eigene Fragestellungen und Forschungsansätze aufzuwerfen. Für die Begründung jenes »alternativen Forschungsansatzes« wäre es gewiß dienlicher gewesen, Renckstorf hätte diesen Überblick fortgeführt, aktualisiert und zusammen mit den genannten empirischen Studien zu einer selbständigen Monographie verarbeitet. Just im vergangenen Jahr initiierte und trug das Hans-Bredow-Institut nämlich maßgeblich eine neuerliche und weiterführende Diskussion über die gegenwärtige Konzeptualisierung und Ergiebigkeit des zumindest modifizierten, wenn nicht revidierten Nutzenansatzes. Wenn Renckstorf ihn in diesem Sammelband erneut und mehrfach derart gegenüber der traditionellen Wirkungsforschung absetzt, daß er allein die subjektivistische Komponente (»'wirksam' im Sinne des 'Wirkungsansatzes' ist, was den Zielen und Absichten des Kommunikators entspricht; 'wirksam' im Sinne des 'Nutzensansatzes' ist jedoch, was den Interessen und Bedürfnissen des Rezipienten dienlich ist«; 37) gelten läßt, dann geraten solche Formulierungen nicht nur unter Ideologieverdacht, vielmehr fallen sie hinter gleichzeitig publizierte Erkenntnisse des Autors zurück (vgl. den Beitrag von V. Rouge in: Rundfunk und Fernsehen 1/1984, sowie das Statement von Renckstorf und W. Teichert in dem von ihnen herausgegebenen Band: Empirische Publikumsforschung, Hamburg 1984). Hans-Dieter Kübler (Werther)

Soziologie

Rammert, W., G. Bechmann, H. Nowotny und R. Vahrenkamp (Hrsg.): Technik und Gesellschaft. Jahrbuch 2. Campus Verlag, Frankfurt/New York 1983 (260 S., br., 28,- DM)

Wir haben uns inzwischen daran gewöhnt, daß technische Projekte nicht mehr unwidersprochen hingenommen werden, sondern Protestbewegungen auf den Plan rufen: »Geschwächte Bürger« kämpfen gegen »allmächtige Technokraten«, um eine Formulierung des französischen Jahrbuch-Autors *Callon* aufzugreifen (140). Zweifellos ist es der *reaktive* Charakter des Protestes, der öffentlichen Diskussion über Technik insgesamt, der u.a. ihre Schwäche ausmacht; er spiegelt sich auch in den Sozialwissenschaften, insofern sie sich ausschließlich für die »sozialen Folgen«, »sozialen Kosten« bestimmter Technologien interessieren.

Für ein verändertes sozialwissenschaftliches Technikverständnis plädiert das nun zum zweiten Mal erschienene Jahrbuch: hier geht es nicht um Protestbewegungen, die technische Projekte bekämpfen, sondern um Technik *als* soziale Bewegung, als »Handlungsprojekt« (8). Die Herausgeber wollen Technik weder als »Schicksal«, noch »nur als Herrschaft« begreifen, sondern als »Drama gesellschaftlicher Akteure« (11). Dieses Konzept wurde von ihnen als Leitfaden den Autoren an die Hand gegeben und soll die Klammer bilden für eine Sammlung auf den ersten Blick sehr heterogener Aufsätze: Behandelt wird die Entwicklung der Breitbandkommunikation, der Fahrzeug-, Büro- und Militärtechnik, der Einsatz von Herbiziden (Unkrautvertilgungsmitteln), der Stand der Gewerkschafts- und Ökologiebewegung, die Bewußtseinslage von Ingenieuren, Betriebsorganisatoren und »Maschinenstürmern«.

Jeder einzelne dieser Aufsätze ist informativ; dennoch wird derjenige Leser am meisten profitieren, der ihren Bezug zum Hauptthema im Auge behält: Identifizierung von Akteuren der Technikentwicklung ihrer Ziele, Strategien, Machtmittel, Nachzeichnung ihrer Konflikte in der gesellschaftlichen »Arena« (8). Daß es sich dabei um einen theoretischen Ansatz von begrenzter Reichweite handelt, wird von den Herausgebern explizit zugestanden. Ihre Trennung zwischen einer sogenannten Akteurs- und einer Struktur-

theorie überzeugt nicht (und wird von den Autoren auch nicht eingehalten): Wie anders läßt sich denn die *Macht* von Akteuren erklären, wenn nicht unter Rückgriff auf gesellschaftliche Strukturen?

Bedenkt man die Uferlosigkeit und Beliebigkeit der Diskussionen über Technik und Gesellschaft, dann hätten die theoretischen Präzisierungen der Herausgeber durchaus mehr Raum verdient. Es gibt jedoch in diesem Band einen Aufsatz, der ihre zentrale Denkfigur — Technik als »Drama« gesellschaftlicher Akteure — »beispielhaft« (8) demonstriert. Nicht zufällig stammt er von einem französischen Autor, der sich auf die konzeptionelle Vorarbeit stützt, die insbesondere A. Touraine mit seiner »Soziologie der Aktion« geleistet hat.

Callon gelingt es in der spannend nachgezeichneten Geschichte der Entwicklung des Elektroautos, die »Kreation einer Technik« (140) als einen sowohl *technischen* als auch *sozialen Entwurf* deutlich zu machen, in dem sich die Kräfteverhältnisse zwischen den Beteiligten (staatlichen Instanzen, Privatunternehmen etc.) ausdrücken: Sie agieren »gleichzeitig (als) Technologen und Soziologen, Industrielle und Politiker, Agitatoren und Intriganten« (157). Es sind nicht so sehr *Callons* allgemein gehaltene Einsichten in die technisch vermittelte Erzeugung sozialer Realität, sondern eher seine detaillierte Schilderung, die den Leser produktiv an etablierten Grenzziehungen (»Was ist technisch und was ist sozial« [147]) zweifeln lassen.

Führt uns *Callon* tatsächlich ein »Drama« vor Augen, befinden wir uns bei ihm in der »Arena« (um die von den Herausgebern favorisierten Begriffe zu verwenden), so begnügen sich andere Autoren des Jahrbuchs gewissermaßen mit dem Rollenverzeichnis. Am anschaulichsten gerät noch *Albrechts* Schilderung der Akteure der Rüstungsprogression und ihrer Kooperationsmuster. Am konventionellsten verfährt *Mettler-Meibom* in ihrem Beitrag zur Beitbandkommunikation, der nach dem Muster »Technik und soziale Folgen« aufgebaut ist.

Dagegen lesen sich die Aufsätze von *Pirker* (zur Bürotechnik) und *Hampicke* (zum Einsatz von Herbiziden) wie ein ironischer Kommentar zu der von den Herausgebern skizzierten Akteurstheorie: So demonstriert *Pirker* an der Bürotechnik, daß es keinen gesellschaftlichen Akteur gibt, der das dort angelegte Humanisierungspotential für sich beansprucht. Widerstand werde eher aus der Beharrungskraft traditionell-hierarchischer Strukturen heraus geleistet, d.h. der Konflikt der Akteure um die dieser Technik inhärenten Chancen, das gesellschaftliche »Drama«, findet mangels Beteiligten nicht statt.

Ähnliches gilt nach *Hampicke* für die Gefahren des Herbizid-Einsatzes. Nach ihm handelt es sich dabei um ein nicht besonders »dramatisches« Umweltproblem, das trotz rekonstruierbarer Interessen (der chemischen Industrie, Agrarbürokratie etc.) nicht für das »Werk einer finsternen Clique« gehalten werden dürfe, sondern für einen Fall »spontaner Technikentwicklung«, deren Hauptkennzeichen sei, daß »sich niemand um das Problem kümmert, weil es kein gesellschaftliches Forum gibt« (188, 197, 200).

Natürlich fordern *Pirker* und *Hampicke* mit ihren Hinweisen auf Chancen und Gefahren — wie im Grunde alle Jahrbuch-Autoren — eine aktive Technologiepolitik, die von einer wissenschaftlich-informierten, kritischen Öffentlichkeit kontrolliert wird. Inwieweit diese bereits stellvertretend von der Gewerkschafts- und Ökologiebewegung betrieben wird, ist Gegenstand der von *Sobott* und *Brandt* verfaßten Skizzen beider Bewegungen, die etwas blaß ausfallen. Mehr Tiefenschärfe haben die Porträts von Personengruppen: *Fischer* zeigt, daß sich die (amerikanischen) Ingenieure nach wie vor eher als Instrumente denn als eigenständig Handelnde verstehen. *Weltz/Lullies* beschreiben die »Menschenbilder der Betriebsorganisatoren« (109) als Systeme sich selbst bestätigender, humanisierungsfeindlicher Annahmen. *Sieferle* korrigiert die weitverbreitete Vorstellung von den »Maschinenstürmern« (Luddisten), die als Beispiel für Technikfeindlichkeit schlechthin herhalten müssen. Bei aller historisch rekonstruierbaren Rationalität ihrer

Motive sei ihnen der geschichtliche Sinn ihrer Aktionen verborgen geblieben. Als Handelnde hätten wir jedoch keinen Grund, uns *darin* ihnen überlegen zu fühlen (225). Alles in allem ist das Jahrbuch all denen zu empfehlen, die ein weitgespanntes Interesse am Thema »Technik und Gesellschaft« mitbringen. Claudia Weber (Frankfurt/M.)

Lange, Bernd-Peter, Herbert Kubicek, Jürgen Reese und Uwe Reese: Sozialpolitische Chancen der Informationstechnik. Zur staatlichen Förderung einer sozialen Informationstechnologie. Campus Verlag, Frankfurt/New York 1982 (302 S., br., 39,- DM)

Die Idee besticht: einmal nicht die Folgen und Auswirkungen der neuen Informationstechniken zu prognostizieren oder gar zu perhorreszieren, sondern umgekehrt zu fragen, welche Lösungs- oder zumindest Verbesserungsmöglichkeiten für »soziale Probleme« in ihnen stecken könnten. »Technologieanstoßende Sozialforschung« nennt die Arbeitsgruppe in der »Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung«, bestehend aus Wirtschaftswissenschaftlern, Verwaltungssociologen und Ingenieuren, diese »alternativ« Vorgehensweise, die in sechs Bänden, der vorliegende faßt sie kurz zusammen, »einen konkreten Beitrag zur ursachennahen Lösung der Probleme« geben und »Modellversuche« konzipieren will, »die der Verwirklichung dieser Zielsetzungen dienen«. Dabei sind folgende Schritte zu leisten: 1. »die Kausalitätsrichtung für die Technikentwicklung umzukehren« und »spezifische Technologien bzw. spezifische Anwendungen auf individuelle und gesellschaftliche Bedürfnisse zuzuschneiden, die marktmäßig nicht befriedigt werden«; 2. »die spezifischen Technikanwendungen in die Reorganisation soziotechnischer Systeme so« einzuordnen, »daß die Anwendungsbedingungen mit den sozialen Zielen harmonisieren«; 3. vorgängige Wirkungsanalysen eines neuen soziotechnischen Systems anzustellen, um ihre Ergebnisse bei der Ausgestaltung dieses Systems berücksichtigen zu können; 4. die Implementation soziotechnischer Systeme anhand von Modellversuchen sorgfältig zu planen und wissenschaftlich zu kontrollieren (108).

Die Autoren schlagen Modellversuche zur Nutzung neuer Informationstechnik vor, in denen Schulabgänger und andere Stellensuchende beraten, Verbraucher besser informiert, Klienten der Sozialverwaltung über ihre Rechte aufgeklärt werden, ältere Menschen ihre soziale Isolation überwinden und alleinstehende Mütter besser mit ihrer Doppelbelastung durch Erwerbstätigkeit und Kinderbetreuung fertig werden können. Die hier angesprochenen »sozialen Problemlagen« werden eingangs nur kursorisch verhandelt; der Schwerpunkt liegt auf dem Argument, die bisherige Sozialpolitik mit ihrem Beharren auf dem sogenannten Versicherungsprinzip erweise sich als unzureichend. Adäquatere Bewältigungsstrategien und eine »ursachennahe Feinsteuerung« seien eher von dezentralen, situationsspezifischen Netzwerken zu erwarten, die sich um den »Aufbau von Selbsthilfestrukturen 'vor Ort'« bemühen. Wenig Innovations- und Reformfähigkeit wird mithin der sogenannten staatlichen Daseinsvorsorge eingeräumt — ganz im Gegensatz, und hier offenbart sich der erste und diskutierte Widerspruch der Studie, zu den Erwartungen, die die einzelnen Projektvorschläge an die staatliche (Subventions-)Politik richten (müssen). Denn da der Markt für solche humanitäre, unrentable Leistungsangebote ausfällt, sind sie »nur über staatliche Stellen« zu verwirklichen. Unter Berufung auf das Sozialstaatsprinzip sollen Sozialpolitik und Technologiepolitik eine qualitativ höhere, produktivere Wechselbeziehung eingehen. Würde man die beiden zuerst genannten Verfasser nicht aus anderen Veröffentlichungen als kritische Ökonomen kennen, so könnte man sich des Eindrucks einer gewissen politischen Blauäugigkeit, wenn nicht Augenwischerei, nicht ganz erwehren. Aber ein neues Konzept darf wohl erst einmal ungeschützt entwickelt werden.

Doch ist ein zweites Fragezeichen nicht zu unterdrücken. Im wesentlichen operieren die Verfasser nur mit zwei Bezugssystemen: dem der technischen, auch soziotechnischen Potenzen und dem der sozialen Bedürftigkeit. Alle anderen Fragen scheinen gelöst —

oder ausgeklammert. Eine konstruktive Sozialforschung und alternative Sozialtechnologie dürfte sich ihre Perspektiven nicht derart vorab beschneiden lassen. So könnte sie beispielsweise das Problemfeld der alleinstehenden Mütter weit umfänglicher durchmustern, sämtliche Versionen der Lösung durchspielen und für jede die anfallenden Kosten und den Nutzen aufrechnen, nicht nur die finanziellen, sondern natürlich auch die sozialen, psychischen, kulturellen etc. Sie müßte dann ihr Panorama von der öffentlichen Betreuung der Kinder wie in der DDR bis zu ganz privatisierten Formen wie das Modell der Tagesmütter oder auch das der staatlich alimentierten Pausierung auffächern. Die hier diskutierte, technifizierte Form, nämlich die Einrichtung nachbarschaftlich verkabelter Arbeitsstätten, in denen sich die Mütter periodisch von der Arbeitsverrichtung und Kinderbetreuung ablösen, wäre zunächst nur eine der möglichen. Die staatliche Infrastruktur wird hier als gegeben und damit als (vermeintlich) zweckdienlich vorausgesetzt. Dabei kündigt sich nach der Sackgasse der Kernenergie die Kupferverkabelung als weitere gesellschaftliche Fehlinvestition an. Verwertungsinteressen sind viel gründlicher zu erfassen als in diesem Buch; dennoch bleiben viele phantasiereiche Anregungen für eine künftige »soziale Informationstechnologie«.

Hans-Dieter Kübler (Werther)

Karcher, Harald B.: Büro der Zukunft — Mikrocomputer und Telekommunikation. Eine Gesamtschau zu Technik, Organisation und Marketing. Fachverlag für Büro- und Organisationstechnik, Baden-Baden 1983 (440 S., br., 48,- DM)

Dieses Buch, eine Dissertation aus dem Jahre 1982, erscheint bereits in fünfter Auflage. Es verhandelt das Thema Büroautomatisierung nicht in spekulativer Manier, sondern bietet eine realistische Einschätzung gegenwärtiger Entwicklungen. Durch die Aufarbeitung der einschlägigen Literatur (47-seitiges Literaturverzeichnis mit etwa 800 Nachweisen) sowie durch Expertengespräche (80 Expertenverweise) verfolgt der Autor das Ziel, »Entwicklungsrichtungen auf dem Weg zum elektronischen, integrierten, multifunktionalen und (teil)automatisierten Büro der Zukunft« (13) zu identifizieren und zu analysieren. Als Fazit seines Überblicks über die technischen Grundlagen und Möglichkeiten der Bürokommunikation/Information (11-130) sieht der Autor die gleichzeitige Dezentralisierung und Integration von Büro-, Nachrichten- und Computertechnik. Das Büro der Zukunft ist technisch in Gestalt von »integrierten, multifunktionalen Büroinformations/Kommunikationssystemen mit verteilten und dezentralen Endeinrichtungen (Terminals) am Büroarbeitsplatz« (127) realisierbar. Damit kann jeder Büroarbeitsplatz (teil)automatisiert werden, auch die Arbeitsplätze der qualifizierten Sachbearbeiter, Fachleute oder Manager. Gerade diese Beschäftigtengruppen werden zukünftig die »neue(n) Zielgruppen für die Informations/Kommunikationstechnik« (120) sein.

Ist das Büro der Zukunft technisch bereits weitgehend realisierbar, so gibt der Autor jedoch angebotsseitige Einflußfaktoren (131-257) zu bedenken: »Gerade bei den komplexeren Büroinformations/Kommunikationssystemen ... ist die Software der bedeutendste (markt)entwicklungshemmende Faktor!« (170) Zwar verbilligt sich die Hardware, auch gibt es bereits einige Großfirmen, die in ihrem Angebot die Bereiche der Büro-, Nachrichten- und Computertechnik integrieren und auch die Deutsche Bundespost ermöglicht durch den Infrastrukturausbau (Verkabelung) eine weitgehende Kompatibilität unterschiedlicher Bürokommunikations-Terminals. Doch steht dem ein wesentliches Hindernis gegenüber: es herrscht Personalmangel sowohl bei der Entwicklung von Software zur nutzerfreundlichen Anwendung der Bürotechnik als auch beim Absatz der neuen Bürotechnik über den Handel (176).

In einem abschließenden Kapitel geht der Autor der Frage nach anwender/bedarfsseitigen Einflußfaktoren (258-370) nach. Mit zunehmender Organisationsgröße und mit zunehmendem Konkurrenzdruck wächst für die Unternehmen der Zwang zur (Teil)Automatisierung im Bürobereich. Die Personalkosten spielen hierbei die dominierende Rol-

le: »Mit etwa 80% Personalkostenanteil macht sich gerade im Bereich Büro und Verwaltung der Anstieg der Personalkosten besonders stark bemerkbar« (265). Und berücksichtigt man, »daß auf Manager und Fachleute zusammen etwa 66%(!), auf Sekretärinnen/Schreibkräfte dagegen nur etwa 6% der Personalkosten im Bereich Büro und Verwaltung entfallen« (367), so wird deutlich, warum nicht nur vom technischen Angebot her, sondern auch aus der Sicht der Anwender »Manager, Fachleute und evtl. auch qualifiziertere Sachbearbeiter« (370) zu den neuen Zielgruppen der Büroautomatisierung werden. Als Problem stellt sich jedoch, ob diese Beschäftigtengruppen die weitgehende (Teil)Automatisierung ihrer Tätigkeiten auch akzeptieren. Damit wird zwar eine arbeitsplatzbezogene Perspektive bei der Diskussion neuer Bürotechnologie entwickelt, doch geraten die Beschäftigten hierbei lediglich funktional als Arbeitsplatzinhaber ins Blickfeld. Ihre Subjektivität in Form spezifischer Aktivitäts- bzw. Widerstandspotentiale wird vom Autor, einem gelernten Diplomkaufmann, ausgegrenzt und den Nachbardisziplinen Psychologie und Soziologie überwiesen, um die Betriebswirtschaft(slehre) von subjektiven Faktoren zu »bereinigen«. Es bleibt unklar, wie gegen den potentiellen Widerstand der Bediener neue Bürotechnologie durchsetzbar sein soll. Auch kann der Autor nicht verständlich machen, warum angesichts einer technisch möglichen Dezentralisierung betrieblicher Arbeitsabläufe der betriebliche Alltag noch weitgehend zentralisiert ist.

Trotz dieser Kritik sei dieses Buch allen empfohlen, die sich einen Überblick über modernste Techniken und ihre Möglichkeiten des Einsatzes im Bereich Büro und Verwaltung erwerben wollen. Hieran »dürften sowohl die Befürworter als auch die Gegner neuer Bürokommunikations-Technik interessiert sein« (1). Auch als Nachschlagewerk ist dieses Buch geeignet: Das ausführliche sechsseitige Inhaltsverzeichnis, die Fülle an verarbeiteter Literatur, ein Expertenverzeichnis sowie eine verständliche Sprache lassen es als Standardwerk auf dem Gebiet der Büroautomatisierung erscheinen.

Gerd-Uwe Watzlawczik (München)

Malchau, Joachim: Technologie und Emanzipation. Zum Bestimmungszusammenhang der Rationalitätskriterien wissenschaftlich-technischer Entwicklung und deren Auswirkungen auf industrielle Arbeitssituationen. Minerva Publikation Saur, München 1983 (185 S., br., 32,- DM)

Die Arbeit ist reich an Absichtserklärungen. Sie will sich von naiver Technikgläubigkeit und den Vorstellungen einer sich selbsttätig entwickelnden Technik freihalten, weder dem Kantschen idealistischen Moralismus noch den den Untergang heraufbeschwörenden »moralischen Terrorismus« beipflichten (8) und dem Versuch einer sich von den Vertretern der Ökobewegung — warum ausgerechnet von denen? — abgrenzenden Technikkritik (1) unternehmen. Der Autor schreibt in emanzipativer Absicht (2) und will uns zeigen, daß die Zukunft in unserer Hand liegt, wir nur den richtigen Handgriff finden müssen (7).

Das Kapitel über die Innenseite des technischen Fortschritts rekurriert ausschließlich auf die internen Bedingungen der Wissenschaftsentwicklung: Wissenschaft ist dort ein gesellschaftlich bestimmter Typ zweckrationalen Handelns (59), Technik lediglich die Vergegenständlichung dieser Handlung (71). Beide entwickeln sich als Produkt der gesellschaftlichen Arbeitsteilung nicht autonom und quasi automatisch in eine selbstgegebene Richtung (80). Trotz heftiger Ablehnung der Ullrichschen These der strukturellen Affinität von Wissenschafts- und Kapitallogik prägen für den Autor dennoch die Merkmale industriekapitalistischer Verhältnisse die Entwicklung der Technik bis in ihre innersten Strukturen hinein. Und mit Goethes »... daß außen gilt, was innen galt« (81) unterstellt auch das Kapitel über die Außenseite des technischen Fortschritts das Kapitalverhältnis als dominierend. Dieses setzt sich — darauf hat schon der hier recht wenig einge-

arbeitete Marx hingewiesen —, meist unsichtbar, hinter dem Rücken der Beteiligten durch. Und so verwundert auch nicht, daß für den Autor bei der auf zwei Seiten sehr knapp beschriebenen Entwicklung der Mikroelektronik alle möglichen Interessen eine Rolle spielen, nur das Kapitalverhältnis nicht (97f.).

Der industriesoziologisch orientierte Teil untersucht am Beispiel der zentralen Kategorien Bewußtsein, Qualifikation und Arbeitsorganisation den emanzipatorischen Gehalt der technisch-ökonomischen wie auch der geistigen Entwicklung und vorhandene und entstehende Freiräume für Veränderungen. Hier wird sehr vage die »Möglichkeit ... einer freigesetzten emanzipatorischen Tendenz im labil-ambivalenten Arbeiterbewußtsein« (111) ebensowenig ausgeschlossen wie das Wachstum eines Bewußtseins vom »kapitalistischen Zweck der technischen Revolutionierung von Produktionsprozessen« (127). Und über das »Bereitstellen 'persönlicher Motivstruktur' und 'persönlicher Handlungskompetenz'« könnte ein kollektiver Lernprozeß bei den Produktionsagenten »in die systemtranszendierende Forderung nach kollektiver Selbstverwaltung der eigenen Arbeit unter Ausschluß des Kapitalisten münden« (146). Das hinter solchen Hoffnungen sich verbergende Problem des Widerspruchs zwischen objektiver Klassenlage und subjektivem Bewußtsein wird nicht weiter thematisiert. Und so sieht der Autor im Proletariat auch nicht die gesellschaftsbewegende Kraft. Entsprechend der Rolle der Wissenschaft für die Entwicklung der Technik könnte — diese These ist spekulativ, aber nicht gerade neu — die Technische Intelligenz eine avantgardistische Funktion im Klassenkampf einnehmen und damit ihre durch die reelle Subsumtion unter das Kapital verlorene Sonderstellung kompensieren. Im weiteren reduziert er das Problem der Beeinflussung der technischen Entwicklung auf die Erzeugung »neuzeitlichen Resistenzverhaltens« in Wissenschaftlern gegenüber externen Einflüssen.

Das Buch endet — wenig überzeugend — mit Forderungen nach Lernprozessen und der Veränderung des moralisch-praktischen Bewußtseins. Und würde sich — wie der Autor es wünscht — dann noch das Bewußtsein von der Überlebenskrise verallgemeinern und sich ein gesellschaftlicher Konsens ergeben (174f.), könnte endlich — Rationalität ist angesagt — das Bewußtsein das Sein bestimmen. Hätte er die These, daß die Warenproduktion selbst der Rationalität entbehre, nicht als zu gewagt verworfen (26), wäre vielleicht sichtbar geworden, was die Dynamik des technologischen Entwicklungsprozesses ausmacht.

Kurt Schmahl (Berlin/West)

Glatzer, Wolfgang, und Wolfgang Zapf (Hrsg.): Lebensqualität in der Bundesrepublik.

Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden. Campus Verlag, Frankfurt/New York 1984 (444 S., br., 48,- DM)

Wolfgang Glatzer ist Projektleiter im Sonderforschungsbereich 3 der Universitäten Frankfurt/M. und Mannheim (»Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik«), Wolfgang Zapf ist Professor für Soziologie an der Universität Mannheim. Zusammen mit ihren Mitarbeitern haben sie die vorliegende Dokumentation erarbeitet, die ein umfangreiches und anschauliches Material über mikrosoziologische Aspekte von gesellschaftlichem Verhalten und Kommunikation darstellt. Das Datenmaterial wurde mittels eines annähernd 180 Einzelfragen umfassenden Fragebogens ermittelt und lieferte Unterlagen für eingehende Untersuchungen von individuellen Lebensbedingungen, den weiten Bereich der Alimentation, den Produktions- und Reproduktionsbereich im jeweils weitesten Sinne sowie für unterschiedliche Zufriedenheitsskalen. Das Datenmaterial steht über das Zentralarchiv für empirische Sozialforschung in Köln zur Verfügung.

Das Buch verzichtet weitgehend auf theoretische Erläuterungen; es ist aber eine Grundlage für eine Theorie-Praxis-Debatte und enthält konkrete Vorschläge für weitere Forschungsansätze. »Die 'Adaptierten' repräsentieren häufig die Realität von Ohnmacht und gesellschaftlichem Rückzug. Gerade sie, die sich subjektiv in greifbare Man-

gellagen fügen, werden häufig von den etablierten sozialpolitischen Maßnahmen nicht erreicht, während die öffentliche Meinung möglicherweise übermäßig auf die gutgestellten Unzufriedenen reagiert« (26).

Die Sozialforscher befragten in den »Wohlfahrtssurveys« 1978 2012 und 1980 2427 Personen. Zusätzlich wurden Sonderstichproben gezogen. Repräsentativität, Fehlerpielräume und Ausfälle werden ausführlich dargestellt und erläutert (32ff.), ebenso die Berechnungsverfahren. Insbesondere Erhebungen über »Gesundheit und soziale Integration« (141ff.) stellen ein gut aufbereitetes und kommentiertes Material zur Verfügung, das nicht nur für Sozialwissenschaftler von Interesse sein wird, sondern im gleichen Maße für Verbände und Vereinigungen, die der öffentlichen Gesundheit dienen, zur Lektüre empfohlen werden kann. Die Korrelation von Gesundheitsdaten und solchen über soziales Befinden muß als einzigartig hervorgehoben werden (154).

Die Untersuchung ist ein Querschnitt durch die Lebensbereiche und den Alltag des Menschen in der Industriegesellschaft. Daher bietet sich die aktuelle Information auch für Probleme an, die zur Zeit eingehend diskutiert werden: So ist den Deutschen ihre Freizeit genauso wichtig wie ihre Arbeit (Diskussion um Arbeitszeitverkürzung) und der Glaube ist ihnen wichtiger als politischer Einfluß. Klaus Neufert (Hamburg)

Psychologie

Giese, Eckhard: Psychiatrie ohne Irrenhaus — Das Beispiel Genua. Psychiatrie Verlag, Rehburg-Loccum 1984 (263 S., br., 20,- DM)

Nach einer Phase beinahe süchtiger Rezeption von allen Nachrichten und Texten aus dem Kontext der italienischen Psychiatriereform herrscht in der Bundesrepublik gegenwärtig eher ein Gefühl der Übersättigung vor. Hatten Übersetzungen aus dem Italienischen in den 70er Jahren eine garantiert hohe Auflage, so könnten Verlage inzwischen auf Texten zur italienischen Psychiatrie sitzen bleiben. Die Texte von Basaglia, Pirella und Jervis haben mittlerweile Klassikerrang angenommen. Solange sie als aktuelle programmatische Nachrichten aus einem tiefgreifenden Reformprozeß und einer lebendigen Reformbewegung genommen werden konnten, zogen sie ein enormes Interesse auf sich. Mittlerweile gehören sie zu zentralen Quellen der Frühgeschichte der italienischen Reform. Eine systematische Darstellung und kritische Diskussion dieser Texte hat Bopp (1980) vorgelegt. Zur besonders fortgeschrittenen Reformpraxis in Triest hat Hartung (1981) eine beeindruckende Monographie vorgelegt und schließlich hat Simons (1980) einen Sammelband herausgebracht, in dem neben programmatischen Texten, Praxisberichten und -evaluationen die Grundlagen der neuen Gesetzgebung dargestellt werden.

Auf diesem Hintergrund muß die Bedeutung des vorliegenden Buches bewertet werden: Hat es überhaupt die Chance, noch neue Einsichten zur Reformbewegung der italienischen Psychiatrie zu vermitteln? Um meine Einschätzung vorwegzunehmen: Eckhard Giese hat nicht nur in einer bislang nicht existierenden Form die Komplexität des »italienischen Modells« aufzeigen können, sondern hat auch in einer Reihe eigenständiger analytischer und empirischer Zugangsweisen innovative Perspektiven und Einschätzungen ermöglicht. Entscheidend dafür war einerseits sicherlich sein zweijähriger Aufenthalt in Italien (zuerst in Arezzo und dann in Genua), der ihm die Möglichkeit zur Teilnahme an der praktischen Reformarbeit und an den internen intensiven Diskussionen der »psichiatria democratica« gab. Andererseits hat er theoretische Konzepte in seine Analyse einbezogen (z.B. sozialepidemiologische Konzepte oder das fiskalpolitische Paradigma sozialpolitischer Reformprozesse, wie es von Scull vorgelegt wurde), die originelle Ergebnisse und Sichtweisen eröffnen. In dieser Besprechung möchte ich mich wesentlich darauf beschränken, solche innovativen Ansätze des vorliegenden Buches auf-

zugreifen. Im übrigen bietet es einen soliden Sockel komprimierter Informationen über die italienische Psychiatrie, die in ihrer systematischen und annähernd vollständigen Präsentation ihren Wert haben.

(1) Ich habe verschiedene Diskussionen zwischen Repräsentanten der »demokratischen Psychiatrie« und deutschen Psychologen und Psychotherapeuten erlebt. Sie litten an einem systematischen Mißverständnis. Die deutschen Diskussionspartner fragten jeweils nach therapeutischen Methoden und die italienischen Gäste antworteten auf entsprechende Fragen mit dem Versuch, ihre allgemeine politisch-professionelle Grundhaltung zu vermitteln, die sich nur noch kritisch auf die Dimension des therapeutischen Technizismus beziehen kann. Nach solchen Versuchen mißlingender Verständigung war die Enttäuschung auf beiden Seiten. Als Giese nach Italien aufbrach, wollte er schwerpunktmäßig die unmittelbare professionelle Alltagspraxis der italienischen Kollegen untersuchen und dokumentieren. Im zweiten Kapitel seines Buches legt er seine Ergebnisse vor. Sie zerstören den Mythos von einem homogenen Modell der »psichiatria democratica«. In den verschiedenen Zentren dieser Bewegung werden sehr unterschiedliche Akzente gesetzt, über sie laufen intensive interne Debatten. In einzelnen ambulanten Zentren lassen sich unterschiedliche Arbeitsansätze beobachten, die sich nicht unbedingt zu einem in sich widerspruchsfreien Gesamtansatz verbinden (als häufigste Elemente nennt Giese den »psychopädagogischen Ansatz«, den »sozialarbeiterischen«, den »pharmakologischen« und den »psychotherapeutischen Ansatz«). Spezielle Aufmerksamkeit schenkt er der für Psychologen besonders relevanten Diskussion um die Probleme von Psychotherapie allgemein und der Psychoanalyse im besonderen. Überraschend an dieser Diskussion ist ihr mittlerweile erreichter Differenzierungsgrad, nachdem ursprünglich eine Haltung abstrakter Negation vorherrschte. Die kritische Analyse der Psychoanalyse als Arbeitsansatz in allgemein zugänglichen öffentlichen Diensten erscheint mir für die Bundesrepublik äußerst relevant, denn hier herrscht nach wie vor die fruchtlose Polarisierung von kritischer psychoanalytischer Theorie, die in privilegierten Privatpraxen praktiziert wird, und fortschrittlichen ambulanten Diensten, die die Psychoanalyse mit ihrer privatwirtschaftlichen institutionellen Form identifizieren. Ausführlich diskutiert Giese auch den italienischen Diskurs zum Gebrauch von Psychopharmaka. Auch hier sind gegenüber der Diskussion in der Bundesrepublik wichtige aus der alltäglichen Praxis begründete Differenzierungen festzustellen. Schließlich stellt der Autor das in Triest bestimmende »extensive soziale Interventionsmodell« dar, das sich vor allem gesellschaftspolitisch versteht und die psychischen Probleme der Betroffenen im Rahmen einer politischen Praxis im Territorium deutet und bearbeitet.

(2) Die in der Bundesrepublik vorliegenden Berichte über die Psychiatriereform in Italien beziehen ihr Material überwiegend aus den zunächst exponierten ländlichen und kleinstädtischen Regionen (z.B. Arezzo, Perugia oder Triest). Mit seiner ausführlichen Fallstudie über Genua legt Giese erstmals eine intensive Analyse der Psychiatriereform in einem großstädtischen Kontext vor. Sie vermittelt eine sehr komplexe und genaue Rekonstruktion von historischen Sonderbedingungen und politisch-geographischen Randbedingungen der ligurischen Hauptstadt. Von besonderer Originalität finde ich den epidemiologischen Vergleich von zwei strukturell höchst unterschiedlichen Stadtteilen, die jedoch zum Versorgungsgebiet eines sozialpsychiatrischen Zentrums gehören. Giese versucht in diesem Zusammenhang auch, die klassischen epidemiologischen Hypothesen zum Zusammenhang von sozialen Lebensbedingungen und psychischem Leid (Drift- und Verursachungshypothese) zu überprüfen. Unter Einbeziehung politischer Prozesse der aktiven Ghettoisierung durch die Kommunalverwaltung zeigt er, daß beide Hypothesen ihre Berechtigung haben bzw. erst in einer umfassenderen sozialpolitischen Gesamtperspektive widerspruchsfrei »aufzuheben« sind.

Erwähnt sei schließlich auch noch der Abschnitt über die Zukunftsidee der »Area So-

cio Sanitaria«, die auf die Umwandlung der noch bestehenden Anstaltskomplexe in rehabilitative Zentren ohne Krankenhauscharakter zielen. Hier wird die immer noch vorhandene gedankliche Produktivität der »demokratischen Psychiatrie« sichtbar und zugleich auch die Gefahr, die bei einem finanziellen und politischen Substanzverlust der begonnenen Reform droht. Die Überlegungen in Richtung auf nicht-psychiatrische Lebensalternativen für alte und chronische Patienten, die außerhalb der Anstalt keinen erreichbaren und integrationsfähigen Lebenskontext mehr besitzen, setzen an den räumlichen und personellen Ressourcen der Anstalten an. Hier liegt ein Potential, das zu einer neuen institutionellen Gestalt transformiert werden kann, das aber auch zur Restauration der alten Strukturen mobilisiert werden kann. Das Bewußtsein für diese Gefahr ist allerdings in der Reformbewegung vorhanden.

(3) Der dritte Teil des vorliegenden Buches widmet sich der höchst brisanten sozialpolitischen Fragestellung, ob die italienische Reformbewegung deshalb so erfolgreich war, weil sie dem Staat die Chance zu einem fiskalpolitischen Einschnitt in die Psychiatrie angeboten hat. Diese These, die in einer vielbeachteten Analyse für die USA von Scull vertreten und plausibel belegt wurde, untersucht Giese an Daten, die er für Genua erhoben hat. Der Deinstitutionalisierungsprozeß in den USA hat vor allem zu dem höchst fragwürdigen Ergebnis geführt, daß nach Schließung staatlicher Anstalten viele Patienten ohne professionelle Hilfe und ohne die Gewährleistung der Integration in soziale Stützsyste me sich selber überlassen wurden. Giese kann zeigen, daß es zu solchen Entwicklungen in Genua nicht kam. Zugleich kann er nachweisen, daß eine psychosoziale Versorgung, die auf die Anstalt verzichtet, fiskalpolitisch interessant ist und das gerade in einer Zeit, da die Sozial- und Gesundheitshaushalte schrumpfen. Von daher diskutiert er die Frage, ob es in Zeiten ökonomischer Krisen nicht auch zu progressiven Krisenlösungen kommen könnte, wenn sie zugleich nachweislich kostenmindernd wirksam werden (385). Das halte ich für eine äußerst fruchtbare Idee, die einer breiten Diskussion auch in der Bundesrepublik wert wäre.

Die Frage nach der psychologischen Relevanz des von Eckhard Giese vorgelegten Buches läßt sich nicht im Sinne einer unmittelbaren klinischen Handlungsrelevanz beantworten. Sie ist ein Beispiel für eine berufsfeldbezogene Kontextanalyse, in der sich sozialpolitische, sozialepidemiologische und kulturelle Wissensbestände mit Problemstellungen einer unmittelbaren klinischen Tätigkeit zu einem komplexen Suchschema verbinden, aus dem heraus sich erst Klinifizierungen und ein therapeutischer Technizismus als die problematischsten und häufigsten psychologischen Übergeneralisierungen bzw. Reduktionismen aufzeigen und vermeiden lassen. In der Praxis der »psichiatria democratica« sind die klassischen »Berufsschneidungen« zwischen den unterschiedlichen psychosozialen Berufsgruppen weitgehend aufgehoben und der Versuch, eine neue berufliche Grundhaltung zu entwickeln, ist für den Prozeß der Suche einer neuen beruflichen Identität, der unter Psychologen in der Bundesrepublik im Gang ist (Stichwort: »Gemeindepsychologische Perspektiven«), von größter Relevanz.

Die Dissertation von Giese hat einen klaren und systematischen Aufbau. Sie überzeugt durch die subtile und überlegene Kenntnis ihres Gegenstandes. Die Sprache ist anregend und persönlich dort, wo eigene Anschauung und Erfahrung eingehen, zugleich hat sie sich eine analytische Distanz dort erhalten, wo es gilt, Gesamtzusammenhänge aufzuzeigen.

Heiner Keupp (München)

Thun, Thomas: Nur Heilige und Poeten? Gemeindepsychiatrie und Arbeitermedizin in einem römischen Bezirk. Profil Verlag, München 1984 (358 S., br., 42,- DM)

Über die Faszination, die die italienische Lebenskultur auf deutsche Besucher ausübt, braucht hier kein überflüssiges Wort verloren zu werden. Daß ein Kunsthistoriker in Italien schon immer besonders reizvolle wissenschaftliche Objekte orten konnte, bedarf

auch keines weiteren Kommentars. Vor 10 bis 15 Jahren zog es Psychologen und Sozialwissenschaftler in die USA, wenn sie neue fachliche Entwicklungen kennenlernen wollten. Die weltweite Studentenbewegung und die Innovationen, die sie in Gang setzte, haben für viele die Prioritäten verändert. Speziell in Italien haben sich Veränderungen vollzogen, die eine hohe Anziehungskraft auf deutsche Intellektuelle ausgeübt haben. An erster Stelle ist hier die Psychiatriereform zu nennen, die zu einer Auflösung der psychiatrischen Anstalten geführt hat. Weniger beachtet wurde die Ausarbeitung einer grundlegend neuen Programmatik für die Arbeitsmedizin, die sogenannte »Arbeitermedizin«. Sie ist in der gleichen intellektuellen Emanzipationsbewegung verankert wie die »demokratische Psychiatrie«. Diesen intellektuellen Zusammenhang wollte Thomas Thun in seiner praktischen Realisierung kennenlernen. Durch einen mehr als zweijährigen Aufenthalt in Rom war es ihm möglich, die konzeptuelle Programmatik von Gemeindepsychiatrie und Arbeitermedizin auf ihre praktische Umsetzung hin zu untersuchen.

Wie in allen progressiven Reformprogrammatiken taucht auch in der »demokratischen Psychiatrie« die Forderung nach Prävention psychischen Leidens auf und dabei wird besonders die Notwendigkeit der Prävention in der Arbeitswelt betont. Die Idee der »Arbeitermedizin« zielt genau darauf und sie enthält noch ein weiteres wichtiges Element, das sie mit der »demokratischen Psychiatrie« teilt. Sie mißtrauen beide dem traditionellen Expertenmodell und versuchen, Strategien der »Bemächtigung« der Betroffenen zu entwickeln. Das Konzept der »Arbeitermedizin« beinhaltet den radikalsten Ansatz in diese Richtung, den ich kennengelernt habe. Trotz dieser auf enge Zusammenarbeit angelegten Konvergenzen mußte Thun zu seiner Überraschung feststellen, daß es diese Kooperation de facto nicht gibt. Mit dieser Entdeckung war auch seine Fragestellung gefährdet, die aus der Ferne so originell wirkte. Dies führte zu der Überlegung, wie sich die Fragestellung so verändern könnte, daß sie den realen Handlungsmöglichkeiten in Rom entsprach, ohne die Ausgangsidee völlig aufgeben zu müssen. Die Arbeit ist den Zielen einer qualitativen Handlungsforschung verpflichtet und das ergab als ein wesentliches Entscheidungskriterium, daß der Schwerpunkt der Dissertation in dem Bereich liegen sollte, der sich als Erfahrungsraum zu eigenem teilnehmendem Handeln am ehesten eröffnete. Damit war klar, daß sich als empirisches Praxisfeld der ambulante psychiatrische Dienst in einem römischen Stadtviertel anbot, in dem Thun in das Team integriert mitarbeiten konnte. Daneben wollte er sich die arbeitermedizinische Szene Roms erschließen und auf latente Anknüpfungspunkte achten, die es möglich erscheinen lassen, aus der ambulanten gemeindepsychiatrischen Praxis in die Arbeitswelt hinein aktiv zu werden. Es waren dann vor allem einzelne Patienten, über die sich Zugangswege in die betriebliche Alltagswelt aufnehmen ließen.

In seinem umfangreichen Bericht bemüht sich Thun, die Erfahrungsfülle seines römischen Aufenthalts auszuwerten. Sein Material wird gebildet von seinem eigenen Erleben und Beobachtungen, von einer Reihe von Interviews mit Personen, mit denen er kooperiert hat bzw. solchen, die wichtige Funktionen in der römischen Reformpsychiatrie bekleiden, und schließlich hat er Literatur aus unterschiedlichen Quellen ausgewertet (Zeitungsberichte, Dokumente, Forschungsberichte und wissenschaftliche Literatur). Herausgekommen ist ein lebendiger, gründlich recherchiertes und dokumentierter Bericht, der in seiner persönlich gehaltenen Form nie verleugnet, daß wir es mit reflexiver Erfahrungsverarbeitung einer subjektiv wahrnehmenden und beurteilenden Person zu tun haben. Dem Leser wird gleichwohl genügend Information und Distanz eingeräumt, daß er sich ein eigenes Urteil bilden und der Position des Autors kritisch entziehen kann.

Obwohl Thun die italienische Reformpsychiatrie in einem exemplarischen Ausschnitt so gut kennenlernen konnte wie nur wenige deutsche Berichtersteller vor ihm, gerät er nie in die Gefahr, sich als absolut Kundiger darzustellen. In seinem Einleitungskapitel

vermittelt er dem Leser, wie sein Prozeß der »kulturellen Annäherung« an eine ihm bis zuletzt auch verschlossene kulturelle Lebenswelt stattgefunden hat. Er führt keine »Eroberung« vor, sondern zeigt an Beobachtungen und Erlebnissen, wie er kulturelle Differenzen wahrgenommen hat. Es wird erkennbar, wie diese kulturellen Differenzen in seine Übertragungen und Gegenübertragungen einfließen, aber in großem Umfang auch reflexionszugänglich bleiben. Ein gutes Beispiel dafür sehe ich in seiner Beobachtung, daß Italiener das Verhältnis von Utopie und Realität anders sehen als der durchschnittliche Deutsche: »Ein Italiener versteht es, mit der Utopie zu leben, sie ständig im Hinterkopf zu behalten. Er redet aber so darüber, als könnte sie morgen Realität werden. Über die heutige Realität spricht man nicht (dazu bietet sie zu wenig Stoff zur Inspiration) — in ihr lebt und überlebt man durch Kompromisse« (346). Ohne eine solche Einsicht lösen viele uneingelöste programmatische Absichten italienischer Kollegen Enttäuschung bis Verärgerung aus. Angesichts fauler Kompromisse und einer chaotischen Realität sind solche Gefühle unvermeidlich, aber sie reichen nicht zu dem Motor, der den italienischen Kollegen den Mut zu manchem Schritt gibt, den wir uns in realpolitischer Nüchternheit gar nicht mehr zutrauen.

Im Aufbau der Arbeit rückt der gewichtigere Teil, die Darstellung und Analyse der ambulanten Psychiatrie, an den Anfang. Zunächst erhält der Leser einen Überblick über die Psychiatriereform in Italien. Gut an diesem kompakten Kapitel finde ich, daß kaum Informationen wiederholt werden, die dem Leser bekannt sein müssen, wenn er sich mit den übersetzten Standardwerken über die »demokratische Psychiatrie« beschäftigt hat. Die Informationen sind überwiegend sehr praxisnah und vermitteln in ihrer Nüchternheit einen realistischen Einblick in die aktuelle Situation der italienischen Psychiatriereform. Vor allem die aus neuesten sozialwissenschaftlichen Evaluationsstudien stammenden Daten zeigen, daß die realen Bedingungen in Italien komplexer und widersprüchlicher sind als sie in den euphorischen Berichten zum Ausdruck kommen und daß sie durchaus Ansatzpunkte für die konservative oder auch linksradikale Kritik bieten, die jeweils durch ihren Interessenfilter die Realität allerdings unzulässig auf ihre vorgängige Kritikfolie reduzieren. Dieses Kapitel macht dem deutschen Leser verständlich, warum sich in letzter Zeit die negativen Berichte aus Italien häufen: Die Realisierung eines Gesetzes, das einen so tiefreichenden Umbau der Einstellungen zu und des Umgangs mit psychischer Devianz fordert, muß Widerstände und Widersprüche produzieren. Die weltweite Wirtschaftskrise führt in einem krisenanfälligen Land wie Italien zu besonderen sozialpolitischen Realisierungsproblemen.

In der italienischen Reformlandschaft nimmt Rom eine besondere Rolle ein. Wie in vielen anderen gesellschaftspolitischen Bereichen gilt auch in der Psychiatrie eine römische Sondersituation. Es war sicherlich kein Zufall, daß die charismatische Führungsfigur der Reformpsychiatrie, Franco Basaglia, als Koordinator für die Psychiatrie der Region Latium berufen wurde. Fast nur ihm konnte man zutrauen, die schwierige römische Sondersituation positiv zu bewältigen. Einen guten Überblick über diese Situation vermittelt Thun mit seinem dritten Kapitel. Er stellt in ihm »die Kräfte dar, in deren Spannungsfeld die Reform bisher ihren Weg genommen hat und aller Wahrscheinlichkeit nach auch weiterhin nehmen wird« (91).

Im vierten Kapitel gelangen wir nun in den Bezirk von Rom, in dem jener ambulante Dienst arbeitet, an dessen Praxis Thun beteiligt war. Wir erfahren einiges über die demographischen Besonderheiten des Stadtbezirks und werden sehr ausführlich mit dem Geflecht der gesundheitsbezogenen Dienste in diesem Bezirk vertraut gemacht. Am differenziertesten wird das vermittelte Bild bei der ambulanten psychiatrischen Station selbst. Neben statistischen Daten über die Benutzer, die Art und Häufigkeit der Kontakte, die überweisenden Institutionen und die Art der Intervention gibt Thun einige exemplarische Falldarstellungen, die die quantitativen Informationen illustrativ erläutern. Le-

bendig wird dieser Dienst im letzten Abschnitt des Kapitels, in dem Thun seinen eigenen Weg durch diesen Dienst beschreibt. Darüber hinaus bietet dieser Abschnitt dem Leser auch die Chance, die besondere Situation des hospitierenden ausländischen Psychologen kennenzulernen, dessen Zugang zu dem Dienst wesentlich auf die hohheitliche Entscheidung des leitenden Arztes zurückging. Bezogen auf den unmittelbaren Arbeitsplatz führt Thun die Art von Reflexion fort, die er in seinem Einleitungskapitel begonnen hatte.

Das zentrale Kapitel des vorliegenden Buches bildet das folgende, das die praktische gemeindepsychiatrische Arbeit im ambulanten Dienst ausführlich darstellt und bewertet. Die Evaluierung stützt sich auf Protokollnotizen, die der Autor in Teamsitzungen und Arbeitsgesprächen laufend angefertigt hat, sowie auf Interviews, die er mit der Mehrheit der Kolleginnen und Kollegen geführt hat. In den einzelnen Abschnitten dieses Kapitels (zu den Mitarbeitern, zum Team, zum Umgang mit Benutzern, zum Konzept der Gemeindepsychiatrie) werden die Aussagen der einzelnen Mitarbeiter zusammen mit den Protokollnotizen zu komplexen Konfigurationen zusammengefügt. Seinen eigenen Kommentar versucht Thun möglichst von der Zusammenfassung der Interviewaussagen zu trennen und kenntlich zu machen. Es entsteht auf diese Weise ein systematisches, komplexes und kritisches Bild von der Alltagspraxis eines ambulanten Dienstes. Es ist nicht der Stil von Thun, abstrakte theoretische Modelle zu konstruieren und das empirische Material nach den Modellvorgaben zu ordnen und zu bearbeiten. Er will und kann die Betroffenheit des teilhabenden Kollegen nicht ausklammern. Er erzählt viele Begebenheiten und vieles erinnert an die Arbeitsweise eines guten Journalisten. Und trotzdem entsteht verallgemeinerbares Wissen, werden Einsichten möglich, die an den konzeptuellen Kern jeder Art psychiatrischer Tätigkeit reichen. So wird herausgearbeitet, daß die ambulante psychosoziale Arbeit den in jede psychiatrische Aktivität eingehenden Widerspruch von Therapie und Kontrolle transparent macht. Der Widerspruch wird jetzt personal erfahren und vergegenständlicht sich nicht mehr in einem objektiven Arrangement (z.B. der »Mauer der Anstalt«), von dem man sich zugleich persönlich distanzieren kann (246f.). Ebenfalls aus den alltäglichen Erfahrungen im Dienst leitet Thun die zentrale Prämisse jeder gemeindebezogenen psychosozialen Arbeit ab: »Dieses Prinzip, bei jeder Anfrage erst alle Möglichkeiten nicht-professioneller Hilfe auszuschöpfen, den Dienst so wenig wie möglich direkt in Erscheinung treten zu lassen, läßt sich nur bei guten Kontakten in der Bevölkerung realisieren. Will man sich nämlich auf Mediatoren stützen, so muß man diese erst kennen. Einigen Benutzern, die von sich selbst oder anderen als 'Fall für die Psychiatrie' eingeschätzt wurden, konnten auf diese Weise die ersten Schritte in Richtung dieser 'Karriere' erspart werden« (252). Eine weitere wichtige Erkenntnis bezieht sich auf den autokratisch-hierarchischen Führungsstil, der in fast allen italienischen Institutionen noch immer vorherrscht. Zwar waren es vor allem leitende Psychiater, die führend an der Psychiatriereform mitgewirkt haben und sie waren es auch, die das traditionelle Expertenverständnis einer scharfen Kritik unterzogen haben. Aus dieser Avantgarderolle bei der Reform sind sehr schnell neue Führungsstrukturen entstanden, ohne deren Überwindung eine Weiterentwicklung der Reform nicht sehr wahrscheinlich ist. Abschließend arbeitet Thun Elemente heraus, die als positive Erfahrung der italienischen Psychiatriereform aufgenommen und auch verallgemeinert werden können (259ff.) und deren Übertragung auch auf die deutsche Situation sinnvoll erscheint (264ff.).

In den beiden Kapiteln 6 und 7 geht Thun auf Geschichte und Konzept der Arbeitermedizin ein und gibt seine eigenen Erfahrungen in diesem Feld wieder. In knapper und übersichtlicher Form faßt der Autor die intellektuell höchst anregenden Konzepte der Arbeitermedizin zusammen. Auch beim wiederholten Konfrontieren mit diesen Überlegungen strahlen sie noch Faszination aus. Vor allem die Einbeziehung der Arbeiter selbst

in die gesundheitsbezogene Evaluation ihrer Arbeitsplätze und das darauf bezogene subjektbezogene Streßmodell verdienen nach wie vor großes Interesse. Wichtiger erscheint jedoch angesichts der desolaten Realsituation der Arbeitermedizin die Frage, warum das Schicksal dieses Ansatzes so wesentlich ungünstiger verlaufen ist als das der »demokratischen Psychiatrie«. Ausführlich geht Thun den Gründen dafür nach. Neben vielen anderen Momenten dürfte das entscheidende Defizit der Arbeitermedizin darin zu sehen sein, daß für ihre Realisierung keine echte Trägergruppe entstanden war, die sich dieses Konzept eigenständig angeeignet hätte. Es ging aus von engagierten Wissenschaftlern und Medizinern, obgleich seine Realisierung die Arbeiter selbst und die Gewerkschaften gebraucht hätte.

Im letzten Kapitel, in dem Thomas Thun ein eigenes Projekt in der Arbeitswelt beschreibt, wird sichtbar, wie groß das Potential für eine psychosoziale Praxis auch in der Arbeitswelt ist, die sich entsprechend den Prinzipien der Gemeindepsychiatrie versteht. Aus den verschiedenen Sondierungen in der Arbeitswelt ergaben sich für Thun Kontakte zu Arbeitern, die nebenberuflich noch Psychologie studiert haben. Sie sind wesentlich aus Arbeitsmarktgründen in ihren alten Berufen geblieben. In seinem Projekt »Arbeiterpsychologen« versuchte Thomas Thun im Sinne guter gemeindepsychologischer Mediatorenkonzepte die Doppelqualifikation dieser Personengruppe zu nutzen, um psychosoziale Aktivitäten in die Arbeitswelt zu tragen. Für eine abschließende Bewertung dieses Versuchs ist sicherlich die Erfahrungsgrundlage, über die er berichten kann, nicht breit genug. Die Idee und der Versuch sind allemal originell und gehören zu jenem Typus von experimenteller Praxis, ohne den eine Reformpsychiatrie erstarren muß. In der vorgefundenen Situation eines fast berührungslosen Nebeneinanders von »demokratischer Psychiatrie« und Arbeitermedizin hat Thomas Thun jedenfalls einen mutigen und chancenreichen Ansatz gefunden, um die beiden Aspekte seines Themas doch noch in eine praktische Relation zu bringen.

Manchem Leser mag der vorliegende Bericht zu sehr auf Distanz zu vertrauten Theoriediskursen abgefaßt sein. Sicherlich fehlt manche sinnvolle Referenz zu dem oft anspruchsvollen Theoriediskurs, den die italienische Diskussion selbst hervorgebracht hat (und die im deutschsprachigen Raum vor allem mit dem Namen Jervis verbunden ist) oder der die psychiatrietheoretische Diskussion im angrenzenden Frankreich beherrscht (z.B. symbolisiert durch Namen wie Foucault, Castel und Donzelot). Auch sozialwissenschaftliche Konzepte, die sich bei der Analyse psychiatrischer Realitäten bewährt haben (wie das Karrieremodell, epidemiologische Konzepte oder das Netzwerkmodell), hätten manchmal bei der Ordnung der Materialien sinnvolle Dienste leisten können. Letztlich hätte man auch eine stärkere Orientierung an vergleichbaren Evaluationsstudien erwarten können. Es bleibt aber die Frage, ob Thomas Thun dann die intellektuelle Eigenständigkeit seines Berichts gelungen wäre und die reflexive Sensibilität subjektiven Wahrnehmens und Bewertens. Sicherlich kann man sich Integrationsformen vorstellen, in denen sich eine mehr analytisch-theoretische Grundhaltung mit einer erfahrungsbezogenen reflexiven Realitätsverarbeitung noch stärker synthetisieren lassen, als Thun es vermochte. Trotzdem ist ihm eine innovative Arbeit gelungen, die in ihrem Herstellungsprozeß und in ihrem Ergebnis für ihren Autor viel Erkenntnisgewinn bedeutet und der ich viele Leser wünsche.

Heiner Keupp (München)

Hohl, Joachim: Gespräche mit Angehörigen psychiatrischer Patienten. Werkstattschriften zur Sozialpsychiatrie. Psychiatrie Verlag, Rehbürg-Loccum 1983 (186 S., br., 19,- DM)

Den bislang vorherrschenden Perspektiven zum Zusammenhang von Familie und psychischen Störungen fügt die vorliegende Arbeit eine neue hinzu. Die gängigen Betrachtungsweisen versuchen den pathogenetischen Anteil familiärer Beziehungsmuster zu

identifizieren und theorieförmig auszuarbeiten. Vor allem im praktischen Umgang mit schwer gestörten Patienten ist allerdings längst erkannt, wie verkürzt eine solche Perspektive sein kann bzw. wie wenig hilfreich sie bei Versuchen der praktischen Rehabilitation ist. Diese müssen die Angehörigen des Patienten einbeziehen und viel hängt von deren Fähigkeit ab, lebbare Formen der Integration von zeitweise hospitalisierten Familienmitgliedern in ihren Alltag zu realisieren. Es ist erstaunlich, wie wenig wir darüber wissen, wie Angehörige die Hospitalisierung eines Familienmitgliedes erleben und verarbeiten, welche Bewältigungsressourcen ihnen zur Verfügung stehen und welche Konsequenzen die jeweiligen Bewältigungsmuster für die Rehabilitation von Patienten haben können.

Hohl betritt mit seiner Arbeit kein völliges Neuland, aber ein Revier, in dem noch sehr wenig empirische Forschung unternommen worden ist. Seine Fragestellung umreißt er so: Es »stellt sich die Frage nach dem Rehabilitationspotential der Familie, das heißt nach den Möglichkeiten und Grenzen der Familie als Rehabilitationsinstanz psychiatrischer Patienten. Die Beantwortung dieser Frage setzt zunächst eine Bestandsaufnahme der Probleme und Belastungen voraus, mit denen diese Familien im Prozeß der Rehabilitation konfrontiert sind — und sie setzt die Kenntnis der Bewältigungsstrategien voraus, mittels derer die Angehörigen versuchen, die im alltäglichen Zusammenleben mit dem Patienten entstehenden Probleme zu lösen ... Es muß also zunächst darum gehen, die Situation zu rekonstruieren, die mit der Entwicklung der psychischen Störung eines Familienmitgliedes entsteht — und zwar so zu rekonstruieren, wie sie sich aus der je subjektiven Perspektive der Angehörigen darstellt; denn nur so kann sichergestellt werden, daß Verbesserungsvorschläge und Unterstützungsangebote, die auf der Grundlage einer solchen Rekonstruktion zu entwickeln wären, nicht letzten Endes an den Problemen und Bedürfnissen der betroffenen Familien vorbeigehen« (4).

Die Entscheidung für eine qualitative Methodologie bedeutet hohe Anforderungen an die »Interpretationskunst« des Autors: Wie gehe ich beispielsweise mit Aussagen um, die ich als Forscher gar nicht nachprüfen kann, weil sie sich auf subjektive Empfindungen, Wahrnehmungen und Deutungen beziehen? Hohl trifft die Unterscheidung nach zwei Typen von Interviewmaterial: Aussagen über »äußere« und über »innere Realität«. Da in Interviews nie die Chance besteht, Aussagen der Befragten über Ereignisse in der Vergangenheit oder außerhalb der Befragungssituation auf ihren Wahrheitsgehalt zu überprüfen, werden sie häufig als unbrauchbar abgetan. Wenn man sie jedoch als Ausdruck der Wahrnehmung einer Person nimmt, sie also als Repräsentanten der »inneren Realität« betrachtet, dann kann man die Frage nach ihrem Wahrheitsgehalt suspendieren und sie in die Deutung einbeziehen.

Hohl gliedert seine Studien nach den Problemen, die Angehörige mit ihrem als schizophren klassifizierten Familienmitglied, mit institutionellen Verarbeitungsformen und mit den psychischen, sozialen und materiellen Folgeproblemen der Störung haben. Ein zweiter Schwerpunkt bildet die Analyse der Alltagstheorien der Angehörigen über psychische Störungen. Schließlich werden die Bewältigungsversuche der Familien dargestellt. Es ist in diesem zusammenfassenden Referat nicht möglich, auch nur eine Ahnung von der Fülle an Beobachtungen und analytischen Zugangsweisen zu vermitteln, die die vorliegende Arbeit enthält. In meinem höchst subjektiven Rezeptionsmuster sind folgende Ergebnisse als besonders relevant hängengeblieben:

— Bei der Frage, welche Symptome die Angehörigen am meisten belasten und etwa auch die Hospitalisierung veranlaßt haben, zeigt sich, daß die in der Psychopathologie herausgestellten Leitsymptome eine relativ untergeordnete Bedeutung haben. Es sind vielmehr Verletzungen von alltagsbezogenen Verhaltenserwartungen, die die Angehörigen belasten und ihre Belastbarkeitsgrenzen bestimmen. Anhand von Beispielen vermittelt Hohl solche grundlegenden Erwartungstypen (Korrektheits-, Ordnungs-, Loyalitäts-

und Konformitätserwartungen sowie Standards von Nähe und Distanz und das Aggressionstabu).

— Auffällig sind Unterschiede im Definitions- und Bewältigungsverhalten von Müttern und Vätern. Mütter kämpfen viel intensiver und länger um eine normalisierende Definition bei ihren Kindern und sind viel weniger bereit, professionelle Definitionen zu akzeptieren, die eine Ausgrenzung legitimieren könnten.

— Der Vergleich von Alltagstheorien der Angehörigen mit den professionellen Theorien der Psychiater ergibt eine Reihe interessanter Parallelen und Differenzen. So herrschen in beiden Theorietypen »multifaktorielle« Erklärungen vor und die verschiedenen Modelle enthalten qualitativ identische Bausteine (psychische, somatische und hereditäre Faktoren). Im Unterschied zur Schulpsychiatrie sind die Modelle der Angehörigen weniger geprägt von Endogenitätsvorstellungen als vielmehr von Annahmen über die traumatisierend wirkenden Folgen von Umweltbelastungen.

— Bei der Systematisierung von Bewältigungsmustern unterscheidet Hohl zunächst als die beiden Haupttypen der Bewältigung die »psychische« und die »handelnde Bewältigung«. Bei beiden Typen lassen sich nun weiter unterscheiden, ob und in welchem Ausmaß sie den Patienten aktiv zu beeinflussen versuchen (Interventionsdimension) und nach der Qualität der beteiligten Emotionen (Zuwendung-Abwendung).

In einem abschließenden Abschnitt fragt der Autor nach den praktischen Konsequenzen, die man aus seiner Arbeit ziehen könnte. Dabei stellt er fest, daß sein »praktisch-reformerisches Interesse« immer mehr »hinter dem kontemplativen Interesse an der Mannigfaltigkeit der Phänomene« zurückgetreten sei. Er reflektiert diesen Interessenwandel und hält gleichwohl eine praxisbezogene Schlußfolgerung aus seiner Studie für möglich. Sie zielt auf eine spezifische Haltung: »Im oft langwierigen Prozeß der Rehabilitation der psychiatrischen Patienten gilt es, sich zunächst einmal auf die Sichtweise der Angehörigen einzulassen, bevor man ... versucht, auf diese Sichtweise beraterisch oder therapeutisch einzuwirken; hier liegt meines Erachtens die praktische Bedeutung dieser Arbeit: Sie kann das Verständnis für die spezifische Realität und die besonderen Probleme der Angehörigen vertiefen und so die betreuenden psychiatrischen Experten in ihrer Arbeit für die Situation der Familie sensibilisieren« (192). Ich kann diese Schlußfolgerung ohne Einschränkung teilen.

Bei dem wachsenden Interesse an Angehörigen psychiatrischer Patienten und ihren spezifischen Belastungen, bei der vermehrt initiierten Angehörigenarbeit und bei der ansetzenden Diskussion um die Stärkung rehabilitativer Netzwerke psychiatrischer Patienten kommt Hohls Buch gerade zum richtigen Zeitpunkt. Heiner Keupp (München)

Geschichte

Brüggemeier, Franz Josef: Leben vor Ort. Ruhrbergleute und Ruhrbergbau 1889-1919. Verlag C.H. Beck, München 1983 (375 S., br., 24,- DM)

Das zu Ende des vorigen Jahrhunderts unter den Bergarbeitern des Ruhrgebiets weit verbreitete Kost- und Schlafgängerwesen veranlaßte 1886 den Bochumer Bürgermeister Lange zu einer Schreckensvision. Ihm erschien es unvermeidlich, daß die Frau des Quartiergebers mit dem jeweiligen Schlafgänger ins Bett gehe, daß die Töchter diesem Beispiel folgten und daraufhin verkuppelt würden, so daß schließlich der Vater vor Scham zum Trinker habe werden müssen (68). Derartige Einschätzungen, nach denen die zu meist aus dem preußischen Osten zugewanderten Arbeiter als entwurzelte, noch zu zivilisierende Menschen dargestellt wurden, bilden — so Franz Brüggemeier — »jenseits der politischen Gegensätze zwischen Unternehmern und Gewerkschaften, Staat und neutralen Beobachtern« (23) einen gemeinsamen Strang in der öffentlichen Überlieferung zur

Geschichte des Ruhrgebiets. Strittig seien lediglich die Folgerungen aus dieser weitgehend gemeinsamen Beurteilung gewesen. Während die Unternehmer auf Disziplinierung setzten, hätten Gewerkschaften und bürgerliche Reformer die Arbeiter erziehen wollen. Der Autor stellt sich nun die Aufgabe, der Dominanz des öffentlichen Überlieferungsstranges, der auch das historiographische Bild einer entwurzelten, zu rationaler Konfliktlösung noch nicht fähigen Ruhrbergarbeiterschaft um 1900 nachhaltig prägte, entgegenzusteuern. Er nimmt einen Perspektivenwechsel vor und beläßt die Bergarbeiter nicht im Objektstatus, sondern sucht ihre Handlungsmotive und Verhaltensweisen zu rekonstruieren. Dabei half ihm »Oral History«, »neue Ansatzpunkte und Fragestellungen zu gewinnen« (268). Da sich »die Realität kapitalistischer Gesellschaften« »nur in begrenztem Umfang unmittelbar erfahren« lasse, befreie »Oral History« jedoch nicht von analytischer Anstrengung (268).

Die Stationen der »Entdeckungsreise ins eigene Volk« (13): die Lebens- und Wohnbedingungen der Bergarbeiterfamilien, der Bergbau und die Bergarbeit selbst, das Freizeitverhalten der Bergleute zwischen proletarischer Selbsthilfe und bürgerlicher Abhilfe sowie »der Lohn der Mühen« — Löhne und Arbeitszeit, Lebensunterhalt und Versicherungssystem. Auf dieser Basis sucht der Autor den Zusammenhang zwischen Alltagserfahrungen und Arbeitskämpfen der Ruhrbergleute von 1889 bis 1919 zu rekonstruieren.

Die wesentlichen Ergebnisse der Entdeckungsreise: 1. Angesichts der Defizienz staatlicher, kommunaler und marktgängiger Regelungsmechanismen sowie auch nur begrenzter Leistungen des Zechenwohnungsbaus entwickelte sich das Kostgängerwesen zu einem Massenphänomen. Die Quartiergeber gewannen so eine zusätzliche Einnahmequelle, mit der sich kritische Phasen im Lebenszyklus einer Familie leichter überstehen ließen. Die meist ledigen, jungen und hochmobilen Kostgänger fanden nicht nur einen Schlafplatz, sondern auch »Kontakte, Schutz, Vertrautheit und Geborgenheit in einer fremden, wenig gastfreundlichen Umgebung« (65). Überdies bildete sich durch das Zusammenleben von Quartiergebern und Kostgängern eine Struktur heraus, die der Autor im Kontrast zur hermetisch abgeschlossenen Kleinfamilie als »halboffene Familie« (62) charakterisiert: Wer »stets neue Kontakte und Beziehungen herstellen mußte, mit anderen seine Wohnung und Räume teilte, der wohnte notgedrungen offener« (ebd.). 2. Entgegen jener Lesart der Bergbaugeschichte, in der den Unternehmern der Part des ökonomischen und technischen Erfolges und den Arbeitern die Rolle derjenigen, die lediglich ihre Körperkraft einbringen, zugewiesen wird, auch entgegen dem Stereotyp von der besonders autoritären Betriebsorganisation im Bergbau betont der Autor die Selbständigkeit und Autonomie der Arbeitsgruppen unter Tage. »Die Bergleute arbeiteten die ganze Schicht über fast ohne Aufsicht, mußten sich ihre Arbeit selbst einteilen, ihr Vorgehen selbst organisieren« (128). An Kontrollmöglichkeiten standen der Unternehmenseite im wesentlichen nur das Entlohnungssystem sowie ein Bündel von Straf- und Disziplinarmaßnahmen zur Verfügung, die sich lediglich auf das Arbeitsergebnis der Bergleute bezogen. So war »die Welt unter Tage« »nicht nur eine andere Welt, sie war auch — in des Wortes enger Bedeutung — ihre Welt« (141). Mit Marx könnte man die Produktionsverhältnisse des damaligen Ruhrbergbaus als nur formelle, noch nicht reelle Subsumtion der Arbeit unter das Kapital kennzeichnen. 3. In dem auch in die Bergarbeiter-Freizeit hineinreichenden »Kontinuum gemeinsamer Anstrengungen und Erfahrungen sowie gemeinsamer Körperlichkeit und — im wörtlichen Sinne — hautnaher Kontakte« (158) und in den informellen Solidarbeziehungen, lassen sich, so Brüggemeier, Elemente einer spezifischen Arbeiterkultur erkennen, an deren Handlungspotential jedoch kein Konzept, auch nicht seitens der Gewerkschaften, angeknüpft habe. 4. Gegenüber den in der Stahlindustrie des Ruhrgebiets tätigen Arbeitern habe sich die wirtschaftliche Position der Bergleute durch eine »relative Sicherheit« (176) ausgezeichnet. Auf keinen Fall treffe die These zu, die Bergleute seien auf Grund einer extremen Verelendung besonders

streikbereit gewesen. 5. Die weitgehende Autonomie der Bergleute unter Tage sowie die große Bedeutung familialer und sonstiger informeller Strukturen stellen einen entscheidenden Erklärungsfaktor für die teils ohne gewerkschaftliche Initiative, teils sogar gegen die Gewerkschaften geführten Arbeitskämpfe dar. Insofern hätten die Unternehmer mit ihrem Bemühen, durch eine Schwächung der Gewerkschaften auch die Handlungsfähigkeit der Bergleute selbst zu zerstören, eine Niederlage erlitten. »Die Unternehmer hatten einen Sieg (= gegen die Gewerkschaften) errungen, doch sie hatten auf dem falschen Schlachtfeld gekämpft.« (240) Im abschließenden Kapitel »Von der Fähigkeit, sich durchzusetzen« betont der Autor, die analytische Qualität der Unterscheidung zwischen formellem bzw. öffentlichem und informellem Sektor für seine sozialhistorische Untersuchung. Die Analyse des informellen Sektors unterscheidet ihn in der Tat grundlegend von den meisten herkömmlichen Arbeiten zum Ruhrbergbau. Das »Verschwinden« des Alltagsverhaltens und damit der Ansätze eigenständigen Handelns der Ruhrbergleute führt Brüggemeier letztlich auf das Scheitern der Sozialisierungsbewegung 1919 zurück. Mit dieser politischen Niederlage sei den Bergleuten »auch ein Teil ihrer Geschichte genommen« worden, »genauer gesagt, sie hatten keine Möglichkeit, sich unabhängig und eigenständig ihrer Geschichte bewußt zu werden« (256).

Gewiß weist auch Brüggemeiers Studie Defizite und Lücken auf — so hebt er möglicherweise die Verhaltensweisen der hochmobilen jungen Bergleute gegenüber den sich herausbildenden seßhaften Stammebelegschaften, die sich weit eher in Vereinen, Gewerkschaften und Parteien engagierten, zu stark hervor. Zu betonen bleibt jedoch der bahnbrechende Charakter dieser Arbeit für die bundesdeutsche Sozialgeschichtsschreibung: Der Autor zählt zu den wenigen deutschen Historikern, der die Verhaltensweisen des Volkes ernstnimmt, ohne es zu heroisieren oder zu romantisieren, und der sich die Mühe macht, Subjektivität zu rekonstruieren, ohne dies mit dem — für eine historische Identitätsbildung sicher wichtigen — Postulat, die Subjekte zum Sprechen zu bringen, ineins zu setzen.

Michael Zimmermann (Bochum)

Wittwer, W. Wolfgang: Die sozialdemokratische Schulpolitik in der Weimarer Republik. Ein Beitrag zur politischen Schulgeschichte im Reich und in Preußen. Colloquium-Verlag, Berlin 1980 (436 S., Ln., 98,- DM)

Auf der Grundlage eines faktenreichen Materials stellt Wittwer die konfliktreichen Versuche sozialdemokratischer Politiker dar, unter den Bedingungen der Weimarer Republik verschiedene reformpolitische Maßnahmen im Bildungs- und Erziehungswesen durchzusetzen. Seine Arbeit ist daher für den Historiker und Erziehungswissenschaftler gleichermaßen interessant.

Der Autor sieht begrenzte Möglichkeiten für die Durchführung schulpolitischer Reformen im historischen Zeitraum, die jedoch von den verantwortlichen Beamten aus der SPD keineswegs ausgeschöpft wurden. Die Arbeit verdeutlicht, daß die reformistische Konzeption der SPD in dem speziellen Bereich des Schulwesens an ihrer inneren Gegensätzlichkeit und vielfältigen äußeren Widerständen scheiterte. Wittwer überläßt es jedoch weitgehend seinem Leser, die tieferen Ursachen für dieses Erscheinungsbild zu ergründen. Seine diesbezüglichen Analysen sind fragwürdig, die Schlußfolgerungen des Autors unbefriedigend.

So macht Wittwer beispielsweise vor allem »mangelnde Kompromißbereitschaft« und »traditionelles Denken« der politischen Gegner der SPD in den bürgerlichen Parteien dafür verantwortlich, daß sozialdemokratische Bemühungen um die Weltlichkeit des Schulwesens nur höchst unzureichenden Niederschlag in dem Reichsschulgesetz und anderen amtlichen Dokumenten fanden und letztendlich »zu einem Fehlschlag« führten. Ähnliche Erklärungen findet er dafür, daß auch soziale Forderungen der SPD zur Verbesserung der Bildungschancen für die Arbeiterklasse »unerfüllter Anspruch« blieben.

Wittwer kann mit seinen Untersuchungen zwar einige reformpolitische Maßnahmen der Behörden nachweisen — dazu zählen die Entwicklung sogenannter Aufbauschulen, Aktivitäten im Berufs- und Fachschulwesen, die Neuregelung des Schulgeldes bzw. der Erziehungsbeihilfen etc. etc. —, doch letztendlich blieb das Bildungsprivileg der Besitzenden erhalten. — Die Gründe dafür sieht der Autor zum Beispiel im unausgewogenen Auftreten der SPD-Fraktion. Dabei gelangt er zu der Feststellung, daß die schwierige Lage der öffentlichen Finanzen reformhemmend wirkte und sozialdemokratische Beamte aus »fiskalischen Gründen« oftmals die materielle Verbesserung des Schulwesens selbst hintertrieben. Faktisch kann das nur heißen, daß sozialdemokratische Führer den von ihren Anhängern lauthals verkündeten Forderungen zuwiderhandelten.

Proportional geringeren Raum widmet der Autor sozialdemokratischen Bemühungen um eine staatspolitische Neuorientierung des Schulwesens im Sinne der Weimarer Verfassung. Dennoch erscheint gerade dieser Abschnitt besonders beachtlich. Hier wird eindrucksvoll illustriert, daß es bürgerlich-liberalen und sozialdemokratischen Politikern nicht einmal gelang, das Bildungswesen dem republikanischen Charakter der Weimarer Staatsordnung anzupassen. Es erscheint dem heutigen Betrachter nahezu unglaublich, daß Lehrer und Schüler staatlicher Institutionen ungehindert gegen die Republik hetzen konnten, dem Ex-Kaiser huldigten und daß am Schulgebäude statt der schwarzrotgoldenen Fahne der Republik das schwarzweißrote Banner flatterte. Die sozialdemokratischen Politiker beklagten im Parlament und in ihrer Presse den monarchistischen bzw. militaristischen Geist in den Weimarer Schulstuben und wehrten sich mit unzulänglichen Mitteln gegen den fortschreitenden profaschistischen Einfluß im Bildungswesen.

Nur am Rande erwähnt der Autor jene erstarkende Oppositionsbewegung innerhalb der SPD, die gegen die zurückhaltende und kapitulante Stillhaltetaktik ihrer Parteiführer aufbeehrte. Ungesagt bleibt auch, daß die tatsächlichen Herren des Weimarer Klassenstaates nicht an der Reformierung des Schulwesens interessiert waren und sich Kraft ihrer Machtpositionen durchsetzten. Entsprechende Beweisführungen in marxistisch-leninistischen Forschungsarbeiten negiert der Autor und erklärt, es handle sich bei »dieser Literatur« ohnehin nur »um einseitige Abwertungen«.

Helga Gotschlich (Berlin/DDR)

Reichling, Norbert: Akademische Arbeiterbildung in der Weimarer Republik. Lit-Verlag, Münster 1983 (319 S., br., 38,80 DM)

Seitdem Liebknechts — verkürzte — Parole »Wissen ist Macht« zu einem Motto der Arbeiterbewegung wurde, gibt es Überlegungen und Modelle zur Arbeiterbildung. Auch die neueren Ansätze politischer Erwachsenenbildung, die die Differenz von Theorie und Praxis durch »anknüpfen« an der Lebenswelt der Teilnehmer, Konfliktorientierung oder offene Curricula zu entschärfen suchten, »verbürgen eben nicht die erhoffte Wende in der Beziehung zwischen 'pädagogischen Subjekten' und 'pädagogischen Objekten', sondern eher ein Fiasko, in dem niemand 'auf seine Kosten kommt'.« (7) In Frage steht also die organisierende Funktion der Wissenschaft »als Einheit von Berufsausübung, Destruktion der Intellektuellenrolle« und politischem Kampf (273). — Also die Problematik, die Gramsci unter dem Begriff des »organischen Intellektuellen« diskutierte. Reichling bezieht diesen Ansatz zwar nicht in seine — teilweise daher sehr positivistisch geratene — Konstruktion von vier Versuchen akademischer Arbeiterbildung in der Weimarer Republik ein, doch decken sich seine Schlußfolgerungen und Kritikpunkte häufig mit Gramscis Überlegungen. Der Verfasser referiert jeweils Chronik und Organisation, Programmatik, Lehr- und Arbeitsformen, Teilnehmerzusammensetzung und Kontroversen der »akademischen Gewerkschaftskurse an der Universität Münster« (1919-1923), der »Akademie der Arbeit an der Universität Frankfurt« (1921-1933), des »Freigewerkschaftlichen Seminars für Wirtschafts- und Sozialwissenschaft in Köln«

(1920-1933) sowie der »Wirtschaftsschule an der Berliner Hochschule für Politik« (1925-1933). Leitlinie bildet die Frage nach dem wechselseitigen Rollenverständnis von Teilnehmern und Dozenten, nach dem Charakter der Bildungsinhalte und nach der spezifischen Qualifizierung von Arbeitern. Über das aktuelle Interesse an politischer (Massen-)Bildung hinaus haben diese Fragestellungen für die Weimarer Republik deswegen besondere Bedeutung, weil sich infolge der republikanischen Verfassung für SPD, KPD und Gewerkschaften eine Fülle von Mitwirkungsmöglichkeiten zum Beispiel in den Betriebsräten ergab. Diese waren nur durch gezielte Intensivierung der Funktionärs- und Betriebsräteschulung zu bewältigen. Reichling macht sehr plausibel, wie sich diese objektive Notwendigkeit mit Tendenzen von Kulturkritik und Lebensreform in den zwanziger Jahren ebenso treffen konnte wie mit der Neuorientierung der universitären Disziplinen — vor allem der Gesellschaftswissenschaften — auf Fragen der Massenbildung. Hier ist allerdings weniger Kooperation zu konstatieren als wechselseitige Instrumentalisierung: Erwarteten die Gewerkschaften kurzfristig Schulung für konkrete Fragestellungen, so versuchten die Universitätsvertreter vor allem der modernen »Problemwissenschaften« (Psychologie, Soziologie, Biologie [75f.]) durch institutionalisierte Arbeiterbildung ihre Fächer zu legitimieren und durch »sachorientierte Wissenschaft« das »wüste Gespenst einer proletarischen Klassenkultur« (76) zu verschweigen. Am Beispiel der Ideologisierung der Arbeitsgemeinschaft zur »Werkgemeinschaft« und schließlich zur »nationalen Volksgemeinschaft« läßt sich dieses Zusammentreffen von lebensreformerischem Antrieb, objektiver sozialer Notwendigkeit und realer Integration der Arbeiterschaft von oben besonders deutlich beobachten. So verschieden auch Vorgeschichte, personelle Voraussetzungen und programmatische Vorentscheidungen der vier untersuchten Kooperationsmodelle waren, diese Tendenz prägte sie durchweg: sie bildeten das »Alibi, um das ansonsten störungsfreie Funktionieren der 'ehrwürdigen' Mechanismen von Wissenschaftsverarbeitung und -verbreitung zu sichern« (255), die »pädagogische Veredelung und Läuterung systemoppositioneller Energien« in Gang zu setzen (257) und eine Schicht von Arbeiteraristokraten zu »Wirtschafts- und Gewerkschaftsbeamten« zu schulen (259).

Ob man Reichlings Fazit folgen kann, es handele sich insgesamt um eine »Fehlentwicklung, die proletarische Selbstaufklärung zunehmend reduzierte und verhinderte (...), die Arbeiterbewegung ihrer politischen und kulturellen Chancen enteignete« (275), wird allerdings davon abhängen, wie man die Rezeption bürgerlicher Bildung bei Proletariern einschätzt, ob man etwa an Kategorien »genuin proletarischer Begriffs- und Theoriebildung« (269) festhalten will und welche Veränderungen der intellektuellen Produktionsweise »eingreifendes Denken« möglich machen könnte. Zur Klärung dieser Fragen, die ins Zentrum gegenwärtiger Bildungspolitik wie politischer Bildung zielen, hätte es allerdings eines differenzierteren methodischen Instrumentariums — zum Beispiel aus dem Bereich der angloamerikanischen Culture Studies — bedurft als des recht hilflos wirkenden Hinweises, der »Verwendungsaspekt (müsse) selbst wissenschaftlich reflektiert« werden (277). Damit bliebe Wissenschaft wiederum außerhalb der sie umgebenden sozialen Praxis und machte tatsächlich das »epochale zivilisatorische Vermittlungsproblem (...) zwischen Lehrenden und Lernenden« (270) zum Hinderungsgrund verändernder intellektueller Praxis.

Claudia Albert (Berlin/West) und Uwe Hornauer (Stuttgart)

Blecking, Diethelm (Hrsg.): Arbeitersport in Deutschland 1893-1933. Dokumentation und Analysen. Prometh-Verlag, Köln 1983 (96 S., 60 Abb., br., 16,80 DM)

Seit einigen Jahren ist in der Bundesrepublik eine Zunahme der Beschäftigung mit der Geschichte des Arbeitersports festzustellen. Seit 1980 verleiht der DSB die Fritz-Wildung-Plakette zur Erinnerung an das Wirken des Arbeitersportführers. Im Rahmen der

Ruhrfestspiele 1982 wurde eine Ausstellung zur Geschichte der Arbeitersportbewegung gezeigt. Im Jahr 1983 — 50 Jahre nach der Zerschlagung der deutschen Arbeitersportbewegung — fanden das Treffen des Freundeskreises ehemaliger Arbeitersportler und der Kongreß der Internationalen Arbeitersport-Organisation (CSIT) ein vielfältiges Presseecho. Gründe für diese »Renaissance« sind sicherlich nicht nur in der Vorbereitung auf diesen Jahrestag zu sehen. Die Zweifel an der heutigen Sportentwicklung treiben vielmehr Fragen hervor, die eine Beschäftigung mit der Geschichte einer Sportbewegung, die sich selbst als »alternativ« verstand, sinnvoll erscheinen läßt. Der vorliegende Dokumenten- und Analyseband ist vor diesem Hintergrund aktuell und wertvoll. Er enthält die vom Herausgeber für die o.a. Ausstellung der Ruhrfestspiele konzipierten Bildtafeln, so daß sich Interessierte einen Überblick über die beim Landessportbund NRW ausleihbare »Wanderausstellung« machen können, und darüber hinaus drei vertiefende Aufsätze, die sich mit der Rolle der Frau im Arbeitersport, dem Verhältnis von Theorie und Praxis und dem Widerstand der Arbeitersportler gegen den Nationalsozialismus beschäftigen.

G. Pfister gelingt es, die im Vergleich zum »bürgerlichen« Sport beachtenswerten Beiträge des Arbeitersports zur Emanzipation der Frau herauszuarbeiten, insbesondere die Teilnahme von Arbeitersportlerinnen an der Führung der proletarischen Sportorganisationen, ihre Selbstbestimmung in Frauenfragen, die Überwindung »spießbürgerlicher« Normen in der Turnkleidung und die aktive Teilnahme der Sportlerinnen an Sportarten, die Frauen bisher »verboten« waren. Das Gesamturteil der Autorin über die Erfolge der Emanzipationsversuche bleibt jedoch skeptisch. Zwar ergibt die Analyse der Quellen eindeutig, daß die Weiblichkeitsvorstellungen der proletarischen Männer in den Arbeitersportorganisationen »nicht so rigide wie im bürgerlichen Lager waren« (40), doch der Eindruck bleibt, »daß sich die emanzipatorischen Absichten des ATSB in der Praxis nicht oder zumindest nicht völlig durchsetzen ließen« (41).

H. Dierker versucht, das Verhältnis von »Theorie und Praxis des Arbeitersports in der Weimarer Republik« nachzuzeichnen. Er konfrontiert die theoretischen Beiträge vier sozialdemokratisch-sozialistischer »Klassiker« der Arbeitersportbewegung (Deutsch, Wildung, Franken, Wagner) mit Interviews, die mit noch lebenden ehemaligen Arbeitersportlern geführt wurden. Der Beitrag stellt die Gemeinsamkeiten im Konzept des »proletarischen Massensports«, aber auch die deutlichen Differenzen, z.B. in der Beurteilung von Wettkampf und Leistung, anschaulich dar und benennt zahlreiche Diskrepanzen zwischen theoretisch postulierter Alternative und praktischer Einlösung. Die Bemerkungen Dierkers zur Validität seines forschungsstrategischen und methodischen Vorgehens sind allerdings so spärlich — ein Verweis auf die »oral history« in der Anmerkung genügt m.E. nicht —, daß Zweifel am Ergebnis bleiben. Andererseits scheint der unternommene Versuch einer historischen Empirie grundsätzlich fruchtbar. Auf die von Dierker angekündigte »größere Arbeit« kann man daher gespannt sein.

Im letzten Beitrag gibt D. Blecking einen Überblick über die »Widerstandsformen der Arbeitersportbewegung gegen den Nationalsozialismus«. Der Autor versucht mit einer spieltheoretischen Konstruktion der in der Literatur vorfindbaren Projektion des eigenen politischen Standpunkts auf die historische Situation zu entgehen. Der gut strukturierte Beitrag weist die Orientierung der Widerstandskonzepte an der Politik der beiden großen Arbeiterparteien nach. So übernahm z.B. die kommunistische »Kampfgemeinschaft für rote Sporteinheit« das Widerstandskonzept der KPD, das eine zentralisierte Organisation der Arbeit in der Illegalität vorsah. Der Widerstand der sozialdemokratischen Arbeitersportler war dagegen nach dem Schock der Zerschlagung ihrer Organisation mehr auf Improvisation angewiesen. Am Beispiel der gemeinsamen Aktionen auf der Ebene der Arbeitersportinternationalen und für mehrere regionale Widerstandsgruppen verdeutlicht Blecking die nicht zu unterschätzende Bedeutung der Arbeiter-

sportler für den proletarischen Widerstand gegen den Nationalsozialismus. — Alle drei Beiträge weisen auf die notwendige Intensivierung sozialhistorischer Forschung zum Arbeitersport hin. Eine Weiterentwicklung des Sports in der Bundesrepublik, insbesondere ein Nachdenken über alternative Konzepte, ist dringend auf eine historische Perspektive und damit auch auf die Geschichte des Arbeitersports verwiesen.

Horst Hübner (Münster)

Soziale Bewegungen und Politik

Treulieb, Jürgen: Der Landesverratsprozeß gegen Viktor Agartz. SZD-Verlag, Münster 1982 (278 S., br., 25,80 DM; Pressedokumentation 104 S., br., 10,80 DM)

Es gibt eine Tradition des gewerkschaftlichen Radikalismus in der Bundesrepublik: »1953 wollte der Agartz-Flügel mittels einer expansiven Lohnpolitik die politische Machtfrage stellen; 1983 dient die Forderung nach einer exzessiven Arbeitszeitverkürzung dem gleichen Ziel« (FAZ vom 27.12.1983). Dem Unkenruf des FAZ-Journalisten liegt sicher eine Dämonisierung des »Sozialpartners« zugrunde; gleichwohl ist nicht zu übersehen, daß innerhalb der akademischen Linken und in einem — gewiß kleinen — Teil der Gewerkschaften das Interesse für Viktor Agartz seit den siebziger Jahren gewachsen ist. So populär dieser Mann zu Beginn der fünfziger Jahre war, so völlig vergessen schien er in den späten sechziger und frühen siebziger Jahren. Erst seither erschienen zahlreiche Publikationen, die sein Lebenswerk und seine Biographie zum Gegenstand hatten: Agartz war nach 1945 verantwortlich für eine wirtschaftspolitische Programmatik der SPD, die jenseits von Kapitalismus und Staatssozialismus einen »dritten Weg« erstrebe, er formulierte nach 1952 für den DGB eine Lohnpolitik in der Restaurationsphase, die »expansiv« strukturgestaltend und offensiv sein sollte. 1955 wurde von der »gemäßigten Mehrheit« im DGB die »erstbeste Gelegenheit zur Ablösung des Marxisten« von der Spitze des damaligen Forschungsinstituts des DGB genutzt (Originalton FAZ, s.o.). Politisch war er damit noch nicht ganz kaltgestellt; er versuchte, mit einer Wirtschaftskorrespondenz (WISO) weiter Einfluß auf die Gewerkschaften zu nehmen.

An dieser Stelle setzt die vorzustellende Arbeit ein. Der Verfasser dokumentiert und analysiert den Landesverratsprozeß gegen Agartz von 1957 anhand der Verteidigerakten, der Anklageschrift der Bundesanwaltschaft sowie von Interviews. Neben diesen neuen Quellen verfügt er über bisher Publiziertes. Obwohl der Generalbundesanwalt die Akteneinsicht untersagte, ist dabei eine lesenswerte Studie über die politische Justiz und damit die politische Kultur der Bundesrepublik herausgekommen.

Minutiös wird dargelegt, wie Agartz zunächst wegen vermeintlicher Verstöße gegen das KPD-Verbot festgenommen und angeklagt wird, bis im Laufe des Prozesses nur die Tatsache übrigbleibt, daß Agartz vom ostdeutschen FDGB Geld zur Finanzierung der WISO bekommen hat. Das ist freilich nicht strafbar — es muß die Absicht nachgewiesen werden, Verfassungsgrundsätze zu beeinträchtigen. Dieser Nachweis konnte nicht erbracht werden. Agartz, der vor den Bundestagswahlen 1957 verhaftet worden war, wurde nach den Wahlen freigesprochen. Das Prozeßgeschehen zeugt vom sozialen und liberalen Engagement der Anwälte Gustav W. Heinemann und Diether Posser, desgleichen von der Loyalität der WISO-Mitarbeiter Abendroth, Hofmann, Pirker. Treulieb untersucht ebenfalls das Auftreten der Bundesanwaltschaft. Nicht nur schlampiger Umgang mit den Fakten wird hier sichtbar, sondern vor allem die Gleichsetzung von Verfassungsnorm und Wirklichkeit sowie ein fundamentaler Antikommunismus. Nicht klären ließ sich, was die Wende im Prozeß bewirkte: ob es Pirkers Hinweise auf die Tribunalstruktur des Verfahrens waren, ob Abendroths rechtspolitische Bedenken, ob Agartz' pathetisches Schlußwort oder Heinemanns brillantes Plädoyer — es war nicht zu ergründen

den. Dem Zyniker dürfte am ehesten einleuchten, daß Heinemann »außerhalb des Gerichtssaales« den Richtern erklärte, wieviel Geld die Evangelische Kirche im Westen an die der DDR zahle und daß demgegenüber der FDGB Agartz nur Minimalbeträge zukommen ließ (vgl. 88f.). Der Wink mit dem Zaunpfahl war also vermutlich der Hinweis, daß die DDR ihrerseits den West-Ost-Geldtransfer pönalisieren könnte. So etwas begreifen selbst Bundesrichter.

Treulieb begnügt sich nicht mit dem Prozeß selbst; weitere Themen sind die Reaktionen der Öffentlichkeit (zum Großteil in der Pressedokumentation wiedergegeben) und die Funktion des Prozesses. Diese Funktion faßt er so zusammen: »Wird einerseits Viktor Agartz durch Rufmord ins politische Abseits manövriert sowie Sozialdemokratie und Gewerkschaften im Interesse der herrschenden Ideologie politisch diszipliniert, wird darüber hinaus exemplarisch vorgeführt, wie es demjenigen persönlich und politisch ergeht, der sich gegen die herrschenden Verhältnisse auflehnt« (249). Mit anderen Worten: der politisch-rechtsstaatliche Erfolg des Freispruchs ändert nichts an der Funktion des Prozesses selbst, nämlich radikale Positionen in den Ruch des Strafbaren zu befördern. Den Anlaß hatte Agartz allerdings durch die Annahme der FDGB-Gelder selbst gegeben. Daß er dabei geistig unabhängig geblieben war, beweisen seine Schriften, die freilich auch von zunehmender Verbitterung und Isolation geprägt sind.

Volker Gransow (Berlin/West und Bielefeld)

Mlynár, Zdenek: Krisen und Krisenbewältigung im Sowjetblock. Bund-Verlag, Köln 1983 (216 S., br., 24,80 DM)

Zdenek Mlynár wird zuweilen als der politisch ranghöchste Emigrant aus dem sowjetischen Machtbereich apostrophiert, da er kurzzeitig, vom Ende August 1968 bis zu seinem Rücktritt im November des gleichen Jahres, ZK-Sekretär der KPC war. Ein Jahr nach seiner Emigration 1977 wurde sein autobiografischer politischer Erfahrungsbericht »Nachtfrost« veröffentlicht, eine ungemein spannende und aufschlußreiche Lektüre nicht zuletzt wegen der besonderen politischen Position, die Mlynár in der Reformphase der KPC 1967/68 einnahm. Er zählte zu den treibenden Kräften des Reformkurses, verfügte jedoch zugleich über eine realistische Einschätzung seiner Grenzen; und weil er für deren Beachtung in den politischen Entscheidungen und Entwicklungen eintrat, geriet er tendenziell zwischen die Fronten von radikalen Reformern und Konservativen.

Seine hier besprochene Arbeit entstand im Rahmen eines Forschungsauftrags des österreichischen Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung. Im Kapitel I behandelt Mlynár »Die innere Krise politischer Systeme sowjetischen Typs in den Jahren 1953-1968«. Nach einer Skizze des »Wesenszüge des sowjetischen Systems vor dem Jahre 1953« analysiert und interpretiert er Krisen und Krisenbewältigung »des Sowjetsystems in den Jahren 1953-1964« (Sowjetunion 1953-57, Polen 1955/56 und Ungarn 1956) und geht danach auf die Anfang der sechziger Jahre aufkommenden reformkommunistischen Konzeptionen und auf den »Versuch zu ihrer Realisierung in der Tschechoslowakei 1968« ein.

Die siebziger Jahre interpretiert der Autor als eine Phase »relativer Stabilisierung sowjetischer Systeme«, die er im Kapitel II analysiert. Er sieht ihre Grundlage in günstigen ökonomischen Entwicklungen, die die Hebung des materiellen Lebensniveaus ermöglichten und so die Virulenz oppositioneller Basisbewegungen abschwächten. Die Ende der siebziger Jahre aufbrechenden Wirtschaftsprobleme bewirkten jedoch die Erosion dieser Stabilisierungsbasis, was für Mlynár das Exempel Polen 1980/81 demonstriert (Abschnitt II.3).

Werden bis dahin Krisen und Formen der Krisenbewältigung ausschließlich unter systeminternen Aspekten behandelt, so bezieht der Verfasser im Kapitel III die »Internationale(n) Zusammenhänge der Entwicklung sowjetischer Systeme in den Jahren 1953-

1981« ein; und zwar zunächst die polyzentristischen Tendenzen innerhalb des »sozialistischen Weltsystems« und der internationalen kommunistischen Bewegung und nachfolgend die Entwicklung der Beziehungen zwischen den rivalisierenden Blöcken. Im IV. und letzten Kapitel entwickelt Mlynár seine Sicht der »Hauptfaktoren in der Entwicklung der Sowjetsysteme in den 80er Jahren«, unterteilt in die Einschätzung der inneren, vor allem der ökonomischen Prozesse und in einen prospektiven Blick auf die internationalen Zusammenhänge.

Die einleitenden Bestimmungen lassen zunächst auf einen systemtheoretischen Ansatz der Untersuchung schließen. Mlynár definiert Krise als »funktionelle Störung ... der sozialpolitischen Systeme sowjetischen Typs ... von einer solchen Bedeutung, daß das politische System aufhört, imstande zu sein, (einige) wichtige Ziele zu erreichen, die es sich selbst stellt« (3). »Krise« sei nicht nur negativ zu verstehen, sie könne im Prozeß ihrer Lösung zu erneuerter Bestands- und Funktionsfähigkeit des Systems führen. Mlynár unterscheidet dann zwei Formen der Krisenbewältigung: die eine ist auf kurzfristige Überwindung akuter Funktionsstörungen gerichtet und verändert die ökonomischen und politischen Machtstrukturen und Organisationsweisen (»systemimmanente Koppelungen«) nicht, während die zweite langfristig orientiert ist und auf Systemreformen abzielt (4).

Der Verfasser entfaltet seine Argumentation jedoch auf der Grundlage politischer, gesellschaftlicher und ökonomischer Realanalysen, also nicht in systemtheoretischer Abstraktion und Begrifflichkeit. Als eine Art systemtheoretisches Relikt bleibt aber die Subsumtion von nach ihren Voraussetzungen, Triebkräften und Verlaufsformen sehr unterschiedlichen Prozessen unter den Begriff »Krise«. Bei Beachtung der jeweiligen historischen, soziokulturellen, wirtschaftlichen etc. Bedingungen, die Mlynár mehrfach selbst als unerlässlich hervorhebt, halte ich eine verallgemeinernde Interpretation der entsprechenden Prozesse in Polen, Ungarn und der CSSR für möglich, nicht aber die Einbeziehung bestimmter Entwicklungen in der UdSSR. Ich muß mich an dieser Stelle auf einen Verweis auf die Massenbasis der offen oder latent systemoppositionellen Bewegungen in den drei genannten Ländern im Gegensatz zur Situation in der Sowjetunion 1953-1957 beschränken.

Die der Argumentationskette zugrunde liegenden Kurzanalysen und Interpretationen der inneren Krisenprozesse und der internationalen Bedingungen und Zusammenhänge eröffnen m.E. zwar kaum neue Einsichten, sind aber überwiegend als begründet und sachlich angemessen zu bewerten. Zwei Einwände seien jedoch angedeutet: Im Abschnitt III.1. werden Probleme und Entwicklungen der Beziehungen zwischen der UdSSR und den Staaten ihres Machtbereichs, vor allem in den fünfziger Jahren, so dargestellt, als habe es nicht zugleich auch ostpolitische Ziele und Aktionen der Westmächte gegeben, Einfluß auf die Binnenverhältnisse wie auf das Außenverhalten der sozialistischen Länder auszuüben. — Die polnische Entwicklung 1980/81 kennzeichnet Mlynár als revolutionär (101, 104) und verweist so doch wohl auf die Transzendierung beider von ihm unterschiedenen Krisenbewältigungsmuster. Er verzichtet jedoch auf Explikation der damit absehbaren Konsequenzen, auf die die Triebkräfte und die Logik der Entwicklung zusteuernden und weist die Verantwortung für die schließliche Repression der Massenbewegung einseitig den staatlichen Machträgern zu.

Bei seinem Blick auf künftige Entwicklungen geht der Autor von einem Widerspruch zwischen dem Streben der Machträger der »Sowjetsysteme«, die inneren Herrschaftsstrukturen zu bewahren, und dem drängenden Erfordernis ökonomischer Reformen aus. Er schließt jedoch nicht aus, daß Wirtschaftsreformen auch als »technokratisch-bürokratische«, d.h. ohne Änderung der »immanenten Systemkoppelungen« erfolgen und die brisantesten Probleme zumindest temporär lösen können (171ff.). Die anschließenden Reflexionen über Divergenzen in der sowjetischen Machtelite in der Frage der Wirtschaftsreform, über das Gewicht und die Konsequenzen solcher Fraktionierungen sind

recht sachlich und illusionslos. Auch in begrenzten Reformen vermutet Mlynár eine mögliche Bedingung »zukünftiger Demokratisierungsprozesse« (186), wenn auch nicht im Sinne einer zwangsläufigen Entwicklung.

Hinsichtlich der Stellung des »sozialistischen Lagers«, vor allem der UdSSR, im welt-politischen Kraftfeld sieht Mlynár im Unterschied zur Situation um 1953 einen Widerspruch zwischen exponierter Position und innerem materiellen und politischen Unvermögen, diese mit anderen als militärischen Mitteln zu sichern (190ff.). Er gelangt so zu etwas widersprüchlichen Einschätzungen expansiven sowjetischen Außenverhaltens zum einen, von Entspannungswillen zum anderen. Im Schlußteil findet die persönliche Betroffenheit des Verfassers impliziten Ausdruck: als wünschbare Perspektive erscheint die Auflösung der Blockkonfrontation als Voraussetzung der Entlassung der östlichen wie der westlichen Trabantenstaaten in die Eigenständigkeit ihrer Außenbeziehungen und inneren gesellschaftlichen Verhältnisse.

Hansgeorg Conert (Bremen)

Hartmann, Jürgen: Politik und Gesellschaft in Osteuropa. Eine Einführung. Campus-Verlag, Frankfurt/New York 1983 (280 S., br., 29,- DM)

Hartmann, Assistent im Arbeitsbereich Vergleichende Regierungslehre an der Universität Hamburg, will eine differenzierte Analyse der historisch-politischen Besonderheiten der Konfliktstrukturen der sozialistischen Länder Osteuropas vorlegen. Er gibt zunächst einen Überblick über die Entwicklung in Osteuropa bis zum 2. Weltkrieg: Eine kurze Skizze der Problemlage des russischen Imperiums, der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie und des osmanischen Reichs sowie der Teilungen Polens dient ihm als Einführung in die Grundlagen, welche die Entwicklung der osteuropäischen Nationalstaaten prägen. Diese gingen 1918 aus der Vergrößerung bestehender und aus der künstlichen Konstruktion neuer Staaten hervor und waren mit Ausnahme der CSR Agrargesellschaften mit einem Nebeneinander von Großgrundbesitz und stark zersplitterten Minifundien (45). Die Parteiensysteme widerspiegeln diese Gesellschaftsstruktur, wobei mit Ausnahme der CSR die Mechanismen der repräsentativen Demokratie überall im Osteuropa der Zwischenkriegszeit versagten (51). In der Perspektive der Eingliederung der Region in den Hegemonialbereich der UdSSR erscheint diese Zeit Hartmann als die einzige Epoche, in der die größeren osteuropäischen Völker eine äußere Unabhängigkeit besaßen, »wenn auch nicht die Freiheit zur Bestimmung des eigenen Schicksals im Innern« (60).

Im Hauptteil untersucht Hartmann die Determinanten der russischen Revolution und des nachfolgenden sozialistischen Aufbaus, die in der Folgezeit zu Paradigmen des sozialistischen Wegs erklärt wurden und auch die Nachkriegsentwicklung der osteuropäischen Länder durch den Transmissionsriemen der jeweiligen kommunistischen Parteien prägten, wobei Jugoslawien und Albanien aufgrund der Rolle der Partisanenarmeen bei der Befreiung eine Eigendynamik entwickelten. Nach einem Überblick über den Prozeß der Machtübernahme in den einzelnen Ländern erläutert Hartmann anhand einer Reihe von Stichworten (Zentralismus, Kaderpolitik, Räteverfassung, Blockparteien, sozialistisches Rechts- und Bündnisssystem) Faktoren der Konsolidierung der sozialistischen Herrschaft, die jedoch im Rahmen der übergeordneten Strategie der sich herausbildenden Weltmacht UdSSR die Kehrseite des bis heute bestehenden Legitimationsdefizits einer von oben installierten sozialistischen Herrschaft aufwies. Obwohl der Stalinismus die prägende Epoche der UdSSR gewesen sei, habe die Sowjetführung nach einer Übergangsepoche unter Chruschtschow in personeller und richtungspolitischer Hinsicht eine ungeheure Stabilität erreicht, die von passiver, aber durchaus echter Zustimmung der sowjetischen Bevölkerung begleitet worden sei (112). Der Wellenschlag sowjetischer Entwicklung bestimmte auch die politischen Kursentscheidungen und Konflikte in den herrschenden leninistischen Parteien der osteuropäischen Länder, die Hartmann nachzeich-

net, wobei er sich an die bekannten Fakten und gängigen Erklärungsmuster hält und den Leser zum vertieften Studium auf die jeweilige Sekundärliteratur verweist, die in der kommentierten, aber keineswegs lückenlosen Bibliographie nicht ohne Fehler aufgeführt ist. (Es finden sich z.B. nicht die Angaben zu Weber und Staritz [83], Rusinow [156] und Marvin [233].) In einem der Wirtschaftsstruktur gewidmeten Kapitel beschreibt Hartmann neben Funktionsproblemen und Reformansätzen im Rahmen der zentralen Planwirtschaft die Rolle der Gewerkschaften und gibt einen knappen Abriss der Etappen der Wirtschaftsgeschichte der einzelnen Länder seit 1945. Anschließend wird der gesellschaftliche Wandel untersucht, in dessen Verlauf an die Stelle der traditionellen administrativen, militärischen und Großgrundbesitz-Führungsgruppen die Funktionsebenen der sozialistischen Gesellschaft getreten sind. Ferner aufgeführt wird die Problematik der Volks- und Sprachgruppen, der Einfluß der Religion und der Kirchen sowie die Struktur von Klassen und Schichten, die in den einzelnen Ländern beträchtliche Unterschiede aufweisen.

In einem abschließenden Kapitel über die politische Kultur nennt Hartmann die historisch langdauernde Isolation von Westeuropa und die Erfahrung der Fremdherrschaft als prägende Momente, die auch die Erfahrungen der osteuropäischen Gegenwart kennzeichnen. Die konsumistische Politik werde als Stabilisierungsfaktor angesichts eines weiter bestehenden Legitimationsdefizits eingesetzt. Die Loyalitätsprobleme der herrschenden kommunistischen Parteien seien dort am größten, wo die Völker an gemeinsamen Institutionen, Erfahrungen und Ideen des westlichen Europa partizipiert hätten (Polen, Ungarn, CSSR, DDR). Die sozialistischen Länder bildeten ein eigentümliches Staatensystem, das auf innere Veränderungen und Krisen, aber auch auf außereuropäische Entwicklungen im Weltkommunismus reagiere, wobei allerdings die mehr oder minder bestehende Abhängigkeit immer noch die größte Interdependenzdichte mit der UdSSR garantiere.

Es mag der Kürze eines einführenden Überblicks zuzuschreiben sein, daß manche Kapitel — etwa die Ausführungen zur Wirtschaftspolitik — extrem knapp und summarisch ausfallen. Das Buch wird dem Studienanfänger manchen Hinweis auf eine weiterführende Lektüre geben, doch wird der Preis für eine übergreifende Darstellung im Rahmen einer Einführung darin entrichtet, daß im wesentlichen Gemeinplätze der bisherigen Forschung referiert werden und der Anspruch auf eine differenzierte Sicht des osteuropäischen Sozialismus nur ansatzweise eingelöst wird. Hartmanns Buch macht die Notwendigkeit eines historisch-integrativen Herangehens bei der Analyse des osteuropäischen sozialistischen Gesellschaftsgebildes deutlich — auch der Begriff der politischen Kultur bietet interessante Zugangsmöglichkeiten. Ein problematisierendes und differenzierendes Herangehen erscheint indes nur als ein Gemeinschaftsprojekt einer Arbeitsgruppe kritischer Spezialisten erfolgreich realisierbar.

Wolf Kindermann (Köln)

Beyme, Klaus von: Die Sowjetunion in der Weltpolitik. Verlag R. Piper, München 1983 (217 S., br., 28,- DM)

Mit einem »Mehr an Empathie« (8) für seinen Gegenstand will der Heidelberger Politologe das Auftreten der Sowjetunion als Weltmacht in der Weltpolitik darstellen, wobei die Probleme der 70er und 80er Jahre im Vordergrund stehen. Auf der Basis einer Fülle amerikanischer und englischer Literatur, aber auch zahlreicher russischer Publikationen, um die sowjetische Sicht der Weltlage deutlich zu machen, werden u.a. Aspekte behandelt wie der Ost-West-Konflikt, die Politik der SU im sozialistischen Lager, die Außenwirtschafts- und Sicherheitspolitik, das Engagement der SU in der Dritten Welt, vor allem in Afrika und Asien, ihr Verhältnis zu den blockfreien Nationen und die Beziehungen zu den kommunistischen Parteien in der Welt.

Als Ergebnis dieser Untersuchungen kann festgehalten werden: die SU tritt in der

Weltpolitik als eine verantwortungsbewußte Macht auf, die außenpolitisch — trotz Afghanistan und früherer Interventionen — rational kalkuliert und berechenbar (re)agiert. Dieses Urteil wird so nicht *expressis verbis* formuliert, aber es lassen sich zahlreiche Belege dafür finden: so, wenn der SU bestätigt wird, daß sie im Ost-West-Handel ihre wirtschaftlichen Verpflichtungen nicht vom politischen Wohlverhalten abhängig gemacht hat, was die USA hingegen des öfteren versucht haben (104); wenn ihr allgemein auf außenpolitischem Terrain im letzten Jahrzehnt »Differenziertheit und Flexibilität« (140) bescheinigt wird; wenn der Verfasser darauf verweist, daß im sino-sowjetischen Konflikt die SU es war, die eine Eskalation der Auseinandersetzungen vermeiden wollte, »während die VR China mit der Rücksichtslosigkeit des Sektierers vorging« (131); wenn der UdSSR im Nah-Ost-Konflikt eine »bemerkenswerte Zurückhaltung« attestiert wird (158, vgl. auch 173); und wenn ihre Haltung gegenüber den Ereignissen im Iran 1979, dem Ausbruch des iranisch-irakischen Krieges 1980 und dem Präsidentenwechsel von Carter zu Reagan im gleichen Jahr als außerordentlich besonnen beschrieben wird (89). — Um so mehr fällt es daher ins Gewicht, daß die Sowjetunion beim Abschluß des südkoreanischen Passagierflugzeuges 1983 und ihrem Verhalten danach so gar nicht wie eine selbstbewußte Weltmacht in Erscheinung trat. Dennoch: für eine solch extreme Position, wie sie etwa Wolf Biermann vertritt, demnach die SU kriegsgefährdend sei, gibt es in der vorliegenden Studie keinen Hinweis.

In nicht einmal 70 Jahren ist das Außenministerium, von Trockij noch verächtlich als »Bude« bezeichnet, zum »gewaltigsten außenpolitischen Apparat der Welt herangewachsen« (31), dem eine Reihe wissenschaftlicher Institute verbunden sind, die hochqualifizierte Zuarbeit leisten. Zu dem wichtigsten und wohl bekanntesten zählt das »Institut für USA- und Kanadastudien« unter der Leitung von Georgij Arbatov, von dem Rudolf Augstein in einem Nachruf auf den verstorbenen Generalsekretär Andropov schrieb, er wünschte sich einen Berater mit derart umfassenden Kenntnissen über die andere Weltmacht auch an der Seite der gegenwärtigen amerikanischen Regierung. Mit seiner Behauptung »Andropov selbst war kein Außenpolitiker« (Spiegel 7/1984, 106) steht Augstein allerdings ziemlich allein da — sie findet auch im hier zu besprechenden Buch keine Stütze (vgl. 24). Erste Eindrücke über Arbatov gewinnt man aus einem Gespräch, das dieser mit dem gleichen Journal geführt hat (Nr. 43/1983).

Gleichwohl mußte die UdSSR sowohl in der praktischen Außenpolitik als auch analog in der Ideologie- und Theoriebildung mehrmals ihre Erwartungen revidieren. Der revolutionäre Funke sprang 1918 auf kein weiteres Land über, wirtschaftliche Prognosen, wie sie in der Chruschtschow-Ära ausgearbeitet wurden, erfüllten sich nicht, das kapitalistische Weltsystem ist nach wie vor dominant, die kommunistische Weltbewegung stellt alles andere als eine Einheit dar.

Die von der SU mitverschuldeten Nachkriegskrisen um Berlin oder auf Kuba konnten nicht zuletzt durch sowjetisches Einlenken beigelegt werden. Nach Beyme war bislang eine kriegerische Konfliktaustragung kurz vor und kurz nach dem Gleichziehen einer neuen Weltmacht besonders akut (185) — die bedrohliche Zuspitzung seit Beginn der 80er Jahre ist jedoch durch das Streben der Vereinigten Staaten nach Hegemonie nicht nur auf militärischem Gebiet provoziert worden.

Thomas Ashauer (Heidelberg)

Bund demokratischer Wissenschaftler (Hrsg.): Kongress Wissenschaftler gegen Ausländerfeindlichkeit am 16. und 17. Dezember 1983 in Frankfurt. Marburg o.J. (1984)

(86 S., br., gegen Einsendung von 11,- DM zu beziehen vom BdWi, Pf 543, Gisselberger Str. 7, 3550 Marburg)

Diese Kongreßdokumentation zeigt den Stand linker Analyse und politischer Arbeit zur Ausländerfeindlichkeit. Hier findet man Thesen zur Entstehung von Ausländerfeindlichkeit, zu ihrem Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise ebenso wie Analysen über

Ausländerrecht, Arbeitsimmigration, ethnisch-kulturellen Pluralismus, Ideologie der Ausländerfeindlichkeit und des Rassismus und zu Erfahrungen in der Ausländerarbeit. Besonders wichtig ist, daß die verschiedenen theoretischen Ansätze innerhalb der Linken zu Wort kommen und daß mancher Referent auch vor einer kritischen Analyse linker Ausländerpolitik nicht zurückschreckt. Vom BdWi wünscht man sich, daß er, wie hier, die Aufgabe, Wissenschaftler zur Auseinandersetzung über verschiedene Ansätze zur Analyse politisch wichtiger Themen zusammenzubringen, weiter wahrnimmt. Eine nächste Tagung könnte — bei ähnlicher Breite der vertretenen Positionen — eine Konzentration auf bestimmte Knotenpunkte der Forschung über Ausländerfeindlichkeit vorsehen.

Wieland Elfferding (Berlin/West)

Ökonomie

Wolf-Graaf, Anke: Die verborgene Geschichte der Frauenarbeit. Eine Bildchronik. Beltz Verlag, Weinheim und Basel 1983 (160 S., br., 36,- DM)

Mit dieser Bildchronik zur Frauenerwerbsarbeit im 12. bis 18. Jahrhundert setzt A. Wolf-Graaf ihre mit der »Frauenarbeit im Abseits« (München 1981, vgl. Rezension im Argument-Beiheft 1982, 187) begonnene Forschung zur Frauengeschichte fort. Die Autorin begreift die hier gewählte Präsentation von Geschichte in Form von zeitgenössischen Abbildungen (164 Abbildungen, z.T. farbig und in hervorragender Qualität) und deren Interpretationen als »eine ganz neue Ebene der wissenschaftlichen Beweisführung« (13); diese Vermittlungsform habe sie — so Wolf-Graaf — bewußt erzählerisch gewählt, »um nicht nur ein Publikum zu erreichen, das sich für wissenschaftliche Texte interessiert« (13). Ihr Anliegen ist, Geschichte lebendig und begreifbar zu machen, vor allem für Frauen. Die Einkleidung historischer Fakten in kleine Gedichte und Erzählungen ist jedoch nicht unbedingt geeignet, eine ernsthafte Auseinandersetzung mit der Entwicklung von Frauenarbeit und geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung zu befördern; vielmehr wird der geschichtliche Prozeß auf Geschichten verkürzt, und damit werden die Forschungsergebnisse angreifbarer. Die Auswahl und Aufbereitung des Bildmaterials und die leichtverständlich und doch präzise geschriebenen Texte sind allein so spannend, das Buch als Buch so schön, daß es auch ohne diese Erzählungen Lust macht, mehr über Frauengeschichte zu lesen.

Die Arbeit von Frauen auf dem Land und in den Städten (Zünften), im Verlagswesen, in den Bergwerken und den ersten Manufakturen wird unter der Perspektive beschrieben, Ansatzpunkte für eine neue Frauenidentität heute zu schaffen. In Kortijk/Belgien ist heute noch ein 1280 erbauter Beginenhof zu besichtigen, auf dem bis ins späte Mittelalter bis zu 137 alleinstehende Beginen in einer freiwilligen Lebens- und Arbeitsgemeinschaft wohnten. Die letzte Begine lebte dort noch bis 1981. In der Zeit von 1200-1600 gab es nur allein in Köln 169 Beginenkonvente. Im Kapitel über Hebammen und ihre Lehrtöchter wird aus kirchlichen Pamphleten zitiert, werden Abzählreime vorgestellt und Abbildungen gezeigt, die Hinweise dafür liefern, daß Frauen im Mittelalter umfangreiche Kenntnisse über Verhütung, Schwangerschaftsabläufe, Abtreibung und Geburtsprozesse besaßen. Im Abschnitt über das Hexenbild im Mittelalter und die Hexenverfolgungen — in erster Linie waren Hebammen und die sogenannten Weisen Frauen Opfer der Hexenverfolgungen — zeigt Wolf-Graaf, wie dieses Wissen in den Feuern der Scheiterhaufen verbrannte. Heute versuchen Frauen wieder, sich dieses Wissen anzueignen, um möglicherweise Kenntnisse über natürliche Verhütungsmethoden weiterzuentwickeln. — Ein schönes, ein spannendes und informatives Buch, das wieder ein Stück Frauengeschichte sichtbar macht.

Sigrid Pohl (Ludwigsburg)

Edding, Cornelia: Einbruch in den Herrenclub. Von den Erfahrungen, die Frauen auf Männerposten machen. Frauen aktuell. Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek 1983 (184 S., br., 9,80 DM)

Nachträglich verstehe ich die Erwägung der Autorin, dieses Buch sollte lieber nicht geschrieben worden sein. Einige Gesprächspartnerinnen schienen »so verletzt durch die Erfahrungen ihrer Arbeit, so mutlos und unglücklich in ihrer Situation, daß ich es für unmöglich hielt, nach diesen Begegnungen einen Bericht zu schreiben, der auch Mut machen sollte« (177). 19 Frauen berichten von ihrer Arbeit »unter Männern«, von einzelnen wird ein langer Bericht gedruckt, die anderen werden hineinmontiert in die Fragen, wie sie in ihre Arbeit kamen, welche Ängste sie den Männern machten und wie sie ihr Überleben organisierten. Die Darstellung ist zunächst einfach und überzeugend: Wo immer die Frauen an Arbeitsplätzen anfangen, wo nur Männer sind, lösen sie bei denen und bei sich Irritationen aus. Ansehen und Würde der Arbeit scheinen gefährdet (Professorin für Elektrotechnik), eine Frau bekommt keine schwierigen Aufgaben, oder es wird ihr überhaupt eine Arbeit verweigert (Industriemeisterin), der Chef spricht sie penetrant mit »Fräulein« an (Führungskräfte-trainerin), man rät ihr zu einer »Frauenarbeit« (Werkzeugmacherin), die Frauen fühlen sich als Geschlecht begutachtet und beobachtet, suchen die Kleidung, in der sie »noch« Frau und doch nicht »zu« attraktiv oder auffällig erscheinen, suchen, selbst »Regierungsamtmann« (auch mal »-männin«), Sprache und Umgang, in denen sie wahrgenommen werden, ohne ausgelacht zu werden. Es sind viele verschiedene Wege, auf denen sie alle in diese besondere Gerberei kommen. Die Werkzeugmacherin beschreibt sehr witzig, wie sie, nach einem Jahr Schwerstarbeit im Hotel, von den Männern an den Werkzeugmaschinen hört, was sie jetzt mache, das sei zu schwer für eine Frau. »... aber da in der Küche, das war körperlich wesentlich schwerer. Ich mußte Salate machen, aber auch Geschirr spülen, diese schweren Schüsseln, und immer treppauf, trepprunter, zwölf Stunden am Tag ...« (140)

Die Zentrierung der Frauen auf ihre Arbeit in Betrieb oder Politik (Stadträtin, Ausländerbeauftragte) ist sehr beeindruckend, eine Themen-Verschiebung. Der Mann, Kinder, Familie scheinen bei den jüngeren kein besonderes Lebensziel, bei den älteren entbehrlich oder ein Nebenschauplatz. Genauer erfährt man nicht. Gleichwohl holt sie alle der Druck der Geschlechterverhältnisse am Arbeitsplatz ein. Sie kämpfen alltäglich um Anerkennung. Als Erfolg empfinden viele, wenn sie sich das Vertrauen ihrer Kollegen über verständnisvolles Zuhören zu Alltagsproblemen erwerben. Das ist etwas, das nur sie herstellen können, wo kein Mann zu einem andern Mann geht. Auch die Autorin stellt dies als Überschreiten des anfänglich harten Verhaltens, sich durchsetzen und behaupten zu müssen, dar. Diese »verstehenden« Beziehungen sind keine über die Arbeit, sondern entlastende Freundlichkeiten, in denen die Frauen als selbst Interessierte nicht vorkommen. Merkwürdigerweise werden kooperierende Arbeitsbeziehungen überhaupt nicht beschrieben. Das könnte mit Fragestellung und Untersuchungsweise zusammenhängen. Die Autorin scheint den einzelnen Frauen unter Männern so einführend in ihren Problemen zu folgen, daß sie nur individualisierende Perspektiven bilden kann, wie zum Beispiel »sich behaupten«, der Arbeit »einen persönlichen Stempel« (133) aufdrücken. So hängt auch der mehrfach genannte Spaß an der Arbeit seltsam in der Luft aufgaben- und zielloser Beziehungen.

Unterwegs beim Lesen verging mir mein Einverständnis. Unter der Überschrift »Mit den Männern reden« werden zwei Redearten aneinandergereiht, die außer dem Reden an sich gar nichts mehr zusammenhält. Eine Fernmeldehandwerkerin: »Man möchte ja nicht nur seine Arbeit tun, sondern auch mit dazugehören. Da war es für mich schwer, einen Anfang zu finden, eine Basis, worüber kann man reden, wie machst Du das ... Die reden halt über Themen wie Bauen, Basteln, Fußball, Sex, Fernsehen — da muß man irgendwie mitmachen. Jetzt kann ich es ...« Und wie kann sie das? Wie geht das? Wie

paßt sie sich an/ein? Und dann die Galeristin: »Ich wollte, daß in meiner Galerie eine kommunikative Atmosphäre herrscht, das hat sich auch bezahlt gemacht. Ich habe spannende Leute kennengelernt ...« (114) Wenn die Autorin anschließend summiert, das Verhalten der Frauen bestärke die Männer in ihrer Ansicht, daß Frauen sich unklug, nicht auf ihre beruflichen Vorteile bedacht, verhalten, so ist das schlicht falsch. Die Galeristin verhält sich klug, vermutlich. Von der Fernmeldehandwerkerin erfahren wir aber gar nicht, *wie* sie sich nun eigentlich in den Themen der Männer verhält. Dasselbe gilt zum Beispiel für die gegensätzlichen Erfahrungen der Werkzeugmacherin und der Pharmazie-Beraterin. In der Arbeitskulturl von Facharbeitern die »andere« Arbeitslust zu etablieren — als einzelne Frau —, ist doch ein vollkommen anderes Problem, als mit männlichen Kollegen um das Wohlwollen von Chefärzten für bestimmte pharmazeutische Produkte zu kämpfen. Die ausgesparten Klassenverhältnisse scheinen mir zugleich die *konkreten Härten* von Geschlechterverhältnissen zu verdecken.

Alle Verhältnisse in der gesellschaftlichen Arbeit sind am Ende zugleich verharmlost oder entannt, auf bloß interaktionistische Beziehungen reduziert, wie andererseits Leid und Lust der einzelnen Frau etwas einzelnes, Vereinzelteltes bleiben ...

Hannelore May (Berlin/West)

Pohl, Sigrid: Entwicklung und Ursachen der Frauenlohndiskriminierung. Ein feministisch-marxistischer Erklärungsansatz. Peter Lang Verlag, Frankfurt/M., Bern, New York 1984 (387 S., br., 69,- DM)

Diese Dissertation ist ein Kompendium. Auf fast 150 Seiten breitet Sigrid Pohl Daten zur Frauenlohndiskriminierung aus, Frauenlöhne vom Ausgang des Mittelalters (soweit zugänglich) über das Deutsche Kaiserreich (als Gewerkschaften erste Statistiken führten) bis in die BRD 1981/82, seit 1914 konzentriert auf Daten der Gesamtindustrie, bezogen nur auf Arbeiter/innen, für die ausgewählten Branchen Textil-, Bekleidungs-, Metall-/Maschinenbau-, Chemische und Elektroindustrie. Anschließend werden die gängigen Erklärungen der Frauenlohndiskriminierung auf diesem Stand getestet und weitere offene Fragen entwickelt. Im zweiten Teil stellt Sigrid Pohl anhand besonders der feministischen Literatur aus den vergangenen zehn Jahren Geschichte und Unterdrückung der Frauenarbeit dar. Im vierten Teil setzt sie sich mit der marxistischen und mit Ansätzen einer feministischen Lohntheorie auseinander, und im abschließenden fünften Teil stellt sie Politiken zur Beseitigung der Frauenlohndiskriminierung vor.

Für alle, die über oder in diesem Thema arbeiten, für Wissenschaftler/innen und Gewerkschafter/innen, ist dieses Werk eine große Hilfe. Sigrid Pohls strikt durchgehaltenes Forschungsinteresse ist so schlicht wie ergreifend: Alle gängigen Ansätze zur Erklärung von Frauenlohndiskriminierung begründen diese mit anderen Diskriminierungen, wie zum Beispiel »Frauen sind schlecht qualifiziert« (155ff.), »die Arbeitszeit der Frauen ist kürzer als die der Männer« (160ff.), »die Frau ist nur Dazuverdienerin« (175ff.). Auch der Gedanke, daß Frauen niedrigere Löhne als Männer bekommen, weil sie in »Niedriglohnbranchen« arbeiten (148ff.), ist eine beliebte »Erklärung«, die nichts erklärt, denn man könnte das Argument auch umkehren: »Weil Frauen in bestimmten Branchen überdurchschnittlich vertreten sind, ist der Durchschnittsverdienst in diesen Branchen geringer« (148). Besonders verblüfft hat mich das Ergebnis, daß »nicht nur in verschiedenen Branchen, sondern im industriellen Durchschnitt die Hilfsarbeiterlöhne höher als die Facharbeiterinnenlöhne« liegen (159). Deutlicher gesprochen: Frauen verdienen in der industriellen Facharbeit weniger als Männer in der Hilfsarbeit! Die drei wichtigsten Resultate der empirischen Untersuchung sind: »1. Der Frauenlohnanteil vergrößerte sich in den letzten 100 Jahren von ca. 45% bis 50% auf ca. 70% bis 80%. Gleichzeitig ist die absolute Differenz zwischen Männer- und Frauenlöhnen beträchtlich gewachsen. 2. Die Frauenlohndiskriminierung nimmt mit steigender Qualifikation der Frauen nicht ab,

sondern zu. 3. Der Frauenlohnanteil in einer Branche steht in keinem Zusammenhang mit dem Frauenanteil in der Branche« (143). In Tabellen und Schaubildern für die BRD-Zeit ist dies auf das Genaueste überprüfbar.

Wie ist die Frauenlohndiskriminierung also in der Perspektive ihrer Beseitigung zu erklären? Gesucht ist ein nicht zirkulärer Zusammenhang, und den verfolgt Sigrid Pohl im weiteren von dem Punkt aus, an dem die gängigen Erklärungsansätze von Bürgern und Sozialisten enden, von der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung; genauer fragt sie nach dem Zusammenhang »zwischen der Loehndiskriminierung der Frau und ihrer gesellschaftlichen Zuweisung auf die familiäre Reproduktionsarbeit« (189).

Das historische Referat endet mit dem unter Wissenschaftler/innen inzwischen Bekannten, daß die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung konkret-historisches Ergebnis ist, »Produkt der kapitalistisch-patriarchalischen Entwicklung« (282). Die Frauen leben wesentlich in Haushalt und Familie; die Frauenerwerbsquote blieb seit Ende des 19. Jahrhunderts — abgesehen von den Weltkriegen — relativ konstant. Einige für Marxisten vertraute Historisierungen (selbst wenn Marxisten sie längst widerlegt haben) werden korrigiert. Zum Beispiel »kamen« Frauen nicht mit der Maschinerie in die Betriebe, sondern umgekehrt rekrutierte sich die Industriearbeiterschaft, wie Kuczynski erforscht hat, am Anfang aus Frauen und Kindern, und »teilweise hat der Maschinenbetrieb sogar die Frauenarbeit zurückgedrängt« (232). Wie dieses neuere Wissen mit dem damaligen Erleben der Frauenarbeit als Konkurrenz in der Arbeiterbewegung zusammengeht, interessiert Sigrid Pohl nicht. Sie will hier nur zeigen, wie die Frauen mit der Industrialisierung im Kapitalismus aus der gesellschaftlichen Arbeit heraus und in die »familiäre Reproduktionsarbeit« hineingedrängt wurden. Dazu referiert sie auch die neuere Literatur zur Hexenverfolgung (Hauschild, Heinsohn, Ehrenreich, Bovenschen u.a.). Die Unterwerfung unter die neuen Kapitalmächte ist zweigeschlechtlich, »während der Mann zum Geldverdiener wird, wird die Frau zum 'Geschlechtsobjekt und zur häuslichen Leibeigenen' (Horkheimer)« (262). Gleichwohl leuchtet mir auch hier — Sigrid Pohl referiert diese Literatur unkritisch — der behauptete Zusammenhang von »Rationalität, Sexualität, Ökonomie« nicht ein. Das »Wissen über ihre Körper, ihre Sexualität, über Schwangerschaft und Verhütung, über Abtreibung und Geburt« (260) »verbrannte« nicht einfach mit den Hexen, ging auch nicht nur in männliches Medizinwissen über. Bald gab es auch Krankenschwestern. Sexualität und Fortpflanzung sind nicht dasselbe. Die radikalen kulturellen Veränderungen im Verhältnis der Geschlechter mußten diese doch selber vollziehen. Oder anders gesagt: In der bisherigen Forschung kommen die Frauen selber als Subjekte, welche die Hausarbeit als »Arbeit aus Liebe« übernehmen, gar nicht vor.

In Marx' Wert- und Lohntheorie, das ist aus dem folgenden Abschnitt zu lernen, kommen Frauen nicht vor, ihre Reproduktionskosten sind über den angenommenen Familienlohn im Lohn der männlichen Arbeiter eingeschlossen. Das ist keine befriedigende Erklärung für Frauenlohndiskriminierung. »Als Marx die Entwicklung der weiblichen Erwerbsarbeit skizzierte und die Reproduktion der Ware Arbeitskraft als familiäre bestimmte, saß er den bürgerlichen Vorstellungen von der Rolle der Familie für die Frau auf« (297). Die Ansätze für eine feministische Lohntheorie (Bennholdt-Thomsen, v. Werlhof und besonders Andrea Joosten) theoretisiert Sigrid Pohl mit dem Schluß, daß der »familiäre Reproduktionswert«, in den die Hausarbeit mit eingeht, ungleich dem Lohn aus dem Verkauf der Ware Arbeitskraft ist. Das hat praktische Folgen für das Geschlechterverhältnis in der Arbeit: »Im Wert/Lohn der männlichen Arbeitskraft wird nun berücksichtigt, daß der Mann keine oder nur in geringem Umfang Reproduktionsarbeit leistet, dafür aber sich eine Reproduktionsarbeiterin 'kaufen' muß« (312). In *seinen* Lohn fließen immer die Reproduktionskosten einer Frau mit ein, ob er sie heiratet und sozusagen in Naturalien bezahlt oder ob sie als Putzfrau bezahlt wird oder ob er nur teure Lebensmittel einkauft. Bei *ihrem* Lohn ist ihre unbezahlte Reproduktionsarbeit

für sich und andere als selbstverständlich immer eingeschlossen, das heißt abgezogen. Der Wert/Lohn ihrer Arbeitskraft liegt deshalb immer unterhalb der des Mannes (313f.). Die zentrale Kategorie oder »Matrix« zum Begreifen von Frauenlohndiskriminierung ist also die über die Trennung von Familie/Hausarbeit und Betrieb/Lohnarbeit organisierte *geschlechtsspezifische Arbeitsteilung*. »Der von Marx als Naturdifferenz bezeichnete Unterschied zwischen männlicher und weiblicher Arbeitskraft erfaßt insofern ein richtiges Moment, als die natürliche, d.h. biologische Differenz zwischen Mann und Frau im historischen Prozeß zu einer gesellschaftlichen Differenz gemacht wurde. Die Frau wurde zur Nichtlohnarbeiterin und der Mann zum Lohnarbeiter; dies bestimmt ihre unterschiedliche Position auf dem Arbeitsmarkt« (330).

Als nur scheinbar gegensätzliche, sich ausschließende Politikkonzepte diskutiert Sigrid Pohl die Forderung nach Lohn für Hausarbeit aus der autonomen Frauenbewegung und das Ziel vollständiger Integration der Frauen in die Erwerbsarbeit der sozialistischen und gewerkschaftsorientierten Frauenbewegung. Die Skandalisierung von Liebe als Arbeit »stiftet wohlthuende Unruhe« (340), enthält aber die Gefahr, geschlechtsspezifische Arbeitsteilung zu verfestigen (342). Die zweite Strategie kann beitragen zur materiellen Unabhängigkeit der Frauen, war aber bislang relativ erfolglos und geht »das Problem nicht grundsätzlich an« (346). Beiden Wegen sei gemeinsam, »daß sie weder den Charakter der Hausarbeit als isolierter entfremdeter Tätigkeit angehen noch patriarchalische Strukturen von tarifvertraglichen Eingruppierungsfragen bis zu individuellen Verhaltensdispositionen aufbrechen« (356).

Das Werk ist auch in einzelnen Abschnitten gut lesbar, übersichtlich gestaltet und mit der ausführlichen Literaturliste eine unabdingbare Stütze für Forscher/innen und Gewerkschafter/innen.
Hannelore May (Berlin/West)

Beer, Ursula: Theorien geschlechtlicher Arbeitsteilung. Campus Verlag, Frankfurt/M. und New York 1984 (255 S., br., 46,- DM)

»Gegenstand dieses Buches ist die Darstellung und Analyse des Verhältnisses der Geschlechter in der klassischen marxistischen Theorie und deren Fortentwicklung« (7) durch die sozialistischen Feministinnen Englands, Italiens und der USA. Dementsprechend gliedert Ursula Beer ihre Untersuchung in folgende Abschnitte: I. geschlechtsspezifische Arbeitsteilung bei Marx und Engels, II. die Hausarbeitsdebatte, III. die Althusser-Rezeption und IV. Möglichkeiten einer Theorie geschlechtlicher Arbeitsteilung. Im Unterschied zu bisherigen Untersuchungen Marxscher und Engelsscher Schriften im Hinblick auf ihren Frauenstandpunkt geht es ihr gerade um die Herausarbeitung der Unterschiede von Marx und Engels. Ihre These ist, daß eine feministische Theorie, die den Marxismus weiterentwickeln will, »sofern sie sich auf Engels stützt, auf erhebliche Schwierigkeiten stößt, sich begrifflich auf die Marxsche Kapitaltheorie zu beziehen, und umgekehrt ...« (87). Abgesehen von den heute nicht mehr aufrechtzuerhaltenden Ausführungen von Engels auf dem Hintergrund der Theorien von Morgan und Bachofen und der begrifflich nur vagen Erfassung des Unterdrückungscharakters geschlechtlicher Arbeitsteilung, stellt Ursula Beer die Frage, ob Frauen in der Theorie von Marx und Engels überhaupt den Status von gesellschaftlichen Subjekten haben. Sie kommt zu dem Schluß (Kap. IV), daß einen Ansatzpunkt für eine Entwicklung einer Theorie geschlechtlicher Arbeitsteilung nur der Marxsche Produktionsbegriff in der »Deutschen Ideologie« bildet. Aus der Dialektik von Produktion, Distribution, Austausch und Konsumtion lasse sich »die Arbeit der Hausfrau kategorial dem Begriff gesellschaftliche Arbeitsteilung zuordnen« (199). Sie zeigt die entsprechenden Bruchstellen für eine Weiterverarbeitung am Marxschen Produktionsbegriff auf: privat und gesellschaftlich, die Zuordnung der obengenannten Begriffe auf den Hausarbeitsbereich und die Diskussion des Entfremdungsbegriffs beim jungen Marx. Damit hat Ursula Beer wichtige weitere

Bausteine zur Rekonstruktion eines marxistischen Feminismus geliefert. Auch in den Abschnitten II und III schließt sie Lücken der bundesrepublikanischen Diskussion zur geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung.

Im Kapitel III stellt Ursula Beer die englisch- und italienischsprachige Hausarbeitsdebatte der späten 60er und der 70er Jahre vor und kritisiert auf dem Hintergrund ihres Marx-Verständnisses diese Theorieansätze. Analysiert werden vier Theoriemodelle: »— Hausarbeit erzeugt Wert in Höhe der Unterhaltskosten der Ehefrau (W. Secombe), — die Hausfrau leistet Mehrarbeit, die den Unternehmerprofit vergrößert (Harrison, Gardiner), — Hausarbeit überträgt den Wert von Lebensmitteln auf die regenerierte Arbeitskraft (Smith) und — Hausarbeit senkt den Wert von Arbeitskraft und vergrößert dadurch die Mehrwertrate (Gardiner/Himmelweit/Mackintosh)« (101). Eine wesentliche Kritik Beers an diesen Ansätzen lautet: »Die Untersuchung von Theorien der Hausarbeit zeigt, daß alle von Männern formulierten Beiträge dazu tendieren, geschlechtliche Arbeitsteilung in ihrer bestehenden Form zu rechtfertigen« (146). Ich stimme hier Ursula Beer voll zu.

Die neuere Debatte zur geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung (vgl. z.B. Barrett 1982, Delphy 1982, Hartmann 1981, Vogel 1981) in England, Frankreich und USA fehlt. Diese Ansätze werden vorgestellt und diskutiert im Aufsatz von Frigga Haug/Kornelia Hauser: Geschlechterverhältnisse. Zur internationalen Diskussion um Marxismus-Feminismus (in: Geschlechterverhältnisse. Argument-Sonderband 110, Berlin/W. 1984).

Im III. Kapitel wird die Althusser-Rezeption in der Frauenbewegung anhand der Ansätze von Juliet Mitchell, John Harrison, Rachel Harrison und Annette Kuhn untersucht. Ursula Beer zeigt, daß »die Theorie des strukturalen Marxismus vorwiegend unter vier Gesichtspunkten herangezogen [wurde]: 1. unter dem der Anwendung der dialektischen Methode, 2. der marxistischen Begründung von Hausarbeit, 3. der Geburt und Erziehung von Kindern und 4. der weiblichen Persönlichkeitsentwicklung« (193/94). Die Autorin kommt jedoch zu dem Ergebnis, daß zwischen strukturalen Marxismus und feministischen Theorieentwürfen »erhebliche Unvereinbarkeiten« bestehen. Diese sieht sie in den grundsätzlich unterschiedlichen Zielvorstellungen der Theoriebildung: Während Althusser/Balibar die kapitalistische Gesellschaft in ihren Antagonismen als bekannt annehmen und versuchen, die Analyse auf Übergangsgesellschaften auszuweiten, versuchen — so Beer — Feministinnen, die Theorie der bürgerlichen Gesellschaft zu erweitern. Darüber hinaus werde die Existenz von Ideologien unterschiedlich begründet.

Insgesamt ist dies Buch ein wichtiger Beitrag zur Entwicklung einer marxistisch-feministischen Theorie geschlechtlicher Arbeitsteilung. Kritisch anmerken möchte ich nur, daß Ursula Beer häufig zu Verallgemeinerungen neigt, so, wenn sie von der neuen Frauenbewegung und der neuen Linken spricht, aber nur einen kleinen Ausschnitt meint. Schade ist auch, daß sie ihre Überlegungen in einer wissenschaftlich-distanzierten Sprache präsentiert, die die eigene Betroffenheit zum Thema — ein wichtiges Kriterium feministischer Theorie — außen vor läßt.

Sigrid Pohl (Ludwigsburg)

Verfasser/innen

A: = Arbeitsgebiete; **V:** = Veröffentlichungen; **M:** = Mitgliedschaften

- Albers, Detlev*, 1943; Dr.phil., Hochschullehrer im Studiengang Politikwiss. an der Univ. Bremen; Mithrsg. der spw. V: *Herforder Thesen — zur Arbeit von Marxisten in der SPD* (Mitautor, 1980), *Kapitalistische Krise und Strategien der Eurolinken* (Mithrsg., 1982), *Versuch über Otto Bauer und Antonio Gramsci: Zur politischen Theorie des Marxismus* (1983). M: SPD, ÖTV.
- Albert, Claudia*, 1953; Dr.phil., Wiss. Mitarbeiterin an der FU Berlin. V: *Der melancholische Bürger* (1982). A: Konstitution bürgerlicher Identität, Exil, Weimarer Republik, Heine. M: GEW.
- Anders, Günther*, 1902; promovierte 1923 bei E. Husserl; Mitinitiator der internat. Anti-Atombewegung. V: *Der amerikan. Krieg in Vietnam oder philosophisches Wörterbuch heute*, in Arg. 45 (1967); *Die Antiquiertheit des Menschen* (Bd.1: 1960; Bd.2: 1980); *Ketzereien* (1982). M: PEN Wien, Akademie d.Künste Berlin.
- Anderson, Perry*, 1938; Mithrsg. der Zeitschrift »New Left Review«; Lehrtätigkeit an verschied. Univ. im In- und Ausland. V: *Von der Antike zum Feudalismus. Spuren der Übergangsgesellschaften* (1978); *Die Entstehung des absolutistischen Staates* (1979); *Arguments Within English Marxism* (1980), *In the Tracks of Historical Materialism* (1983).
- Ashauer, Thomas*, 1950; Studium der Politischen Wissenschaft, Geschichte und Romanistik. A: Geschichte und Theorien des französischen Sozialismus; Dritte Welt.
- Blankenburg, Martin*, 1949; M.A.phil., Übersetzer, Lehrbeauftragter. V: Aufsätze zu Saint-Simon, Dietzgen und Mesmer. A: Historische Wissenschafts- und Mentalitätsforschung; politische Ideengeschichte.
- Cardenal, Ernesto*, Dr.phil., 1925; Dichter, Priester, Mitglied der Sandinistischen Befreiungsfront, Kulturminister Nicaraguas. V: *Das Evangelium der Bauern von Solentiname; Südamerikanische Psalmen; Gebet für Marilyn Monroe*.
- Conert, Hansgeorg*, 1933; Hochschullehrer an der Univ. Bremen. V: *Produktionsverhältnis und Arbeiterklasse in der UdSSR* (Mitautor, 1976), *Gewerkschaftliche Bildungsarbeit und Interessenvertretung im betrieblichen Alltag* (Mitautor, 1980), *Ökologie und Gesellschaft* (1984). A: Wirtschaft und Gesellschaft sozialistischer Staaten.
- Decke-Cornill, Helene*, 1949; M.A., Lehrbeauftragte (vergleichende Literaturwissenschaft). A: Literaturdidaktik.
- Dietschreit, Frank*, 1954; Dr.phil., Lehrbeauftragter Univ. Hamburg. V: *Zeitgenössische Lyrik im Gesellschaftsprozeß* (1983). A: Moderne Lyrik; Alternativkultur. M: GEW, Die Grünen.
- Elfferding, Wieland*, 1950; Dipl.-Pol., Redakteur des *Argument*. V: *Theorien über Ideologie*, AS 40 (Mitautor, 1979); *Marxismus und Theorie der Parteien*, AS 91 (Mitautor, 1983). A: Ideologie-Theorie; Theorie der Politik und der Parteien. M: GEW, DVPW.
- Fröbel, Folker*, Dr.phil. *Jürgen, Heinrichs*, Dr.phil. und *Otto Kreye*, Dr.sc.pol.: Mitarbeiter des Starnberger Instituts zur Erforschung globaler Strukturen, Entwicklungen und Krisen e.V. V: *Die neue internationale Arbeitsteilung* (1977); *Strukturveränderungen in der kapitalistischen Weltwirtschaft* (Hrsg., 1978); *Krisen in der kapitalistischen Weltökonomie* (Hrsg., 1981).
- Füssel, Kuno*, 1941; Dr.theol., Lehrbeauftragter f.Theorie d.Religion a.d.Univ. Bremen. V: *Sprache, Religion, Ideologie* (1982); *Zeichen und Strukturen* (1983). A: Christentum und Marxismus; Strukturalismus.
- Girardi, Giulio*, 1926; Prof. f. Politische Philosophie an der Univ. Sassari. V: *Marxisme et christianisme* (1968); *Christen für den Sozialismus — warum?* (1979); *Sandinismo, marxismo y cristianismo en la nueva Nicaragua* (1984).
- Göbel, Eberhard*, 1951; Dr.phil., Angestellter an der FU Berlin. A: ÖTV, Berliner Gesundheitsladen.
- Gotschlich, Helga*, 1938; Dr.phil., Historikerin. V: *Als die Faschisten an die Macht kamen* (1982). A: Dt. Geschichte 1919-1945.
- Gransow, Volker*, 1945; Dr.phil.habil., Dozent. V: *Kommunismusforschung* (1980); *Mikroelektronik und Freizeit* (1982); *Das Ende der Massenmedien* (1985). A: Politische Kultur; Politische Soziologie. M: Komitee für Grundrechte und Demokratie.
- Haug, Wolfgang Fritz*, 1936; Dr.phil., Prof. f. Philosophie an der FU Berlin. V: *Kritik der Warenästhetik* (1971, ⁸1983); *Bestimmte Negation* (1973); *Vorlesungen zur Einführung ins »Kapital«* (1974, ²1976); *Theorien über Ideologie* (Mitautor, ²1982); *Warenästhetik und kapitalist. Massenkultur I* (1980); *Der Zeitungsroman oder Der Kongress der Ausdrucksberater* (Realsatire, 1980); *Die Camera obscura des Bewußtseins*, AS 70 (Mitautor, 1984). A: Projekt Ideologietheorie. M: GEW.
- Haupt, Michael*, 1951; Lehrer (z.Zt. arbeitslos). A: Materialismus, Marx. Erkenntnistheorie; Philosophie des Faschismus. M: GEW.
- Hornauer, Uwe*, 1953; Dr.phil., Germanistik und ev. Theologie. V: *Proletarisches Laienspiel. Das Arbeitertheater in der Weimarer Republik* (ersch. demnächst). A: Arbeiterkultur; Hochschul- und Bildungspolitik; Gewerkschaften und Soziologie. M: djv.
- Hübner, Horst*, 1952; Dr.phil., Hochschullassistent am FB Sportwissenschaft der Univ. Münster. V: *Sozialdemokratische Hochschulpolitik* (1982); *Bilanz einer Universität* (1980). A: Curriculumforschung und (Sport- und Organisations-)Soziologie.
- Hülsdünker, Josef*, 1951; Dr.phil. Lehrbeauftragter (Soziologie). V: *Theoretische und methodologische Voraussetzungen sozialgeographischer Freizeitforschung* (1982); *Praxisorientierte Sozialforschung und Gewerkschaftliche Autonomie* (1983). A: Industriesoziologie; Empirische Sozialforschung.

Heinrichs, Jürgen: siehe: *Fröbel, Folker*.

Jacobs, Kurt, 1956; Studium der Germanistik und Philosophie.

Jäckel, Horst, 1933; Dipl.-Ing., DGB-Gewerkschaftssekretär in Berlin/W. M: IG Metall; Kuratorium der »Volksunik«.

Jansen, Birgit, 1958; Studium der Psychologie in Marburg. M: Argument-Frauenredaktion.

Keupp, Heiner, Prof.Dr.phil., 1943; Hochschullehrer für Sozialpsychologie. V: *Abweichung und Alltagsroutine* (1976); *Psychosoziale Praxis* (Mithrsg., 1982). A: Sozialepidemiologie, Gemeindepsychologie, Sozialpolitik. M: GEW, DGSP.

Kindermann, Wolf, 1951; Doktorand. A: Rechtskräfte; Arbeiterbewegung; Minderheiten. M: GEW, VVN.

Klinger, Gerwin, 1955; Studium der Philosophie. M: ÖTV.

Körte, Peter, 1958; Staatsexamen Philosophie und Geschichte. A: Philosophiegeschichte; Marxsche Theorie; Geschichtstheorie. M: GEW.

Konersmann, Ralf, 1955; Doktorand. A.: Philosophie der Subjektivität, deutsche Romantik. M: GEW.

Kreye, Otto, siehe: *Fröbel, Folker*.

Kübler, Hans-Dieter, Dr.rer.soz., 1947; Wiss.Ass. und Privatdozent an der Univ. Münster. V: *Unterhaltung und Information im Fernsehen* (1975); *Massenmedien im Deutschunterricht* (1981). A: Kommunikationsforschung; Kulturwissenschaft; Medienwissenschaft und Medienpädagogik. M: GEW, Kulturpolitische Gesellschaft, DGPuK, Tübinger Vereinigung für Volkskunde, Studienkreis Rundfunk und Geschichte.

Laugstien, Thomas, 1953; M.A., Studium der Philosophie, Religionswissenschaft und Romanistik. Redaktionssekretär des *Argument*. V: *Theorien über Ideologie*, AS 40 (Mitautor, 1979); *Faschismus und Ideologie*, AS 60 und 62 (Mitautor, 1980). A: Ideologie-Theorie.

Liedman, Sven-Eric, Prof.Dr.phil., 1939; V: *Von Platon bis Mao. Geschichte der politischen Ideen* (in schwedisch, 1971); *Spiel der Gegensätze. Friedrich Engels* (2 Bde., 1977). A: Ideologien; Dialektik; Geschichte der Neuzeit.

Loritz, Yvonne, 1954; Wiss. Mitarbeiterin an der FU Berlin. A: Literaturwissenschaft, Fachdidaktik Englisch, Frauenstudien.

Mattfeldt, Harald, Prof.Dr.rer.pol., 1943; Hochschullehrer an der Hochschule f. Wirtschaft und Politik, Hamburg. V und A: Allgemeine Wirtschaftspolitik, Geldtheorie, Konjunkturpolitik, Wirtschaftswissenschaften im Faschismus.

May, Hannelore, 1947; Dipl.-Volksw., wiss. Mitarbeiterin bei der allgemeinen Jugendberatung e.V. V: Mitarbeit an: *Argument-Sonderbände zur Automationsforschung* 7, 19, 31, 43, 55, 67 und *Frauenformen*, AS 45 (1980). A: Frauenpolitik, Berufsorientierung. M: SFB Westberlin, HBV.

Meier, Ulrich, Dr.phil., 1952; Kulturarbeiter. V: *Becketts »Endspiele« Avantgarde*. A: Kunst- und Literatursoziologie, Ästhetik.

Mindermann, Erhard, 1957; Studium der Germanistik. A: Nachkriegsliteratur, Literaturtheorie.

Mischkowski, Gaby, 1953; Studium der Geschichte. A: Geschichte der Armenfürsorge und Sozialpolitik in Deutschland.

Neufert, Klaus, 1956; Dipl.-Sozialwirt, Doktorand. A: Sozialphilosophie und Gesellschaftstheorie, Sozialökonomie, Systemforschung.

Pohl, Sigrid, Dr.rer.pol., 1954; Mitglied der *Argument-Frauenredaktion*. V: *Entwicklung und Ursachen der Frauenlohndiskriminierung* (1984). A: Frauenforschung, Arbeitsökonomie. M: ÖTV.

Ripalda, José-Maria, Dr.phil., Madrid; Studium der Philosophie und Soziologie in Münster (1967/68), Bochum (Hegel-Archiv 1970-1972), FU Berlin (1972-1976). Prof. a.d.Univ. Madrid. V: *The Divided Nation* (1977); Ausgaben der Jugendschriften von Hegel (1978). M: PCE.

Schleißstein, Josef, 1915; Prof.Dr.phil., ehem. Leiter des IMSF in Frankfurt/M. V: *Einführung in das Studium von Marx, Engels und Lenin; Zur Geschichte und Strategie der Arbeiterbewegung*.

Schmahl, Kurt, 1947; Wiss. Mitarbeiter am Inst. f. Soziologie der TU Berlin. V: *Rationalisierung durch Humanisierung* (Mitautor, 1979), *Anders arbeiten* (Mithrsg., 1983). A: Techniksociologie, Industrie- und Betriebssoziologie, Dualwirtschaft.

Schöfthaler, Traugott, Dr.phil., 1949; Forschungsstipendiat am MPI f. Bildungsforschung, Berlin. V: *Kulturelle Identitäten in der Weltgesellschaft* (Diss., 1984); *Soziale Struktur und Vernunft* (Hrsg., 1984); *Im Schatten des Fortschritts* (Mithrsg., 1985). A: Kulturvergleichende Bildungsforschung; Religions- und Kultursoziologie. M: AL; ÖTV.

Schrader, Gerd, 1950; Doktorand. Thema: Die Essayistik Th. W. Adornos.

Soppe, August, 1950; 1. Staatsexamen Germanistik u. Politik, 1978-81 Redaktionssekretariat *Argument*, Doktorand. V: *Die Einführung des Rundfunks in Deutschland* (1976); *Der Streit um das Hörspiel 1924/25* (1978). A: Medienpolitik, Rundfunkgeschichte.

Volker, Eckhard, 1948; Studienrat. V: *Schriftsteller und Arbeiterbewegung* (1980); *Theorien über Ideologie* (Mitautor, 1979); *Faschismus und Ideologie* (Mitautor, 1980). A: Literaturtheorie, Ideologietheorie.

Watzlawczik, Gerd-Uwe, 1956; Dipl.-Soz., Doktorand, Wiss.Mitarb. a.d.Univ.München. V: *Soziologie des Wohnens* (Mitautor, 1981). A: Arbeits- und Berufssoziologie; Staats- u. Verwaltungstätigkeit; Stadtsoziologie.

Weber, Claudia, Dr.phil., 1947; Soziologin; V: *Rationalisierungskonflikte in Betrieben der Druckindustrie*, (1982); A: Industriosociologie, Geschichte der Frauenarbeit, Japan.

Wildt, Michael, 1954; Studium der Geschichte. Gelernter Buchhändler. A: Nachkriegszeit 1945-55.

DAS ARGUMENT

Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

herausgegeben von Frigga Haug und Wolfgang Fritz Haug

Inhaltsverzeichnis

26. Jahrgang 1984

Nr. 143-148

Argument-Verlag Berlin 1984

DAS ARGUMENT

Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

Herausgegeben von Frigga Haug und Wolfgang Fritz Haug

Ständige Mitarbeiter: Wolfgang Abendroth (Frankfurt/M.), Heinz-Harald Abholz (Berlin/W), Detlev Albers (Bremen), Günther Anders (Wien), Hans-Ulrich Deppe (Frankfurt/M.), Bruno Frei (Wien), Klaus Fritzsche (Gießen), Werner Goldschmidt (Hamburg), Helmut Gollwitzer (Berlin/W), Heiko Haumann (Freiburg), Dieter Herms (Bremen), Klaus Holzkamp (Berlin/W), Urs Jaeggi (Berlin/W), Baber Johansen (Berlin/W), Arno Klönne (Paderborn), Thomas Metscher (Bremen), Reinhard Opitz (Köln), Wolfgang Pfaffenberger (Oldenburg), Helmut Ridder (Gießen), Dorothee Sölle (Hamburg), Karl Hermann Tjaden (Kassel), Erich Wulff (Hannover)

Redaktion: Dr. Dieter Borgers, Wieland Elfferding, Claudia Gdaniec, Dr. Karl-Heinz Götze, Sibylle Haberditzl, Dr. Frigga Haug, Prof. Dr. W.F. Haug, Thomas Laugstien, Rolf Nemitz, Jo Rodejohann, Dr. Werner van Treeck

Autonome Frauenredaktion: Sünne Andresen, Prof. Dr. Jutta Brückner, Anke Bünz-Elfferding, Dr. Dagmar Burgdorf, Ursula Czock, Claudia Gdaniec, Dr. Frigga Haug, Kornelia Hauser, Gisela Heinrich, Birgit Jansen, Marlies Koschinek, Hannelore May, Dr. Barbara Nemitz, Dr. Sigrid Pohl, Nora Rätzzel, Dr. Brita Rang, Petra Sauerwald

Geschäftsführung: Helga Karl

Verlag und Redaktion: Argument-Verlag GmbH, Altensteinstraße 48a, D-1000 Berlin 33, Tel. 030/8314079 (montags bis freitags 10 bis 14 Uhr)

Anzeigen (o. Tausch): Runze/Casper, Jungfernstieg 20, 1 Berlin 45, Tel. 030/7722443

Argument-Vertrieb: Tegeler Str. 6, 1 Berlin 65, Tel. 030/4619061

ISSN 0004-1157

Das Argument erscheint 1984 in 6 Hefen (alle 2 Monate). Jahresumfang 924 Seiten. — Einzelheft 12,80 DM; Stud., Schüler, Erwerbslose 9,80 DM. Jahresabo inkl. Versand 69,60 DM; Stud. etc. 55,80 DM. — Kündigung des Abos nur zum Jahresende bei Einhaltung einer Dreimonatsfrist. — Die Redaktion bittet um Mitarbeit, haftet aber nicht für unverlangt eingesandte Texte und Rezensionsexemplare. Aufsätze sollen höchstens 20, Rezensionen 2 MS-Seiten (1 1/2zeilig m. Rand) haben. Zitierweise wie in den Naturwissenschaften. Das Argument wird regelmäßig von den folgenden sozialwissenschaftlichen Dokumentationsdiensten und Informationsbanken ausgewertet: Bulletin Signalétique 521, Literaturdokumentation zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Politische Dokumentation, Social Science Citation Index, Sozialwissenschaftliches Literaturinformationssystem. — Copyright © Argument-Verlag GmbH. Alle Rechte — auch das der Übersetzung — vorbehalten. — Konten: Postscheck Berlin West 5745-108. BfG 11 14 40 13 00, BLZ 100 101 11. — Satz: Barbara Steinhärdt. Druck: Fuldaer Verlagsanstalt. — 1.-7. Tausend November/Dezember 1984. — Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 2.

Editorials und Verlagsmitteilungen**Heft*/Seite**

Editorial: Zum vorliegenden Heft	143/ 1
Verlagsmitteilungen	143/ 2
Treffpunkt Argument-Laden	143/ 3
<i>Helmut Ridder</i> : Wer darf des Grales Hüter sein?	143/ 5
<i>Pablo Gonzalez Casanova</i> : Aufforderung an die Europäer zur Solidarität mit Nicaragua	143/ 10
<i>Dorothee Sölle</i> : Nicaragua	143/ 11
Editorial	144/ 177
Verlagsmitteilungen	144/ 178
<i>Harold Woetzel</i> : Für Michel Pêcheux (1938-1983)	144/ 180
Editorial: Zu diesem Heft	145/ 353
<i>Frigga Haug, Karl-Heinz Götz, Wieland Elfferding und Kornelia Hauser</i> : 25 Jahre Argument und wie weiter?	145/ 356
Editorial: Zu diesem Heft	146/ 513
Verlagsmitteilungen	146/ 516
Aufruf: Solidarität mit Nicaragua	146/ 517
<i>Wolfgang Fritz Haug</i> : Richtlinien für Beiträge zum Kritischen Wörterbuch des Marxismus. Zur Diskussion gestellter Entwurf	146/ 518
<i>Detlev Albers</i> : Nachruf auf Enrico Berlinguer	146/ 521
<i>Michael Jäger</i> : Trauer über Foucaults Tod	146/ 522
Editorial: Wegstrecken	147/ 673
Verlagsmitteilungen	147/ 674
<i>Frigga Haug</i> : Lehrstunde: Wissenschaft und Politik — Streit um einen offenen Marxismus ...	147/ 675
Stellungnahmen zur Konzeption des Kritischen Wörterbuchs des Marxismus	147/ 736
Editorial: Zum vorliegenden Heft	148/ 823
Verlagsmitteilungen	148/ 824
Aufruf Nicaragua: Spenden und Gesundheitsbrigaden	148/ 826
<i>Kuno Füssel</i> : Die Inquisition probt ihre Wiederkehr	148/ 829

Literarische Texte

<i>Volker Braun</i> : Neue Geschichten von Hinze und Kunze	143/ 14
<i>Ruth Rehmann</i> : Erste Liebe mit Brahms	144/ 183
<i>Günther Anders</i> : Time Inc.	145/ 365
<i>Karen Ruoff</i> : Fragezeichnung vom langen marsch in der fußgängerzone	145/ 366
<i>Erich Fried</i> : Zwei Gedichte	146/ 524
<i>Günther Anders</i> : Abhaken!	146/ 526
<i>Dorothee Sölle</i> : Mütter und tóchter	147/ 679
<i>Günther Anders</i> : Der Maulherostrat	147/ 680
<i>Ernesto Cardenal</i> : Verdammte Reise	148/ 827
<i>Günther Anders</i> : Dialectics of Today	148/ 830

Aktuelle Analysen

<i>Michael Jäger</i> : Panikpersonen	143/ 95
<i>Michael Ernst-Pörksen</i> : Programm ohne Perspektive. Zum Wirtschaftsprogramm-Entwurf des SPD-Vorstands	145/ 415
<i>Raul Rojas</i> : Verschuldungskrise ohne Ende	147/ 745

Aufsätze

<i>Detlev Albers</i> : Zur Kritik des Sozialismusverständnisses im Godesberger Programm	148/ 864
<i>Perry Anderson, Folker Fröbel, Jürgen Heinrichs und Otto Kreye</i> : Politik des radikalen Realismus	148/ 831
<i>Theodor Bergmann</i> : August Thalheimers Beitrag zur Theorie und Strategie des Marxismus	144/ 233

* = Beiheft 1984

<i>Georg Bollenbeck</i> : Vom Nutzen eines weiten Kulturbegriffs für eine Gegenstandsbestimmung der Literaturwissenschaft	144/245
<i>Peter Brandt</i> : Deutscher Sozialismus?	145/429
<i>Eberhard Braun</i> : Was ist bürgerliche Gesellschaft?	143/ 26
<i>Cynthia Cockburn</i> : Weibliche Aneignung der Technik	144/199
<i>Judith A. Cook</i> und <i>Mary Margaret Fonow</i> : Methoden feministischer Soziologie in den Vereinigten Staaten	143/ 57
<i>Wieland Elfferding</i> : Ist ein Parteienbündnis ohne Unterordnung möglich?	148/849
<i>Michael Ernst-Pörksen</i> : Keynesianismus und die linke Position	145/409
<i>Mary Margaret Fonow</i> : s.u. <i>Judith A. Cook</i>	
<i>Folker Fröbel</i> , <i>Jürgen Heinrichs</i> und <i>Otto Kreye</i> : Die Dritte Welt in der Krise	145/367
<i>Folker Fröbel</i> : s.u. <i>Anderson u.a.</i>	
<i>Giulio Girardi</i> : Marxismus und revolutionäre religiöse Bewegungen	148/871
<i>Eberhard Göbel</i> : Zur sozialen Lage der Studenten	148/894
<i>Aleksandar Grlickov</i> : Die frühsozialistischen Länder und die Notwendigkeit eines offenen Marxismus	145/420
<i>Frithjof Hager</i> : Tatsachen und Erfahrung	143/ 48
<i>Jörg Hallerbach</i> : Entwürfe der Alternativen	143/ 85
<i>Frigga Haug</i> : Tagträume — Dimensionen weiblichen Widerstands	147/681
<i>Wolfgang Fritz Haug</i> : Ein Konversationslexikon des westlichen Marxismus?	148/881
<i>Kornelia Hauser</i> : Frauen — Macht — Politik	144/210
<i>Jürgen Heinrichs</i> : s.u. <i>Anderson u.a.</i>	
<i>Jürgen Heinrichs</i> : s.u. <i>Folker Fröbel u.a.</i>	
<i>Peter Heller</i> und <i>Anne Seyffert</i> : Ökologische Wirtschaft — Theorien und Strategien	146/586
<i>Jost Hermand</i> : Alle Macht den Frauen	146/539
<i>Eckard Holler</i> : Wie können soziokulturelle Zentren überleben?	144/264
<i>Josef Hülsdünker</i> : Zum 20. Todestag von Viktor Agartz	148/903
<i>Urs Jaeggi</i> : Identität und Verrat (Notizen)	143/ 18
<i>Evelyn Fox Keller</i> : Feminismus und Naturwissenschaft	147/719
<i>Otto Kreye</i> : s.u. <i>Anderson u.a.</i>	
<i>Otto Kreye</i> : s.u. <i>Folker Fröbel u.a.</i>	
<i>Thomas Laugstien</i> : Bourdieus Theorie ideologischer Diskurse	148/887
<i>Harry Magdoff</i> und <i>Paul M. Sweezy</i> : Herhören, Keynesianer!	145/382
<i>Harald Mattfeldt</i> : Keynesianismus, Monetarismus und Demokratie	145/391
<i>Harald Mattfeldt</i> : Linker Antikeynesianismus (Replik auf Ernst-Pörksen; 145/409)	148/898
<i>René Antonio Mayorga</i> : Diskurs und Konstitution der Gesellschaft	147/725
<i>Regine Meyer</i> : Überlegungen zum gegenwärtigen Stand gewerkschaftlicher Frauenpolitik	144/224
<i>Barbara Nemitz</i> , <i>Gabriele Runge</i> und <i>Sieglinde von Wasielewski</i> : Die arbeitsschutzbedürftige Frau	147/699
<i>Joachim Radkau</i> : Die Zweideutigkeit des Kapitals gegenüber dem Faschismus	146/527
<i>Brita Rang</i> : Sind Matriarchatskonzepte faschistisch?	146/555
<i>Jan Rehmann</i> : Die Kirchen und der deutsche Faschismus	146/559
<i>Hilary Rose</i> : Weltweite Feminisierung der Lohnarbeit	144/185
<i>Gabriele Runge</i> : s.u. <i>Barbara Nemitz u.a.</i>	
<i>Lucien Séve</i> : Für einen entschieden konkreten Marxismus	143/ 81
<i>Anne Seyffert</i> : s.u. <i>Peter Heller</i>	
<i>Su Shaozhi</i> : Neues Marxismusverständnis in China	143/ 74
<i>Paul M. Sweezy</i> : s.u. <i>Harry Magdoff</i>	
<i>Gisbert Uhl</i> : Menschenmüll. Reflexionen und Erfahrungen eines Objekts	143/ 70
<i>Immanuel Wallerstein</i> : Fortschrittsideologie und Zukunft des historischen Kapitalismus	143/ 40
<i>Sieglinde von Wasielewski</i> : s.u. <i>Barbara Nemitz u.a.</i>	
<i>Johannes Weyer</i> : Soziologie im Faschismus	146/564
<i>Raymond Williams</i> : Mobile Privatisierung	144/260
<i>Frieder O. Wolf</i> : Ausstieg, Umgestaltung oder Umwälzung? Chancen und Illusionen grüner Wirtschaftspolitik	146/577

Kommentierte Bibliographien

<i>Stephan Tiedike</i> : Die Warschauer Vertragsorganisation. Kommentierte Bibliographie: Friedensfragen (9)	144/ 277
<i>Ulrike Borchardt</i> : Die neue Friedensbewegung. Kommentierte Bibliographie: Friedensfragen (10)	147/ 748

Kongreßberichte

VIII. Round Table »Socialism in the World«: Marx, Marxism and the World Today, Cavtat 24.-28.10.1983 (<i>F. Haug</i>)	143/ 98
The Society for the Study of Social Problems (SSSP)/The American Sociological Association (ASA): Schöne neue Welt, Detroit 27.-30.8.1983/31.8.-4.9.1983 (<i>E.M. Hörning</i>)	143/ 99
Produktionstechnisches Kolloquium (Fraunhofer-Institut für Produktionsanlagen und Konstruktionstechnik/Institut für Werkzeugmaschinen und Fertigungstechnik): Die Zukunft der Fabrik, Berlin/West 5.-7.10.1983 (<i>G. Zimmer</i>)	143/ 102
Frauentagung (Initiativgruppe des autonomen Frauen- und Lesbenreferats der Universität Bielefeld/Verein für sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen e.V.): Zukunft der Frauenarbeit, Bielefeld 4.-6.11.1983 (<i>K. Hauser, M. Lüdemann, H. May, G. Mischkowsky</i>)	143/ 104
7. Sommeruniversität: »Wollen wir immer noch alles? Frauenpolitik zwischen Traum und Trauma?« Berlin/West 3.-8.10.1983 (<i>S. Zürn</i>)	143/ 107
Covegno di Studi su Ingeborg Bachmann (Österreichisches Kulturinstitut/Istituto Italiano di Studi Germanici/Goethe-Institut Rom), Rom 17.-19.10.1983 (<i>G. Kohn-Waechter, R. Svandrlík</i>)	143/ 109
3. Symposium Psychoanalyse — Literatur — Literaturwissenschaft: Das Unheimliche an der Realität, Kassel 11.-13.11.1983 (<i>C. Albert, E. Hentschel</i>)	143/ 110
Symposium: Methoden in der Frauenforschung (Zentraleinrichtung zur Förderung von Frauenstudien und Frauenforschung an der FU Berlin), Berlin/West 30.11.-2.12.1983 (<i>B. Jansen, A. Menges</i>)	144/ 283
69. Jahrestagung der »Speech Communication Association«: Non-Traditional Forms of Feminist Rhetoric, Washington D.C. 10.-13.11.1983 (<i>E. Keitel</i>)	144/ 284
Diskussionstagung des IMSF: »Die Alternativen der Alternativbewegung«, Frankfurt/M.-Sindlingen 26.-27.11.1983 (<i>K.-E. Lohmann</i>)	144/ 286
6. Bloch-Treffen: Bloch — Unfähig zur Gegenwart?, Salecina 31.7.-7.8.1983 (<i>L. Bartonek, M. Trinkl</i>)	144/ 288
The Inaugural Conference of the Association for Cultural Studies: Populism and Popular Culture, London 17.-19.2.1984 (<i>C. Gdaniec, N. Rätzhel</i>)	145/ 442
4. Hamburger Frauenwoche: Frauen — Macht — Politik, Hamburg 26.-31.3.1984 (<i>S. Andresen, U. Czock, G. Heinrich, M. Lüdemann, E. Niehoff</i>)	145/ 444
Weltversammlung von »Christen für den Sozialismus«: Christen in Befreiungskämpfen, Barcelona 2.-8.1.1984 (<i>G. Dietrich</i>)	145/ 446
1. Arbeitstagung des germanistischen Mittelbaus, Berlin/West 20.-22.1.1984 (<i>C. Albert</i>)	145/ 448
9. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft: »Arbeit — Bildung — Arbeitslosigkeit«, Kiel 26.-28.3.1984 (<i>G. Zimmer</i>)	145/ 448
Alternativen der Forschungs- und Technologiepolitik (Die Grünen im Bundestag, Zeitschrift Wechselwirkung, Arbeitsgemeinschaft Ökologischer Forschungsinstitute), Heidelberg 11.-13.5.1984 (<i>F. Haug</i>)	146/ 602
2. Interdisziplinärer Frauenkongreß: Women's Worlds — Strategies for Empowerment, Groningen 17.-21.4.1984 (<i>G. Heinrich, M. Meijvogel</i>)	146/ 602
Tagung zum 100. Geburtstag August Thalheimers, Stuttgart 17.-18.3.1984 (<i>M. Grohmann</i>) ..	146/ 604
Der 12. Februar 1934. Ursachen — Fakten — Folgen: Internationales wissenschaftliches Symposium des Dr.-Karl-Renner-Instituts, Wien 13.-15.2.1984 (<i>G. Auernheimer</i>)	146/ 605
5. Historikerinnentreffen, Wien 16.-19.4.1984 (<i>A. Bell, M. Steibl, D. Wackerle, K. Witt</i>)	146/ 607
Psychologie in der Mediävistik, Steinheim 5.-8.3.1984 (<i>H.-J. Bachorski</i>)	146/ 608
Ringvorlesung »Theorie der Phantasie«: Jean Baudrillard »Das Jahr 2000 wird nicht stattfinden«, Berlin/West 24.1.1984 (<i>C. Albert</i>)	146/ 610
»No First Use«, Evangelische Akademie, Loccum 13.-15.4.1984 (<i>U. Schmitz</i>)	146/ 611
III. Internationaler Kongreß Kritische Psychologie: Subjektivität als Problem psychologischer Methodik, Marburg 11.-13.5.1984 (<i>E. Gebhardt, J. Gerke, F. Haug, K. Hauser, H. Karl, P. Knust, N. Kruse, U. Leisten, M. Ramme, V. Schubert, B. Vollmer-Schubert, S. Zürn</i>)	147/ 758
5. Volksuniversität Westberlin, 8.-11.6.1984 (<i>U. Czock, H. May, S. Andresen, G. Heinrich, U. Kempf</i>)	147/ 765

6. Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Sprachwissenschaft: Arbeitsgruppe Politische Sprachwissenschaft, Bielefeld 27.-29.2.1984 (<i>F. Januschek</i>)	147/767
Ingeborg Bachmann — Weibliche Ästhetik? Blockseminar, Basel 18.-20.5.1984 (<i>H. Lauper, F. Meyer, M. Schäffer, M. Stede</i>)	147/668
5. Volksuniversität Westberlin, 8.-11.6.1984 (<i>H. Jäckel</i>)	148/913
2. Volksuniversität Hamburg, 28.-30.9.1984 (<i>K. Jacobs, G. Klinger, G. Mischkowski</i>)	148/913
Subject and Ideology: Internationales Seminar, FU Berlin, 3.-6.10.1984 (<i>S.-E. Liedman</i>)	148/916
Otto Bauer und der Austromarxismus, Friedrich-Ebert-Stiftung, Freudenberg 22.-24.7.1984 (<i>W.F. Haug</i>)	148/916
Konservatismus in der Strukturkrise, Frankfurt/M., 29.5.-2.6.1984 (<i>J. Bell, B. Jansen</i>)	148/917
Frauen in Gesellschaft und Kultur der USA: Neue Ansätze in den Amerikastudien, 31. Wissenschaftliche Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Amerikastudien (DGfA), Berlin/West, 12.-15.6.1984 (<i>Y. Loritz</i>)	148/919
Frauen und Schule — Verhinderungen, Veränderungen, Forderungen, Berlin/West, 8.-11.6.1984 (<i>H. Decke-Cornill, C. Franke</i>)	148/921
Education for Liberation. Internationales Symposium mit ANC/Südafrika, SWAPO/Namibia und F. Polisario/Westsahara. Übersee-Museum Bremen, 24.-27.4.1984 (<i>T. Schöfthaler</i>) .	148/922
Conditions of Educational Research With and In Developing Countries, Institute of Development-Studies der Universität of Sussex, Brighton, 9.-13.4.1984 (<i>T. Schöfthaler</i>)	148/924
Luigi Nono: Vortrag, <i>Argumente</i> -Laden Hamburg, 12.7.1984 (<i>Argumente-Laden-Kollektiv</i>)	148/925

Dokumentationen

<i>Rolando de Castillo</i> : Wie man in Guatemala zum Guerillero wird	144/268
Muttertag in Bonn (12.5.1984)	144/270
<i>Susan Neiman</i> : Unterstützt die Universität El Salvador!	145/440
Solidaritätskomitee mit den Demokraten der Türkei: Solidarität mit den Hochschullehrern der Türkei	145/441
»Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur (GMK)« gegründet	146/597
Unterstützungskampagne für die portugiesischen Landarbeiter(innen)	146/597
Offener Brief des III. Internationalen Kongresses Kritische Psychologie zur psychiatrischen Gegen-Reform in Italien	147/755

Interventionen

Kontroverse: Zum Kritischen Wörterbuch des Marxismus. Zwei Absagen (<i>H. Jung, J. Schleifstein, L. Peter</i>) Antwort (<i>W.F. Haug</i>)	144/271
<i>G. Labica</i> : Notiz zu Band 2 des Kritischen Wörterbuchs des Marxismus	144/274
<i>Anni Bell</i> : Brief an die Frauenredaktion	144/275
<i>Michael Haupt</i> : Zu Buhr	145/439
<i>Waltraud Schwab</i> : Rezensionen-Maßstäbe	145/439
<i>Thomas Metscher</i> : Die Kraft der besseren Argumente (Zu M. Buhr)	146/598
<i>Michael Weingarten</i> : Wie halten es die »Traditionsmarxisten« mit den »Alternativen«?	146/600
Jugendzentrum Club Remise (Göppingen): Zu Eckard Holler (144/264)	147/756
<i>Gisela Hartweg</i> : Anmerkungen zu Cynthia Cockburn (144/199)	147/757
<i>José Maria Ripalda</i> : Zum »Kritischen Wörterbuch des Marxismus«	148/904
<i>Josef Schleifstein</i> : Antwort auf W.F. Haug (144/272)	148/905
<i>W.F. Haug</i> : Antwort auf Josef Schleifstein	148/907
<i>Michael Wildt</i> : Nationalrevolutionäre. Zu P. Brandt (145/429)	148/910
<i>Wieland Elfferding</i> : Antwort auf Michael Wildt	148/912

Besprechungen

Philosophie

<i>Aricó, José</i> : Marx y América Latina (<i>R. Rojas</i>)	143/121
<i>Bottomore, Tom</i> : A Dictionary of Marxist Thought (<i>W.F. Haug</i>)	148/881
<i>Dux, Günther</i> : Die Logik der Weltbilder (<i>R. Hesse</i>)	145/459
<i>Euchner, Walter</i> : Karl Marx (<i>W.F. Haug</i>)	143/119

<i>Fabian, Bernhard, und Wilhelm Schmidt-Biggemann (Hrsg.): Das achtzehnte Jahrhundert als Epoche (M. Blankenburg)</i>	146/622
<i>Fabian, Bernhard, Wilhelm Schmidt-Biggemann und Rudolph Vierhaus (Hrsg.): Deutschlands kulturelle Entfaltung/ Die Neubestimmung des Menschen (M. Blankenburg)</i>	146/622
<i>Fischer, Klaus: Galilei (H. Breger)</i>	146/620
<i>Flechtheim, Ossip K. (Hrsg.): Marx heute. Pro und contra (W.F. Haug)</i>	144/291
<i>Füssel, Kuno: Zeichen und Strukturen. Einführung in Grundbegriffe, Positionen und Tendenzen des Strukturalismus (Th. Laugstien)</i>	B/ 42
<i>Garaudy, Roger: Aufruf an die Lebenden (A. Hillach)</i>	B/ 39
<i>Grabsch, Renate: Identität und Tod. Zum Verhältnis von Mythos, Rationalität und Philosophie (L. Flörke)</i>	145/461
<i>Habermas, Jürgen: Moralbewußtsein und kommunikatives Handeln (F. Konersmann)</i>	147/776
<i>Heim, Robert: Semilogie und historischer Materialismus (C. Albert)</i>	B/ 45
<i>Hennigfeld, Jochem: Die Sprachphilosophie des 20. Jahrhunderts (D. Hirschfeld und W. v. Rahden)</i>	B/ 46
<i>Herferth, Willi: Sachregister Marx-Engels Werke (W.F. Haug)</i>	143/115
<i>Holz, Hans Heinz: Dialektik und Widerspiegelung (P. Körte)</i>	148/929
<i>Jung, Werner: Wandlungen einer ästhetischen Theorie — Georg Lukács' Werke 1907-1923 (P. Baab)</i>	B/ 34
<i>Karádi, Eva, und Eva Fekete (Hrsg.): Georg Lukács. Briefwechsel 1902-1917 (W. Jung)</i>	144/300
<i>Kofler, Leo: Der Alltag zwischen Eros und Entfremdung (W. Schönleiter)</i>	144/297
<i>Kumpf, Richard (Hrsg.): Schlag nach bei Marx. Kleines Marx-Wörterbuch (W.F. Haug)</i>	143/117
<i>Liébscher, Heinz: Georg Klaus zu philosophischen Problemen von Mathematik und Kybernetik (M. Weingarten)</i>	144/296
<i>Lorenz, Konrad, und Franz M. Wuketits (Hrsg.): Die Evolution des Denkens (W. Kunstmann)</i>	145/457
<i>Lotter, Konrad, Reinhard Meiners und Elmar Treptow: Marx-Engels Begriffslexikon (W.F. Haug)</i>	147/771
<i>Lübbe, Hermann: Zeit-Verhältnisse. Zur Kulturphilosophie des Fortschritts (M. Blankenburg)</i>	147/773
<i>Lukács, Georg: Gelebtes Denken. Eine Autobiographie im Dialog (W. Jung)</i>	B/ 36
<i>Lukács, Georg: Wie ist die faschistische Philosophie in Deutschland entstanden? (W. Jung)</i> ..	B/ 31
<i>Marx, Karl, und Friedrich Engels: Gesamtausgabe (MEGA). Abt.2, Bd.5: Das Kapital (W.F. Haug)</i>	145/452
<i>Marx, Karl: Le Capital. Hrsgg. v. J.-P. Lefebvre (W.F. Haug)</i>	146/615
<i>Münkler, Herfried: Machiavelli. Die Begründung des politischen Denkens aus der Krise der Republik Florenz (M. Jäger)</i>	146/617
<i>Neue Gesellschaft: Karl Marx und die Sozialdemokratie (W.F. Haug)</i>	143/113
<i>Nowacki, Hartmut: Zwischen Lebensphilosophie und Stalinismus. Philosophische Ansätze in der KPD 1918-1933 (C. Albert und U. Hornauer)</i>	B/ 37
<i>Regelmann, Johann-Peter: Die Geschichte des Lyssenkoismus (H. Breger)</i>	146/624
<i>Rohrmoser, Günter: Geistiger Umbruch. Bilanz der marxistischen Epoche (U.-H. Brockner)</i>	144/294
<i>Rohrmoser, Günter: Krise der politischen Kultur (L. Kofler)</i>	145/456
<i>Schneiders, Werner (Hrsg.): Christian Wolff 1679-1754. Studien zu seiner Philosophie und deren Wirkung (M. Blankenburg)</i>	146/622
<i>Schweppenhäuser, Gerhard u.a.: Krise und Kritik. Zur Aktualität der Marxschen Theorie (M. Haupt)</i>	148/927
<i>Simmel, Georg: Philosophische Kultur (G. Schrader)</i>	148/930
<i>Spinner, Helmut F.: Ist der kritische Rationalismus am Ende? (U.-H. Brockner)</i>	147/774
<i>Ströker, Elisabeth: Theoriewandel in der Wissenschaftsgeschichte. Chemie im 18. Jahrhundert (H.-J. Rheinberger)</i>	146/621
<i>Wittgenstein, Ludwig: Bemerkungen über die Philosophie der Psychologie (J. Frommhold)</i> ..	B/ 48
<i>Zurhorst, Günther: Gestörte Subjektivität. Ein kritischer Vergleich von Sartre und Holzkamp (R. Konersmann)</i>	144/299

Sprach- und Literaturwissenschaft

<i>Andreasen, Dagmar</i> : Teaterarbejder. Politisk teater (<i>E.-U. Pinkert</i>)	144/308
<i>Aspöck, Ruth</i> : Der ganze Zauber nennt sich Wissenschaft. Zur sprachlichen Diskriminierung von Frauen (<i>C. Gdaniec</i>)	B/ 52
<i>Assmann, Aleida</i> und <i>Jan</i> , und <i>Christian Hardmeier</i> (Hrsg.): Schrift und Gedächtnis. Archäologie der literarischen Kommunikation (<i>C. Albert</i>)	147/781
<i>Biermann, Karlheinrich</i> : Literarisch-politische Avantgarde in Frankreich 1830-1870 (<i>Th. Bremer</i>)	B/ 75
<i>Böker, Uwe</i> : Loyale Illoyalität. Politische Elemente im Werk Graham Greenes (<i>D. Herms</i>) ...	144/309
<i>Bourdieu, Pierre</i> : Ce que parler veut dire (<i>Th. Laugstien</i>)	148/887
<i>Bürger, Peter</i> : Zur Kritik der idealistischen Ästhetik (<i>U. Meier</i>)	148/931
<i>Christadler, Martin</i> , und <i>Olaf Hansen</i> (Hrsg.): Marxistische Literaturkritik in Amerika (<i>D. Herms</i>)	143/127
<i>Cordes, Gerhard</i> , und <i>Dieter Möhn</i> (Hrsg.): Handbuch zur niederdeutschen Sprach- und Literaturwissenschaft (<i>U. Ammon</i>)	147/783
<i>Dittrich, Kathinka</i> , und <i>Hans Würzner</i> (Hrsg.): Die Niederlande und das deutsche Exil 1933-1940 (<i>F. Dietschreit</i>)	B/ 84
<i>Eco, Umberto</i> : Nachschrift zum »Namen der Rose« (<i>L. Krützfeld</i>)	B/ 89
<i>Emrich, Wilhelm</i> : Deutsche Literatur der Barockzeit (<i>H.J. Bachorski/H. Peitsch</i>)	144/304
<i>Ensslen, Klaus</i> : Einführung in die schwarzamerikanische Literatur (<i>D. Herms</i>)	143/126
<i>Frey, Winfried u.a.</i> (Hrsg.): Einführung in die deutsche Literatur des 12. bis 16. Jahrhunderts (<i>U. Seelbach</i>)	144/306
<i>Friedrich, Gerhard</i> : Proletarische Literatur und politische Organisation (<i>N. Kortz</i>)	144/307
<i>Geier, Manfred</i> : Methoden der Sprach- und Literaturwissenschaft (<i>H.J. Bachorski/U. Reichelt</i>)	144/301
<i>Gramsci, Antonio</i> : Marxismus und Literatur. Ideologie, Alltag, Literatur (<i>K. Jochem</i>)	146/629
<i>Grimm, Reinhold</i> (Hrsg.): Hans Magnus Enzensberger (<i>F. Dietschreit</i>)	148/934
<i>Gumperz, John J.</i> : Discourse strategies (<i>U. Ammon</i>)	143/123
<i>Gumperz, John J.</i> (Hrsg.): Language and social identity (<i>U. Ammon</i>)	143/123
<i>Harth, Dietrich</i> , und <i>Peter Gebhard</i> (Hrsg.): Erkenntnis der Literatur. Theorien, Konzepte, Methoden (<i>J. Kramer</i>)	146/626
<i>Hartung, Günter</i> : Literatur und Ästhetik des deutschen Faschismus (<i>D. Oßwald</i>)	146/630
<i>Haverkamp, Anselm</i> (Hrsg.): Theorie der Metapher (<i>H.C. Oeser</i>)	147/779
<i>Heinrichs, Hans-Jürgen</i> : Sprachkörper. Zu Claude Lévi-Strauss und Jacques Lacan (<i>M. Geier</i>)	147/781
<i>Heitmann, Klaus</i> (Hrsg.): Neues Handbuch der Literaturwissenschaft, Bd.15: Europäische Romantik II <i>H. Schmidt-Bergmann</i>)	B/ 73
<i>Jasper, Willi</i> : Heinrich Mann und die Volksfrontdiskussion (<i>G. Berg</i>)	B/ 82
<i>Jauss, Hans Robert</i> : Ästhetische Erfahrung und literarische Hermeneutik (<i>M. Schneider</i>)	B/ 67
<i>Kuster, Robert</i> : Hans Mühlstein. Beiträge zu seiner Biographie und zum Roman »Aurora« (<i>S. Howald</i>)	B/ 80
<i>Lamb, Patricia Frazer</i> , und <i>Katheryn Joyce Hohlwein</i> : Freundinnen. Briefe (<i>K. Hauser</i>)	B/ 64
<i>Lampe, Gerhard</i> : Ohne Subjektivität. Interpretationen zur Lyrik Rolf Dieter Brinkmanns vor dem Hintergrund der Studentenbewegung (<i>R. Hoffeld</i>)	B/ 87
<i>Lenk, Elisabeth</i> : Die unbewußte Gesellschaft. Über die mimetische Grundstruktur in der Literatur und im Traum (<i>E. Volker</i>)	148/935
<i>Link, Jürgen</i> : Elementare Literaturtheorie und generative Diskursanalyse (<i>C. Albert</i>)	146/625
<i>Lyons, John</i> : Die Sprache (<i>M. Geier</i>)	147/778
<i>Mait, Peter von</i> : ... fertig ist das Angesicht. Zur Literaturgeschichte des menschlichen Gesichts (<i>M. Schneider</i>)	B/ 71
<i>Mayer, Hans</i> : Ein Deutscher auf Widerruf. Erinnerungen (<i>H. Peitsch</i>)	143/128
<i>Meyer, Eva</i> : Zählen und Erzählen. Für eine Semiotik des Weiblichen (<i>G. Kämper</i>)	B/ 55
<i>Müller, Herta</i> : Niederungen (<i>K. Hauser</i>)	B/ 66
<i>Opitz, Claudia</i> (Hrsg.): Weiblichkeit oder Feminismus? Beiträge zur interdisziplinären Frauentagung Konstanz 1983 (<i>Ch. Flitner/B. Flitner</i>)	B/ 60
<i>Pfeifer, Jochen</i> : Der deutsche Kriegsroman 1945-60 (<i>H. Peitsch</i>)	B/ 85

<i>Pusch, Luise, F.:</i> Das Deutsche als Männersprache (<i>J. Hartog</i>)	B/ 54
<i>Rohse, Eberhard:</i> Der frühe Brecht und die Bibel (<i>D. Schöttker</i>)	B/ 78
<i>Rump, Gerhard Charles, und Wilfried Heindrichs (Hrsg.):</i> Interaktionsanalysen. Aspekte dialogischer Kommunikation (<i>M. Weber</i>)	143/124
<i>Schmidt, Ricarda:</i> Westdeutsche Frauenliteratur in den 70er Jahren (<i>U. Blankenburg</i>)	B/ 58
<i>Schober, Rita:</i> Abbild — Sinnbild — Wertung. Aufsätze zur Theorie und Praxis literarischer Kommunikation (<i>P. Baab</i>)	B/ 69
<i>Sembdner, Helmut (Hrsg.):</i> Dokumente zu Kleist (<i>R. Konersmann</i>)	B/ 74
<i>Stephan, Alexander (Hrsg.):</i> Materialien zur »Ästhetik des Widerstands« (<i>E. Mindermann</i>)	148/933
<i>Treder, Uta:</i> Von der Hexe zur Hysterikerin. Zur Verfestigungsgeschichte des »ewig Weiblichen« (<i>S. Schade</i>)	B/ 61
<i>Trömel-Plötz, Senta (Hrsg.):</i> Gewalt durch Sprache. Die Vergewaltigung von Frauen in Gesprächen (<i>C. Daesler-Lohmüller</i>)	B/ 50
<i>Weinrich, Harald:</i> Textgrammatik der französischen Sprache (<i>A. v. Berkel</i>)	144/302
<i>Wild, Reiner:</i> Literatur im Prozeß der Zivilisation. Zur theoretischen Grundlegung der Literaturwissenschaft (<i>J. Kramer</i>)	146/626

Kunst- und Kulturwissenschaft

<i>Bauer, Hans-Joachim (Hrsg.):</i> Rokoko-Oper in Bayreuth. »Aregenore« der Markgräfin Wilhelmine (<i>F. Hoffmann</i>)	B/116
<i>Batz, Michael, und Horst Schroth:</i> Theater zwischen Tür und Angel (<i>A. Altenhoff</i>)	146/636
<i>Bentle, Günter (Hrsg.):</i> Semiotik und Massenmedien (<i>W. Dieckmann</i>)	145/463
<i>Berger, Renate:</i> Künstlerinnen auf dem Weg ins 20. Jahrhundert (<i>J. Held</i>)	143/131
<i>Breitling, Gisela:</i> Die Spuren des Schiffs in den Wellen. Eine autobiographische Suche nach den Frauen in der Kunstgeschichte (<i>R. Berger</i>)	144/310
<i>Brückner, Wolfgang, und Klaus Beitzl (Hrsg.):</i> Volkskunde als akademische Disziplin (<i>D. Kramer</i>)	B/ 90
<i>Chicago, Judy:</i> Durch die Blume. Meine Kämpfe als Künstlerin (<i>R. Berger</i>)	144/310
<i>Dülmen, Richard van (Hrsg.):</i> Kultur der einfachen Leute (<i>W.-D. Bukow</i>)	146/637
<i>Emre, Gültekin:</i> 300 Jahre Türken an der Spree (<i>H.-D. Grünfeld</i>)	147/788
<i>Finocchi, Matilde, Rosetta Froncillo und Alice Valentini:</i> Ihre Mutter ist übrigens Malerin. Gespräche italienischer Lesben (<i>G. Schmidt</i>)	144/315
<i>Foner, Philip S., und Reinhard Schultz:</i> Das andere Amerika. Geschichte, Kunst und Kultur der amerikanischen Arbeiterbewegung (<i>C. Albert/U. Hornauer</i>)	147/787
<i>Gerdnt, Helge:</i> Kultur als Forschungsfeld (<i>D. Kramer</i>)	B/ 90
<i>Gedion, Siegfried:</i> Die Herrschaft der Mechanisierung (<i>M. Blankenburg</i>)	148/938
<i>Godoli, Ezio:</i> Il Futurismo. Guide all'architettura moderna (<i>M. Hinz</i>)	B/111
<i>Großklaus, Götz, und Ernst Oldemeyer (Hrsg.):</i> Natur als Gegenwelt (<i>M. Schneider</i>)	B/ 98
<i>Hahn, Bernd, und Holger Schindler:</i> Punk (<i>F. Dietschreit</i>)	143/134
<i>Harjes, Rainer:</i> Handbuch zur Praxis des Freien Theaters (<i>A. Altenhoff</i>)	146/636
<i>Heilfurth, Gerhard:</i> Der Bergbau und seine Kultur (<i>D. Kramer</i>)	B/ 90
<i>Heßler, Carl:</i> Hessische Volkskunde (<i>D. Kramer</i>)	B/ 90
<i>Hoffmann, Detlev, und Almut Junker:</i> Laterna Magica (<i>M. Blankenburg</i>)	B/100
<i>Hoffmann, Rolf-Rüdiger:</i> Politische Fernsehinterviews (<i>W. Dieckmann</i>)	145/463
<i>Hübner, Irene:</i> Kulturelle Opposition (<i>F. Kröll</i>)	146/633
<i>Kokula, Ilse:</i> Formen lesbischer Subkultur. Vergesellschaftung und lesbische Bewegung (<i>S. Schelper</i>)	144/316
<i>Kröll, Friedhelm, u.a.:</i> Vereine (<i>D. Kramer</i>)	146/635
<i>Kramer, Dieter:</i> Der sanfte Tourismus (<i>M. Schmidt</i>)	147/789
<i>Kübler, Hans-Dieter (Hrsg.):</i> Massenmedien im Deutschunterricht (<i>F. Kröll</i>)	145/469
<i>Lange, Klaus:</i> Das Bild der Politik im Fernsehen (<i>E. Hennig</i>)	145/466
<i>Linz, Martin:</i> High Noon. Literaturwissenschaft als Medienwissenschaft (<i>H.-D. Kübler</i>)	145/467
<i>Madrasch-Groschupp, Ursula:</i> Die Weltbühne. Porträt einer Zeitschrift (<i>A. Soppe</i>)	B/104
<i>Maeder, Herbert, und Robert Kruker:</i> Hirten und Herden — Alpkultur in der Schweiz (<i>D. Kramer</i>)	B/ 90

<i>Marinetti, Filippo Tommaso: Scritti francesi (M. Hinz)</i>	B/ 108
<i>Marinetti, Filippo Tommaso: Teoria e invenzione futurista (M. Hinz)</i>	B/ 108
<i>McRobbie, Angela, und Monika Savier (Hrsg.): Autonomie aber wie! Mädchen, Alltag, Abenteuer (Elke Josties)</i>	B/ 119
<i>Meurer, Bernd, und Hartmut Vinçon: Industrielle Ästhetik. Zur Geschichte und Theorie der Gestaltung (K. Hickethier)</i>	B/ 102
<i>Meurer, Bernd, und Hartmut Vinçon (Hrsg.): Kritik der Alltagskultur (D. Kramer)</i>	B/ 90
<i>Renckstorf, Karsten: Menschen und Medien in der postindustriellen Gesellschaft (H.-D. Kübler)</i>	148/ 941
<i>Rosenbach, Ulrike: Videokunst, Foto, Aktion/Performance, Feministische Kunst (D. Behrens)</i>	144/ 312
<i>Sartori, Paul: Westfälische Volkskunde (D. Kramer)</i>	B/ 90
<i>Sauer, Lieselotte: Marionetten, Maschinen, Automaten (R. Konersmann)</i>	148/ 937
<i>Schäfer, Hans-Dieter: Das gespaltene Bewußtsein. Über deutsche Kultur und Lebenswirklichkeit 1933-1945 (H. Peitsch)</i>	B/ 105
<i>Schiller-Lerg, Sabine: Walter Benjamin und der Rundfunk (A. Soppe)</i>	148/ 940
<i>Schivelbusch, Wolfgang: Geschichte der künstlichen Helligkeit im 19. Jahrhundert (M. Blankenburg)</i>	146/ 631
<i>Schivelbusch, Wolfgang: Intellektuellendämmerung (A. Soppe)</i>	143/ 133
<i>Stelz, Ulrike: Hexendarstellungen in der Kunst um 1900 (S. Schade)</i>	144/ 313
<i>Straßner, Erich: Fernsehnachrichten (W. Dieckmann)</i>	145/ 463
<i>Stüdemann, Peter E., und Martin Rector (Hrsg.): Arbeiterbewegung und kulturelle Identität (D. Kramer)</i>	147/ 784
<i>Stübling, Rainer: Kultur und Massen (D. Kramer)</i>	147/ 784
<i>Surmann, Rolf: Die Münzenberg-Legende (A. Soppe)</i>	143/ 132
<i>Treusch-Dieter, Gerburg: Wie den Frauen der Faden aus der Hand genommen wurde. Industrialisierung des Spinnens (Ch. Karpenstein-Eßbach)</i>	B/ 114
<i>Walther, Paul: Schwäbische Volkskunde (D. Kramer)</i>	B/ 90

Soziologie

<i>Acham, Karl: Philosophie der Sozialwissenschaften (Ch. Fleck)</i>	B/ 144
<i>Adriansens, Hans P.M.: Talcott Parsons and the conceptual dilemma (W. Böttcher)</i>	B/ 150
<i>Albert, Johannes, u.a.: Entstehungsbedingungen und Entwicklung der Technikwissenschaften (V. Bialas)</i>	143/ 137
<i>Bammé, Arno, u.a.: Maschinen — Menschen, Mensch — Maschinen (K. Schmahl/S. Bleis)</i>	143/ 135
<i>Becker, Gary S.: Der ökonomische Ansatz zur Erklärung menschlichen Verhaltens (K. Neufert)</i>	B/ 147
<i>Berger, Brigitte, und Peter L. Berger: In Verteidigung der bürgerlichen Familie (B. Ketelhut)</i>	B/ 121
<i>Bergmann, Waltraud, u.a.: Soziologie im Faschismus 1933-1945 (J. Weyer)</i>	146/ 566
<i>Blaschke, Jochen: Perspektiven des Weltsystems. Materialien zu Immanuel Wallersteins »Das Moderne Weltsystem« (G. Hauck)</i>	145/ 470
<i>Bodenschatz, H., u.a.: Schluß mit der Zerstörung? Stadterneuerung und städtische Opposition in West-Berlin, Amsterdam und London (D. Schubert)</i>	B/ 156
<i>Boesch, Ernst E.: Das Magische und das Schöne. Zur Symbolik von Objekten und Handlungen (H. Zinser)</i>	B/ 148
<i>Bourricaud, François: The Sociology of Talcott Parsons (W. Böttcher)</i>	B/ 150
<i>Brake, Klaus: Zum Verhältnis von Stadt und Land (D. Schubert)</i>	B/ 157
<i>Buer, Ferdinand, u.a.: Zur Gesellschaftsstruktur der BRD (U. Kadritzke)</i>	145/ 472
<i>Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.): Das soziale Bild der Studentenschaft in der Bundesrepublik Deutschland. 10. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks (E. Göbel)</i>	148/ 894
<i>Cabral, Amílcar: Die Theorie als Waffe. Schriften zur Befreiung in Afrika (H. Melber)</i>	146/ 643
<i>Conen, Marie-Luise: Mädchen flüchten aus der Familie. »Abweichendes Verhalten« als Ausdruck gesellschaftlicher und psychischer Konflikte bei weiblichen Jugendlichen (G. Heinrich)</i>	B/ 133

<i>de Witt, Siegfried, und Johann Friedrich Huffmann: »Wilde Ehen« — Ein Rechtsratgeber (R. Schleußner)</i>	B/127
<i>Diederichsen, Diedrich, Dick Hebdidge und Olaph-Dante Marx: Schocker. Stile und Moden der Subkultur (R. Hitzler)</i>	147/797
<i>Eisenstadt, Samuel N.: Revolution und die Transformation von Gesellschaften (K. Neufert)</i>	146/638
<i>Erler, Gisela, Monika Jaeckel und Jürgen Sass: Mütter zwischen Beruf und Familie. Modelle und Meinungen aus fünf europäischen Ländern (U. Czock)</i>	B/130
<i>Estermann, Josef: Strafgefangene. Selektive Sanktionierung, Definition abweichenden Verhaltens und Klassenjustiz (Ch. Deutschmann)</i>	147/795
<i>Fiedler, Irene: Wandel der Mädchenerziehung in Tanzania (M. Maurer)</i>	B/139
<i>Forster, Hannelore: Heirat und Ehe bei den Akan in Ghana (M. Maurer)</i>	B/139
<i>Frietsch, Robert: Verlaufsformen krimineller Karrieren unter besonderer Berücksichtigung der sozialen Intelligenz (B. Dieckmann)</i>	147/793
<i>Frisch, Helga: Ehe? (L. Lemke)</i>	B/128
<i>Fuhrich, Manfred, u.a.: Neue Heimat (V. Roscher)</i>	145/477
<i>Gikas, Michael: Funktion und Wirkungsweise der Sozialtechnologie (P. Dippoldsmann)</i>	B/145
<i>Glatzer, Wolfgang, und Wolfgang Zapf (Hrsg.): Lebensqualität in der BRD (K. Neufert)</i>	148/948
<i>Held, Karl, und Theo Ebel: Krieg und Frieden. Politische Ökonomie des Weltfriedens (M. Loiperdinger)</i>	146/641
<i>Henseling, Karl Otto: Bronze, Eisen und Stahl. Bedeutung der Metalle in der Geschichte (A. J. Handtmann)</i>	143/141
<i>Hoffmann, Hortense: Frauen in der Wirtschaft eines Entwicklungslandes: Yoruba — Händlerinnen in Nigeria (M. Maurer)</i>	B/139
<i>Jaeggi, Urs, und Manfred Fassler: Kopf und Hand. Das Verhältnis von Gesellschaft und Bewußtsein (G. Hauck)</i>	145/470
<i>Jaeggi, Urs, u.a.: Geist und Katastrophe. Studien zur Soziologie im Nationalsozialismus (J. Weyer)</i>	146/566
<i>Jansen, Jörn, u.a.: Arbeitsbedingungen der Bauarbeiter (G. Tolksdorf)</i>	145/476
<i>Jensen, Stefan: Talcott Parsons. Eine Einführung (W. Böttcher)</i>	B/150
<i>Jokisch, Rodrigo: Techniksoziologie (M. Loiperdinger)</i>	143/142
<i>Karcher, Harald B.: Büro der Zukunft — Mikrocomputer und Telekommunikation (G.-U. Watzlawczik)</i>	148/946
<i>Kavemann, Barbara und Ingrid Lohstöter: Väter als Täter (S. Andresen)</i>	B/135
<i>Kern, Horst: Empirische Sozialforschung (C.-W. Macke)</i>	145/474
<i>Kofler, Leo: Benerrscht uns die Technik? (W. Schönleiter)</i>	143/136
<i>Lange, Bernd-Peter, u.a.: Sozialpolitische Chancen der Informationstechnik (H.-D. Kübler)</i>	148/945
<i>Lübe, Burkhard: Bedrohungsatlas Bundesrepublik Deutschland (R. Schellhase)</i>	146/639
<i>Ludwig, Karl-Heinz (Hrsg.): Technik, Ingenieure und Gesellschaft. Geschichte des VDI (E. Ott)</i>	143/139
<i>Malchau, Joachim: Technologie und Emanzipation (K. Schmahl)</i>	148/947
<i>Mantler, Rolf: Partizipatorische Stadtentwicklungspolitik (G.-U. Watzlawczik)</i>	B/160
<i>Miebach, Bernhard: Strukturalistische Handlungstheorie (W. Böttcher)</i>	B/150
<i>Mommertz, Karl-Heinz: Bohren, Drehen und Fräsen. Geschichte der Werkzeugmaschinen (A. J. Handtmann)</i>	143/141
<i>Rammert, W., u.a. (Hrsg.): Technik und Gesellschaft. Jahrbuch 2 (C. Weber)</i>	148/943
<i>Roscher, Volker (Hrsg.): Wohnen. Beiträge zur Planung, Politik und Ökonomie eines alltäglichen Lebensbereiches (D. Schubert)</i>	145/477
<i>Sahner, Heinz: Theorie und Forschung (J. Weyer)</i>	B/142
<i>Savage, Stephen P.: The Theories of Talcott Parsons (W. Böttcher)</i>	B/150
<i>Schenk, Michael: Kommunikationsstrukturen in Bürgerinitiativen (H.-G. Jaschke)</i>	B/158
<i>Schluchter, Wolfgang (Hrsg.): Max Webers Studie über Konfuzianismus und Taoismus (B. Gransow)</i>	145/471
<i>Schwarzer, Alice: Sexualität (M. Lüdemann)</i>	B/137
<i>Silbermann, Alphons: Sind wir Antisemiten? (S. Zielinski)</i>	146/642
<i>Smart, Carol: The Ties that Bind. Law, Marriage and the Reproduction of Patriarchal Relations (B. Ketelhut)</i>	B/125

<i>Sozialistische Studiengruppen (SOST):</i> Der soziale Ursprung des Patriarchats. Frauen, Familie und Gesellschaftsformation (<i>S. Pohl</i>)	B/123
<i>Vogel, Martin Rudolf:</i> Gesellschaftliche Subjektivitätsformen (<i>V. Schubert</i>)	147/790
<i>Voges, Wolfgang (Hrsg.):</i> Soziologie der Lebensalter (<i>M. Wagner</i>)	147/792
<i>Zoll, Ralf (Hrsg.):</i> Sicherheit und Militär (<i>R. Schellhase</i>)	146/640

Erziehungswissenschaft

<i>Huschke-Rhein, Rolf Bernhard:</i> Das Wissenschaftsverständnis in der geisteswissenschaftlichen Pädagogik (<i>A. Schäfer</i>)	147/800
<i>Jantzen, Wolfgang:</i> Sozialgeschichte des Behindertenbetreuungswesens (<i>H. Kuhn</i>)	144/318
<i>Nevermann, Knut:</i> Der Schulleiter. Juristische und historische Aspekte zum Verhältnis von Bürokratie und Pädagogik (<i>A. Schäfer</i>)	144/320
<i>Pleines, Jürgen-Eckardt:</i> Praktische Wissenschaft. Erziehungswissenschaftliche Kategorien im Lichte sozialphilosophischer Kritik (<i>A. Schäfer</i>)	147/799
<i>Wigger, Lothar:</i> Handlungstheorie und Pädagogik (<i>A. Schäfer</i>)	147/798
<i>Zimmer, Gerhard (Hrsg.):</i> Persönlichkeitsentwicklung und Gesundheit im Schulalter (<i>Th. Fabian</i>)	144/321

Psychologie

<i>Arieti, Silvano, und Jules Bemporad:</i> Depression (<i>A. Menges</i>)	143/144
<i>Braun, Karl-Heinz, und Gerd Gekeler:</i> Psychische Verelendung, Heroinabhängigkeit, Subjektentwicklung (<i>U. Groß</i>)	147/807
<i>Giese, Eckhard:</i> Psychiatrie ohne Irrenhaus — Das Beispiel Genua (<i>H. Keupp</i>)	148/949
<i>Haeberle, Erwin J.:</i> Die Sexualität des Menschen. Handbuch und Atlas (<i>E. Göbel</i>)	147/806
<i>Hohl, Joachim:</i> Gespräche mit Angehörigen psychiatrischer Patienten (<i>H. Keupp</i>)	148/955
<i>Kaplan, Louise:</i> Die zweite Geburt. Dein Kind wird zur Persönlichkeit (<i>J.A. Rohmann</i>)	147/803
<i>Keller, Heide, und Hans J. Meyer:</i> Psychologie der frühesten Kindheit (<i>J.A. Rohmann</i>)	147/802
<i>Lorez, Gudula (Hrsg.):</i> Das andere Gefühl — Eifersucht (<i>A. Kluitmann</i>)	143/147
<i>Mohr, Gisela, u.a. (Hrsg.):</i> Frauen. Psychologische Beiträge zur Arbeits- und Lebenssituation (<i>B. Jansen</i>)	143/148
<i>Tapken, Jutta:</i> Elemente einer Theorie weiblicher Subjektivität (<i>K. Hauser</i>)	147/804
<i>Thun, Thomas:</i> Nur Heilige und Poeten? Gemeindepsychiatrie und Arbeitermedizin in einem römischen Bezirk (<i>H. Keupp</i>)	148/951
<i>Wirsching, Michael, und Helm Stierlin:</i> Krankheit und Familie (<i>G. Becker</i>)	143/146

Medizin

<i>Albrecht, Hans, u.a.:</i> Arbeitsmarkt und Arbeitsbedingungen des Pflegepersonals in Berliner Krankenhäusern (<i>S. Bartholomeyczik</i>)	145/486
<i>Elsner, Gine (Hrsg.):</i> Was uns kaputt macht. Arbeitsmedizin und Arbeitsmarkt (<i>S. Bartholomeyczik</i>)	B/165
<i>Häussler, Monika, u.a.:</i> Bauchlandungen. Abtreibung — Sexualität — Kinderwunsch (<i>S. Andresen</i>)	B/167
<i>Kühn, Hagen:</i> Betriebliche Arbeitsschutzpolitik und Interessenvertretung der Beschäftigten (<i>C. Garbe</i>)	144/326
<i>McKeown, Thomas:</i> Die Bedeutung der Medizin (<i>W. Bichmann</i>)	144/323
<i>Paczensky, Susanne von, und Renate Sadrozinski (Hrsg.):</i> Die neuen Moralisten. §218 — Vom leichtfertigen Umgang mit einem Jahrhundertthema (<i>C. Leibing</i>)	145/479
<i>Schaps, Regina:</i> Hysterie und Weiblichkeit (<i>B. Jansen</i>)	145/480
<i>Schmidbauer, Wolfgang:</i> Helfen als Beruf. Die Ware Nächstenliebe (<i>E. Wacker</i>)	145/484
<i>Sichrovski, Peter:</i> Krankheit auf Rezept. Die Praktiken der Praxisärzte (<i>Ch. Leibing</i>)	B/162
<i>Wambach, Manfred M. (Hrsg.):</i> Der Mensch als Risiko (<i>D. Borgers</i>)	144/324
<i>Zettel, Ortrud (Hrsg.):</i> Gesundheitsberufe (<i>U. Czock/B. Nemitz</i>)	145/481

Geschichte

<i>Beier, Rosmarie</i> : Frauenarbeit und Frauenalltag im Deutschen Kaiserreich (<i>D. Burgdorf</i>)	146/649
<i>Blecking, Diethelm</i> (Hrsg.): Arbeitersport in Deutschland 1893-1933 (<i>H. Hübner</i>)	148/961
<i>Blickle, Peter</i> : Deutsche Untertanen. Ein Widerspruch (<i>G. Bock</i>)	143/155
<i>Boelcke, Willi A.</i> : Die deutsche Wirtschaft 1930-1945. Interna des Reichswirtschaftsministeriums (<i>A. Schildt</i>)	147/811
<i>Boeticher-Joeres, Ruth-Ellen</i> (Hrsg.): Die Anfänge der deutschen Frauenbewegung: Louise Otto Peters (<i>D. Burgdorf</i>)	B/173
<i>Broszat, Martin, und Horst Möller</i> (Hrsg.): Das Dritte Reich. Herrschaftsstruktur und Geschichte (<i>E. Hennig</i>)	147/808
<i>Brüdigam, Heinz</i> : Faschismus an der Macht. Berichte, Bilder, Dokumente über das Jahr 1933, 50 Jahre danach (<i>H. Gotschlich</i>)	147/810
<i>Brüggebauer, Franz Josef</i> : Leben vor Ort. Ruhrbergleute und Ruhrbergbau 1889-1919 (<i>M. Zimmermann</i>)	148/957
<i>Fischer, Wolfram</i> : Armut in der Geschichte (<i>H. Wunderer</i>)	143/154
<i>Frauengruppe Faschismusforschung</i> : Mutterkreuz und Arbeitsbuch. Zur Geschichte der Frauen in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus (<i>B. Rang</i>)	146/650
<i>Galinski, Dieter, Ulrich Herbert und Ulla Lachauer</i> (Hrsg.): Nazis und Nachbarn (<i>K. Drobisch</i>)	B/179
<i>Grebing, Helga</i> (Hrsg.): Lehrstücke in Solidarität. Briefe und Biographien deutscher Sozialisten 1945-1949 (<i>W. Köhler</i>)	145/489
<i>Gossweiler, Kurt</i> : Die Röhm-Affäre (<i>A. Schildt</i>)	147/810
<i>Gotto, Klaus, und Konrad Repgen</i> (Hrsg.): Die Katholiken und das Dritte Reich (<i>M. Lüpkes</i>)	147/813
<i>Groeben, Hans von der</i> : Aufbaujahre der EG (<i>W. Bühner</i>)	145/491
Handbuch politischer Institutionen und Organisationen 1945-1949 (<i>A. Schildt</i>)	145/487
<i>Kammer, Hilde, und Elisabeth Bartsch</i> : Jugendlexikon Nationalsozialismus (<i>H. Gotschlich</i>)	B/178
<i>Klee, Ernst</i> : »Euthanasie« im NS-Staat (<i>E. Wacker</i>)	B/181
<i>Klönne, Arno</i> : Jugend im Dritten Reich. Die Hitler-Jugend und ihre Gegner (<i>H. Gotschlich</i>)	B/180
<i>Kuczynski, Jürgen</i> : Geschichte des Alltags des deutschen Volkes (<i>G. Fülberth</i>)	143/151
<i>Küsters, Hanns Jürgen</i> : Die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (<i>W. Bühner</i>)	145/491
<i>Kuhn, Annette, u. a.</i> (Hrsg.): Frauen in der Geschichte (<i>D. Burgdorf</i>)	146/645
<i>Lahme, Hans-Norbert</i> : Sozialdemokratie und Landarbeiter in Dänemark 1871-1900 (<i>Th. Bergmann</i>)	144/333
<i>Le Roy Ladurie, Emmanuel</i> : Montailou. Ein Dorf vor dem Inquisitor. 1294-1324 (<i>L. Krützfeldt</i>)	144/329
<i>Marbolek, Inge</i> : Arbeiterbewegung nach dem Krieg (<i>W. Bühner</i>)	145/488
<i>Mock, Wolfgang</i> : Imperiale Herrschaft und nationales Interesse (<i>R. Zilch</i>)	144/332
<i>Nolte, Hans-Heinrich</i> : Die eine Welt. Abriß der Geschichte des internationalen Systems (<i>H. Haumann</i>)	144/328
<i>Otsuka, Hisao</i> : The Spirit of Capitalism. The Max Weber Thesis in an Economic Historical Perspective (<i>H.-H. Nolte</i>)	144/332
<i>Preuss-Lausitz, Ulf, u. a.</i> : Kriegskinder, Konsumkinder, Krisenkinder. Zur Sozialisationsgeschichte seit dem Zweiten Weltkrieg (<i>A. Schildt</i>)	145/490
<i>Pruss-Kaddatz, Ulla</i> : Wortergeifung. Zur Entstehung einer Arbeiterkultur in Frankreich (<i>M. Weingarten</i>)	144/330
<i>Reichling, Norbert</i> : Akademische Arbeiterbildung in der Weimarer Republik (<i>C. Albert/U. Hornauer</i>)	148/960
<i>Schirmer, Eva</i> : Mystik und Minne. Frauen im Mittelalter (<i>M. Grosche</i>)	B/176
<i>Spender, Dale</i> : There's Always been a Women's Movement this Century (<i>D. Burgdorf</i>)	B/175
<i>Wittwer, W. Wolfgang</i> : Die sozialdemokratische Schulpolitik in der Weimarer Republik (<i>H. Gotschlich</i>)	148/959
<i>Zetkin, Clara</i> (Hrsg.): Die Kommunistische Fraueninternationale (<i>D. Burgdorf</i>)	B/170

Soziale Bewegungen und Politik

<i>Alternative Defence Commission (Ed.):</i> Defence without the bomb (<i>U. Borchardt</i>)	147/748
<i>Alt, Franz:</i> Frieden ist möglich. Die Politik der Bergpredigt (<i>U. Borchardt</i>)	147/748
<i>Bald, Detlef:</i> Der deutsche Offizier (<i>W.v. Bredow</i>)	143/160
<i>BdWi (Hrsg.):</i> Wissenschaftler gegen Ausländerfeindlichkeit (<i>W.Elfjferding</i>)	148/968
<i>Bergmann, Theodor, Ulrich Menzel und Ursula Menzel-Fischer (Hrsg.):</i> Liu Shaoqi. Ausgewählte Schriften und Materialien (<i>B. Gransow</i>)	146/654
<i>Bernardoni, Claudia, und Vera Werner (Hrsg.):</i> Der vergeudete Reichtum. Über die Partizipation von Frauen im öffentlichen Leben (<i>S. Pohl</i>)	B/ 14
<i>Beyme, Klaus von:</i> Die Sowjetunion in der Weltpolitik (<i>Th. Ashauer</i>)	148/967
<i>Betz, Joachim (Hrsg.):</i> Verschuldungskrisen in Entwicklungsländern (<i>L. Meyer</i>)	144/335
<i>Boni, Manfred:</i> Von den Gewerkschaften des Herbstes zum Herbst der Gewerkschaften. Italien am Anfang der 80er Jahre (<i>R. Spiss</i>)	144/340
<i>Boons, Marie Claire, u.a.: C'est terrible, quand on y pense (S. Böge, E. Gebhart, M. Koschinek, B. Lachenmeier)</i>	B/ 8
<i>Brand, Karl-Werner, Detlef Büsser und Dieter Rucht:</i> Aufbruch in eine andere Gesellschaft. Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik (<i>R. Spiss</i>)	B/ 21
<i>Brassel, Ruedi, u.a. (Hrsg.):</i> Zauberformel — Fauler Zauber? SP-Bundesratsbeteiligung und Opposition in der Schweiz (<i>R. Graf</i>)	B/ 26
<i>Buro, Andreas:</i> Zwischen sozial-liberalem Zerfall und konservativer Herrschaft. Zur Situation der Friedens- und Protestbewegung in dieser Zeit (<i>U. Borchardt</i>)	147/748
<i>Degen, Hans-Jürgen (Hrsg.):</i> Was soll bloß aus Deutschland werden? (<i>P. Brandt</i>)	145/429
<i>Dohse, Knut:</i> Ausländische Arbeiter und bürgerlicher Staat (<i>M. Grieger</i>)	B/ 24
<i>Dürr, Hans-Peter (Hrsg.):</i> Verantwortung für den Frieden. Naturwissenschaftler gegen Atomrüstung (<i>U. Borchardt</i>)	147/748
<i>Ehwert, Georg, und Roland Fett (Hrsg.):</i> Afrika zwischen Subsistenzökonomie und Imperialismus (<i>F. Streiffeler</i>)	144/336
<i>Frei, Daniel:</i> Der ungewollte Atomkrieg (<i>R. Körner</i>)	146/652
<i>Gaus, Günther:</i> Wo Deutschland liegt (<i>P. Brandt</i>)	145/429
<i>Greiffenhagen, Martin, u.a. (Hrsg.):</i> Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland (<i>F. Kröll</i>)	143/159
<i>Hättich, Manfred:</i> Weltfrieden durch Friedfertigkeit? Eine Antwort an Franz Alt (<i>U. Borchardt</i>)	147/748
<i>Halliday, Fred:</i> The Making of the Second Cold War (<i>E. Krippendorff</i>)	146/653
<i>Hartmann, Jürgen:</i> Politik und Gesellschaft in Osteuropa (<i>W. Kindermann</i>)	148/966
<i>Himmelstrand, Ulf, Göran Ahrne, Leif Lundberg und Lars Lundberg:</i> Beyond Welfare Capitalism (<i>P. Tergeist</i>)	144/337
<i>Höhler, Gertrud:</i> Die Kinder der Freiheit. Träume von einer besseren Welt (<i>H.-G. Jaschke</i>) ..	B/ 19
<i>Horn, Klaus, und Eva Senghaas-Knobloch (Hrsg.):</i> Friedensbewegung — Persönliches und Politisches (<i>U. Borchardt</i>)	147/748
<i>Institut Frau und Gesellschaft (Hrsg.):</i> Frauenforschung (<i>S. Pohl</i>)	B/ 15
<i>Kickbusch, Ilona, und Barbara Riedmüller (Hrsg.):</i> Die armen Frauen. Frauen und Sozialpolitik (<i>M. Figge, P. Gipmans, B. Jansen, A. Menges</i>)	B/ 16
<i>Knorr, Lorenz:</i> Geschichte der Friedensbewegung in der Bundesrepublik (<i>U. Borchardt</i>)	147/748
<i>Konkursbuch 12: Frauen, Macht (K. Hauser)</i>	147/814
<i>Kraushaar, Wolfgang (Hrsg.):</i> Autonomie oder Getto? Kontroversen über die Alternativbewegung (<i>J. Hallerbach</i>)	143/ 85
<i>Kriesi, Hanspeter:</i> Entscheidungsstrukturen und Entscheidungsprozesse in der Schweizer Politik (<i>F. Gutzler</i>)	B/ 29
<i>Krockow, Christian Graf von:</i> Gewalt für den Frieden? Die politische Kultur des Konflikts (<i>U. Borchardt</i>)	147/748
<i>Lafontaine, Oskar:</i> Angst vor den Freunden. Die Atomwaffen-Strategie der Supermächte zerstört die Bündnisse (<i>U. Borchardt</i>)	147/748
<i>Leineweber, Bernd:</i> Pflugschrift. Über Politik und Alltag in Landkommunen und anderen Alternativen (<i>J. Hallerbach</i>)	143/ 85
<i>Lucas, Erhard:</i> Vom Scheitern der deutschen Arbeiterbewegung (<i>M.Th. Greven</i>)	146/656

<i>Marx-Aveling, Eleanor, und Edward Aveling: Die Frauenfrage (K. Hauser)</i>	B/ 12
<i>Minnerup, Günter: DDR — Vor und hinter der Mauer (P. Brandt)</i>	145/429
<i>Mlynár, Zdenek: Krisen und Krisenbewältigung im Sowjetblock (H. Conert)</i>	148/964
<i>Pape Siebert, Sonja: Genug gejammt! Oder verraten die Frauen den Feminismus? (K. Hauser)</i>	B/ 7
<i>Plogstedt, Sibylle, und Kathleen Bode: Übergriffe. Sexuelle Belästigung in Büro und Betrieben (M. Lüdemann)</i>	147/817
<i>Preußner, Norbert (Hrsg.): Armut und Sozialstaat (D. Oelschlägel)</i>	B/ 23
<i>Pusch, Luise (Hrsg.): Feminismus — Inspektion der Herrenkultur (S. Andresen)</i>	147/816
<i>Saage, Richard: Rückkehr zum starken Staat? (M.Th. Greven)</i>	145/494
<i>Scheer, Hermann: Mittendrin. Bericht zur Lage von Sozialdemokratie und Republik (C. Pereira)</i>	143/158
<i>Schimank, Uwe: Neoromantischer Protest im Spätkapitalismus (G. Klinger)</i>	143/156
<i>Schmidt, Günther: Sicherheitspolitik und Friedensbewegung. Der Konflikt um die Nachrüstung (U. Borchardt)</i>	147/748
<i>Schülein, Johann August (Hrsg.): Auf der Suche nach Zukunft. Alternativbewegung und Identität (J. Hallerbach)</i>	143/ 85
<i>Schwendter, Rolf: Theorie der Subkultur. Neuausgabe mit einem Nachwort, sieben Jahre später (J. Hallerbach)</i>	143/ 85
<i>Seibel, Wolfgang: Regierbarkeit und Verwaltungswissenschaft (G.-U. Watzlawczik)</i>	146/657
<i>SIPRI: World Armaments and Disarmament. SIPRI Yearbook 1983 (J. Rodejohann)</i>	143/161
<i>Steinem, Gloria: Unerhört. Reportagen aus »Ms« (K. Hauser)</i>	147/819
<i>Steinweg, Reiner (Hrsg.): Die neue Friedensbewegung. Analysen aus der Friedensforschung (U. Borchardt)</i>	147/748
<i>Steinweg, Reiner (Hrsg.): Faszination der Gewalt. Politische Strategie und Alltagserfahrung (U. Borchardt)</i>	147/748
<i>Strauss, Wolfgang: Aufstand für Deutschland (P. Brandt)</i>	145/429
<i>Tatz, Jürgen (Hrsg.): Alternativen zur Abschreckungspolitik. Standpunkte und Strategien für eine neue Friedenspolitik (U. Borchardt)</i>	147/748
<i>Treulieb, Jürgen: Der Landesverratsprozeß gegen Viktor Agartz (V. Gransow)</i>	148/963
<i>Wippermann, Wolfgang: Die Bonapartismustheorie von Marx und Engels (R. Saage)</i>	145/493
<i>Zimmermann, Ekkart: Krisen, Staatsstriche und Revolutionen (E. Hennig)</i>	143/162

Ökonomie

<i>Becker-Schmidt, Regina, u.a.: Eines ist zuwenig — beides ist zuviel. Erfahrungen von Arbeiterfrauen zwischen Familie und Fabrik (E. Niehoff)</i>	B/183
<i>Becker-Schmidt, Regina, u.a.: Arbeitsleben — Lebensarbeit. Konflikte und Erfahrungen von Fabrikarbeiterinnen (S. Pohl)</i>	B/185
<i>Becker-Schmidt, Regina, u.a.: Nicht wir haben die Minuten, die Minuten haben uns (S. Pohl)</i>	B/185
<i>Beer, Ursula: Theorien geschlechtlicher Arbeitsteilung (S. Pohl)</i>	148/973
<i>Edging, Cornelia: Einbruch in den Herrenclub. Von den Erfahrungen, die Frauen auf Männerposten machen (H. May)</i>	148/970
<i>Esser, Josef, Wolfgang Fach und Werner Vath: Krisenregulierung (J. Schmid)</i>	145/497
<i>Gretschmann, Klaus: Wirtschaft im Schatten von Markt und Staat (U.-H. Brockner)</i>	145/498
<i>Kahn, Hermann: Der kommende Boom (W. Fach)</i>	145/496
<i>Lippe, Angelika: Gewerkschaftliche Frauenarbeit. Parallelität ihrer Probleme in Frankreich und in der BRD 1949-1979 (S. Pohl)</i>	B/187
<i>Muller, Walter, Angelika Willms und Johann Handl: Strukturwandel der Frauenarbeit 1880-1980 (A. Grunewald)</i>	B/188
<i>Pohl, Sigrid: Entwicklung und Ursachen der Frauenlohndiskriminierung (H. May)</i>	148/971
<i>Wolf-Graaf, Anke: Die verborgene Geschichte der Frauenarbeit (S. Pohl)</i>	148/969

Kommune

Forum für Politik und Ökonomie

10 '84

G. Heinemann: Die Regierung hat den Gewerkschaften nichts zu bieten

J. Schnappertz: Die Unhaltbarkeit Bonner Deutschlandpolitik

F. Güde: Herbstmanöver — »Herbstmanöver«?

A. Nikolaus: AL Westberlin vor den Wahlen

R. Fücks: Nicaragua von außen. Teil 1: Panorama vor den Wahlen

J. Müller: »Live free or die!«: USA II

Tradition und Widerstand in Afghanistan. Gespräch mit Abdul Quayoum

U. Fischer: Königsweg? Überlegungen nach einer Reise

D. Burkhart: Die existentielle Alternative in den Moskauer Geschichten von Jurij Trifonow

H. Auhagen: Skizze eines sozio-ökologischen Kompromisses. Ein Beitrag zur Strategiedebatte

W. Heuler: Eine kritische Auseinandersetzung mit Werner Bätzing's Alpenserie

2. Jg. 1984

Redaktion: M. Ackermann, F. Bleicher, C. Falter, G. Heinemann, Th. Mehlem, J. Schmierer. — Monatszeitschrift. — Einzelheft 5 DM, Jahresabo 60 DM, Halbjahresabo 30 DM. — Kommune-Redaktion, Mainzer Landstraße 147, 6 Frankfurt 11. — Vertrieb: Buchvertrieb Hager GmbH, Postf. 11 11 62, 6 Frankfurt 11

lendemains

Zeitschrift für
Frankreichforschung +
Französischstudium

35 '84

Paris au pluriel

G. Goebel: Avant-propos: Paris au pluriel

S. Roux: Paris à la fin du XVème et au début du XVIème siècle

H.D. Hayer: Die Paris-Projekte von Henri VI und Napoléon III

R. Gerken: La contribution de Ledoux à l'urbanisme parisien

M. Kampmeyer: Bilder einer bedrohten Stadt

D. Oehler: Paris-Motive im Arbeiterlied nach dem Juni 1848

J. Leenhardt: Frontière et passage dans la mythologie du »Paysan de Paris«

B. Lindner: Benjamins »Passagen«

W. Drinkow/E. Stüdemann: Zur Sozialgeschichte des Bistro

Forum

J. Klein: Justification poétique chez Francis Ponge

U. J. Schneider: Foucault über Geschichte, Macht und Diskurs

France actuelle

F. Hincker: La querelle scolaire

Marc Quaghebeur: Profil du théâtre en Belgique francophone

In Memoriam

E. Sinnassamy: Pierre Emmanuel (1916-1984)

9. Jg. 1984

Herausgeber: M. Nerlich in Zusammenarbeit mit J. Droz, H. Hofer, J. Leenhardt, B. Schlieben-Lange, A. Soboul. — Erscheint vierteljährlich. — Einzelheft 12,- im Abo 10,95, Studenten 9,90. — Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51

links

Sozialistische Zeitung

10 '84

Kommentare

- K. Vack: Berufsverbote gehen weiter
 F. Schneider: Deutsch-türkische Schacher
 W. Tyndale: Pinochets härtere Gangart

Deutsche Zustände

- L. Lodovico: Riesenstaatsmänner in action
 R. Schaeffer: Bürgerrechte für Ausländer
 R. Plattenweg: Kampagne gegen Rüstungsexport

Gewerkschaften in der Krise

- H. Kastendieck: Desaster für britische Gewerkschaften
 R. Spiss: Krise der italienischen Gewerkschaftsbewegung

Internationales

- G. Gottwald: Bombardierung in El Salvador
 D. Maier: Verhärtung in Nicaragua
 K. Segbers: UdSSR — Reich des Bösen?
 P. Peekabu: Doktrin der nationalen Sicherheit
 A. Demirović: Foucault — Wünschbarkeit der Revolution

16. Jg. 1984

Herausgeber- und Redaktionsadresse: Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro, Postfach 591, Ludwigstr. 33, 6050 Offenbach 4. Redaktion: N. Apostolidou, H. Burgwinkel, M. Brumlik, D. Diner, R. Detobel, D. Claussen, J. Esser, H. Grün, J. Hirsch, J. Huhn (presserechtlich verantwortlich), J. Klein, P. Lindloff, D. Maier, L. Lodovico, R. Pusch, F. Schneider, B. Sughoff, R. Roth. — Erscheinungsweise monatlich. Einzel exemplar DM 3,-, Jahresabo DM 35,- einschl. Versand. Verlag 2000 GmbH, Postfach 591, 6050 Offenbach 4.

Die Neue Gesellschaft

Zeitschrift für den
demokratischen Sozialismus

9 '84

Wissenschaft und Technik

E. Ott: Die Wende in der Forschungs- und Technologiepolitik

P.A. Görres: »Maschinensteuer« und Wertschöpfungsabgabe

H.F. Spinner: Der Mensch in der Informationsgesellschaft

R. Praml: Buschhaus ist überall

M. Stempel: Der Streit um das »weiße Gold«

E. Eppler: Zu dem Buch von Jochen Löser und Ulrike Schilling »Neutralität für Mitteleuropa«

H. Scheer: Denuklearisierung und konventionelle Defensivstruktur

H. Peter: Kurs auf eine menschenwürdige Gesellschaft

N.H. Notter: Der Betriebsrat als Teil des betrieblichen Herrschaftssystems

J. Kandel: Sozialdemokratische Präsenz ist selbstverständlich

H. Kastendieck: Politik für Arbeitnehmer kann nur mit Arbeitnehmern durchgesetzt werden

H. Dederig: Bildungspolitik als Friedenspolitik

W. Hinze: Nationalisierungen in Frankreich

H. Stettner: Mehr Selbstbehauptung der Europäer

Berichte aus europäischen Ländern

31. Jg. 1984

Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Johannes Rau, Heinz O. Vetter, Hans-Jochen Vogel, Herbert Wehner. Redaktion: Peter Glotz (Chefredakteur), Rainer Diehl, Hans Schumacher (verantwortl.). — Erscheint monatlich. Einzelheft 7,- DM, Jahresabo 57,- DM zzgl. Versand. — Verlag Neue Gesellschaft, Godesberger Allee 143, 5300 Bonn 2.



tendenzen
Zeitschrift für engagierte Kunst

24 '84

Ch. Rix: Zur sicherheitspolitischen Debatte auf dem Essener Parteitag der SPD

Ch. Butterwegge: Otto Bauer — ja bitte! Aber welcher?

I. Petersen-Buggisch: Frauenarbeit bei den Jungsozialisten

H. Mattfeld: Reglementierung von Frauen-erwerbstätigkeit am Beispiel des Nationalsozialismus

Neue Technik — alte Politik?

P. Oehlke: Zur technologiepolitischen Diskussion der SPD auf dem Parteitag 1984 in Essen

R. Schneider: Weg vom Sozialstaat — hin zum innovatorischen Imperativ

E. Ott: Aspekte neuerer staatlicher Technologiepolitik

U. Klotz: Perspektiven arbeitnehmerorientierter Innovations- und Technologieberatung

M.H. Bobke und B. Zwingmann: Rechtsweg ausgeschlossen? Zum Bildschirmsurteil des Bundesarbeitsgerichts

Dokumentation

»Maschinen wollen — uns Menschen nicht« Rationalisierung in der Metallwirtschaft

Interview: mit Dr. Günther Bühring, Leiter der DDR-Delegation auf der Stockholmer Abrüstungskonferenz

4. Jg. 1984

Hrsg. Detlev Albers, Heinz Albrecht, Erhard Eichert, Josef Hindels, Klaus Peter Kisker, Heinrich Lienker, Werner Loewe, Klaus Thüsing, Klaus-Peter Wolf. Redaktion: K. Gauer-Krusewitz, F. Heidenreich, K. Krusewitz, G. Mackenthun, H. Raßmes, C. Rix-Mackenthun, D. Scholz, A. Westphal. *spw* erscheint in 4 Hefen jährlich, Jahresumfang 516 S. Einzelheft DM 9,80, im Jahresabo DM 7,— zuzügl. Postversand. Bestellungen über *spw*-Vertrieb, Motzstr. 65, D-1000 Berlin 30

147 '84

G Sprigath: Historienmalerei

E. Antoni/W. Marschall: Gespräch mit Friedrich Köllmayr

W. Marschall: Anno 1809. Bilder von Franz von Defregger und Albin Egger-Lienz zum »Tiroler Freiheitskampf«

R.M. Capelle: Das »Floß der Medusa« in der »Ästhetik des Widerstands« (Teil I)

R. Hiepe: Große Neuigkeiten von Peter Mell

F. Hitzer: Zum 60. Geburtstag von Carlo Schellemann

W. Grape: Zu den Plastiken Mehmet Aksoys

R. Hiepe: Der Maler Georg Netzband

A. Inseiter: Café Deutschland: die Kasse stimmt

A. Jürgens-Kirchoff: Zu Radierungen von Andreas Rosenthal

R. Hiepe: Der Zeichner Walter Reichel

O. Neumann: Münchner Trümmerzeit mahnt: Die Wohnbarkeit schützen!

E. Antoni: »Spurensicherung« durch Geschichte in Bildern

J. Held: Luther und die Folgen für die Kunst

M. Chobot: Zum Beispiel Karl Anton Fleck, Ernst Zdrahat, Franz Schwarzing. Drei Wiener Künstler

27. Jg. 1984

Redaktion: E. Antoni, H.v. Damnitz, H. Erhart, R. Hiepe, U. Krempel, Th. Liebner, H. Kopp, K. Maase, W. Marschall, C. Nissen, C. Schellemann, J. Scherckamp, G. Sprigath, G. Zingerl. — Erscheint alle drei Monate. — Einzelheft 8,50 DM. Jahresabo 32,— DM (Stud. 27,— DM). — Damnitz Verlag, Hohenzollernstraße 146, 8000 München 40

TEXT+KRITIK

82/83 '84

- E. Arendt: Neue Gedichte
- M. Schlösser: »Offen die Maske des Worts«. Erich Arendt — Exul poeta
- W. Emmerich: Mit rebellischem Auge. Die Exillyrik Erich Arendts
- M. von Engelhardt: »Was konkret und anders ist«. Zu Erich Arendts Nordafrika-Gedichten
- H. Domdey: Verlust des Geschichtsoptimismus. Bilder historischer Zeit und geologischer Zeit in Erich Arendts Lyrik
- E. Wichner: Homer, Odysseus und der »Engel der Geschichte«
- G. Laschen/P. Wessels: Vom rebellischen Auge der Dichtung. Lese-Notizen zum Augen-Motiv in den Gedichten Erich Arendts
- E. Arendt: Der Tänzer
- T. Naaijken: Arendts Tänzer. Zum Verhältnis von Körperbild und Identität in Arendts Spätwerk
- E. Erb: »Vergegenwärtigung des Einzelnen«
- M. Schlösser: Bibliographie

Herausgeber: H.L. Arnold; redaktionelle Mitarbeiter: I. Laurien, E. Weiss. — Erscheint jährlich in 4 Heften. — Abopreis 34,— DM zzgl. Versandkosten — edition text + kritik, Postfach 80 05 29, 8000 München 80

wiener tagebuch

marxistische
monatsschrift

10 '84

- Bemerkungen, Ansichten, Kontroversen*
- P. Rosner: Das Ende einer Ära. Macher und Ideologen
- T. Prager: Jahrmärkte der Eitelkeiten
- R.E. White: Eine »fraterna conversatio-ne« - Wenn sich Reagan nur nicht einmischen würde
- L. Spira: Familienplanung und Ideologie
- S. Ginzberg: Chinas »dritter Weg«
- D. Green: 1984: Der große Krach?
- M. Reinprecht: Im Libanon herrscht Endzeitstimmung
- M. Pollack: Ukrainer in Polen
- Ch. Reinprecht: Zigeuner in Österreich: Verfolgt in alle Ewigkeit
- K.-M. Gauß: Ernst Fischers frühe Schriften
- L. Grünwald: Die Arbeiterdichtung der deutschsprachigen Minderheiten in Österreich-Ungarn
- H. Safrian: Im Prinzip: Hoffnung. Zu einer Ausstellung zur Arbeiterbewegung in Vorarlberg

Herausgeber: Verein »Freunde des Wiener Tagebuch«. — Geschäftsführender Redakteur: Leopold Spira — Erscheint monatlich — Einzelpreis ÖS 25,—; Jahressabo ÖS 230,— (Ausland ÖS 280,—/DM 40,—); Studenten ÖS 130,— (Ausland ÖS 200,—/DM 28,—). — Verlags- und Redaktionsadresse: Belvederegasse 10, A-1040 Wien

Dieser Herr ist gegen Öffentlichkeit



Herr Barzel hätte sicher nicht nur gern seine Zuwendungen von Flick geheimgehalten, sondern auch seine Doktorarbeit. Die Gutachten, für die er 1,7 Mio. kassierte, bewegen sich auf dem Niveau seiner 69-seitigen Dissertation. Ein weiterer Skandal, aufgedeckt von den **roten blättern**.

Hinter die Kulissen zu sehen, gehört zu unserem journalistischen Repertoire.

Die **roten blätter** erzeugen Unruhe und machen Wirbel, sie informieren, analysieren und dokumentieren. Jeden Monat neu.

Sonderangebot: Abo plus
Buchgeschenk

rote blätter sind
Gegenöffentlichkeit **rote
blätter**

Coupon
Ich abonniere die „roten blätter“ ab
Nr. bis auf Widerruf. (Jahresabo:
19,50 DM einschließlich Porto)

Als Geschenk möchte ich:
 Das Milliumendog Wohnsitz USA
 Die Front im All Der neue Mensch
 Fremde Schwestern

Name: _____
 Straße: _____
 Postleitzahl: _____
 Beruf/Status: _____
 Unterschrift: _____ Datum: _____

Ralph Schock
(Hrsg.)

**HALTET
DIE SAAR,
GENOSSEN!**

Antifaschistische
Schriftsteller
im Abstimmungs-
kampf
1935

Verlag J.H.W. Dietz Nachf.

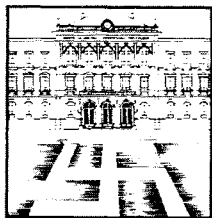


360 Seiten mit 8 Fotomontagen
von John Heartfield · 29,80 DM

Gegen die Eingliederung des Saargebietes in Nazi-Deutschland schrieben 1934/35 u.a.: Bertolt Brecht, Ilya Ehrenburg, Hans Habe, Alfred Kantorowicz, Arthur Koestler, Golo, Heinrich, Klaus und Thomas Mann, Ludwig Marcuse, Walter Mehring, Ernst Ottwalt, Theodor Plivier, Gustav Regler, Manès Sperber, Kurt Tuchoisky und Erich Weinert.

Heute vor 50 Jahren

Jörg Tröger (Hg.)
**Hochschule
und Wissenschaft im
Dritten Reich**



Campus

Jörg Tröger (Hg.)
**Hochschule und
Wissenschaft im
Dritten Reich**

1984. 188 Seiten, DM 28,-

Dieser Sammelband schildert die wichtigsten Voraussetzungen der nationalsozialistischen Machtübernahme an den Universitäten. Er beschränkt sich nicht auf die einschlägigen Intentionen von Staat und Partei, die Gleichschaltung von oben. Weil die Nazis 1933 zu recht davon ausgehen konnten, in den Hochschulen eine breite Bereitschaft zum Komplizentum vorzufinden, beschreibt dieser Band auch das Verhalten von Professoren und Studenten.

Worin sich das im einzelnen äußerte und zu welchen Konsequenzen die Unterwerfung von Forschung und Lehre unter das »Führungsprinzip« schließlich führte, wird am Beispiel der Geistes-, Rechts- und Naturwissenschaften sowie der Medizin und Theologie vorgeführt.

Hans-Jochen Gamm
**Führung und
Verführung**

Pädagogik des
Nationalsozialismus
1984. 492 Seiten, DM 48,-

Das Buch bietet dem Leser die Möglichkeit, sich gewissermaßen den pädagogischen Originalton jener Epoche zu vergegenwärtigen und damit die komplizierte Geschichte des deutschen Faschismus besser zu verstehen. Es liegt kein anderes Werk im deutschen Sprachbereich vor, das die authentischen ideologischen Dokumente von Hitler, Frick, Rosenberg, Rust, Schemm, Schirach und Himmler, aber

auch die wichtigsten Passagen aus den Schriften der faschistischen Erziehungstheoretiker und praktischen Pädagogen enthält.

Inhalt: Die Dogmatiker - Nationalsozialistische Pädagogen - Das Reichserziehungsministerium - Die Universität - Schule - Lehrer - Lehrerbildung - Das nationalsozialistische Bildungsgut - Mädchen und Frauenbildung - Erziehung in den politischen Organisationen - Der Ordensgedanke - Ideologische Konsequenzen: Die Behandlung der Ostvölker.

Hans-Jochen Gamm
**Führung
und Verführung**
Pädagogik
des Nationalsozialismus



Campus

Campus Verlag · Myliusstraße 15 · 6000 Frankfurt 1

Sprach- und Literaturwissenschaft

<i>Bourdieu, Pierre</i> : Ce que parler veut dire (<i>Th. Laugstien</i>)	887
<i>Bürger, Peter</i> : Zur Kritik der idealistischen Ästhetik (<i>U. Meier</i>)	931
<i>Stephan, Alexander</i> (Hrsg.): Materialien zur »Ästhetik des Widerstands« (<i>E. Minder- mann</i>)	933
<i>Grimm, Reinhold</i> (Hrsg.): Hans Magnus Enzensberger (<i>F. Dietschreit</i>)	934
<i>Lenk, Elisabeth</i> : Die unbewußte Gesellschaft. Über die mimetische Grundstruktur in der Literatur und im Traum (<i>E. Volker</i>)	935

Kunst- und Kulturwissenschaft

<i>Sauer, Lieselotte</i> : Marionetten, Maschinen, Automaten (<i>R. Konersmann</i>)	937
<i>Giedion, Sigfried</i> : Die Herrschaft der Mechanisierung (<i>M. Blankenburg</i>)	938
<i>Schiller-Lerg, Sabine</i> : Walter Benjamin und der Rundfunk (<i>A. Soppe</i>)	940
<i>Renckstorf, Karsten</i> : Menschen und Medien in der postindustriellen Gesellschaft (<i>H.-D. Kübler</i>)	941

Soziologie

<i>Rammert, W., u.a.</i> (Hrsg.): Technik und Gesellschaft. Jahrbuch 2 (<i>C. Weber</i>)	943
<i>Lange, Bernd-Peter, u.a.</i> : Sozialpolitische Chancen der Informationstechnik (<i>H.-D. Kü- bler</i>)	945
<i>Karcher, Harald B.</i> : Büro der Zukunft — Mikrocomputer und Telekommunikation (<i>G.- U. Watzlawczik</i>)	946
<i>Malchau, Joachim</i> : Technologie und Emanzipation (<i>K. Schmahl</i>)	947
<i>Glatzer, Wolfgang, und Wolfgang Zapf</i> (Hrsg.): Lebensqualität in der BRD (<i>K. Neufert</i>)	948

Psychologie

<i>Giese, Eckhard</i> : Psychiatrie ohne Irrenhaus — Das Beispiel Genua (<i>H. Keupp</i>)	949
<i>Thun, Thomas</i> : Nur Heilige und Poeten? Gemeindepsychiatrie und Arbeitermedizin in einem römischen Bezirk (<i>H. Keupp</i>)	951
<i>Hohl, Joachim</i> : Gespräche mit Angehörigen psychiatrischer Patienten (<i>H. Keupp</i>)	955

Geschichte

<i>Brüggemeier, Franz Josef</i> : Leben vor Ort. Ruhrbergleute und Ruhrbergbau 1889-1919 (<i>M. Zimmermann</i>)	957
<i>Wittwer, W. Wolfgang</i> : Die sozialdemokratische Schulpolitik in der Weimarer Republik (<i>H. Gotschlich</i>)	959
<i>Reichling, Norbert</i> : Akademische Arbeiterbildung in der Weimarer Republik (<i>C. Al- bert / U. Hornauer</i>)	960
<i>Blecking, Diethelm</i> (Hrsg.): Arbeitersport in Deutschland 1893-1933 (<i>H. Hübner</i>)	961

Soziale Bewegungen und Politik

<i>Treulieb, Jürgen</i> : Der Landesverratsprozeß gegen Viktor Agartz (<i>V. Gransow</i>)	963
<i>Mlynár, Zdenek</i> : Krisen und Krisenbewältigung Sowjetblock (<i>H. Conert</i>)	964
<i>Hartmann, Jürgen</i> : Politik und Gesellschaft in Osteuropa (<i>W. Kindermann</i>)	966
<i>Beyme, Klaus von</i> : Die Sowjetunion in der Weltpolitik (<i>Th. Ashauer</i>)	967
<i>BdWi</i> (Hrsg.): Wissenschaftler gegen Ausländerfeindlichkeit (<i>W. Elfferding</i>)	968

Ökonomie

<i>Wolf-Graaf, Anke</i> : Die verborgene Geschichte der Frauenarbeit (<i>S. Pohl</i>)	969
<i>Edding, Cornelia</i> : Einbruch in den Herrenclub. Von den Erfahrungen, die Frauen auf Männerposten machen (<i>H. May</i>)	970
<i>Pohl, Sigrid</i> : Entwicklung und Ursachen der Frauenlohndiskriminierung (<i>H. May</i>)	971
<i>Beer, Ursula</i> : Theorien geschlechtlicher Arbeitsteilung (<i>S. Pohl</i>)	973

Summaries

P.Anderson, F.Fröbel, J.Heinrichs, O.Kreye: The Politics of Radical Realism

Rethinking the space for left politics has to start with an analysis of the break in post-war development in the mid-seventies: the end of the boom, relative power of labour, crisis of US-hegemony, strengthening of the international position of the Third World caused the attempt of the USA to regain hegemony by a new politics of strength. There are four areas where new answers are needed: capital-labour-relations, capital-capital-relations, east-west and north-south. A new left politics has to be organized around a radical redistribution of labour and of life-chance on a national as well as on an international scale. The points of orientation are work places, ecology and the changes of gender-and race-relations. The possible subject of a new politics of the Left can only be an alliance of the labour movement and the anticapitalist forces among the new social movements.

W.Eifferding: Is a Party-alliance without Subordination Possible?

The question is inspired by the recent experience of »red-green« alliances in West Germany on a parliamentary level. Often alliances of left parties lead to the suppression of the politics of the weaker »partner« and to disciplining the militants of the movements in the hegemonic field of those parties. This is, for example in France, the beginning of the end of left hegemony. So the problem of the form and internal dynamics of party alliances has to be approached in a new way. — The article examines different approaches to rethinking the conditions of anticapitalist hegemony and comes to the conclusion that under certain conditions a decentral, »structural hegemony« of different parties of the Left is possible.

Detlev Albers: The Understanding of »Socialism« in the Social Democratic Programme

The article intervenes into the ongoing debate about a new programme of West German Social democracy. It reexamines the programmatic development starting from the *Communist Manifesto* and marks the »Godesberg programme« (1959) als the final break with socialism. Albers puts forward a concept of socialism confronting the questions raised by the new social movements and the Third World. He represents the small but theoretically pronounced group of Marxists within West German Social democracy.

W.F.Haug: Review of Bottomore's »Dictionary of Marxist Thought«

Haug, editor of the German edition of Labica's »Dictionnaire critique du marxisme«, compares Bottomore's treatment of Marxism with the plan of German supplement volumes of the »Kritisches Wörterbuch des Marxismus«. Underlining the advantages of this first Dictionary of Marxism in the anglo-saxon world, he analyses some deficiencies of the conception of an encyclopaedia of »Western Marxism«.

Giulio Girardi: Marxism and Revolutionary Religious Experience

How can Marxism grasp with the new revolutionary religious movements? What's new about them is not only that they coexist with Marxism, but that Marxism serves as a supporter of their belief. There are two versions of Marxist relation to religion. The *monolithic* one subsumes religion under the struggle of materialism against idealism (Lenin). The *dialectical* one rediscovers religion as a form of revolutionary struggle (starting with Engels). It is this angle in the Marxist tradition from which a reconstruction of Marxist thought about religion can start: Marxism as theory of revolutionary practice.

Thomas Laugstien: Bourdieu's Theory of Ideological Discourse

A review of Bourdieu's contribution to a sociology of language and discourse in his recent book *Ce que parler veut dire*. Exploiting the ambiguity of concepts (like that of »social value« of linguistic practices, with its economic, ideological and linguistic connotations), Bourdieu proposes a theory of the »Linguistic market« that can be considered as a condensation of cultural forms of »symbolic distinction« by linguistic practices with ideological forms of »symbolic power« effected by speech acts. This closed conceptual framework is deconstructed into different elements which can be useful for a marxist theory of language and ideology.

Buchhandlungen

die das Argument-Verlagsprogramm vollständig am Lager haben

- Aachen: babula Buchhandlung, Pontstr. 133; Tel.: 0241/27555
- Augsburg: »probuch« GmbH, Gögginger Str. 34; Tel.: 0821/579173
- Berlin 12: Buchladen am Savignyplatz, Carmerstr. 9; Tel.: 030/3134017
das europäische buch, Knesebeckstr. 3; Tel.: 030/3135056
Buchhandlung Kiepert, Hardenbergstr. 4-5; Tel.: 030/310711
- Berlin 19: Buchhandlung G. Zimmermann, Schloßstr. 29; Tel.: 030/3417432
- Berlin 33: das europäische buch, Thielallee 32; Tel.: 030/8324051
Jürgens Buchladen, Königin-Luise-Str. 40; Tel.: 030/8315089
- Berlin 41: Wohlthat'sche Buchhandlung, Rheinstr. 11; Tel.: 030/8511509
- Berlin 62: Elwert & Meurer, Hauptstr. 101; Tel.: 030/784001
- Bielefeld: Buchhandlung Wissen und Fortschritt, Feilenstr. 10; Tel.: 0521/63518
- Bochum: Politische Buchhandlung, Unistr. 26; Tel.: 0234/300266
- Bonn: Buchladen 46, Kritische Politik, Kaiserstr. 46; Tel.: 0228/223608
- Bremen 1: Georg-Büchner-Buchhandlung, Vor dem Steintor 56; Tel.: 0421/72073
- Dortmund: Buch International, Königswall 22; Tel.: 0231/140880
- Duisburg: buchladen kollektiv gmbh, Oststr. 194; Tel.: 0203/372123
- Essen: Heinrich-Heine-Buchhandlung, Viehofer Platz 8; Tel.: 0201/231923
- Frankfurt: Buchladen Verlag 2000 GmbH, Jügelstr. 1; Tel.: 0611/775082
Wiss. Buchhandlung Theo Hector, Gräferstr. 77; Tel.: 0611/777303
SOFA, Friedrichstr. 24; Tel. 0661/74934
- Fulda: Buchladen Rote Straße, Rote Straße 10; Tel.: 0551/42128
- Hamburg: ARGUMENTE, Rappstraße 2; 040/443871
Heinrich-Heine-Buchhandlung, Grindelallee 26; Tel.: 040/449778
Buchladen Gegenwind, Grindelhof 45; Tel.: 040/453801
Internationale Buchhandlung, Johnsallee 67; Tel.: 040/4104572
- Hannover: Internationalismus Buchladen, Königsworther Str. 19; Tel.: 0511/17173
- Heidelberg: Buchhandlung kollektiv, Plöck 64a; Tel.: 06221/12633
- Kassel: Buchhandlung Wissen u. Fortschritt, Werner Hilpert Str. 5; Tel.: 0561/15642
ABC-Buchladen, Goethestr. 77; Tel.: 0561/77704
- Köln 41: Der Andere Buchladen, Zülpicher Str. 197; Tel.: 0221/420214
- Mainz: Anna Seghers Buchhandlung, Bilhildisstr. 15; Tel.: 06131/24916
- Marburg: Politische Buchhandlung Roter Stern, Am Grün 28; Tel.: 06421/24787
Collectiv-Buchhandlung Wilhelm Liebknecht, Wettergasse 19; 06421/63662
- München 40: BASIS, Sozialwiss. Fachbuchhandlung, Adalbertstr. 41b; Tel.: 089/2809522
- Münster: Collectiv Buchhandlung, Roggenmarkt 15-16; Tel.: 0251/51414
ROSTA-Buchladen, Spiekerhof 34; Tel.: 0251/44926
- Oldenburg: Carl v. Ossietzky Buchhandlung, Kurwickstr. 14/15; Tel.: 0441/13949
- Schwerte: Buchhandlung Hubert Freistühler, Holzener Weg 31; Tel.: 02304/80033
- Stuttgart: Buchhandlung Wendelin Niedlich, Schmale Str. 14; Tel.: 0711/223287
- Tübingen: aktion politischer buchladen, Nauklerstr. 20; Tel.: 07071/212929
- Wuppertal 1: Sisyphos — Der andere Buchladen, Friedrichstr. 1; Tel.: 0202/442036
- Schweiz: Bern: Münstergass-Buchhandlung, Münstergasse 41; Tel.: 031/228218.
Zürich: Limmatbuchh., Pinkus-Genossenschaft, Froschaugasse 7; Tel.: 01/2512674
- Niederlande: Den Haag: E.R. Ruward B.V., Noordeinde 122; Tel.: 070/658755
- Osterreich: Wien 1: Buchhandlung Heinz Kolisch, Rathausstr. 18; Tel.: 0222/433221
Wien 10: Karl Winter OHG, Landesgerichtstr. 20; Tel.: 0222/421234